

Verein zur Förderung der
solidarischen Ökonomie e.V.
(Hrsg.)

Die ökonomische Dimension des Friedens

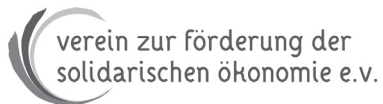
Soziale Solidarische Ökonomie

kassel
university



press

**DIE ÖKONOMISCHE DIMENSION DES FRIEDENS:
SOZIALE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE**



Hrsg.

**Verein zur Förderung
der Solidarischen Ökonomie e.V.
Hrsg.**

Koordination:
Clarita Müller-Plantenberg

Europäisches Colloquium
in der Stiftung Adam von Trott,
Imshausen e.V.

**DIE ÖKONOMISCHE DIMENSION DES FRIEDENS:
SOZIALE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE**

kassel
university



press

*Ergebnisse des Europäischen Colloquiums in der Stiftung Adam von Trott,
Imshausen, 10.–12. Februar 2017 – eine Grundlage für die Entwicklung
von Bildungsarbeit in Bildungsinstitutionen und öffentlichen Verwaltungen.*

*Wir sind froh, dass Ute Janßen sehr genau, zuverlässig und erfahren Korrektur gelesen hat.
Unser Grafiker, Jan Birk, hat in der Planung, Gestaltung und Korrektur einen großen Beitrag
geleistet. Schließlich gaben uns Curt Stauss und Klaus Schlüpmann wichtige Hinweise.
Ihnen allen sei an dieser Stelle sehr gedankt.*

Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. (Hrsg.)
Die ökonomische Dimension des Friedens:
Soziale Solidarische Ökonomie

2017, kassel university press GmbH
www.upress.uni-kassel.de

ISBN 978-3-7376-0394-2 (print)
ISBN 978-3-7376-0395-9 (e-book)
DOI: <http://dx.medra.org/10.19211/KUP9783737603959>
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-403954>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Koordination: Clarita Müller-Plantenberg
Lektorat: Ute Janßen
Umschlagentwurf: Veit Wolfer
Layout/Satz: Jan Birk

Einleitung	
Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.	7

Wurzeln und Potentiale der Sozialen Solidarischen Ökonomie	
Clarita Müller-Plantenberg	21

INSTRUMENTE, METHODEN, ORGANISATIONSFORMEN

Instrumente zur Finanzierung kleiner und mittlerer Genossenschaften Bruno Roelants	46
---	----

Kooperative Netzwerke Claudia Sánchez Bajo	61
--	----

Sozialgenossenschaften als Teil der Sozialpolitik in Italien	
Klaudia Resch	87

Das Gesetz vom 31. Juli 2014 in Bezug auf die Soziale Solidarische Ökonomie in Frankreich – Darstellung und in den Zusammenhang gestellt Jean-Francois Draperi	100
--	-----

KOOPERATIONSPARTNER – GESELLSCHAFTLICHE UND STAATLICHE AKTEURE

Kritischer Konsum in Europa Giuliana Giorgi	122
---	-----

Die Bildungsarbeit der ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs) – für Solidarische Ökonomie Markus Blümel	135
---	-----

Belegschaftsübernahmen nach Insolvenz – die italienische Erfahrung CFI Alessandro Viola	145
--	-----

Unterstützungsstrukturen für Solidarisches Wirtschaften in Zeiten des Wandels Kristina Bayer	154
---	-----

REGIONALE INITIATIVEN UND UNTERNEHMEN SOZIALER UND SOLIDARISCHER ÖKONOMIE – WERKSTATTBERICHTE

Karibu – Welt- und Regioladen Kassel <i>Gabriele Dumeier</i>	166
Solidarische Versorgungsketten in Bürgerhand – Die BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG <i>Hans Martin</i>	172
Selbstverwaltete Initiativen von Geflüchteten und Deutschen – Inklusion durch Gründungsberatung <i>Antonia Rösner und Julian Rösner</i>	181
Schülergenossenschaften als Fridenspotenzial? – Jugend- initiativen – Erreichtes und Bedürfnisse <i>Alexandra Stenzel</i>	187
Ausbildung von Mitarbeitern der Stadtverwaltung in SSÖ – Von Bürgern, die Solidarische Wirtschaftsunternehmen gründen wollen – Welche unterstützenden Forschungsstrategien brauchen wir? <i>Steffen Andrae</i>	196

SOZIALE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND GLOBALE SOZIALE BEWEGUNGEN

Soziale Solidarische Ökonomie und Klima <i>Dag Schulze</i>	204
Erhalt von Vielfalt in solidarischen Ketten – Berglandkräuter aus Hessen <i>Ute Kern und Monika Rehs</i>	219
Soziale Solidarische Ökonomie und Frieden <i>Claudia Sánchez Bajo</i>	223
Autoren	256
Publikationen des VFSOE · Reihe Entwicklungsperspektiven	258
Nachrufe	

Einleitung

Wie können Gesellschaften eine Wirtschaft stärken, die Menschen und Natur dient? Genossenschaften und Soziale Solidarische Ökonomie stellen den Menschen in den Mittelpunkt. Genossenschaften sind im Rahmen der International Cooperative Alliance und in der International Labour Organisation klar definiert.¹ Soziale Solidarische Ökonomie teilt die Prinzipien der Genossenschaften, denn sie geht davon aus, dass in den Solidarischen Wirtschaftsunternehmen Selbstverwaltung, Kooperation, ökologisches Handeln und Gemeinschaftsorientierung wichtige Prinzipien sind.² Solidarische Wirtschaftsunternehmen haben vielfältige soziale, wirtschaftliche, kulturelle und juristische Erscheinungsformen.

Was sind die Herausforderungen? Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahren weiter vertieft.³ Ausbreitung von Wüsten, steigende Meeresspiegel, Insektensterben, Verlust der Biodiversität sowie gefährdeter Erhalt der Erdatmosphäre verlangen nach der Übernahme von Verantwortung für das Leben, erfordern einen Humanismus der Praxis.⁴

In diesem Sinne schließen sich Menschen weltweit verstärkt zusammen, um ihr Leben, das ihrer Kinder und das ihrer Gemeinden zu bewahren.⁵ Die

1 Vgl. International Cooperative Alliance: Cooperative Principles; – <https://ica.coop/en/whats-co-op/co-operative-identity-values-principles>; vgl. auch ILO Recommendation 193 zu Genossenschaften: http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:R193

2 Vgl. VFSOE: Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie, Kassel, 2011; – <http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-130-7.volltext.frei.pdf>

3 Piketty, Thomas: Capital in the Twenty-First Century; Cambridge, London, 2014 – „Pikettys Argument ist, dass in einer Ökonomie wo die Zinsen für Kapital höher sind als die Wachstumsrate, ererbter Reichtum immer schneller als verdienter Reichtum wachsen wird. ...Reichtum wird in einem Maße konzentriert, das unvereinbar mit Demokratie ist... ganz zu schweigen von Sozialer Gerechtigkeit. Kurz: Kapitalismus schafft Grade der Ungleichheit, die nicht nachhaltig sind...“ Paul Mason, The Guardian, 28.4.2014.

Vgl. auch The International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ): Panama Papers, <https://panamapapers.icij.org/> und Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Vanessa Wormer und Wolfgang Jaschensky: „Das sind die Panama Papers“; – <http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/56ff9a28a1bb8d3c3495ae13/>

4 Frank Hinkelammert: Die Ethik der neoliberalen Marktreligion und das höchste Wesen für den Menschen, mimeo 2016 <http://www.pensamientocritico.info/>

5 Bénédicte Manier: Un million des revolutions tranquilles, Paris, 2012.

Überzeugung greift um sich, dass ein Einklang mit der Natur nur selbstbestimmt und selbstverwaltet aufrechterhalten werden kann, damit alle Menschen Platz haben, einschließlich der Natur, *„diese Vorstellung, stammt gerade aus den noch verbliebenen vorkolumbianischen Kulturen, sei es dem mexikanischen Kulturraum, wie auch dem Kulturraum der Anden. Ganz ähnliche Vorstellungen entstanden in Afrika und dort in der Kultur des Ubuntu⁶ und der Tradition bantú. Sie drücken es aus als: ich bin, wenn du bist [...]. Es geht dann darum, ob etwas möglich ist und man damit leben kann und dieses Leben das Leben aller einschließt. Aber nichts wird rücksichtslos optimiert“⁷.* Das Bewusstsein weltweiter Interdependenz und Zusammengehörigkeit ist eine vielfältige solidarische Antwort traditioneller und moderner Gemeinschaften, die den Einklang mit der Natur solidarisch vor Ort und in Beziehung zu anderen weltweit einbeziehen und damit eine Grundlage für Frieden zu schaffen suchen.

Dieses Friedensziel war auch zentrales Anliegen der UN Konferenz 1992: *„Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur“⁸.*

Stärkung durch Erkennen von Bündnispartnern

Wir fragen daher zunächst nach den historischen Gemeinsamkeiten sozialer Bewegungen, in denen wir in diesem Sinne solidarisch wirtschaftende Unternehmen, Initiativen und Gemeinschaften finden: in der Arbeiterbewegung, den christlichen Bruderschaften, Gemeinschaften, Kommunen und in den Initiativen, die aus der Umweltbewegung hervorgingen.

Mitglieder von Genossenschaften und anderen Initiativen, Gemeinschaften und Unternehmen, die nach genannten Prinzipien wirtschaften, zählen wir zu der Sozialen Solidarischen Ökonomie (SSÖ). Wie weit sind sie sich der gemeinsamen Interessen bewusst? Wo zeigt sich bereits, dass sie gemeinsam stark sein

6 Aus den Bantusprachen der Zulu und der Xhosa – bedeutet in etwa „Menschlichkeit“, „Nächstenliebe“ und „Gemeinsinn“ sowie die Erfahrung und das Bewusstsein, dass man selbst Teil eines Ganzen ist.

7 Franz Hinkelammert: Die Kritik der neoliberalen Religion des Marktes und die Menschenrechte, mimeo 2017, S. 5, – <http://www.pensamientocritico.info/>

8 Erklärung der Ersten Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, <http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>, die in den nachfolgenden Konferenzen weiter bekräftigt wurde.

können? Gemeinsam haben alle solidarischen Gemeinschaften, Initiativen und Unternehmen ein großes Erfahrungsreservoir, das sie unschlagbar machen kann. Der Austausch gegenseitiger Erfahrungen treibt das Bewusstsein über eigene Potentiale voran. Selbstbestimmte Lernprozesse unzähliger Gemeinschaften, die nach einem gesunden und produktiven solidarischen Leben und Arbeiten im Einklang mit Natur und Gesellschaft suchen, sind *„im Kern Bewegungen für die Einlösung von Bürger- und Menschenrechten, gehen über die Grenzen bürgerlicher Gesellschaft hinaus und begründen einen praktischen Humanismus.“* (Franz Hinkelammert, 2016)

Wir schauen deshalb darauf, welche Instrumente, Organisationsformen und Rahmenbedingungen bereits genutzt werden, um das solidarische Wirtschaften zu stärken und den Herausforderungen vor Ort, in Territorien, Kontinenten und weltweit begegnen zu können.

Wir fragen dann nach Akteuren der SSÖ und ihren Kooperationspartnern, die unterstützend und fördernd wirken.

Schließlich stellen wir fest, dass eine Stärke der SSÖ auch darin besteht, dass sie Teil der weltweiten Bewegungen zum Erhalt des Klimas, der biologischen Vielfalt und des Friedens ist, Bewegungen, die letztlich im ureigensten Interesse aller Erdenbürger am Erhalt ihrer Lebensbedingungen tätig sind.

Unser Colloquium „die ökonomische Dimension des Friedens: Soziale Solidarische Ökonomie“ sieht sich als Teil des selbstbestimmten Prozesses zum Aufbau der SSÖ.

Wir versuchen, europäische Erfahrungen aus Frankreich, Italien und Österreich für unsere Gesellschaft und ihre solidarischen Initiativen, Gemeinschaften und Wirtschaftsunternehmen fruchtbar zu machen.

Nordhessische Initiativen, Gemeinschaften und Unternehmen berichten ihrerseits in Werkstattgesprächen von solidarischen Erfahrungen im Bereich des globalen und lokalen Handels, der genossenschaftlichen Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien, der Arbeit mit Geflüchteten, mit Jugendlichen in Schülergenossenschaften und in kommunalen Verwaltungseinheiten.

Konkret lernen wir, wie diese Bewegungen, die gleiche Interessen haben, miteinander so kooperieren können, dass sie daraus vor Ort und weltweit Kraft gewinnen.

Wir folgen der Einladung, andere solidarische Territorien in Europa zu besuchen und planen, ausgehend von den hier genannten Themen, die Entwicklung von Bildungsmaterialien.

Humanismus der Praxis: Einheit in der Vielfalt

Die Wurzeln und Potentiale der Sozialen Solidarischen Ökonomie liegen sowohl in den gewerkschaftlichen sowie genossenschaftlichen Teilen der Arbeiterbewegung, als auch in christlichen Gemeinschaftsunternehmen. Auch Umweltbewegungen bringen Gemeinschaftsprojekte hervor. In unterschiedlichen Zusammenhängen wächst das Bewusstsein von einer gemeinsamen Kraft der Subjekte, einen Weg zu gehen für faire und gerechte Produktions- und Konsumtionsweisen unter Einbeziehung eines nachhaltigen Ressourcenverbrauchs in den Wertschöpfungsketten.

Das Bewusstsein für die Verantwortung einer solidarischen Beziehung zur Gesellschaft und zur Natur bedeutet eben auch die Solidarität mit den zukünftigen Gesellschaften. Es geht darum, die vorhandene biologische Vielfalt nicht zu gefährden, sie eher zu vermehren. Das Subjekt wird gestärkt, indem es sich des Lebenswillens seiner selbst und seiner Zeitgenossen bewusst wird und beginnt, Zusammenhänge seines Handelns grenzübergreifend zu erfassen.

Instrumente, Methoden und Organisationsformen

Der Aufbau Sozialer Solidarischer Ökonomie geschieht auf allen Ebenen, da wo sich Gemeinschaften auf den Weg gemacht haben. Auf allen Ebenen werden Instrumente entwickelt, um jeweils spezifische Rahmenbedingungen für Organisation, Finanzierung und politische Rahmenbedingungen über Gesetze zu schaffen, die Inklusion und demokratische Interessenvertretung fördern. Mit der Zeit wird auch den Verwaltungen demokratischer Länder bewusst, welche Vorteile es hat, Menschen in Arbeit zu bringen.

Frankreich/Italien

Daher berichtet Bruno Roelants, Generalsekretär der Europäischen Konföderation von Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften (CECOP/CICOPA) vor dem Hintergrund der langjährigen französischen und italienischen Erfahrungen mit vielfältigen Instrumenten zur Finanzierung von kleinen und mittleren Genossenschaften, von deren erfolgreicher Anwendung durch Regierungen, Genossenschaftsföderationen und Arbeiter*innen. Ausgehend von der internen Kapitalstruktur der Genossenschaften und unter Hinweis auf das dritte genossenschaftliche Prinzip hebt er auch die Bedeutung hervor, die Instrumente zur Finanzierung haben, die direkt von der Genossenschaftsbewegung oder der breiteren Sozialen Solidarischen Ökonomie kontrolliert werden.

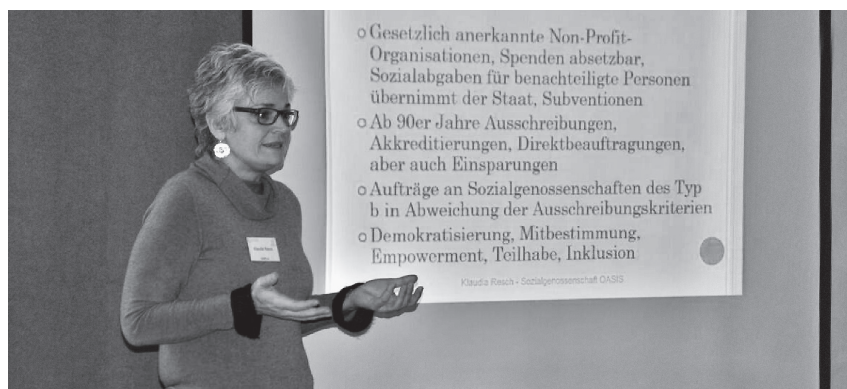
Die Kapitalisierung ist, so Roelants, eine essentielle Schlüsselfrage, ebenso wichtig ist es, mit genügend Know-how und Motivation, mit einem starken genossenschaftlichen Geist, und mit den notwendigen Inputs wie Ausbildung und Begleitung durch die Organisationen der Genossenschaftsbewegung, ein gutes unternehmerisches Projekt zu entwickeln. Daher ist es – wie er anmerkt – grundlegend, die Finanzierung mit Training und Beratungsdienstleistungen zu kombinieren.

Kooperative Netzwerke

Die Frage des solidarischen Aufbaus von Wertschöpfungsketten wird von Claudia Sánchez Bajo im Gegensatz zu anderen Netzwerken analysiert. Sie erörtert, welche Werte und Normen sie in ihren jeweiligen Entstehungsprozessen herausgebildet haben, die es ihnen ermöglichen, auf externe und interne Anforderungen antworten zu können und inwiefern sie während des kooperativen Netzaufbaus Vertrauen und Wissen ansammeln, auf Grund dessen sie innovativer und resilienter Krisen begegnen können. Claudia Sánchez Bajo erläutert dies an den Beispielen des kooperativen bzw. genossenschaftlichen Wohnens sowie der solidarischen Wertschöpfungsketten für nachhaltige Ernährung und bäuerliche Landwirtschaft.

Italiens Gesetze für Sozialgenossenschaften

Wichtige Rahmenbedingungen für die SSÖ werden auf rechtlicher Ebene geschaffen. Klaudia Resch, die über lange Jahre auf vielen Ebenen in Sozial-



Klaudia Resch/Präsidentin OASIS eG Bozen © Renata von Trott

genossenschaften gearbeitet hat, berichtet, dass in Italien Sozialgenossenschaften zum Instrument der Sozialpolitik gemacht worden sind, wodurch ein Demokratieschub in der italienischen Gesellschaft und eine Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen ermöglicht wurde.

Frankreichs Gesetz der Sozialen Solidarischen Ökonomie

Das Französische Gesetz zur Sozialen Solidarischen Ökonomie (SSÖ) von 2014, wird von Jean-Francois Draperi wiedergegeben. Er schildert detailliert die dort vertretenen Sozialen und Solidarischen Unternehmen sowie ihre Förderung und geht auf die regionalen Kammern ein, in denen sie eigene Planungen durchführen können.

Er stellt fest, dass die Unternehmen der SSÖ untereinander als Solidarische Ketten und Netze in Territorien kooperieren, in denen sich bereits eine andere gesellschaftliche Einstellung zur Natur und zum Gemeinwohl entwickeln konnte. *„Die zentrale Frage“ so Draperi „[...] ist die kollektive Aktion, das demokratische Leben, die Macht derer, die die Nutznießer sind [...]. Ist die soziale und solidarische Ökonomie nur ein Unternehmenstyp in Konkurrenz mit anderen oder ein Ort der Bildung zum Staatsbürgertum?“*



Vortrag von Jean-François Draperi (Cestes / Cnam), Sabine Ruß (Universität Kassel) © Renata von Trott



*Spaziergang über die Höhen oberhalb Imshausens in einer Pause des Colloquiums:
Renata von Trott (Juristin), Antonia Rösner (Tatenbank), Barbara Schweitzer (VFSOE), Pico Bischofing
(Lehrling der Freien Ausbildung für biologisch-dynamische Landwirtschaft NRW/Hessen/Solawi
Hufmann Oberellenbach), Julian Rösner (FREIRAUM) ©Eleonore Teppe*

Kooperationspartner – gesellschaftliche und staatliche Akteure

Konsum- und Produktionsmuster stehen vor großen Veränderungen, dabei ist Bildungsarbeit auf Augenhöhe mit gesellschaftlichen Akteuren eine notwendige Ergänzung.

Bürger als Konsumenten

Giuliana Giorgi geht davon aus, dass die Gesellschaft wieder zum Subjekt der Gestaltung ihrer Bedürfnisbefriedigung werden und sich den Diktaten der großen Konzerne entziehen kann, wenn sich jeder Einzelne erneut seiner Macht als Konsument bewusst wird. Kritischer Konsum setzt Transparenz der Wertschöpfungsketten, der Verbraucherschutzgesetze voraus, denn kritischer Konsum ist politisch und schaut auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Produktion und Konsum im Interesse der Bürger.

Dazu erläutert sie u. a. die Prinzipien der Prosumenten-Vereinigungen, Direktvermarktungsformen sowie der Messen des kritischen Konsums in Italien. Sie gibt praktische Beispiele und nennt einige frei zugängliche Informationsquellen. Erfolge des kritischen Konsums und damit der bewussten Alltagsentscheidungen sind – wie wir ihrem Bericht entnehmen können – wesentliche Beiträge zu gelebter partizipativer Demokratie.



Von links nach rechts: Beim Mittagessen Dagmar Embshoff (Forum Solidarische Ökonomie e.V.), Alexandra Stenzel (VFSOE e.V.), Marte Djuikom, Klaudia Resch (Präsidentin Oasis eG Bozen), Giuliana Giorgi (Forum Solidarische Ökonomie e.V. / attac) ©Renata von Trott

Akteure in Bildungseinrichtungen

Demokratische Partizipation und Förderung sozialer Gerechtigkeit sind die Ausbildungsziele der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe). Überzeugt, dass Demokratie Bildung braucht, arbeitet die ksoe seit gut zehn Jahren vernetzt mit anderen Bildungseinrichtungen und Organisationen zur Solidarischen Ökonomie. Das Kennenlernen von Alternativen in Theorie und Praxis und die Ermutigung, selbst neue Wege zu gehen, gehören zusammen.

Die Erwachsenenbildung wird zum Entwicklungsraum für Einzelne, Gruppen und Initiativen zur Gestaltung der Gesellschaft. In Lerngruppen kann Kritik- und Handlungsfähigkeit entstehen. Die ksoe war selbst bei der Organisation von zwei österreichischen Kongressen der Solidarischen Ökonomie beteiligt und ist im europäischen Austausch aktiv. Markus Blümel erläutert unter anderem den Bildungsansatz, die Funktion der Begleiter*innen in den Lehrgängen, die Rolle der Berater*innen, den Methodenmix sowie den Perspektivenwechsel. Er gibt Beispiele der Kurse, zeigt wen diese erreichen und mit welchen gesellschaftlichen und staatlichen Partnern sie kooperieren.

*Arbeiter*innen in Gewerkschaften und Genossenschaften
Ihre Unterstützer*innen in Finanzierungseinrichtungen*

Aktive Unterstützung von Belegschaften, deren Unternehmen insolvent wurden, gibt es seit Mitte der 80er Jahre in Italien, gefördert durch ein Gesetz, das zum Instrument einer aktiven Beschäftigungspolitik wurde. Dies wurde bereits im Aufsatz von Bruno Roelants als eines der Beispiele von Finanzierungsinstrumenten erwähnt. Alessandro Viola schildert detailliert, wie 1986 eine Finanzierungsgesellschaft (CFI) von den drei großen Genossenschaftskonföderationen gegründet wird. Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung richtet einen rotativen Fond ein. Die CFI beteiligt sich in der Genossenschaft, gewährt Kredite, berät und begleitet den Vorstand. Die Art der Vorgehensweise bei Finanzierung und Beteiligung, wird von Alessandro Viola im Detail geschildert.

Das Europäischen Parlament bezeichnete das Marcora-Gesetz 2013 als Interventionsmodell, das in anderen Mitgliedsstaaten übernommen werden solle. Schließungen könnten abgewendet werden indem die Unternehmen in Form von Genossenschaften an die Beschäftigten übertragen würden.⁹ Italienische Gesetze und Beratungsstrukturen für Genossenschaften und Soziale Solidarische Ökonomie sind nachahmenswerte Vorhutbeispiele.

In Deutschland haben sich vielfältige Strukturen für Gründungsberatung herausgebildet, z.T. auch sehr erfolgreich, so beispielsweise im Energiebereich, wie Kristina Bayer erläutert. Vernetzung untereinander und Langfristigkeit der Beratung lassen jedoch noch zu wünschen übrig.

Kristina Bayer weist u.a. auf die brasilianische Methode der Gründungsberatung Solidarischer Wirtschaftsunternehmen hin und auf die Tatsache, dass diese Rückhalt durch ein eigenes Staatssekretariat für Soziale Solidarische Ökonomie im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung hatte.

Im Brasilianischen Forum für Solidarischer Ökonomie, das gemeinsame Planung der Solidarischen Wirtschaftsunternehmen und ihrer Unterstützer in sich versammelt, fand regelmäßig eine durch dezentrale regionale Foren vorbereitete Klärung der gemeinsamen Prioritäten für die nächste Planungsperiode statt. Im Übrigen arbeiteten die Solidarischen Unternehmen mit Unterstützung von Universitäten und eines Netzwerks kommunaler Förderer der Solidarischen Ökonomie.

⁹ Vgl. Herbert Klemisch, Kerstin Sack, Christoph Ehram: Betriebsübernahme durch Belegschaften – Eine aktuelle Bestandsaufnahme – Studie im Auftrag der Hans Böckler Stiftung, KNI PAPERS 02/10, Köln, Juli 2010.

Initiativen und Unternehmen der SSÖ in Nordhessen – Werkstatt-Berichte

Es geht in der Solidarischen Ökonomie immer um beides: „Global denken und lokal handeln“. Die Erfahrung zeigt, dass vernetztes lokales Denken demokratische Prozesse einleitet, die aktuellen Herausforderungen begegnen. Ein Prozess der gegenseitigen Zuarbeit entsteht so von global vernetzt handelnden Akteuren im Idealfall mit Zuarbeit durch die Akteure der Meso-Ebene.

Kommunikation und gegenseitige Lern- und Erfahrungsprozesse des solidarischen und demokratischen Europa zu stärken, ist unser Interesse. Die fünf Werkstattberichte werfen ein Licht auf die Vielfalt der Instrumente, Methoden, Organisationsformen einer kleinen Auswahl solidarischer Initiativen, Unternehmen und Kommunen in Nordhessen und ihrer Kooperationspartner.

Für den Kasseler Welt- und Regioladen Karibu eG kennt Fairness keine Grenzen. Dort werden Produkte aus Genossenschaften in Übersee und aus der Region direkt vermarktet. Der Regioladen ist als Genossenschaft organisiert „weil wir eine möglichst demokratische Grundlage für unseren Wirtschaftsbetrieb bevorzugen“.

Die Bildungsarbeit geschieht über den Verein Karibu Kassel e.V., der entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit macht. Die Arbeit wird von Gabriele Dumeier detailliert dargestellt, die das Interesse der aktiven Gruppe an weiterer Vernetzung und kommunaler Einflussnahme schildert.

Prof. Dr. Hans Martin ist seit Gründung im Vorstand der BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG (BEG). Er erläutert die Ziele der Verminderung des CO₂-Ausstoßes und der Bürgerbeteiligung über eine 25 % Beteiligung an den zuvor zu 100% im kommunalen Besitz befindlichen Kommunalen Stadtwerken Wolfhagen GmbH. Betrachtet man die Wertschöpfungskette der Stromerzeugung und -nutzung, kann man für jede Stufe dieser Kette (Erzeugung, Vertrieb, Nutzung) Akteure finden, die sich solidarisch zusammenschließen. In Wolfhagen bündeln sich in der BEG diese Stufen in der Urform eines Solidarischen Unternehmens – der Genossenschaft.¹⁰

10 Vgl. auch Bernhard Maron, Helene Maron, Karsten Strätz: Genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen für eine sozialräumlich orientierte Energiewirtschaft, Klaus Novy Institut, Köln 2012; Andreas Seiverth, Burghard Flieger (Hrsg.): Energiegenossenschaften gründen, Bürger aktiv im Klimaschutz, Bielefeld, 2013.

Bei ihrer Arbeit mit Geflüchteten geht es Antonia und Julian Rösner in der selbstverwalteten FREIRAUM-Initiative darum, „Menschen zusammenzuführen, sie in ihrem eigenständigen Handeln zu stärken und zu fördern [...]“ um „Bewusstseinsbildung und Wissensvermittlung“ zwischen Geflüchteten und Deutschen zu ermöglichen. Zentral sind die gemeinsamen Entscheidungen über Angebote, ihre Nutzung, ihre Veränderung je nach Bedürfnislage.

Flächendeckende FREIRäume werden zur Perspektive. Mit der Zuwanderung aus den Kriegsgebieten stand man in Nordhessen wie andernorts vor großen Aufgaben, die hier durch Bürger*innen so heruntergebrochen wurden, dass immer mehr Bürger wussten, wie sie zu den dringenden humanitären Aufgaben solidarisch beitragen konnten.

Ein Beispiel hierfür ist die TATENBANK. Sie verhilft Menschen dazu, sich in diesen Prozess einbringen zu können. Inzwischen, nach dem großen Ansturm, ist diese Arbeit auch zu einem Online-„Suche-Biete-Portal“ weiterentwickelt worden. Ein Gelingen des interkulturellen Zusammenlebens wird durch die Schaffung von interkulturellen Begegnungsorten angestrebt, die entsprechende Dialogprozesse in Gang setzen und Bündnisse schließen. „Empathie und die Fähigkeit, seine Perspektive zu wechseln“ werden geschätzt.

Durch den Aufbau von genossenschaftlich organisierten Unternehmen in der Schule lernen die Schüler*innen, solidarisch interkulturell zu arbeiten.¹¹ Dieses praktische gemeinschaftliche Lernen genießt große Beliebtheit, wie Alexandra Stenzel aus eigener Erfahrung mit ihren Schüler*innen beschreibt. Sie berichtet über deutsche, französische und italienische Schülergenossenschaften. Wir erfahren, dass die Schülergenossenschaften – aufgrund der Inklusion aller Schüler*innen – den sozialen Frieden in der Schule stärken.

Heute gibt „es viele junge Menschen in Europa mit geringen beruflichen Zukunftsaussichten. Durch die Empowerment-Prozesse in der Schülergenossenschaft kann diesen Jugendlichen die Ohnmacht gegenüber ihrer Zukunft genommen werden. Die erlangte Handlungskompetenz mittels der Arbeit in der Schülergenossenschaft stärkt ihr Selbstbewusstsein. Sie erlangen damit die Kontrolle über die eigene Gestaltung ihrer Zukunft.“

Auch Kommunale Verwaltungen haben gelernt, wie wichtig solidarische Ökonomie für sie sein kann, so z.B. wenn Belegschaften bei Insolvenz ihre Unternehmen weiterführen (vgl. Aufsätze von Bruno Roelants und Alessandro

11 Vgl. Nicole Göler von Ravensburg: Schülergenossenschaft: Pädagogische Potenziale genossenschaftlich organisierter Schülerfirmen, Baden-Baden, 2014.

Viola in diesem Band ¹²⁾ und wenn Gemeinschaften zeigen, dass sie solidarisch bessere Lösungen für Ernährung und Energieversorgung finden. Diese Werkstatt wurde von Steffen Andrae geleitet. Er geht diesen Fragen in der eigenen Kommune Lossehof e.V. und in der Stadtverwaltung von Kaufungen praktisch nach. Der Lossehof ist mit vier weiteren Kommunen in der Region vernetzt und organisiert jährlich zusammen mit dem kommuja-Netzwerk Camps zur Einführung in gemeinschaftliches Leben und Wirtschaften.

Die Werkstatt-Teilnehmer*innen diskutierten Zielgruppen für kommunale Verwaltungen, die eine Ausbildung der Bürger in SSÖ und eine Begleitung beim Aufbau solidarischer Wirtschaftsunternehmen in Angriff nehmen könnten. Dabei spielt auch das erfolgreiche brasilianische Beispiel des Netzwerks öffentlicher Förderer staatlicher Politik für Solidarische Ökonomie als Leuchtturm-Beispiel eine Rolle.¹³

Soziale Solidarische Ökonomie und globale soziale Bewegungen

Als erstes internationales Atmosphärenbündnis steht das Klima-Bündnis e.V. für die Unterstützung indigener Völker, die den Regenwald nachhaltig bewirtschaften wollen, mit den Europäischen Städten, die einen ökologischen Umbau vorhaben. Beide Bündnispartner wollen durch radikale Einsparung von Kohlendioxyd (CO₂) die Erdatmosphäre bewahren. Die gemeinschaftlich wirtschaftenden indigenen Völker sollen geschützt werden. Sie haben ein gemeinsames Interesse mit den Bündnispartnern am Erhalt der CO₂-Senke Regenwald. Daher wird ihre nachhaltige Wirtschaftsweise gegen irreversible schädliche großflächige Nutzung geschützt, während der Ökologische Umbau bei uns u.a. durch eine Energiewende von den hiesigen Partnern des Klima-Bündnis gefördert werden soll.

Dag Schulze ist Koordinator für die Arbeit des Klima-Bündnis in Deutschland und Bereichsleiter Energie in der Europäischen Geschäftsstelle des Klima-

12 Vgl. auch Carl Davidson: Deindustrialisierung, Globalisierung und Aussicht auf Grüne „High Road“-Jobs und Solidarische Ökonomie, in: VFSOE (Hrsg.): Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie, Kassel 2011, S. 30 und Dan Swinney: Frühwarnsysteme: ein Vorsorgeinstrument für Arbeit in der Regionalen Ökonomie, in: VFSOE (Hrsg.): Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie, Kassel, 2011, S. 50ff,

13 In Brasilien haben sich Bürgermeister in einem schnell wachsenden SÖ-Netzwerk zusammengeschlossen (Rede de Gestores Públicos ESS) und treffen sich regelmäßig, um sich über die staatliche Politik auszutauschen, die SSÖ fördert. Sie fördern Ausbildungskurse und Begleitung von Gruppen, die gründen wollen durch Vermittlung mit Universitäten und anderen Unterstützern. Auf diese Weise werden Menschen von der Straße geholt. – <http://www.rededegestoresecosol.org.br/>

Bündnis. Er analysiert, wie in den vergangenen über 25 Jahren die Aufgaben und Ziele des Klima-Bündnis erreicht wurden. Neben Erfolgen der Produktion erneuerbarer Energien und anderem weist er auf eine entscheidende Schwachstelle in den Rahmenbedingungen hin, die die Umsetzung der gesetzten Ziele gefährdet: Zum einen werde ein Teil des durch Effizienztechnologien eingesparten Geldes für zusätzlichen Konsum ausgegeben, der möglicherweise ökologisch weniger schädlich ist, aber möglicherweise eben auch nicht. Zum anderen führe das Sparen, Anlegen oder Investieren von Geld in unserem heutigen Wirtschaftssystem ebenfalls zu ökologischen Folgen, die aus der Funktionsweise des herrschenden Geldsystems zu betrachten seien. Schulze erläutert Voraussetzungen für eine Reform des Geldsystems, die den Wachstumszwang überwinden und Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen könnten.

Mit der Zeit sehen die im Klima-Bündnis organisierten Bürgermeister europäischer Städte und Vertreter indigener Organisationen bei ihren jährlichen Treffen und Besuchen, dass sie von immer mehr lokalen Bewegungen (assoziierten Mitgliedern des Klima-Bündnis e.V.) unterstützt werden, die in Bündnisse zum Schutz der Erdatmosphäre eingehen und sich in den interkulturellen Lernprozessen einen Überblick über reale gegenseitige Abhängigkeiten des lokalen und globalen Handelns verschaffen.

Der Erhalt biologischer Vielfalt ist ein weltweites Anliegen, das viele kleine Produzenten, Züchter alter Arten, Händler und Konsumenten praktisch vor Ort stärken. Sie erhalten und erweitern regionale Kultur und nutzen die regionalen Potentiale in nachhaltiger Weise.

Ute Kern und Monika Rehs haben „Berglandkräuter“, einen Handel von Gewürzen, Tees und Körnern, übernommen und erläutern beispielhaft, wie sie mit festen Zulieferern, vorwiegend kleinen regionalen Produzenten, arbeiten. Sie verpacken die Ware und vermarkten sie unter anderem an regionale Bäckereien, Fleischereien und Käsereien. Sie pflegen die Beziehungen zu Zulieferern und Abnehmern, mit denen sie eine solidarische Kette aufgebaut haben. Gemeinsam wachen sie über die Qualität ihrer mehr als 100 Produkte und haben keinerlei Interesse an unbegrenztem Wachstum.¹⁴ Mit ihren vielfältigen gesellschaftlichen Bezügen zu anderen ökologischen Produzenten und Konsumenten sind sie wesentliche Akteure in der regionalen Solidarischen Ökonomie Nordhessens.

14 Karl-Werner Brand (Hrsg.): Von der Agrarwende zur Konsumwende?, Die Kettenperspektive Ergebnisband 2, München, 2006.

Die Verbindung der SSÖ zum weltweiten Anliegen, Frieden zu erhalten erläutert Claudia Sánchez Bajo in ihrer aktuellen Pionierarbeit über Frieden und Genossenschaften, die sie interdisziplinär in drei Teilen aufgebaut hat.

- Der Ausgangspunkt ist Galtungs Unterscheidung zwischen negativem und positivem Frieden.¹⁵ Dann weist die Autorin auf wiederholte konzeptionelle Veränderungen des Friedensbegriffs im Verlauf der Geschichte und in unterschiedlichen Kulturen hin.

- Sodann fragt Claudia Sánchez Bajo danach, welche *„Perspektive für Friedensaufbau als fördernder, lebendiger, schützender, sicherer Raum und Umgebung“* in der Forschung zu Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt wird?

- Schließlich *„wird Friedensstiftung im Zusammenhang mit Genossenschaften und Solidarischer Ökonomie diskutiert, aufbauend auf Selbstverwaltung, Demokratie, Gleichheit, Solidarität und Bildung.“*

Als Strategie eines Humanismus der Praxis, die an letzteres anknüpft, wird das Friedenspotential solidarischer Gesellschaften und Wirtschaften in Zeiten der Aufrüstung gegen Mensch und Natur zu einer wesentlichen Perspektive.

Clarita Müller-Plantenberg
Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.

15 Negativer Frieden ist die Abwesenheit oder Reduktion von Gewalt, Positiver Frieden schafft die Bedingungen dafür, dass die Ursachen für die Gewalt ausgeschaltet werden, einschließlich direkter kultureller oder struktureller Ursachen, später kommen wir darauf zurück. (vgl. Galtung, Johan (1969) Violence, Peace and Peace Research, Journal of Peace Research 6(3): 167–191) Claudia Sanchez Bajo geht in ihrem Aufsatz „Frieden und Genossenschaften“ am Ende diesen Bandes ausführlich hierauf ein.

Wurzeln und Potentiale der Sozialen Solidarischen Ökonomie

Arbeiterbewegung, Christliche Gemeinden, Initiativen der Umweltbewegung

Clarita Müller-Plantenberg

Es gibt viele soziale Bewegungen, aus denen solidarische Wirtschaftsunternehmen entstanden sind. Die Erinnerung an ihre jeweilige Geschichte sieht heute ganz unterschiedlich aus bei Genossenschaftsverbänden, Gewerkschaften, christlichen Gruppen, bei Bürgerinitiativen, Frauen-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen. Die unterschiedliche Sicht auf ihre Geschichte verstellt den Blick auf Gemeinsamkeiten. Kollektive Erinnerung der gemeinsamen Wurzeln Solidarischen Wirtschaftens kann den Weg weisen: All diese Bewegungen – im Kern Bewegungen für die Einlösung von Bürger- und Menschenrechten – gehen über die Grenzen bürgerlicher Gesellschaft hinaus und begründen einen praktischen Humanismus (Franz Hinkelammert 2016).¹

Gemeinsame Wurzel der Solidarischen Ökonomie – Begründung eines praktischen Humanismus

1. Die Arbeiterbewegung: Gewerkschafts- und Genossenschaftsgründungen

Die Arbeiterbewegung suchte im Zuge der ersten industriellen Revolution in England nach Wegen, um der lebensbedrohlichen, uneingeschränkten Ausbeutung effektiv zu begegnen. Die langen Arbeitstage erwiesen sich als Hin-

1 Mit der Französischen Revolution wird die Grundlage für die allgemeine Anerkennung der Rechte des Einzelnen gelegt. Indem der Einzelne als Staatsbürger frei ist, beginnen die Befreiungsbewegungen der Frauen, der Arbeiterbewegung, der Sklaven und anderer Kulturen sowie der Produktionsweisen. Vgl. Franz Hinkelammert: Die Kritik der neoliberalen Religion des Marktes und die Menschenrechte, Manuskript, 2016. Die Polarisierung von Einkommen und Vermögen und die faktische Aufkündigung des Generationenpaktes verstärkten das Aufbegehren der Jugend gegen die Verletzung ihrer menschlichen Würde, gegen politische Bevormundung und gegen Rassismus.

dernis für die Produktivität der Arbeit. Robert Owen, ein Textilfabrikant aus New Lanark, war einer der Industriellen, die begannen, sich um Rechte zum Schutz der Arbeiter zu kümmern. Er entschied sich 1797 dafür, die Länge des Arbeitstages in seinem Unternehmen zu begrenzen und verbot die Arbeit von Kindern, für die er Schulen baute. Man bewunderte, dass Owen trotz der Ausgaben für die Wohlfahrt der Arbeiterfamilien, Erfolge in Bezug auf steigende Produktivität in seinem Unternehmen verzeichnen konnte. Später, nach dem englischen Sieg über Frankreich gab es viele Arbeitslose und Owen präsentierte 1817 seinen Plan zum Landkauf für den Bau von Genossenschaftssiedlungen mit jeweils 1.200 Einwohnern. Er schlug auf nationaler Ebene vor, durch die Inklusion der Arbeitslosen in gemeinschaftliche Produktion mit guter Bezahlung die Arbeitslosigkeit zu beenden, um auf diese Weise erneut einen Binnenmarkt zu schaffen und die nun fehlende Kriegsproduktion so – durch Friedensproduktion – zu ersetzen.

Der Plan sah unter anderem vor, dass der erwirtschaftete Mehrwert zwischen den Siedlungen ausgetauscht werden könne. Die genaue Planung von solidarisch wirtschaftenden Siedlungen zur Inklusion der Arbeitslosen sollte von der Wirtschaftlichkeit dieses Weges überzeugen. Die britische Regierung lehnte Owens' Plan jedoch ab, da sie diesen als eine Absage an lukrative kapitalistische Unternehmen sah. Owen verlor seine reichen Bewunderer und Unterstützer und versuchte, 1824 in der Siedlung New Harmony in den USA einen entsprechenden Plan umzusetzen. Dieser scheiterte 1829 endgültig, was seine Rückkehr nach England zur Folge hatte.

Die Lehre von Robert Owen war jedoch auf fruchtbaren Boden gefallen und hatte seine Schüler aktiviert, die nun überall Genossenschaften gründeten. Eine nationale Gewerkschaft der Bauarbeiter wurde aufgebaut. Gleichzeitig gründeten sich überall Gewerkschaften, die jedoch per Dekret als Gefahr für den freien Wettbewerb verboten wurden. Viele Arbeiter, die daraufhin in einen Streik traten, begannen in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts in den Branchen, in denen sie ohne viel Kapital arbeiten konnten, genossenschaftliche Produktionsgemeinschaften aufzubauen. Sie forderten nun nicht mehr nur höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, sondern versuchten, ihre ehemaligen Arbeitgeber auf dem Markt mit ihren selbstverwalteten solidarischen Unternehmen zu überrunden.

Der Streik wurde zum Wendepunkt von der Lohnarbeit zur Selbstverwaltung, die in vielen Fällen dadurch ermöglicht wurde, dass die Arbeiter von Gewerkschaften oder Wohlfahrtsorganisationen in ihren Bestrebungen unterstützt wurden. Oftmals wurden Läden – sogar ganze Genossenschaftsdörfer –

eingerrichtet, über die die eigenen Mitglieder mit Gütern aus eigener Produktion versorgt wurden. Zwischen den Genossenschaftsdörfern gab es einen Austausch von Produkten, der als „Equitable Exchange Bazar“ oder „Equitable Labour Exchange“ bezeichnet wurde. In den 30er Jahren gründeten Arbeiter in mehreren englischen Städten solche Märkte zum Tausch von Produkten mit eigener Währung. Owen übertrug die Leitung eines solchen Marktes in London den Gewerkschaften, die sich bei dem Genossenschaftsaufbau engagiert hatten. Darüber hinaus plante man eine Wohnungsbaugenossenschaft. In all diesen Ansätzen wurde der Aufbau von Genossenschaften als Alternative zum Kapitalismus gesehen und 1833 als „Genossenschaftsrepublik der Bewegung“ bezeichnet. Auf diesem ersten Höhepunkt der Arbeiterbewegung kämpften Genossenschaften und Gewerkschaften gemeinsam um die Hegemonie einer selbstbestimmten Produktion.²

Durch ein Dekret der englischen Regierung, das die Begrenzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden ablehnte, kam es zur Arbeitsverweigerung einer breiten Arbeiterbewegung. Aussperrung durch die Unternehmen und Entlassung der Mitglieder der Bauarbeitergewerkschaft waren die Antworten. Owen schlug vor, dass ein Parlament der Bauarbeiter die Bauindustrie übernehmen und sie als Genossenschaft organisieren solle.

Doch die Bewegung geriet unter Druck, die Gewerkschaft musste sich auflösen und man zwang die Betreiber der Genossenschaftsläden, ihre Läden zu schließen (Cole 1944, S. 29, zitiert nach P. Singer 2006, S. 34/35). In dieser ersten Periode der Arbeiterkämpfe war die Kritik der Arbeiter am Kapitalismus durch ihre unabhängigen Genossenschaftsgründungen offensiv in Solidarische Ökonomie umgesetzt worden.³

2 Der an der Reformpraxis interessierte Owen sprach von der Genossenschaftsrepublik – wie nach ihm auch Charles Gide.

3 In Frankreich ist es unter anderem Charles Fourier, ebenfalls – wie Owen in England – ein einflussreicher utopischer Sozialist, der einen Gegenentwurf zur kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft beschreibt. Er war – im Gegensatz zu Robert Owen – kein Mann der Tat. Ihm zufolge sollte Arbeit attraktiv sein und Produktivität erhöht werden, die Produktionsmittel sollten – über Aktienanteile – jedem gehören. Er sah vor, dass die Arbeiter*innen in Gemeinschaften leben, und dass der Staat überflüssig werden sollte. Fourier sprach von agro-industriellen Gemeinschaften, sogenannten „Phalansteres“, die für den Eigenbedarf produzieren sollten, die Utopie der Freiheit erreichen und die gesellschaftliche Beziehung zwischen Arbeit und Kapital auflösen würden. Die Organisation in kleinen Einheiten werde individuelle Freiheit bei ökonomischer Existenzsicherung erlauben. Nach diesem Vorbild bildeten sich ca. 30 Gemeinschaften, die jedoch scheiterten. Graf Claude Henri Saint-Simon trat für die Anwendung christlich-sozialer Prinzipien ein und propagierte die Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft der Produzenten.

Konsumgenossenschaften – Produktionsgenossenschaften– Genossenschaftssiedlungen

Nachdem der Streik in Nordengland im Jahr 1844 in einer Niederlage endete, taten sich 28 Weber als „Redliche Pioniere von Rochdale“ zusammen und formulierten Grundsätze für ihre Genossenschaft, die bis heute zu den Eckpfeilern späterer Genossenschaftsbewegungen zählen. Die Ganzheitlichkeit des Genossenschaftsentwurfs liegt darin begründet, dass der gemeinsame Laden gleichzeitig zur Ankurbelung der eigenen Produktion und somit zur erweiterten Autonomie und Selbstbestimmung führen kann. Die Arbeiter waren in den damals schnell wachsenden Städten von ihren traditionellen Versorgungsmöglichkeiten abgeschnitten. Das nutzten Ladenbesitzer in der Nähe der Fabriken aus, um sich mit verfälschten Lebensmitteln und überhöhten Preisen an deren Notlage zu bereichern.

Daher zählten zu den Rochdale-Grundsätzen: Warenreinheit, Offene Mitgliedschaft, Demokratische Verwaltung – eine Person eine Stimme –, Rückvergütungsprinzip, Begrenzung der Kapitalverzinsung, politische und religiöse Neutralität, Barzahlung, Förderung des Bildungsstrebens. Diese Prinzipien legten die Redlichen Pioniere von Rochdale 1844 fest. 1966 wurden die Prinzipien durch die Internationale Genossenschaftsallianz überarbeitet.

Die Ansammlung von Überschüssen diente dem Bestreben, so weit als möglich Waren selbst zu produzieren, um beste Qualität zu niedrigsten Preisen zu erzielen. Mit der Zeit ging es also nicht nur um den Verkauf von Waren, sondern auch um kulturelle Bildung, z. B. durch den Aufbau eines Lesesaales mit Tageszeitungen und um regelmäßige Debatten an Sonntagen.

Eine eigene Textilproduktion wurde aufgebaut. Aus Konsumgenossenschaften waren Produktionsgenossenschaften geworden. Bereits nach fünf Jahren zählte die Genossenschaft der Redlichen Pioniere von Rochdale 400 und nach zwanzig Jahren 5.000 Mitglieder. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits 600 entsprechende Konsumgenossenschaften in England und Schottland mit über 130.000 Mitgliedern.

1863 wurde ein Zusammenschluss von Konsumgenossenschaften in Manchester gegründet, der nach elf Jahren bereits 200.000 Mitglieder hatte. Damit sollte die Überwindung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit betrieben werden. Die Pioniere strebten eine Siedlung an, in der ein Großteil der Konsumbedürfnisse durch die Arbeit ihrer Mitglieder befriedigt werden sollte.

Der durch die Produktion erarbeitete Überschuss sollte mit anderen Produkten getauscht werden – wenn möglich mit anderen Gemeinschaften, die dieselben Ziele verfolgten. Der Genossenschaftsladen war für die Arbeiter nur der Beginn beim Aufbau dieses wichtigen Projektes, ein zweiter Schritt ermöglichte die Gründung einer Produktionsgenossenschaft. Diese sollte dann die Mitglieder der Konsumgenossenschaft integrieren, sodass der dritte Schritt, die Gründung einer Genossenschaftsansiedlung ermöglicht werden sollte, in der Arbeiter zusammenleben und gemeinsam produzieren und konsumieren könnten.

1833 war der Aufbau der Großhandelsgenossenschaft (National Consolidated Trade-Union) ebenfalls mit der Gründung von Produktionsgenossenschaften verbunden (Cole 1944, S. 158). Streiks führten zum weiteren Entstehen von Produktionsgenossenschaften.

Das Charakteristikum der Konsumgenossenschaften, selbst für den Eigenbedarf zu produzieren, wurde dadurch erschüttert, dass die Großhandelsgenossenschaft 1875 beschloss, keine Rückvergütung für getätigte Einkäufe mehr zu zahlen. Dies stieß bei den Teilen der Arbeiterbewegung, die mit den Idealen Owens und denen der Pioniere verbunden waren, auf Ablehnung, da sie die Konsumgenossenschaften immer nur als ersten Schritt auf dem Weg zu eigener Produktion und zur Selbstbestimmung der Produzenten gesehen hatten. Doch die Konsumgenossenschaften vermehrten sich ebenso schnell wie die Großhandelsgenossenschaften.⁴

Nach dem zweiten Weltkrieg gerieten die Konsumgenossenschaften überall vollends in die Krise: Selbstbedienungsläden wurden gegründet, Verpackungsstrategien eingeführt und Vermarktungsabläufe mechanisiert und automatisiert. Die Kosten konnten so durch die Vermarktung größerer Produktmengen verbilligt werden. Das Großhandelskapital überrollte viele Konsumgenossenschaften. Einige existieren weiterhin, aber nicht in der vorherigen Quantität und Qualität.

Die ganzheitliche Strategie vom gemeinsamen Konsum, zur gemeinsamen Produktion und Wohnen bildeten die Grundpfeiler der Konsumgenossenschaften.

4 Ähnliche Genossenschaften wie die von Rochdale wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den USA, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Italien und Deutschland gegründet. Sie waren ebenfalls in der Lage, dieselben Schritte vom genossenschaftlichen Einzel- zum entsprechenden Großhandel bis hin zu der Nationalen Genossenschaftskonföderation zu vollziehen (Birchall, 1997, S. 10–11).

Es gab auch Ansätze für die Strategie vom gemeinsamen Wohnen zum gemeinsamen Konsumieren bis zum gemeinsamen Produzieren. Im „Roten Wien“ (1918–1934) mit seinen großen Gemeindebauten – z. B. im Karl-Marx-Hof oder im George-Washington-Hof – ging die Bewegung von den Bewohnern aus, die die Eigenproduktion ihres Bedarfs anstrebten: Was wir konsumieren, können wir selbst herstellen. Dahinter stand das Interesse an mehr Autonomie und an demokratischer Mitbestimmung in allen Lebensbereichen.

Von Hilfskomitees und Hilfsvereinen zu Genossenschaftsbanken

Auch in Deutschland konnten sich die kleinen Handwerksbetriebe auf dem Lande im Zuge der Industrialisierung nur schwer halten. Als dazu im Winter 1846/47 nach einer Missernte noch der Hunger kam, bildeten sich allorts Hilfskomitees und -vereine, um die Not zu lindern. Der Jurist Hermann Schultze-Delitzsch nahm an einem Hilfskomitee zur Getreidebeschaffung, zur Unterhaltung einer Mühle und einer Bäckerei teil. Als Abgeordneter der Preußischen Nationalversammlung war er Mitglied in Kommissionen, die sich mit Gewerbetreibenden befassten. Dabei kam er zu dem Schluss, dass es Handwerkern ermöglicht werden müsse, in genossenschaftliche Zusammenschlüsse einzutreten, um mit ihren Produkten gegen die sich großflächig ausbreitende Industrialisierung (vor allem in Ballungsräumen von größeren Städten) konkurrenzfähig sein zu können.

Da Hermann Schultze-Delitzsch nach der Revolution von 1848 nicht politisch tätig sein durfte, verließ er den Staatsdienst und widmete sich der Verbreitung der Genossenschaftsidee. In Delitzsch wurde 1849 eine Schuhmacher-Genossenschaft gegründet. Davon ausgehend propagierte Schultze-Delitzsch Konsumvereine zur Sicherung der Lebensgrundlagen sowie Genossenschaftsbanken, die die Gründung von Vermarktungs- und Produktionsgenossenschaften ermöglichten.

Jedes Mitglied zahlte Beiträge und die Banken hafteten nach der Devise „Alle für Einen, Einer für Alle“. Kredite erhielt man unter der Voraussetzung, dass man zwei Bürgen benannte. Auf der Generalversammlung hatte jede Person eine Stimme. Ein Kontrollrat entschied über die Kreditvergabe. Schultze-Delitzsch lehnte eine direkte Unterstützung durch den Staat ab. Er reiste durch das Land, um die Idee der Volksbanken bekannt zu machen. Als Reichstagsabgeordneter arbeitete er später das Genossenschaftsgesetz aus, das 1867 verabschiedet wurde.

Der Sozialreformer Friedrich Wilhelm Raiffeisen war als Verwaltungsangestellter und später als Bürgermeister tätig.⁵ Raiffeisen war überzeugter evangelischer Christ und bezeichnete dies als wesentliche Grundlage für sein sozialpolitisches Handeln. Gleichzeitig mit Schultze-Delitzsch – aber ohne ihn persönlich zu kennen – wurde er als junger Bürgermeister ebenfalls im Hungerwinter 1846/47 aktiv und gab eigenmächtig Schuldscheine für Nahrungsmittel aus. Nach dem Ende der Gründungsversammlung des von ihm initiierten Hilfsvereins zur Unterstützung unbemittelter Landwirte wurden die Bürgschaften für die aufzunehmenden Kredite unterschrieben.

Das war nach Raiffeisen das Gründungsdatum des Genossenschaftsgedankens mit dem bereits bekannten Leitspruch: „Einer für Alle, Alle für Einen“. So wurden die kleinen Bauern in die Lage versetzt, Geld anzusparen bzw. erhielten Unterstützung beim Ankauf von Vieh und Gerät. Über den von Raiffeisen initiierten Verein wurde das Getreide bezahlt und ein Gemeindebackhaus gebaut. Im Frühjahr finanzierte er Saatkartoffeln, um den ärmeren Bauern die Möglichkeit zu geben, im Herbst mit den Verkaufserlösen ihre Schulden zurückzuzahlen. (Wiehr, Bonse, Gross, S.140).

Als Bürgermeister gewann er ab 1846 ein Bild von der verzweiferten Lage der kleinen Bauern. Diese hielten der beginnenden technisch-agrarwirtschaftlichen Entwicklung nicht stand, da sie keine Investitionen tätigen konnten, Probleme mit dem Absatz ihrer Produkte und eine zu schlechte Ausbildung hatten, um z. B. dem Viehwucher – überhöhten Preisen, zu kurzen Rückzahlungszeiten und überhöhten Zinsen – etwas entgegenzusetzen.

Bei beiden Genossenschaftsgründern, die ihre Arbeiten später miteinander verbanden, ist ursprünglich zunächst eine karitative Motivation der Unterstützung von Notleidenden zu beobachten. Mit der Forderung von Mitgliedsbeiträgen entstanden dann die selbstverwalteten Genossenschaften.⁶

5 Bodo von Trott, der in Imshausen lebte, half bei der Gründung einer Raiffeisenkasse in Hessen. Aus Anlass eines Raiffeisen-Jubiläums wurde er vor einigen Jahren als Mitbegründer von Genossenschaften in Hessen in der Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung (HNA) erwähnt. Dazu gehörten auch andere Grundbesitzer, wie z. B. auch ein Karl Baumbach. Der Vorfahr Bodo von Trott war ein Onkel des aus Imshausen stammenden August von Trott, des ehemaligen Kultusministers von Preußen. Vgl. Gregory W. Pedlow: *The Survival of the Hessian Nobility 1770–1870*; Princeton University Press, 2014.

6 Weitere große Genossenschaftsbanken finden wir in Italien 1864, gegründet von Luigi Luzzatti, die eine begrenzte Haftung für Kredite gewährt und die auf Mitgliederbeiträgen basiert. In Kanada gibt es die Desjardins Bank in Quebec, die 1.300 Volkskassen unterhält, ein Drittel der Sparguthaben der Region, ein Drittel der Konsumentenkredite und die Hälfte der Agrarkredite vergibt. Im Baskenland gibt es die Caja Laboral von Mondragon.

Die einzelnen Phasen des kapitalistischen Produktions-, Vermarktungs- und Finanzsystems führten zu Korrekturen und Weiterentwicklungen der Organisationsformen Solidarischer Ökonomie. Die Rochdale-Prinzipien wurden nicht nur beibehalten, ihre Bedeutung für den Aufbau des selbstverwalteten Wirtschaftens wurde unter veränderten Verhältnisse neu gewürdigt: Die Prinzipien der Internationalen Genossenschaftsallianz wurden überarbeitet, in der Internationalen Arbeitsorganisation wurden entsprechende Prinzipien eingeführt.⁷ Heute kann man beobachten, wie sich solidarische Wirtschaftsunternehmen, lokale Ökonomien, solidarische Wertschöpfungsketten und Netze organisieren, wie sie zunehmend auch Einfluss auf kommunale Verwaltungen ausüben und mit ihnen kooperieren.⁸ Einzelne Landtage der Bundesrepublik Deutschland haben Abgeordnete bestimmt, die für die Solidarische Ökonomie zuständig sind. Schließlich ist auch zu beobachten, dass Netzwerke solidarischer Wirtschaftsunternehmen Brasiliens in regionalen Foren mit Unterstützern zusammenarbeiten und in regelmäßigen Vollversammlungen Planungen abstimmen, um gemeinsam politische Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie durchzusetzen.⁹

In Deutschland gibt es Netzwerke von Energiegenossenschaften¹⁰, von Solidarischen Landwirtschaften¹¹, beide Genossenschaftsformen entwickeln Prosumentenzusammenschlüsse, vernetzt sind unter anderem auch Dorfläden.¹²

7 Cooperative Identity, Values & Principles, – <http://ica.coop/en/whats-co-op/co-operative-identity-values-principles> (8.1.2017)

Empfehlung 193 betreffend die Förderung der Genossenschaften, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---normes/documents/normativeinstrument/wcms_r193_de.htm (8.1.2017)

8 Vgl. Netzwerk der öffentlichen Promotoren Solidarischer Ökonomie, ein ständig wachsendes Netzwerk von Kommunen, Landkreisen, Bundesstaaten in Brasilien, in dem Programme zur Förderung der Solidarischen Ökonomie beraten und umgesetzt werden. <http://www.rededegestoresecosol.org.br/> (8.1.2017)

Políticas Públicas em Economia Solidária: Relações da Rede de Gestores/Rede de Gestores de Políticas Públicas de Economia Solidária; Centro de Estudos e Pesquisa Josué de Castro; Secretaria Nacional de Economia Solidária. Recife: Ed. Universitária da UFPE, 2008

Vgl. Dan Swinney, Midwest Center of Labour Research begann über Insolvenzen zu arbeiten und kooperierte mit den Stadtverwaltungen, die es für notwendig erachteten, diesen Insolvenzen in ihren Städten zu begegnen, indem sie die Belegschaftsübernahmen auf der Grundlage der Studien, die sie beim Midwest Center of Labour Research in Auftrag gegeben hatten, zu Rate zogen.

9 5. Nationales Plenum der Solidarischen Ökonomie 2012; – http://repositorio.ipea.gov.br/bitstream/11058/3868/1/bmt54_econ03_vplenaria.pdf

10 So z. B. <http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/> (8.1.2017)

11 So z. B. <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/de/startseite/> (8.1.2017)

12 So z. B. <http://dorfladen-netzwerk.de/dorflaeden-in-deutschland/> (8.1.2017)

Die Zusammenschlüsse der Netzwerke im Sinne gemeinsamer Interessen sind noch auf einzelne Kampagnen, Demonstrationen und Aktionen beschränkt. Das bedeutet, dass die Kommunikation zwischen einzelnen Bewegungen alternativen Wirtschaftens existiert und dass sich Zusammenschlüsse von Netzwerken ergeben haben. Sie können ihre gemeinsame Interessenvertretung in den jeweiligen Regionen jedoch noch ausweiten.

2. Die christlichen Bewegungen: Basisgemeinden, Bruder- und Schwesternschaften, Kommunitäten und andere

Die Wurzeln solidarischer Ökonomie reichen weit zurück. Die Motivation zum gemeinschaftlichen Leben und Wirtschaften findet sich von ihren Ursprüngen an in der frühchristlichen Geschichte. Schon „Jesus hat mit den Zwölf Jüngern eine Bruderschaft gegründet, um die herum ein weit größerer Kreis von Freunden und Förderern gedacht werden muss.“ (Siepmann, 1987, S. 12) Wie in der Apostelgeschichte deutlich wird, bildeten sich Christus-Bruderschaften, die auf freiwilliger Gütergemeinschaft und gemeinsamen spirituellen Elementen basierten – z. B. beim Brotbrechen und beim Gebet.¹³

Teil einer Gruppe zu sein, bedeutete zugleich Geborgenheit und Verantwortung. Dieser Gedanke ist in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts in den Basisgemeinden der Befreiungstheologie als der „Dienst an der Gemeinschaft“ wiederzufinden, der die eigentliche Erlösung zu einer humanen Gesellschaft bedeutet, die ihre Gesetze selbst bestimmt und dadurch zur starken Kraft werden kann. Die Option zum Eintreten für die Armen und für soziale Gerechtigkeit werden als Grundpfeiler christlichen Engagements verstanden. Die christlichen Basisgemeinden entstanden unter der brasilianischen Militärdiktatur (1964–85) und wurden durch die zweite lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellín (1968) gestärkt.¹⁴

Zurück zur Geschichte des christlich basierten gemeinschaftlichen Lebens: Im Spätmittelalter entstanden die an Gilden und Zünften orientierten großen Bruderschaften, die es sich zur Aufgabe machten, Heilige zu verehren und für die Armen und Bedürftigen zu sorgen. Das bedeutete, dass man im Alltag ko-

¹³ Einige Bruderschaften (Fraternitäten) öffneten sich später für Frauen und es entstanden auch unabhängig von diesen Schwesternschaften (Sororitas), Gemeinschaften von Frauen. Gemeinsam ist ihnen die Brüderlichkeit bzw. Schwesternlichkeit in ihren religiösen Zusammenschlüssen für wohltätige Aufgaben. Im Übrigen gab es eine Vielzahl von unterschiedlichen Arten von Gemeinschaften, je nach ihrem je spezifischen Interesse.

operierte, dass man gemeinsames Vermögen besaß¹⁵, und dass man eine auch spirituell verbundene Gemeinschaft bildete. In vielen Fällen entwickelte sich aus dem spirituellen Charakter der Bruderschaften ein genossenschaftlicher Gemeindeaufbau.

Angesichts der eher schwach ausgebildeten staatlichen Strukturen stellten die Orden und religiösen Laiengemeinschaften solidarische Unternehmen dar, die sich im Spätmittelalter um das Wohl ihrer Mitglieder kümmerten (Klein, 2016, S. 13).

Mit dem vertikalen Aufbau staatlicher Verwaltungsstrukturen wurden diese genossenschaftlich strukturierten Vereinigungen geschwächt. Die von Martin Luther angetriebene Reformation der römisch-katholischen Kirche verstärkte diesen Trend. Luther kritisierte die Heiligenverehrung der Bruderschaften und insbesondere auch ihre ausschweifenden Gelage. Er empfahl ein „Zusammenwirken von Geistlichkeit und Magistrat“, um das Bruderschaftswesen, dem er Gemeinschaftsegoismus unterstellte, abzuschaffen (Klein, 2016, S. 16).

Er strebte eine am Evangelium orientierte Gesellschaft an. Die soziale Wohlfahrtspflege ging in der Folge von kirchlichen Trägern auf Gebietskörperschaften über. Behörden wurden aufgebaut, unter deren Aufsicht nunmehr das soziale Leben stand.

Hilfeleistungen hatten sich an klare Maßstäbe zu halten, um die sozialpolitischen Maßnahmen durchzuführen, zu überwachen und zu garantieren (Klein, 2016, S. 18/19). Infolgedessen wurden Einnahmen von Klöstern aus Stiftungen und Bruderschaften in einen „Gemeinen Kasten“ überführt, aus dem die Auf-

14 In Brasilien existierten um die Jahrtausendwende ca. 70.000 christliche Basisgemeinden (comunidades eclesiales de base, CEB), denen ca. 1,8 Millionen Personen angehörten. Vgl. Instituto de Estudios de la Religion, ISER (2004): *As Cebs hoje*, Rio de Janeiro. Sie nehmen als Verbündete sozialer Bewegungen am politischen Leben teil. Die christlichen Basisgemeinden verbreiteten sich auf dem ganzen Kontinent, auch in Mittelamerika, wo regelmäßige Treffen der christlichen Basisgemeinden stattfanden. Jugendliche haben Gruppen gebildet, lernten ihre nationale Realität zu analysieren und erhielten Anleitung für eine Analyse der rechten Ideologie, die sie zu durchschauen lernten. Das DEI (Departamento Euménico de Investigaciones), ein Forschungszentrum in Costa Rica, bot in diesem Sinne Weiterbildung an, die zum Aufbau von Basisgemeinden führte. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) sowie die Zweite Allgemeine Konferenz des Lateinamerikanischen Episkopats in Medellín 1968 wurden als Vorläufer der Befreiungstheologie betrachtet.

15 Aus Eintrittsgeldern, Stiftungen, Vermächtnissen und Beiträgen, Bau von Hospitälern aus Spenden, Organisation von Festmahlen, gemeinsame Gottesdienste, Beherbergung sowie Beerdigung Fremder, Bruderschaften richteten „Versicherungskassen“ ein. (vgl. Klein, 2016, S. 10f).

wendungen für Schulen und Gebäude sowie die Bezahlung der Pfarrer getätigt wurden. Die kirchliche Gemeinde wurde zunehmend in die politische Gemeinde integriert. Das Gemeindeprinzip wurde so auf die Wortverkündung und auf „wohlfahrtspolizeiliche Regelungen“¹⁶ des sozialen Lebens reduziert.¹⁷

Es gibt eine Vielzahl solidarischer christlicher Neugründungen. Zu ihnen gehören unter anderem die rund 100 Siedlungen hutterischer Bruderhöfe mit ihrer Gütergemeinschaft in Mähren, in denen jeweils 200 bis 400 Personen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von Mehrgenerationenfamilien lebten.

„Jede dieser Kommunen war eine Konsum- und Produktionsgemeinschaft, die so effektiv funktionierte, weil die Arbeitskräfte kostenlos zur Verfügung standen [...] Hier wurden bereits Produktionsweisen der Manufaktur und der Hausindustrie vorweggenommen“, die sich als solche erst später entwickelten. Sie hatten sich zuvor den Kastenordnungen entzogen und wurden folglich als „Sektierer“ bezeichnet (Brednich, 1998, S. 35 zitiert nach Klein, 2016, S. 27).

Auf gemeinschaftlicher, meist handwerklicher Grundlage gründeten sich die Herrnhuter Brüdergemeinden mit gemeindeeigenen genossenschaftlichen Unternehmen, so z. B. im 19. Jahrhundert in Neuwied am Rhein. Belege gibt es für über 12 gemeindeeigene Betriebe, in denen die Gemeindemitglieder arbeiteten. Der Gewinn floss dann in die Missionstätigkeit (Ströhm, 198, S. 115 ff, zitiert nach Klein, 2016, S. 28).

Die Bodelschwingschen Anstalten sind ein weiteres Beispiel für ein nach wie vor bestehendes solidarisches, christliches Unternehmen. Mithilfe von Selbstversorgung durch Gartenbau, Landwirtschaft und Handwerk werden Gelder eingespart.¹⁸

16 Theodor Strohm/Michael Klein (Hrsg.): Die Entstehung einer sozialen Ordnung Europas (2 Bde.), Heidelberg, 2004.

17 Auch im Zürich des schweizerischen Reformators Zwingli wurden die Besitztümer einer Bruderschaft konfisziert, obwohl diese sich dagegen wehrte (Simon-Muscheid, 2009: S. 257). Ebenfalls wurde in Straßburg das Bruderschaftswesen vom Magistrat und von den Reformatoren u. a. von Martin Bucer kommunalisiert (Pompey, 2011: S. 53). Er etablierte Christliche Gemeinschaften, in denen der Glaube von einer Art Kerngemeinde entschiedener und verbindlicher – z. B. durch Gütergemeinschaft – gelebt werden sollte, ohne sich von kirchlichen Strukturen abzusondern. In Genf wurde 1535 ein gesamtstädtisches Hospital begründet, bei dem die Vermögenswerte der kirchlichen Institutionen und der Bruderschaften den Grundstock bildeten (Bieler, 2005: S. 66). Bruderschaften wurden verboten.

18 Mit 18.000 Mitarbeitern das größte Sozialunternehmen in Europa und der größte Arbeitgeber im Stadtteil Bethel in der Stadt Bielefeld, gegründet 1867.

Für die gemeinsame Beschaffung wurde eine Konsumgenossenschaft gegründet, mit deren Hilfe Mengenrabatte erzielt und die Gewinne den Mitgliedern und Kunden proportional zur Summe ihrer Käufe rückvergütet werden konnten.

1908 führte man mit dem „Bethelgeld“ eine Binnenwährung ein, die man sich auf Vorrat bei der Sparkassenfiliale besorgte. Mit diesem Zahlungsmittel können auch Leistungen der anstaltseigenen Werkstätten bezahlt werden. Der Eintausch wird durch einen fünfprozentigen Bonus begünstigt, der Rücktausch wiederum durch eine Gebühr belastet. Auch hier wurde eine Gewinnbeteiligung ausgezahlt.¹⁹

Heute sind die christlichen Kommunen, wie z.B. die Kommunität Imshausen, die Communauté de Grandchamp in der Schweiz sowie die Gemeinschaft in Taizé lebendige Zeugnisse solidarischen Lebens. Sie sind untereinander vernetzt und eng mit den sozialen Bewegungen der Energie- und Agrarwende verbunden. Auch Longo Mai, ein Zusammenschluss christlich orientierter Kommunen, ist ein lebendiges Beispiel für die neu gebildete solidarische christliche Bewegung des gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens.

Aus christlichen Gemeinden kommen auch Vorschläge, erneut alternative Währungen – wie z.B. den von Hans-Jürgen Fischbeck in seinem Memorandum vorgeschlagenen Kirchen-Soli – zur Stärkung ihres solidarischen Charakters einzuführen.²⁰

Seit der Gründung der Inneren Mission im 19. Jahrhundert in der Rechtsform des Vereins, finden sich in ihren Vereinen erneut gruppenwirtschaftliche Elemente. Die Frage ist, ob selbstbestimmtes Wirtschaften für diese Gruppen nicht eine sinnvolle Perspektive darstellt, die dazu beiträgt, aktive demokratische Unternehmen mit aktiven demokratischen Staatsbürgern zu fördern, die auch die Inklusion von Langzeitarbeitslosen, prekär Beschäftigten und Geflüchteten ermöglichen könnte.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob die Diakonie nicht ebenfalls ihre Arbeit in die Richtung von selbstverwalteten solidarischen Gemeinschaftsunternehmen lenken kann, die dann zu Instrumenten staatlicher Sozialpolitik werden.²¹

19 Vgl. Bethel und das Geld, Bethel-Verlag, 1998, zitiert nach Hans Jürgen Fischbeck: Entwurf eines Memorandums, Solidarische Ökonomie in der Kirche für die Kirche, Berlin 2016.

20 A.a.O.

21 Vgl. auch die italienische Erfahrung, s. dazu den Beitrag von Klaudia Resch in diesem Band.

3. Gesellschaftliches Verhältnis zur Natur – Eine Subjekt-Subjekt-Beziehung – der Wille zum Leben ²²

Zum praktischen Humanismus der eben geschilderten Bewegungen gesellen sich die Bewegungen von Initiativen, Gruppen und Gemeinschaften, die ihr Leben und das der nächsten Generationen dadurch ermöglichen wollen, dass sie Ökosysteme, Gewässer, Atmosphäre, Böden erhalten.²³

Oft resultieren diese Initiativen aus Verteidigungsprozessen, die dazu dienen, die eigene Wirtschaftsweise gegen Großprojekte bestehen zu lassen. Oft ist aber auch der Versuch, den Naturbezug zurückzugewinnen, ihn zu pflegen der Leitgedanke. Hier entstehen humanitäre Aktionen, die Keimzellen gemeinschaftlicher Lösungen aufbauen.

So konnten beispielsweise hessische Bäuerinnen noch in der letzten Generation erklären, welches Wasser sie für die Wäsche nutzten und welches für die Ernährung. Sie griffen dabei auf ein Wissen darüber zurück, aus welchen Gesteinen die jeweiligen Quellen entspringen, und sie konnten erläutern, warum die Wasserqualitäten sehr unterschiedlich sind. Für die Bäuerinnen hatte dieses Wissen die Konsequenz, dass sie ihre Wäsche optimieren konnten und das Trinkwasser bewusst nur von bestimmten Quellen holten.²⁴

Ein weiteres Beispiel: Wenn Gemeinschaften, die an Flüssen leben, erläutern, dass die Sedimentfracht ihres Flusses gering ist, weil er in einem alten Bergmassiv entspringt, das bereits ganz ausgewaschen ist, dann greifen sie auf Kenntnisse über die Geomorphologie ihrer Region zurück, die für sie bestimmte Regeln

22 „Albert Schweitzer sagte: Die Grundstruktur ist der Wille zum Leben, weil das Leben mehr Leben will. Dies ist die wahre Struktur der Welt – sei es für die Vergangenheit, sei es für die Zukunft“, zitiert nach Leonardo Boff im Interview „Ich musste gehen oder rebellieren“ in: taz, 2. 1./8.1.2017, S. 26.

23 Dietrich Bonhoeffer forderte bei der Tagung des Rates für Praktisches Christentum und der ökumenischen Jugendkonferenz in Fanø/Dänemark 1934 ein gesamtchristliches Konzil, das im Blick auf den bedrohten Frieden ein Wort spricht, „das die Welt nicht überhören kann“. Die drei aufeinander bezogenen Stichworte Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung sind in dieser Formulierung Ende der 80er Jahre formuliert worden. Delegierte des Südens forderten im März 1990 auf der Weltkonvokation des Weltkirchenrates in Seoul folgende Reihenfolge: „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“, die seither immer wieder ausgesprochen worden ist. Papst Franziskus nahm dieses Thema in seiner Enzyklika Laudato Si 2015 vor der Pariser Klimakonferenz umfassend auf. –

https://de.wikipedia.org/wiki/Laudato_Si%E2%80%99

24 Clarita Müller-Plantenberg: Gesundheitswissen und alte Bräuche, Landfrauenstudie, Kassel, 1984, mimeo.

mit sich bringt: Bäume an den Ufern dürfen nicht gefällt werden, damit die Früchte der Bäume ins Wasser fallen und die Fische Nahrung finden.²⁵ Erfahrungswissen wird kumulativ von den Gemeinschaften aufgebaut und dient der Optimierung ihres jeweiligen Bezuges zu Flora, Fauna, Gewässern, Böden sowie der Anpassung an Jahreszeiten.

Gemeinschaftliche Nutzung von Naturpotentialen, Allmenden, finden wir auch in unserer Region, sie sind noch nicht untergegangen. Vielmehr kommt es heute zu zahlreichen Neugründungen.²⁶ Seit Urzeiten haben Menschen gemeinsam aus den – in der sie umgebenden Natur – vorkommenden Materialien Nahrung, Wohnung, Kleidung hergestellt. Der Bezug zur Natur veränderte sich. In einem permanenten Lernprozess entwickelten Gesellschaften neue Techniken.

Bis heute gibt es vorkapitalistische Gesellschaften, die auch unter extremen Bedingungen mit Hilfe ihres profunden, im Laufe vieler Generationen angesammelten Wissens über Flora, Fauna und jahreszeitliche Rhythmen einen großen kulturellen Reichtum aufgebaut haben. Sie sind bestrebt, die Natur ihres Territoriums nicht nur in ihrer Resilienz zu erhalten, sondern sie in ihrer Vielfalt zu stärken und ihre Gewässer nicht zu verunreinigen. Sie kennen Kulturtechniken, mit denen sie die Nährstoffe in ihren Böden erhalten bzw. permanent erneuern. Das reziproke Verhältnis zur Natur rührt von der Einsicht her, dass diese langfristig ihre Lebensgrundlage sein wird und führt zu einer selbstbestimmten Erforschung der Lebensbedingungen im jahreszeitlichen Rhythmus.

Andere Produktionsweisen überlagerten diese Produktionsweisen. Auch in der einfachen Warenproduktion gab und gibt es gemeinschaftliches Wirtschaften. Im Zuge des Feudalismus schlossen sich die Handwerker in Zünften bzw. auch in Bruderschaften zusammen. Mit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise begann sich nun das Verhältnis zur Natur in dem Sinne zu ändern, dass die kurzfristige Produktivität und der Profit im Mittelpunkt stan-

25 Clarita Müller-Plantenberg: Lebensperspektiven aus der Sicht der regionalen Bevölkerung. Indianer und Waldbauern am Alto Rio Negro/Brasilien, in: Lateinamerika, Analysen, Daten, Dokumentation No. 19, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, 1992; C. Müller-Plantenberg: Schutz den Schützern heißt Garantie der Landrechte. Die indianischen Völker des tropischen Regenwaldes im Nordwesten Brasiliens, in: Kritische Ökologie No. 3, Wiesbaden, 1992

26 Universität Kassel: Atlas Solidarischer Ökonomie Nordhessens, Entwicklungsperspektiven 94, Kassel, 2008, S. 89 ff.

den. Somit entstanden auch Risikotechnologien – so z. B. im Agrar- und Energiesektor – die Gesundheitsrisiken bargen, bzw. Gewässerbelastung, Boden-erosion und Klimaveränderungen mit sich brachten. Im Energiesektor waren die Gefahren des Treibhauseffektes (fossile Energieträger), der Niedrigstrahlung und nuklearen Katastrophen (AKWs) die größten Risiken.

Diese Risikotechnologien gefährden langfristiges Leben, da sie den gesellschaftlichen Naturbezug aufkündigen und da die technologische Option nicht der Optimierung des Naturbezuges dient, sondern den Profitinteressen großer Konzerne.²⁷ Die Beachtung des Naturbezuges in einer Gesellschaft lässt sich an ihrem Erfahrungswissen ablesen, das sich häufig schon in ihrer Sprache²⁸, ihren Gewohnheitsrechten sowie in ihrem behutsamen, respektvollen Umgang mit der Natur widerspiegelt, in ihrer Erneuerungskraft und bei der Bereitstellung der Daseinsvorsorge. Oft ist der Jahreszyklus durch entsprechende kulturelle Gepflogenheiten gekennzeichnet.²⁹

Eine vielfältige, breite soziale Bewegung ist Ausdruck des Versuchs der Wiederraneignung des Naturbezuges. Auch bei uns in Mitteleuropa wächst die Kritik am herrschenden Subjekt-Objekt-Verhältnis zur Natur.

Seit langem schon bezeichnen sich ganze Regionen als atomkraftfrei bzw. als gentechnikfrei. Ernährungssouveränität, Abkehr von Risikotechnologie, Erhalt kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Vielfalt von Flora und Fauna durch eine Agrarwende stehen auf der Tagesordnung. Eine Vielzahl direkter

27 Die koloniale Expansion der kapitalistischen Produktionsweise machte sich Natur und Menschen der Kolonien untertan. Antikoloniale indigene Bewegungen Ecuadors haben bewirkt, dass das Verhältnis zur Natur als eines zwischen Subjekten verstanden wird, das frei ist von kolonialen Abhängigkeiten. Sie haben darauf hingearbeitet, dass das Leben in Harmonie mit der Natur, auf Quechua *sumak kawsay*, als zu erstrebendes Ziel, in der ecuadorianischen Verfassung verankert wurde. Das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur als eines zwischen Subjekten ist Bestandteil der ecuadorianischen Verfassung.

28 Joan Martinez Alier: *The environmentalism of the Poor, A Study of Ecological Conflicts and Valuation*, Cheltenham, 2002; s. a. Joan Martinez Alier: *The political economy of sustainable development, Environmental Conflict, Participation and Movements*, UNRISD, Conference paper, Johannesburg (30.8.2002); – [http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/\(httpAuxPages\)/5EB03FFBDD19EA90C1257664004831BD/\\$file/MartinezAlier.pdf](http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/(httpAuxPages)/5EB03FFBDD19EA90C1257664004831BD/$file/MartinezAlier.pdf) (26.1.2017); s. a. Boaventura de Sousa Santos: *Epistemologies of the South, Justice against Epistemicide*, London, New York, 2014.

29 In Amazonien haben wir gelernt: „Der Indianer und sein Territorium, der Wald, gehören einander“, was sich im Wirtschaftskalender ausdrückt, der zu jeder Jahreszeit zeigt, wie sich die Gemeinschaften an Flora und Fauna im jahreszeitlichen Rhythmus anpassen. Vgl. Tolamán Kenhiri, Berta Ribeiro: *Chuvos e constelações*, in: *Ciência Hoje* V. 6, N. 36, S. 26–35, Out 1987.

Organisationsformen kleinbäuerlicher Produzenten zusammen mit ihren jeweiligen Konsumenten hat sich entwickelt. Solidarische Landwirtschaftsbetriebe übernehmen verlassene Höfe und betreiben wieder vielfältigen Ackerbau. Netzwerke von Genossenschaften zur Förderung erneuerbarer Energien, die die Energiewende anstreben, wollen eine unabhängige, krisenfreie Versorgung durch Bürgerenergiegenossenschaften, die aus Produzenten und Konsumenten bestehen. Sie leisten Gründungsberatung für neue Energiegenossenschaften und sind für das schnelle Wachstum der Anzahl von Energiegenossenschaften verantwortlich.

Auch in der Landwirtschaft erzeugt die Gegenwehr gegen Großprojekte weltweit Initiativen, die nach gründlicher kritischer Analyse Widerstand leisten und Alternativen entwickeln: Als Beispiel sei hier der Anbau von gentechnisch verändertem Mais genannt. Ökologisch produzierende Kleinbauern der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) organisieren Bündnisse gegen Gentechnik mit Metzgereien, Bäckereien, Molkereien und Brauereien.³⁰

Initiativen wehren sich gegen das Abbremsen der Energiewende durch die Novellierung des „Erneuerbaren-Energien-Gesetzes“ und drängen auf das schnelle Erreichen des Ziels einer hundertprozentigen Versorgung mit erneuerbaren Energien.³¹ Hier ist ein gesellschaftlicher Wille zum Leben, eine vielfältige Einsicht in Bedingungen für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, die Reinhaltung der Gewässer und den Schutz der Erdatmosphäre entstanden.

30 Erklärung Niedermöllrich; – <http://www.gentechnikfreies-werra-meissner-land.de/Archiv/PDF/Niedermoellricher%20Erklaerung%20Kurzfassung.pdf> (8.1.2017) – Die gentechnische Manipulation von Kulturpflanzen beinhaltet unvorhersehbare Risiken für die Landwirtschaft und unsere natürlichen Ökosysteme. Die Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel in großer Mehrheit ab. Mit ihrem praktischen Handeln setzen sich die Unterzeichner dieser Erklärung dafür ein, dass in unserer landwirtschaftlich geprägten Region Nordhessen hochwertige Lebensmittel erzeugt und möglichst in regionalen Zusammenhängen verarbeitet und vermarktet werden. 1. Landwirte verpflichten sich, keine gentechnisch manipulierten Kulturpflanzen anzubauen. Futtermittel sollten nach Möglichkeit aus dem betrieblichen oder regionalen Kreislauf stammen. Wo dies nicht möglich ist, werden nur Futtermittel eingesetzt, die nachweisbar gentechnikfrei sind. 2. Unternehmen des Lebensmittelhandwerks (Bäckereien, Metzgereien, Molkereien, Brauereien) verpflichten sich, keine genveränderten landwirtschaftlichen Rohwaren einzusetzen. Bei der Erzeugung von Milch und Fleisch dürfen keine genveränderten Futtermittel eingesetzt worden sein.

31 Initiative Bremer Manifest – <http://www.gentechnikfreies-werra-meissner-land.de/Archiv/PDF/Niedermoellricher%20Erklaerung%20Kurzfassung.pdf> (8.1.2017) – Wir wollen 100 % erneuerbare Energien, so schnell wie möglich. Das können wir Bürger*innen nur mit vereinten Kräften schaffen. So ist das Bremer Manifest entstanden: Das Bündnis Bürgerenergie hat einen Rat eingerichtet, in dem Personen, die sich für die Bürgerenergie engagieren, dem Bündnis Bürgerenergie mit Rat und Tat zur Seite stehen sollen.

Diese Initiativen beziehen sich immer häufiger auf ihre Region, das Territorium für die Gemeinschaft – Gemeinschaft für das Territorium.³²

Hier entsteht das Interesse an Wissen über die Natur, ihre Ökosysteme und darüber hinaus an einer befreienden Pädagogik, einem Lernen durch Erfahrung, an Aktionen. So wird über die Initiativen auch gelernt. Neue Bildungsstrategien zur Gründung selbstverwalteter Initiativen und Unternehmen bekommen einen strategischen Charakter.³³

Der Anspruch ist ganzheitlich: Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheit. Instrumente, Methoden und Organisationsformen, die wir als erfolgsversprechend erkennen, können den Weg weisen. Daher unser Plan der Erarbeitung von Bildungsmaterialien auf der Basis von interregionalem Erfahrungsaustausch.

Solidarische Unternehmen – Nordhessische Region

In Nordhessen sind mehrere Wellen solidarischer Gründungsprozesse zu unterscheiden. Vor 1946 gab es bereits die Marktgenossenschaften. Nach dem Hungerwinter von 1946/47 gab es eine Welle (siehe oben). Später entstanden Gemeinschaftsunternehmen durch die Übertragung der Huterechte (Weiderechte)³⁴, die in gemeinschaftlichen Besitz der Bauern eines Dorfes übergingen, d. h. jeder Bauer besaß einen ideellen Anteil des übertragenen Landes und der darauf befindlichen Vegetation. In Gemeinschaft mit anderen wurde Holz geerntet und als Brennholz genutzt oder verkauft. Diese Gemeinschaft konnte das Holz auch weiterverarbeiten. Die Waldgemeinschaften unterstützten u. a. Vorhaben im Dorf, die dem Gemeinwohl dienten und begannen in Einzelfällen auch mit der In-Wert-Setzung durch Weiterverarbeitung des Holzes. Andere

32 Vgl. Bénédicte Manier: *Un million des révolutions tranquilles, Comment les citoyens changent le monde*; LLL, Paris, 2012. – Dokumentiert die weltweite Dimension der wirtschaftlichen, demokratischen und ökologischen Alternativen – so auch derer von Frauen der untersten Kaste in einem indischen Bundesstaat, die ein bereits zerstörtes Territorium durch ihre traditionellen Kenntnisse wieder fruchtbar machen, den Selbstmorden der Bauern Einhalt gebieten und ihre Kinder auf Schulen schicken können.

33 Paulo Freire, der brasilianische Pädagoge, eroberte mit seiner Pädagogik der Befreiung ganze Generationen von Ausbildern auch der Solidarischen Ökonomie. Vgl. drei Bände Herausgegeben von Peter Schreiner: *Paulo Freire: Unterdrückung und Befreiung, Bildung und Hoffnung, Pädagogik der Autonomie: Notwendiges Wissen für die Bildungspraxis*, Münster, New York, 2007 (Band 1 und 2), 2008 (Band 3).

34 Vgl. *Atlas der Solidarischen Ökonomie Nordhessen*, Kassel University Press, Kassel, 2008, S. 29 ff.

Gemeinschaftsprojekte kamen hinzu, wie z.B. ein gemeinsamer Kartoffelacker.³⁵

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es eine erneute Gründungswelle solidarischer Wirtschaftsunternehmen. Viele von Kriegszerstörungen betroffene Menschen wollten Wohnungen bauen, diese gemeinschaftlich verwalten und in allen Bereichen das Überleben sichern. Eine neue Etappe der Gründung solidarischer Wirtschaftsunternehmen setzte mit der Studentenbewegung 1967/68 ein, zu dieser gesellten sich die Frauen- und die Umweltbewegung. Nach dem Fall der Mauer ist erneut eine Gründungswelle von solidarischen Wirtschaftsunternehmen erkennbar.

Seit September 2015 haben wir eine Flüchtlingswelle großen Ausmaßes, gleichzeitig ist ein steigender Anteil der Beschäftigten prekär beschäftigt. Leiharbeiter, Minijobber und Teilzeitbeschäftigte müssen mit geringem Einkommen vorliebnehmen. In Hessen stellten im Jahr 2015 27.239 Personen Asylanträge, insgesamt wurden 11.845 Personen eingebürgert.³⁶

Sollten wir angesichts dieser Zustände nicht erkennen, dass erneut eine Welle von Gründungen solidarischer Wirtschaftsunternehmen sinnvoll wäre und durch Beratung gefördert werden könnte? Ist die Annahme realistisch, dass jeder Flüchtling in vorhandenen, traditionellen Unternehmen angemessene Arbeit finden kann? Initiativen in und um die Flüchtlingsarbeit weisen zahlreiche Ansätze zu Unternehmungsgründungen auf. Die Wohlfahrtsorganisationen absorbieren viele Flüchtlinge in ihrer eigenen Arbeit. Wie könnte in diesem Bereich effektiv Gründungsarbeit vorangetrieben werden? Vorschläge ergeben sich aus dem spontanen Handeln: Arbeit in Internetcafés, einfache Reparaturarbeiten von Fahrrädern, Arbeit in Gärtnereien und Verarbeitung von Lebensmitteln, Catering, Schneiderei, möglicherweise Kinderbetreuung, Altenpflege etc. Dahinter steckt die grundsätzliche Frage danach, welche Potentiale zur Entstehung einer nächsten Gründungswelle bestehen.

Geschichte der Produktionsweisen und ihrer Überlagerungen – die objektive Seite

Die abhängige Beziehung von Lohnarbeitern, die mit der beginnenden Industrialisierung in ihren Arbeitsleistungen sehr ausgebeutet wurden, zu den Fabrikherren war die Ursache für die Entstehung der Arbeiterbewegung,

35 Mitteilung von Herrn Schwalm, Mitglieder eines Interessentenwaldes im Schwalm-Eder-Landkreis während der Befragung zu der Studie: Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen, Kassel, 2008.

36 Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2016.

die zum einen aus der Genossenschaftsbewegung und zum anderen aus der Gewerkschaftsbewegung bestand.

Die Entwicklung des Kapitalismus vollzog sich über den Konkurrenz- und Monopolkapitalismus bis hin zur Liberalisierung der Märkte. Die Entstehung des Weltmarktes hat eine zunehmende Konzentration von Kapital und jeweils sich verändernde staatliche Strukturen mit sich gebracht. Aus der industriellen Reservearmee wurde eine Masse von nicht mehr fest in die herrschenden Produktionsverhältnisse integrierten, marginalisierten Bevölkerungsgruppen.

Mit der Auflösung der Sowjetunion und dem Fall der Mauer festigte sich das Diktat des Weltmarktes. Immer mehr Menschen wurden dauerhaft aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die Frage, welche Instrumente, Methoden und Organisationsformen solidarisches Wirtschaften möglich machen und zur Durchsetzung und Hegemonie führen können, stellte sich nach der Verkündung der neoliberalen Doktrin, die diesen Weg zu legitimieren meinte, neu und immer dringlicher.

In Deutschland wurden Traditionen der Arbeiterbewegung doppelt gebrochen: durch Unterdrückung und Liquidierung unter den Nazis und durch die Bevormundung und den Entzug von Selbstbestimmung in der DDR. Letzteres konnte auch durch die weiterreichenden Reflexionen der Runden Tische und anderen Formen der Bürgerbeteiligung nicht ungeschehen gemacht werden.

Daher sind das Lernen und der Austausch mit anderen europäischen Regionen von großem beiderseitigem Interesse. In allen Regionen Deutschlands entstehen solidarische Wirtschaftsunternehmen, gleichzeitig dominiert auf nationaler Ebene eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Dem kann nur durch Austausch und Kooperation in Gesellschaft, Schule und Wirtschaft entgegen gewirkt werden.

Potentiale: Analyse rechter Ideologie – Praktischer Humanismus, das gute Leben³⁷

Die Potentiale unserer Situation treten deutlich zutage, wenn wir uns die Dramatik der aktuellen Herausforderungen vor Augen führen: die miteinander verknüpften Krisen der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit, der zögerlichen Agrar- und Energiewende trotz drängender Klima-

³⁷ Das, was die Indigenen-Bewegungen Ecuadors und Boliviens heute als das „Gute Leben“ bezeichnen, drückte Ailton Krenak, ein brasilianischer indigener Führer so aus: „Wir wollen nicht überleben, sondern das Leben in seiner ganzen Fülle“, in: Katalog der Ausstellung „Großprojekte und Indianergebiete“, Kassel, 1987.

probleme, aber vor allem auch die drohende nationalistische Politik, die durch ihr autoritäres Vorgehen die Rechte der Bürger nicht wahrt. All das zeigt, dass wir es mit einem zivilisatorischen Konflikt zu tun haben.

Nehmen wir nun also die Geschichte als Quelle der Empörung und des Aufbegehrens. Wir können bei einem der wichtigsten Lehrer des Neoliberalismus, Friedrich Hayek, nachlesen, dass eine humanitäre Praxis nicht gewollt ist: *„Eine freie Gesellschaft braucht Moralen, die sich in letzter Instanz auf die Erhaltung von Leben reduzieren, nicht auf die Erhaltung alles Lebens, denn es könnte notwendig sein, individuelles Leben zu opfern, um eine größere Zahl anderer Leben zu retten. Daher sind die einzigen Regeln der Moral diejenigen, die zu einem ‚Kalkül des Lebens‘ führen: das Eigentum und der Vertrag“*³⁸. Die Rationalität des Weltmarktes scheint für Hayek eine Legitimation für die Abschaffung der Bürger- und Menschenrechte zu sein.

„Empört Euch“, so ruft auch Stéphane Hessel zum Widerstand gegen die Ungerechtigkeit auf.³⁹ Die Bewahrung der Rechte des Einzelnen und seiner Rechte, gemeinschaftlich zu produzieren, zu konsumieren, zu vermarkten und zu leben, stärken Widerstand gegen Ungerechtigkeit durch Beharren der Bürger auf humanitärer Praxis für ein selbstbestimmtes Leben.

Wie können vorhandene solidarische Initiativen und Unternehmen an Gewicht gewinnen, um demokratische und friedliche Lösungen ohne Risiko-technologien anbieten zu können und um von unten nach oben ihren Einfluss in der Region und in Europa geltend zu machen?

Grundannahmen der Wahrung von Bürger- und Menschenrechten für alle sind durch neoliberale und nationalistische Bestrebungen gefährdet. Welche Potentiale stecken in der jetzigen Situation, um den Aufbau solidarischer Ökonomie politisch stabiler zu verankern? Die folgenden sieben Punkte für eine mögliche Erweiterung und Stärkung der solidarischen ökonomischen Strukturen auf regionaler Ebene sind die Voraussetzung für die verstärkte Inklusion von Arbeitslosen und Minderheiten sowie für das Aufblühen einer selbstbestimmten, widerständigen, demokratischen Kultur:

1. Agrar- und Energiewende schaffen Arbeitsplätze. Es wäre zu prüfen, inwieweit und unter welchen Bedingungen die Bürger in ihren Kommunen planmäßig Genossenschaften auf diesen Gebieten fördern könnten, indem sie

38 Friedrich von Hayek Mercurio (19.4.1981): Chilenische Tageszeitung – Chile ist das Musterland der Neoliberalen Politik, die dort nach dem Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende nach den Lehren der „Chicago Boys“ – unter ihnen Friedrich von Hayek und Milton Friedman – eingeführt wurde.

39 Stéphane Hessel: Empört Euch, Berlin, 2011.

regionale solidarische Versorgungsketten aufbauen, für die es bereits viele Beispiele gibt. Denn die Lehren der Risikotechnologien mit Erderwärmung und Atomunfällen sowie mit Nahrungsmittelskandalen und Umweltzerstörung sind weitgehend bewusst. Nun steht eine Analyse der möglichen allgemeinen Umsetzung der Konsequenzen an.⁴⁰

2. Weiterverarbeitung regionaler Potentiale schafft Arbeitsplätze und regionale Kultur. Wir haben in Nordhessen einen großen Reichtum an Wäldern. Zurzeit wird das hessische Holz größtenteils exportiert und kommt veredelt zurück. Eine solidarische Wertschöpfungskette unter Einbeziehung der Holzverarbeitung für moderne Hackschnitzelheizungen (Kronenholz) bzw. der regionalen genossenschaftlichen Weiterverarbeitung zu Möbeln oder auch zur modernen genossenschaftliche Erstellung von Holzhäusern wäre mit entsprechender Planung und Umsetzung für die Region von Vorteil. Bürger in Handwerksunternehmen und Genossenschaften in der Hohen Rhön sind bereits Vorbilder hierfür. Sie schaffen gleichzeitig Kultur und regionale Identität.⁴¹ Die nordhessische Region war früher reich an Textilproduktion, vor allem auf der Basis von Flachs/Leinen und Wolle. Inzwischen stehen alle Webmaschinen und Wollspinnereien still, allein Museen sind geblieben und Schafherden, die in der Naturpflege eingesetzt werden. Ihre Wolle wird allenfalls als Baudämmstoff eingesetzt, wenn sie nicht auf der Müllhalde landet. Daher haben Bürger in einigen nordhessischen Landkreisen das Interesse am

40 Die beim Forschungsinstitut für biologischen Landbau im Auftrag von Greenpeace erstellte Studie kommt zum Ergebnis, dass eine umweltfreundlichere konventionelle Landwirtschaft Deutschland ernähren kann, wenn sich Fleischverzehr und Lebensmittelverschwendung halbieren. Dies würde der Gesundheit und dem Klima zugutekommen. Der Treibhausgasausstoß der Agrarbranche könnte bis 2050 um 50 % gesenkt und die Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten erhöht werden. (taz 9.1.2017) – [https://www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/her-mit-dem-guten-leben\(9.1.2017\)](https://www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/her-mit-dem-guten-leben(9.1.2017)); Dr. Helmut Oberitter, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V.: „Eine abwechslungsreiche Ernährung mit maximal 300 bis 600g Fleisch und Wurst pro Woche liefert Protein sowie Vitamine, Mineralstoffe, Ballaststoffe und sekundäre Pflanzenstoffe in ausreichender Menge.“ – <https://www.dge.de/presse/pm/weniger-fleisch-auf-dem-teller-schont-das-klima/> (9.1.2017) Vgl. Auch Michael Beleites am 25.1.2013: Zukunft 2030: Wir haben gelernt „Über die grundsätzlichen Lehren muss dann nicht mehr diskutiert werden; aber über die daraus folgenden Konzepte umso mehr. Zu allen relevanten Fragen wird es Debatten in einer tabufreien Atmosphäre geben. Als Modell für die Überführung einer gesamtgesellschaftlichen Debatte in konkrete politische Strukturen ... Die nächste ‚Wende‘ wird eine wirkliche Umkehr, die alle Menschen dazu befreit, das System kritisch zu analysieren dessen Teil sie waren. Und diese Aufarbeitung ist nicht rückwärtsgewandt, sondern der Impuls zur Entwicklung eines neuen Gemeinwesens, das von den hier lebenden Menschen selbst gestaltet ist. Dieses stiftet dann auch eine regionale sächsische Identität, die den Menschen Kraft zur Verantwortung gibt.“ – In: Peak Oil, Das Ende des Erdölzeitalters <http://www.peak-oil.com/2013/01/zukunft-2030-wir-haben-gelernt/> (9.1.2017).

Wiederaufbau einer eigenen Textilproduktion. Die Hanffaser Uckermark eG wirbt erfolgreich unter hessischen Bauern für den Hanfanbau, dessen Nüsse zunächst in der Anlaufphase für Bäckereien bzw. für die Ölgewinnung sowie für Tees verarbeitet werden. Später können sie jedoch für die Gewinnung von Fasern und Grundlage für Textilproduktion genutzt werden. Am 1. November 2017 wurde die WerraHanf eG gegründet.⁴²

3. Wir fragen uns, ob nicht von Seiten der Diakonie und ihrer Klientel Interesse besteht, **ausgehend von Vereinen genossenschaftliche bzw. solidarische Wirtschaftsunternehmen zu gründen**, da diese über die Selbstverwaltung demokratische Prozesse befördern.⁴³ Es ist unbestritten, dass große Teile der Genossenschaftsbewegung gesellschaftliche Ziele verfolgen und „metaökonomische Wirkungen weit über die Mitgliederkreise einzelner Genossenschaften hinaus realisieren“⁴⁴.

4. **Wenn große Institutionen ihre Dienstleister aus privatwirtschaftlichen Unternehmen durch solidarische Wirtschaftsunternehmen ablösen, haben beide Seiten etwas davon.** Beispielhaft für dieses Vorgehen ist die Gesundheitsschule Fiocruz in Rio de Janeiro.⁴⁵

5. **Einführung von Regiogeld:** „Im Konkreten sind das alternative Währungs- und Gutscheinsysteme und regionale Netzwerke, u.a.: Lebensmittel-

41 Vgl. die Initiative der Siebloser Waldbesitzergemeinschaft in der Hohen Rhön, die für alle Familien des Dorfes eine Hackschnitzelheizung initiierte. – <http://biosphaerenreservat-rhoen.de/infothek/362-hackschnitzel-heizungsanlage-sieblös> (9.1.2017)

Vgl. Verein zur Förderung Solidarischer Ökonomie e.V.: Solidarischer Holzhandel, Kassel 2009. Hier können wir regionale Akteure in Waldbewirtschaftung, Holzverarbeitung und Vermarktung hören, die z.T. bereits entsprechende Beispiele realisiert haben. <https://www.youtube.com/watch?v=i69ryLdRLdQ>, 5 Videos (9.1.2017). S.a. Rhönholzveredler, eine Gruppe von Holz Verarbeitern in Kooperation mit der Forstverwaltung und dem Verein Natur und Lebensraum Rhön <https://www.youtube.com/watch?v=i69ryLdRLdQ> (9.1.2017)

42 Vgl. WerraHanf eG, – <http://www.imzuwi.org/index.php/taten/zukunftslabore/zukunftslabore2/137-hanffaser-uckermark-eg> (9.1.2017) – s.a. A. Hoffmann, L. Natt, B. Schuboth, B. Schweitzer, A. Stenzel, L. Unterholzner, C. Völler, V. Wolfer: Solidarisch Ökologische Produktionskette für Kleidung, in: Clarita Müller-Plantenberg, Dieter Gawora (Hrsg.): Netze und Ketten Solidarischer Ökonomie, Kassel, 2008. VFSOE (Hrsg.): Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie, Kassel, 2010;

43 Vgl. Eurofound (2016): Approaches to the labour market integration of refugees and asylum seekers, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

44 Nicole Göler von Ravensburg: Was hat das Social Entrepreneurship mit Genossenschaften zu tun? In: Ingrid Schmale (Hrsg.): Zur Diffusion der Genossenschaften in neue Geschäftsfelder, Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft, Band 11, Münster, 2016. S. 11.

45 Instituto de Tecnologia Social: Conhecimento e Cidadania: Incubação de Cooperativas Populares e Empreendimentos Econômicos Solidários, Rio de Janeiro, S. 13ff; – http://www.itsbrasil.org.br/sites/itsbrasil.w20.com.br/files/Digite_o_texto/TS07_miolofinal_14.12.10.pdf (9.1.2017)

kooperationen, Arbeitgeber*innen-Zusammenschlüsse und die Ansiedlung von solidarwirtschaftlichen Regionalunternehmen⁴⁶“

6. Ergänzungen durch andere Alternative Wirtschaftstheorien und -praktiken.⁴⁷ Europäische Netzwerke können den Aufbau der Solidarischen Ökonomie befördern.

7. Bildungspolitische Strategien können auf den Bewegungen und auf historischen Erfahrungen und Narrativen aufbauen.

Über die Umsetzung dieser Potentiale in unseren europäischen Regionen und Staaten hoffen wir, die kulturelle Vielfalt und gemeinsame demokratischen Verständigung über praktischen Humanismus zu vertiefen.

Literatur:

- ▶ Beleites, Michael (25.1.2013): Zukunft 2030, Peak Oil. Bieler, Rainer u. a. (2008): Religiös motivierte Barmherzigkeit und karitatives Handeln. In: Gestrich, Andreas/Raphael, Lutz (Hrsg.): Inklusion/Exklusion. Studien zur Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart. Frankfurt a. M.
- ▶ Birchall, Johnston (1997): The International Co-operative Movement. Manchester, Manchester University Press, 1997.
- ▶ Brednich, Rolf-Wilhelm (1998): Die Hutterer, eine alternative Kultur in der modernen Welt, Freiburg.
- ▶ Constitución de la República del Ecuador (2008) http://www.oas.org/juridico/pdfs/mesicic4_ecu_const.pdf
- ▶ Eurofound (2016): Approaches to the labour market integration of refugees and asylum seekers, Publications Office of the European Union, Luxembourg.
- ▶ Nicole Göler von Ravensburg: Was hat das Social Entrepreneurship mit Genossenschaften zu tun? In: Ingrid Schmale (Hrsg.): Zur Diffusion der Genossenschaften in neue Geschäftsfelder, Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft, Band 11, Münster 2016.
- ▶ Instituto de Tecnología Social: Conhecimento e Cidadania: Incubação de Cooperativas Populares e Empreendimentos Econômicos Solidários, Rio de Janeiro.

46 Christina Roth: Alternative Instrumente der Regionalentwicklung – Bestandsaufnahme und Reflexion ihres Potenzials, Graz 2012; <http://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/222313?originalFilename=true> (9.1.2017)

47 www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-Bewegungen/ (9.1.2017)

- ▶ ISER (2004): As Cebs hoje, Rio de Janeiro.
- ▶ Cole, G. D. H. (1944): A Century of Co-operation, Manchester, Coopera-tive Union Ltd.
- ▶ Klein, Michael (2016): Genossenschaften, Hannover.
- ▶ Klein, Michael (1997): Leben, Werk und Nachwirkung des Genossen-schaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen: (1818 – 1888), Pulheim.
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita und Gawora, Dieter (Hrsg.): Netze und Ketten Solidarischer Ökonomie, Kassel 2008.
- ▶ Pompey, Heinrich (2011): Das Engagement für Arme im ausklingenden Mittelalter. In: Krimm, Konrad u. a. (Hrsg.): Armut und Fürsorge in der frühen Neuzeit, Ostfildern.
- ▶ Roth, Christina: Alternative Instrumente der Regionalentwicklung – Bestandsaufnahme und Reflexion ihres Potenzials, Graz 2012.
- ▶ Siepmann, Heinzfried (1987): Brüder und Genossen. Ansätze zu einem genossenschaftlichen Gemeindeaufbau, Köln.
- ▶ Simon-Muscheid, Katharina (2009): Spätmittelalterliche Bruderschaften und Königreiche. In: Escher-Apsner, Monika (Hrsg.): Mittelalterliche Bruder-schaften in europäischen Städten, Frankfurt a. M.
- ▶ Singer, Paul (2006): Introdução à Economia Solidária, São Paulo.
- ▶ Ströhm, Wilfried (1988): Die Herrnhuter Brüdergemeinde im städti-schen Gefüge von Neuwied, Boppard.
- ▶ Strohm, Theodor / Klein, Michael (Hrsg.) (2004): Die Entstehung einer sozialen Ordnung Europas (2 Bde.), Heidelberg.
- ▶ Universität Kassel (2008): Atlas der Solidarischen Ökonomie Nord-hessen, Kassel.
- ▶ VFSOE (Hrsg.): Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie, Kassel 2010.
- ▶ Verein zur Förderung Solidarischer Ökonomie e.V.: Solidarischer Holzhandel, Kassel 2009, DVD.
- ▶ Wiehr, Jürgen; Silke Bonse; Ulrich Gross (2012): Friedrich Wilhelm Raiffeisen, in: Angelika Humann (Hrsg.): Menschen, die die Welt bewegten.

**INSTRUMENTE,
METHODEN,
ORGANISATIONSFORMEN**

Instrumente zur Finanzierung kleiner und mittlerer Genossenschaften

Bruno Roelants

Einleitung

Dieser Beitrag geht von der Erfahrung von CICOPA aus, einem globalen Netzwerk von etwa 68.000 Genossenschaften in Industrie und Dienstleistungen, das vor allem Arbeitergenossenschaften, soziale Genossenschaften selbstständiger Produzenten und Freiberufler, sowie Multi-Stakeholder-Genossenschaften (das heißt mit verschiedenen Mitgliederarten) umfasst. Die große Mehrheit der Netzwerkpartner sind kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) und oftmals sehr kleine Unternehmen. Der Fokus wird vor allem auf die Erfahrungen in Frankreich und Italien gelegt, die eine große Anzahl von Instrumenten für die Finanzierung der Entwicklung dieser Genossenschaftstypen entwickelt haben.

Es ist allerdings notwendig, zunächst die interne Kapitalstruktur der einzelnen Genossenschaften zu betrachten, bevor die Finanzierungsinstrumente analysiert werden. Die interne Struktur übt einen starken Einfluss auf diese Faktoren aus und bildet daher die Grundlage genossenschaftlicher Finanzierung. Die internen Strukturen der Genossenschaften sollten per se grundsätzlich als die wichtigsten finanziellen Instrumente von Genossenschaften betrachtet werden.

Daher werden wir zunächst die Kapitalstruktur der Genossenschaften untersuchen, sowohl das nominale Kapital als auch die Gemeinschaftsreserven. Im zweiten Teil des Kapitels wird beschrieben, wie externe finanzielle Instrumente, die es in Italien und Frankreich gibt, funktionieren.

1. Die Kapitalstruktur von Genossenschaften

Gemäß dem dritten genossenschaftlichen Prinzip, „*wirtschaftliche Kooperation von Mitgliedern*“¹, schließt Kapital in ein und derselben Genossenschaft sowohl nominales Kapital als auch Gemeinschaftsreserven ein. Die gleichzeitige Exis-

tenz dieser beiden Kapitaltypen weist darauf hin, dass die Genossenschaft die individuellen Interessen der verschiedenen Mitglieder und deren gemeinsames Interesse miteinander verbindet.

1.1. Das nominale Kapital, das von den Mitgliedern beigesteuert wird

Das dritte Genossenschaftsprinzip sieht vor, dass „*Mitglieder in fairer Weise zu dem Kapital ihrer Genossenschaft und zu dessen demokratischer Kontrolle beitragen*“, und dass dieses Kapital „*(von den Mitgliedern) als eine Bedingung für die Mitgliedschaft gezeichnet*“² wird.

In Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften kann das nominale Kapital, das von jedem Mitglied beigetragen wird, von sehr niedrigen bis zu sehr hohen Beiträgen variieren. Der durchschnittliche Beitrag entspricht eher unterschiedlichen genossenschaftlichen Traditionen als behördlichen Vorschriften, obwohl einige Vorschriften helfen können, höhere Summen zu erzielen, wie wir weiter unten sehen werden. So findet man Genossenschaften, in denen jedes Mitglied den Gegenwert von einigen Euros beiträgt, während in anderen die Höhe der Beiträge mehrere zehntausend Euros erreichen kann.

Das Nominalkapital von Genossenschaften ist eindeutig ein anderes Finanzierungsinstrument als Aktien in den Händen von Aktienbesitzern (*shareholder*). Ein erster Unterschied hat damit zu tun, dass natürliche und/oder juristische Personen, die die Genossenschaft besitzen und kontrollieren, anspruchsberechtigte Akteure (*stakeholder*) sind. Bei Letzteren handelt es sich im Fall von Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften im allgemeinen um Arbeiter oder Produzenten und nicht um Aktienbesitzer.

Der Hauptgrund, Mitglied in einer Genossenschaft zu werden, ist in der Regel nicht die Möglichkeit, Profit aus investiertem Kapital zu ziehen. Es geht eher darum, spezifische Bedürfnisse oder Wünsche zu befriedigen, die mit den

1 „Members contribute equitably to, and democratically control, the capital of their co-operative. At least part of that capital is usually the common property of the cooperative. Members usually receive limited compensation, if any, on capital subscribed as a condition of membership. Members allocate surpluses for any or all of the following purposes: developing their cooperative, possibly by eating up reserves, part of which at least would be indivisible; benefiting members in proportion to their transactions with the cooperative; and supporting other activities approved by the membership” in ICA (1995) Statement on the Cooperative identity and ILO (2002) Promotion of Cooperatives Recommendation (No. 193). 2 Ebda.

eigenen Ansprüchen der Akteure zu tun haben: Im Fall von Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften haben solche Ansprüche meist mit Beschäftigung, Produktion und/oder Dienstleistungen für die Gemeinschaft zu tun. Das *„Kapital, das als Bedingung für die Mitgliedschaft gezeichnet wird“* (Exzerpt des dritten Genossenschaftsprinzips) ist daher zweitrangig für die Tatsache, dass die Genossenschaft Personen zusammenbringt, die *„sich freiwillig zusammenfinden, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Wünsche zu befriedigen“* (Exzerpt aus der Genossenschaftsdefinition). Logischerweise ist dieses von Mitgliedern zusammengetragene Nominalkapital nicht handelbar.³

Ein zweiter grundlegender Unterschied, der sich aus dem ersten herleiten lässt, da er die Rolle der Genossenschaftsmitglieder als anspruchsberechtigte Akteure und nicht als Aktienbesitzer stärkt, hat mit der Tatsache zu tun, dass *„Mitglieder im Allgemeinen, wenn überhaupt, eine begrenzte Vergütung erhalten, für das als Bedingung für Mitgliedschaft gezeichnete Kapital“* (Exzerpt des dritten Genossenschaftsprinzips).⁴

1.2. Genossenschaftliche Reserven (Fonds)

Das dritte Genossenschaftsprinzip sieht vor, dass *„Mitglieder Surplus bereit stellen für [...] die Entwicklung ihrer Genossenschaft, möglicherweise um Reserven zu bilden, von denen zumindest ein Teil unteilbar sein soll“*.

3 Das Nominalkapital wird von dem Mitglied abgelöst über die Entscheidung eines Gremiums oder der Generalversammlung gemäß einer Reihe von im Statut festgehaltenen Bedingungen, mit denen das Mitglied beim Eintritt in die Genossenschaft sein Einverständnis erklärt hat (d.h. schrittweise Rückzahlung im Verlauf einer zeitlichen Periode). Diese Praxis wird in Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften weithin eingehalten, wobei eine der wichtigsten Fragen mit der Rückzahlungsperiode zu tun hat, nachdem der Arbeiter oder der Produzent als Mitglied die Genossenschaft verlässt. Das gilt insbesondere dann, wenn sein/ihr Beitrag zum Nominalkapital der Genossenschaft erheblich ist.

4 Als weitere Bestätigung dieses zweiten Unterschieds, erhalten Mitglieder im allgemeinen variable Einkünfte als Teil des genossenschaftlichen Überschusses. Solche Einkommen zielen jedoch darauf ab, sie „Mitgliedern im Verhältnis zu ihren Transaktionen mit der Genossenschaft zukommen zu lassen“ (Exzerpt des dritten Genossenschaftsprinzips). Die Transaktionen, der Mitglieder innerhalb ihrer Genossenschaft können aus Sicht des Mitglieds dreierlei Form haben: Kauf im Fall von Nutzer-Mitgliedern, d.h. in Konsumgenossenschaften, Verkauf im Fall von Produzent-Mitgliedern in Genossenschaften von Produzenten, die mit der Vermarktung der Produkte des Produzenten zu tun haben, und Entlohnung im Fall von Arbeiter-Mitgliedern (in Arbeitergenossenschaften und Sozialgenossenschaften). Genossenschaftliche Renditen an Mitglieder sind daher als Anpassung an den Transaktionspreis zu sehen (des Kaufs, des Verkaufs, der Entlohnung) und nicht als Dividende.

Wie wir hier lesen können, ist die Idee der Reservenbildung ein Instrument für das Erreichen des Ziels der genossenschaftlichen Entwicklung. Auch hier ist die Entwicklung der Genossenschaft mit der Tatsache verbunden, dass sie ein Unternehmen von Anspruchsberechtigten ist: Sie muss sich so entwickeln, dass *„die Personen, die sich freiwillig zusammenfinden, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Wünsche zu befriedigen“* (Exzerpt aus der Genossenschaftsdefinition) dieses Ziel durch die Genossenschaft besser erreichen, qualitativ (d.h. durch sicherere Jobs oder eine stabilere Produktionstätigkeit) und/oder quantitativ (d.h. durch die Generierung von mehr Jobs oder die Aufnahme von mehr Produzenten in die Genossenschaft).

Genossenschaften legen, so sie dazu in der Lage sind, in der Regel einen Teil ihres Überschusses in Finanzreserven an und benutzen diese, um sie in den Typ unternehmerischer Entwicklung zu investieren, der oben beschrieben wurde. Aber was genau sind *„unteilbare Reserven“*, die im dritten Genossenschaftsprinzip erwähnt werden (*„von denen zumindest ein Teil unteilbar sein soll“*)?

Bei unteilbaren Reserven handelt es sich um gemeinsame Vermögen, die nie unter den Mitgliedern der Genossenschaft aufgeteilt werden können. Dies gilt auch nach der Auflösung der Genossenschaft und nach dem Ausgleich aller bestehenden Verbindlichkeiten.

Nationale oder regionale Gesetzgebungen, die unteilbare Reserven rechtsverbindlich gemacht haben (z.B. in Frankreich, Italien, Quebec oder Uruguay), haben gerade einen sui generis Typ von Vermögen geschaffen, der sich deutlich sowohl von individuellem privatem Eigentum als auch von öffentlichem Eigentum unterscheidet. Dieser Vermögentyp ist der Allmende (*„commons“*) näher verwandt, die von der verstorbenen Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom⁵ diskutiert wurde.

Daher sind auch spezifische Steuerregime für jene Erlöse entwickelt worden, die als unteilbare Reserven zurückgestellt werden. Diese Gesetze verpflichten Genossenschaften, einen Mindestsatz ihrer Jahreserträge für diese Reserven vorzusehen, d.h. 30 % in Italien (Zanotti, 2011, S. 81). Jenseits dieses legalen Minimums ist es den Genossenschaften jedoch freigestellt, einen höheren Prozentsatz ihrer Jahreserträge in Form von unteilbaren Reserven zurückzustellen.

In Italien haben Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften, sogar nach einer drastischen Reduzierung staatlicher Vorteile im Jahr 2003, weiterhin

5 Ostrom, E. (1990) *Governing the Commons* (Cambridge, Cambridge University Press).

wesentliche Anteile ihrer Jahreserträge als unteilbare Reserven zurückzustellen, Im Jahr 2005 wurden im Durchschnitt 86,8 % der Nettoprofiten in das Unternehmen reinvestiert und nur 10,2 % an die Mitglieder ausgezahlt (Petrucci, 2006). Auch 2009 hat der durchschnittliche Anteil der als unteilbare Reserve zurückgestellten Profite nicht abgenommen (Navarra, 2009).

Was geschieht mit unteilbaren Reserven oder Vermögen nach Auflösung des Unternehmens? In einigen Fällen, z.B. in Argentinien, werden sie dem fiskalischen Regierungssystem zugeleitet, müssen jedoch weiterhin für die Förderung von Genossenschaften eingesetzt werden.

In anderen Ländern, wie z.B. in Frankreich oder Italien, werden sie, wenn Genossenschaften einer Föderation angehören, systematisch in diese Organisation oder eine andere, mit ihr verbundene, investiert. Diese verwendet sie in der Regel für die Entwicklung von Genossenschaften (Start-ups, Konversionen, oder Entwicklungsprojekte in bestehenden Genossenschaften) im betreffenden Land.

Seit den 1990er Jahren, hat die italienische Rechtsprechung Entwicklungsfonds in jeder der drei wichtigsten Genossenschaftskonföderationen etabliert. Diese verteilen unter anderem alle Vermögen aus aufgelösten Genossenschaften unter ihrer Mitgliedschaft. Ein entsprechender Fonds der Regierung erfüllt dieselbe Funktion für die Genossenschaften, die keiner Genossenschaftskonföderation angehören. Auf diese Entwicklungsfonds kommen wir im zweiten Teil zurück.

Dieser Typ von Reserven wird vielfach als besonders entscheidend für das Überleben und die Entwicklung des Unternehmens im Fall der genossenschaftlichen KMUs in der Industrie und im Dienstleistungssektor betrachtet. KMUs haben in den ersten Jahren ihres Bestehens im allgemeinen eine niedrige Überlebenschance, d. h. rund 50 % der französischen KMUs, lösen sich nach fünf Jahren auf (siehe Tabelle).

In Ländern, in denen die unteilbare Reserve verpflichtend ist, haben genossenschaftliche KMUs eine wesentlich höhere Überlebensrate als die durchschnittlichen KMUs in anderen Ländern. So existieren in Frankreich 66 % der Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften auch noch nach fünf Jahren (siehe folgende Tabelle).

**Überlebensrate von Arbeiter- und Sozialgenossenschaften
2012 in Frankreich im Vergleich zu allen französischen Unternehmen**

	Überlebensrate nach 5 Jahren	Überlebensrate nach 3 Jahren
Alle französischen Unternehmen (INSEE Daten ⁶)	50 %	66 %
Alle Genossenschaften, die an CG Scop ⁷ angeschlossen sind	66,1 %	82,5 %
Transfer von intakten Unternehmen in Genossenschaften	82,1 %	90,5 %
Transfer von Unternehmen in Krise in Genossenschaften	61,0 %	80,2 %

Quelle: CECOP (2013): *Business Transfers to Employees under the Form of a Cooperative in Europe – Opportunities and Challenges*; Brussels: CECOP, S. 12

Aus finanzieller Perspektive werden folgende Vorteile unteilbarer Reserven identifiziert:

- Sie erlauben es den Mitgliedern, dem Unternehmen beizutreten und es zu verlassen, ohne es zu destabilisieren. Die unteilbaren Reserven werden mit der Zeit wichtiger werden als das nominale Kapital. In einigen Industrie-genossenschaften, die 100 Jahre oder älter sind, können sie 90 % des gesamten genossenschaftlichen Vermögens erreichen. Das hat eine große Bedeutung für Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften, die einen hohen Bedarf an festem Kapital haben und wenig Mitglieder besitzen. Die Reserven werden infolge dessen im Vergleich zum Nominalkapital ein zunehmend wichtigerer Teil des unternehmerischen Stammkapitals für Investitionsprojekte und als Sicherheit für Bankdarlehen.

- Sie sind erwiesenermaßen ein starker Anreiz für intensive Kapitalinvestitionen, so wie in den Genossenschaften der Mondragon Gruppe (Sánchez Bajo & Roelants 2013, S. 176–211).

- Sie halten in vielen Fällen die Mitglieder von einer Auflösung ihrer Unternehmen ab. Dies gilt insbesondere dann, wenn unteilbare Reserven zu einem wesentlichen Teil des Vermögens geworden sind.

6 INSEE – Institut national de la statistique et des études économiques Société coopérative et participative.

7 CG SCOP – Société coopérative et participative.

Das Interesse an unteilbaren Reserven bei Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften steigt in Ländern, in denen unteilbare Reserven noch nicht existieren oder nur wenig vorhanden sind.⁸

2. Externe Finanzierungsinstrumente

Dort, wo Genossenschaften stark vertreten sind und ihre Geschichte weit zurückreicht, wurde ihre Entwicklung auf der „meso“-Ebene aufgebaut indem, inter alia, innovative Finanzierungsinstrumente genutzt wurden.

2.1. IDES und „partizipative Finanzierungs-Bonds“

Das nominale Kapital der Mitglieder in genossenschaftlichen KMUs kann durch Instrumente wie das „quasi-Stammkapital“, wie den französischen „*partizipativen Finanz-Bonds*“ („*titre participatif*“ bzw. „*participation certificat*“) gesteigert werden. Hierbei handelt es sich um eine Art der Verpflichtung, die dem Käufer eine Entlohnung bietet, d. h. um eine feste minimale Entlohnung und einen zusätzlichen variablen Betrag gemäß den Erträgen des Unternehmens. Solche Beträge werden vor allem von den Investoren in der Sozialen und Solidarischen Ökonomie (Genossenschaften, Versicherungen auf Gegenseitigkeit etc.) gezeichnet. Dieses Instrument wird als fair betrachtet und nicht als Bürde für die Genossenschaft, die so verfährt, auch weil sie diese Verpflichtung solange einbehalten kann wie sie dies für nötig hält, ohne sie zurückzuzahlen. Diese Zurückhaltezeiten belaufen sich im Durchschnitt auf sieben bis zehn Jahre. Es wird zu „geduldigem“ Kapital.

Die Beteiligungs-Zertifikate, die von spezialisierten französischen Institutionen wie IDES in die Genossenschaften investiert werden, die solche Wertpapiere ausgeben, werden in der Regel nach einem entsprechenden Verhältnis zu dem von den Mitgliedern zusammengetragenen Nominalkapital vergütet; häufig geschieht dies im Verhältnis eins zu eins. So werden Genossenschaftsmitglieder zu einer weiteren Kapitalisierung ermutigt. Die substantielle Zunahme des Stammkapitals, zu der dieses System führt, übt einen konkreten Einfluss

8 Zum Beispiel der Entwurf des japanischen Arbeitergenossenschaftsgesetzes führt auch die Idee der unteilbaren Reserven ein. Ein Teil der Arbeitergenossenschaften des Vereinigten Königreiches haben unteilbare Reserven eingeführt, die in dem Land freiwillig eingeführt werden können. Die kanadische Föderation von Arbeitergenossenschaften (CWCF), ein CICOPA-Mitglied, hat kürzlich eine Resolution der Generalversammlung verabschiedet zur Förderung von wahlweise einzurichtenden unteilbaren Reserven in anderen Provinzen als Quebec, wo sie vorgeschrieben sind, wie wir oben gesehen haben.

auf Banken und vor allem auf Genossenschaftsbanken aus, die in der Regel so sensibel sind, dass sie die Dynamik des so geschaffenen Vertrauens erkennen (Soulage, 2011, S. 166–169).

Das Teilnahmezertifikat ist eine übertragbare Sicherheit, die vor allem von Finanzinvestoren in Soziale Solidarische Ökonomie gezeichnet wird. Es ermöglicht seinem Inhaber keinerlei Stimmrecht oder Zugriffsmöglichkeiten auf die Nettovermögen. In Form einer Vergütung profitieren die Inhaber jedoch von einer minimal festgesetzten Entlohnung und – gemäß den Erträgen des Unternehmens – von einem zusätzlichen variablen Betrag.

Heute, einige Dekaden nachdem das Partizipationszertifikat geschaffen worden ist, wird es insgesamt als positiv bewertet, dass ein auf die Zeichnung dieses Zertifikats spezialisiertes Finanzierungsinstrument in Frankreich existiert hat. Abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen war es jedoch nicht möglich, Investoren zu mobilisieren. Einer der Gründe für den Erfolg bestand zweifellos in der Existenz von IDEs als Instrument der Versicherung auf Gegenseitigkeit. Es ermöglichte, die Risiken bei der Vergabe von Zertifikaten auf mehrere Einrichtungen zu verteilen.

Wir können heute feststellen, dass die Partizipativen Finanzierungs-Bonds vor allem von solchen Genossenschaften genutzt werden, die in starkem externem Wachstum begriffen sind und Stammkapital benötigen, um größere Verschuldung zu vermeiden. Die Partizipativen Finanzierungs-Bonds stellen keine Schuld in dem Sinne dar, die dazu führt, dass der Zeichner keine Vergütung erhalten kann. Für die Genossenschaft, die die Erlöse aus den Partizipativen Finanzierungs-Bonds erhält, ist es daher wichtig, genuines Stammkapital statt geliehener Mittel zur Verfügung zu haben. Diese befähigen sie, die mit Wachstum verbundenen Risiken zu bewältigen.

Über die Ausgabe eines solchen Zertifikats entscheidet die Generalversammlung der Mitglieder der Genossenschaft. Bei dieser handelt es sich um dieselbe Generalversammlung, die auch über die Festlegung der Entlohnung und des jährlich ausgezahlten zusätzlichen variablen Betrages entscheidet. Sowohl die Entlohnung als auch der zusätzliche Betrag ergeben sich jeweils aus dem erwirtschafteten Ertrag.

In der französischen Gesetzgebung werden die Erlöse aus den Partizipativen Finanzierungs-Bonds in derselben Weise behandelt wie die der umwandelbaren Wertpapiere. Hierbei handelt es sich um Betriebskosten und nicht um eine Dividende. Die Erträge sind mit einer Begrenzung versehen, die der der umwandelbaren Wertpapiere entspricht.

2.2. Die Finanzierungsinstrumente der Französischen Arbeiter Konföderation CG Scop

Auch in Frankreich existiert ein Mechanismus, der ein Tausendstel des Umsatzes aller französischen Arbeiter- und Sozialgenossenschaften, die der französischen Konföderation der Arbeitergenossenschaften CG Scop angeschlossen sind (über 90 % von ihnen) in Finanzierungsinstrumente kanalisiert (Soulagier, 2011, S. 172, und www.les-scop.coop), nämlich SOCODEN, Scopinvest und Sofiscop.

SOCODEN ist die wichtigste und älteste dieser Einrichtungen. Sie wurde 1965 gegründet und hat bereits Projekte in 3.000 Genossenschaften finanziert. Sie stellt einzelnen Genossenschaftsmitgliedern persönliche Darlehen von bis zu 3.000 – 5.000 Euro zur Verfügung, die diesen helfen, über eine Periode von drei bis fünf Jahren Eigenkapital in ihre Genossenschaft zu investieren. Darüber hinaus können Genossenschaften über SOCODEN Darlehen von bis zu 600.000 Euro für fünf bis sieben Jahre erhalten. In beiden Fällen können die Entscheidungen für gemeinsame Darlehen in Höhe von bis zu 60.000 Euro auf der Ebene der regionalen Arbeitergenossenschaften (die ebenfalls ein Teil des CG Scop Systems sind) getroffen werden.

Scopinvest stellt Partizipations-Zertifikate (ähnlich wie IDES, siehe oben) von 25.000 Euro und mehr pro Projekt und von bis zu 50 % des Genossenschaftskapitals für über sieben Jahre aus. Die Meinungen der regionalen Arbeitergenossenschaften über die Projekte werden angehört, die Entscheidung wird jedoch auf nationaler Ebene gefällt.

Schließlich stellt Sofiscop Garantien für 25 % bis 50 % der Darlehen an Genossenschaften, die Sofiscops Kapital gezeichnet haben, zur Verfügung. Die Entscheidungen werden durch die regionalen Arbeitergenossenschaften getroffen.

Es wird deutlich, dass es eine enge Verbindung zwischen diesen Instrumenten zur Finanzierung und den regionalen Arbeitergenossenschaften gibt, die mit allen Beratungen und Begleitungen vor Ort betraut sind. Eines der Schlüsselkriterien dieser Finanzierungsinstrumente ist das Ausmaß, in dem die regionalen Arbeitergenossenschaften Beratungs- und Begleitungsarbeit leisten. Es handelt sich daher nicht um reine Finanzierungsmechanismen, sondern um Mechanismen, die die Finanzierung mit anderen unternehmerischen Elementen kombinieren.

Das Gesetz zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie, das 2014 in Kraft trat, hat die finanzielle Reichweite dieser Finanzierungsinstrumente wesentlich erweitert. Neue Instrumente wie „crowdfunding“ erscheinen sehr erfolgversprechend in den Finanzierungspaketen, mit denen die Finanzierungsinstrumente der CG Scop verbunden sind.

2.3. CFI und das Marcora-Gesetz in Italien

In Italien gibt es im Rahmen des Gesetzes 49 aus dem Jahr 1985 einen Mechanismus zur Erhöhung des Stammkapitals, der auch als „*Marcora-Gesetz*“ bezeichnet wird. Dieser wurde zunächst ausschließlich im Zusammenhang mit Belegschaftsübernahmen angewandt. In den letzten 30 Jahren wurden mehrere tausend Jobs in Industrieunternehmen, die vor der Schließung standen, nachhaltig gerettet (Zanotti, 2011, S. 92–97 und CFI, 1986–2016 ff, 2017).

Dies geschah mit Hilfe eines gründlich durchdachten Beitragssystems, das auf der einen Seite die Investitionen der Arbeiter mit ihren Beiträgen aus einer Dreijahressumme der Arbeitslosenleistungen einbezieht und andererseits eine von allen drei italienischen Genossenschaftskonföderationen (*Legacoop*, *Conf-cooperative* und *AGCI*) gegründete Finanzgesellschaft, genannt *Cooperazione Finanza Impresa (CFI)* (ein assoziiertes CICOPA-Mitglied), die Risikokapital zur Verfügung stellt.

Das Marcora-Gesetz wurde mit dem Ziel geschaffen, die Genossenschaften zu unterstützen, die aus in die Krise geratenen privaten Unternehmen gegründet wurden. Das Gesetz war das Resultat einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der Genossenschaft und den Genossenschaftsbewegungen.

Das Gesetz ermöglicht die Schaffung von Finanzunternehmen (das wichtigste ist CFI), die nicht-zurückzahlbare Fonds erhalten, um am Stammkapital neuer Genossenschaften zu partizipieren, die wiederum von Arbeitern gegründet werden, die zeitweilig oder dauerhaft entlassen wurden.

In der ersten Version des Gesetzes (1985–1996), konnte die gewährte Intervention das Äquivalent des dreifachen des von den Mitgliedern gezeichneten Stammkapitals betragen. Die Unterstützung war begrenzt auf den Betrag, der der Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung für drei Jahre entsprach. Indem er dies tat, tauschte der Staat Kosten, die er ansonsten zur Unterstützung von Beschäftigung hätte zahlen müssen, nämlich das Arbeitslosengeld, gegen eine Art der Finanzierung, die im Erfolgsfall die staatliche Transferleistung in eine Form der Partizipation umwandelte.

Von Anbeginn an legte CFI großen Wert darauf, seine Interventionen sehr genau durchzuführen: CFI untersucht die Pläne akribisch und betrachtet insbesondere die Erfolgchancen, die Managementfähigkeiten der Förderer und die Chancen der neuen Initiativen, auf dem Markt zu bestehen. All dies sind unverzichtbare Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten.

CFI hat zugestimmt, dass ihre Stimmrechte (das Recht zur Berufung eines Vertreters in das Gremium der Direktoren der neuen Genossenschaften, die aus Belegschaftsübernahmen resultieren, und das Recht zur Entsendung eines Vertreters im Aufsichtsrat) sowie ihre wirtschaftlichen Rechte (Auszahlung von Renditen und die Zurückzahlung des investierten Kapitals), auf die sie als Mitglied der Genossenschaft einen Anspruch hat, ausgesetzt werden. Diese Mittel sollen im Erfolgsfall in einen revolvingierenden Fonds zurückgezahlt werden, weil ansonsten die Gefahr bestünde, dass die vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel sehr schnell verbraucht würden.

1997 eröffnete die Europäische Kommission Generaldirektion Wettbewerb (DG Competition) ein Rechtsverletzungs-Verfahren gegen den italienischen Staat und erklärte, dass der Mechanismus des Marcora-Gesetzes eine Form der Staatshilfe sei, und daher unvereinbar mit dem Wettbewerbsgesetz der EU. Der Rechtsstreit dauerte bis 2001, als der italienische Staat das Gesetz durch die Verabschiedung des Gesetzes 57/01 modifizierte.

Die neue Version des Gesetzes sieht einen Mechanismus vor, der sich in einigen Punkten von seinem Vorgänger unterscheidet: Die ministeriellen Ressourcen werden jetzt genutzt, um das Stammkapital von CFI zu zeichnen. CFI darf nun nicht nur in Fällen von Belegschaftsübernahmen in bestehende Arbeiter- und Sozialgenossenschaften intervenieren. Die Intervention kann die Form einer Partizipation am Genossenschaftskapital annehmen oder durch die Finanzierung oder Erteilung von Garantien erfolgen. Die Anpassung des Beitrages, der zuvor im Verhältnis zum Genossenschaftskapital auf drei zu eins festgelegt war, beträgt nun eins zu eins, darf allerdings nicht höher sein als das Kapital, das die Arbeiter-Mitglieder oder Dritte halten. Die Höhe des Beitrags kann maximal zwei zu eins betragen, wenn genügend Vermögen vorhanden ist. Die Intervention muss zu Marktbedingungen erfolgen und muss ein hinreichendes Entgelt des investierten Kapitals vorsehen. Investitionen in das Stammkapital sind temporär und können maximal zehn Jahre dauern. Mindestens 25 % der Investitionen müssen innerhalb von fünf Jahren gezahlt werden; und schließlich müssen die so geförderten Unternehmen KMUs sein.

Zwischen dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Jahr 2002 und 2009 hat CFI 41 Interventionen durchgeführt, für die insgesamt 59 Millionen Euro ausgezahlt worden sind. Von dieser Summe, wurden 51 % in der Form von Partizipation am Stammkapital zur Verfügung gestellt, 6 % für die Zeichnung von umwandelbaren Darlehen und 43 % in Form von Darlehen. Im Zeitraum von 2011 bis 2016 wurden 48 Millionen Euro zurückgestellt und 54 Belegschaftsübernahmen getätigt; derzeit werden 20 % der Interventionen in Sozialgenossenschaften getätigt.

Während in der ersten Phase die Aufmerksamkeit von CFI ausschließlich auf Unternehmen gerichtet war, die aus in Krise befindlichen Privatunternehmen geschaffen wurden, wurden die Möglichkeiten für die Gewährung von Unterstützungen mittlerweile wesentlich erweitert. Bevorzugt werden Investitionen getätigt, die zum Wachstum der jeweiligen Genossenschaften führen. Mit der Krise sind Belegschaftsübernahmen jedoch im Portfolio der CFI wieder zunehmend wichtig geworden.

2.4. Die italienischen Entwicklungsfonds

Die italienischen Entwicklungsfonds, die die unteilbaren Reserven aufgelöster Genossenschaften in die Reinvestierung anderer lenken, befördern ebenfalls zum Nutzen anderer Genossenschaften auch (und vor allem) – wie im ersten Teil deutlich wurde – Beiträge der italienischen Genossenschaften in Höhe von 3 % ihrer jährlichen Erträge (vor Steuerabzug). Der Mechanismus schließt alle italienischen Genossenschaften ein, aber viele der Nutznießer sind Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften (Arbeiter- und Sozialgenossenschaften) (Zanotti, 2011, S. 87–92).

Die Entwicklungsfonds wurden durch das Gesetz 59 von 1992 etabliert. Jede der drei nationalen Genossenschaftskonföderationen, nämlich Legacoop, Confcooperative und AGCI, hat einen eigenen Entwicklungsfonds gegründet, um diese Ressourcen zu bewirtschaften. Bei diesen handelt es sich um Coop Fond, Fondosviluppo und General Fond.

Die Fonds fördern die Schaffung von Genossenschaften oder von Unternehmen, die durch Genossenschaften kontrolliert werden. Sie finanzieren spezifische Programme, um Genossenschaften und ihre Konsortien zu entwickeln, sie organisieren und veranstalten berufliche Trainingskurse und fördern Studien und Untersuchungen über wirtschaftliche und soziale Fragen, die von großem Interesse für die Genossenschaftsbewegung sind.

Die maximale Menge der finanziellen Intervention, die vom Fonds zur Verfügung gestellt wird, beträgt 50 % des gesamten Werts der Investition. Im Fall der Zeichnung von Risikokapital, darf der vom Fonds gezeichnete Wert den von den Arbeiter-Mitgliedern gezeichneten Wert allerdings nicht überschreiten.

Die Fonds wenden oft zuvor vereinbarte Überwachungssysteme an. Sie haben das Recht, ihre Repräsentanten in die Genossenschaftsgremien zu entsenden. Die Fonds wenden weder ein Vetorecht bei den von der Genossenschaft getroffenen Entscheidungen an, noch stellen sie Bedingungen für die Berufung von Rechnungsprüfern.

Alle Fonds haben Vereinbarungen mit Institutionen des Bankgeschäfts unterschrieben, besonders mit dem Instituto Centrale delle Banche di Credito Kooperativ (ICCREA) – dem Zentralinstitut der Genossenschaftlichen Kreditbanken, UGF Banca (Teil der UGF Bank und Versicherungsgruppe, die von einer Genossenschaft kontrolliert wird) und Banca Etica, einer Genossenschaftsbank.

Im Zeitraum von 2005 bis 2009 haben die Fonds 310 Einsätze zugunsten von Arbeiter- und Sozialgenossenschaften finanziert und insgesamt einen Betrag von fast 113 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, mehr als ein Drittel davon wurde in Form von Risikokapital bereitgestellt. Die Interventionen zugunsten von Arbeitergenossenschaften beliefen sich auf eine fast doppelt so hohe Anzahl von Projekten wie diejenigen für Sozialgenossenschaften, letztere erhielten jedoch eine insgesamt wesentlich höhere Summe.

Schlussfolgerungen

Obwohl das Kapital in der Tat eine zentrale Angelegenheit für die Entwicklung von Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften ist, hat der genossenschaftliche Sektor seine Fähigkeit bewiesen, sich über innovative Finanzierungsinstrumente mit Kapital auszustatten, die sich nicht nur an die Bestimmungen des dritten genossenschaftlichen Prinzips halten, sondern diesen Bestimmungen sogar eine starke Breitenwirkung in den unterschiedlichsten Situationen auf der Ebene der Genossenschaftsbewegung selbst verliehen haben.

Das Ausmaß von Innovationen in Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften ist aufgrund unterschiedlicher historischer Entwicklungen weltweit ungleich verteilt. Die Länder und Regionen, in denen sich Genossenschaften am weitesten entwickelt haben, liefern jedoch starke Hinweise darauf, dass auf

diesem Weg ein substantielles Ausmaß von Kapitalisierung und Entwicklung andernorts geschaffen werden kann, vorausgesetzt, dass den organisatorischen, wirtschaftlichen, unternehmerischen und regulativen Bedingungen Rechnung getragen wird.

Die französischen und italienischen Finanzierungsinstrumente für die Entwicklung der Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften, die jetzt auf einige Dekaden der Erfahrung zurückblicken, tendieren zur Stimulierung von Investitionen durch Genossenschaftsmitglieder – durch abgestimmte Beiträge und durch weitere Erhöhung mit anderen Finanzressourcen (wie z. B. Bankdarlehen).

Sie zeigen uns auch, dass Kapitalisierung nicht immer das einzige Thema ist, mit dem man sich beschäftigt, obwohl es eine essentielle Schlüsselfrage darstellt: Es ist ebenso wichtig, ein gutes unternehmerisches Projekt zu entwickeln mit genügend Knowhow Wissen und Motivation, mit einem starken genossenschaftlichen Geist, und mit den notwendigen Inputs wie Ausbildung und Begleitung durch die Organisationen der Genossenschaftsbewegung. Daher ist es eine grundlegende Voraussetzung für den Erfolg, die Finanzierung mit Training und Beratungsdienstleistungen zu kombinieren.

Schließlich zeigt uns diese Erfahrung die Bedeutung von Finanzierungsinstrumenten, die direkt von der Genossenschaftsbewegung oder der breiteren Bewegung der Sozialen Solidarischen Ökonomie kontrolliert werden.

Literatur

- CECOP (2013): Business Transfers to Employees under the Form of a Cooperative in Europe – Opportunities and Challenges; Brussels: CECOP, verfügbar unter http://www.cecop.coop/IMG/pdf/bussiness_transfers_to_employees_under_the_form_of_a_cooperative_in_europe_cecop-4.pdf
- CICOPA (2015): Industrial and Service Cooperatives – Global Report 2013–2014; Brussels: CICOPA, verfügbar unter http://www.cicopa.coop/IMG/pdf/cicopa_2013_2014__en_b_web.pdf
- H. Corcoran und D. Wilson (2010): The Worker Co-operative Movements in Italy, Mondragon and France: Context, Success Factors and Lessons, CWCF
- Münkner, H. (2005): The need for European wide figure of co-operative groups, which way forward? Model law, harmonisation or SCE? – Notizen für

die Präsentation bei einem Treffen der European Association of Cooperative Groups, Brüssel, März 22, mimeo.

- ▶ Navarra, C. (2009): Collective accumulation of capital in Italian worker co-operatives: an empirical investigation on employment stability and income smoothing, for the AISSEC XVII Conference, Perugia, Italien.
- ▶ Petrucci, P. (2006): Distribuzione del valore aggiunto: cooperative e loro stakeholders, in *Attività e Ricerche del Centro Studi Legacoop*, Seiten 75 – 84.
- ▶ Roelants, B., Dovgan, D., Eum, H. und Terrasi, E. (2012): *The Resilience of the Cooperative Model* Brussels, CECOP Publications.
- ▶ Roelants, B. (2013): *The specific nature of cooperative reserves*, CECOP, 4. Februar, mimeo.
- ▶ Sánchez Bajo, C. und Roelants, B. (2013): *Capital and the Debt Trap – Learning from Cooperatives in the Global Crisis*, Basinstoke, Palgrave-Macmillan.
- ▶ Sánchez Bajo, C. (2013): *Cooperative Indivisible Reserves from a Business Model point of view*, mimeo.
- ▶ Spoilage, F. (2011, France): *An Endeavour in Enterprise Transformation*, Chapter 3 in: *Beyond the Crisis: Co-operatives, Work, Finance, Generating Wealth for the Long Term*; Brussels, CECOP publications.
- ▶ Zanotti, A. (2011): *The case of Italy: the strength of a network system*, Chapter 1 in: *Beyond the Crisis: Co-operatives, Work, Finance, Generating Wealth for the Long Term*; Brussels, CECOP publications.

Aus dem Englischen Clarita Müller-Plantenberg

Kooperative Netzwerke

Claudia Sánchez Bajo

Theorie der Netzwerke

Das Studium der Netzwerke ist in den letzten 20 Jahren für die Soziologie, die Wirtschaftsorganisation, die Organisationstheorie und das strategische Management zu einem wichtigen Thema geworden. Es schließt viele Themen vom Unternehmertum zu Sozialen Medien bis hin zum Krisenmanagement ein.

Dieses Forschungsfeld baut laut Windsperger und Tuunanen (2011, S. 1) einerseits auf der Verwaltungstheorie, auf der Theorie der Eigentumsrechte und auf der Transaktionskostentheorie auf, und andererseits auf der Theorie des – auf Wissen über Ressourcen und Organisationsfähigkeit gegründeten – Strategischen Managements, um so Unternehmen und Organisationen in Bezug aufeinander im Blick zu haben. Erst 2010 erhielten *Strukturen* der Netzwerke größere Aufmerksamkeit (Slotte-Kock and Coviello 2010), damit ging ein fehlendes Verständnis für *Netzwerkprozesse* im Hinblick auf Überzeugungen, Normen und festgelegte Regelungen einher. Die Strukturen wurden als Bindungen zwischen Individuen in ihrer Homogenität, Dichte, Diversität und Positionierung analysiert. Danach wollte eine wissenschaftliche Zeitschrift 2012 ein Extraheft über Netzwerkdynamik, Evolution, Stadien des Wandels und Lerndynamik veröffentlichen.¹

Granovetter (1992) wird als der Vater heutiger Netzwerkstudien betrachtet, aber ihre historischen Wurzeln sind schon in der Soziologie der 1930er und 1950er Jahre zu finden (Jack et al. 2009). Granovetter erläutert die Stärke schwacher Beziehungen und Einbettungen. Schwächere Beziehungen sind heterogen und wirken wie Brücken, die den Zugang zu Informations- und Ressourcenflüssen

1 Proposal for a Special Issue to the journal ENTREPRENEURSHIP & REGIONAL DEVELOPMENT – Topic: Entrepreneurial Process and Social Networks: A Dynamic Perspective, S. 729–732, online publiziert: 10.09.2012, DOI:10.1080/08985626.2012.726508.

fördern. Schwache Beziehungen weisen auf einen Grad der Offenheit gegenüber anderen hin und auf den Typ der Einbettung in die Gemeinschaft und den sozialen Kontext (1973, 1982). Dagegen sind starke Beziehungen unelastisch, wiederholen althergebrachtes und kapseln eine Gruppe ab. Sein Argument wird in Burts „strukturellen Öffnungen und Hemmnissen“ weiterentwickelt (Burt, 1992), wobei Öffnungen strategische Orte sind und Hemmnisse sich auf Zugang zu Information, Einfluss oder Kontrolle oder deren Fehlen beziehen.

Lin verlegt das Argument auf „*die Meso-Netzwerk-Ebene, der Fokus wird daraufgelegt, welchen anderen Zugang Individuen eingebettet ins Kollektiv haben [...]. Die Natur sozialer Netzwerke und sozialer Bindungen wird zum Fokus der Analyse*“ (Lin, 1999, S. 43). Lins Prämisse ist, dass Investitionen in soziale Beziehungen Nutzen mit sich bringen.

Im Fall von Bourdieu und Putnam, ist der Aufwand für gegenseitige Anerkennung und Bestätigung durch Solidarität und Erneuerung der Gruppe zu erklären. Soziales Kapital ist vital für Netzwerke im Hinblick auf Vertrauen und Legitimation, Koordination und Wissen. Putnams Definition verbindet soziale Strukturierung mit Normen: „*Sozialkapital bezieht sich auf die Beziehungen zwischen Individuen – aus denen soziale Netzwerke erwachsen und die Normen der Reziprozität und Glaubwürdigkeit*“ (Putnam, 2000, 19). In Putnams „*Making Democracy Work: Civic Traditions in modern Italy*“, tragen Genossenschaften ganz wesentlich zu Demokratie und gesellschaftlicher Kultur bei (Putnam, Leonardi and Nanetti, 1994, S. 139, 142, 148). Sozialkapital sowie Netzwerke befähigen die Teilnehmer.

Andere Begriffe, die im allgemeinen in Netzwerkstudien benutzt werden, schließen ein, das Sozialkapital zu verlinken, ihm Brücken zu bauen und Sozialkapital zu verbinden. Bourdieu erläutert, dass Menschen verschiedene Arten Kapital besitzen, einschließlich der Überbrückung und Verbindung des Sozialkapitals, das, als Ressource, es Menschen erlaubt, dieses potentiell zu transferieren oder in anderen Formen zu reproduzieren, womit es zu ihrem Überleben sowie zu ihrem Wohlergehen beiträgt (Bourdieu, 1983/1986). Das Feld der Netzwerkstudien borgt sich immer mehr Methoden und Konzepte der Anthropologie, der Rollentheorie und der Soziologie aus. Die Termini, die gerade *en vogue* sind, wechseln schnell, aber der Trend ist klar, Netzwerkprozesse zu verstehen, ist kein Luxus, sondern ein Bedürfnis.

Die Theorie der Netzwerke hat in Ökonomie und Management von Wertschöpfungsketten Prominenz erlangt im Hinblick auf ihre Bündnisse, Franchising und Genossenschaften. Tuunanen, Cliquet, Windsperger und Hendrikse (2011) beziehen sich auf Vertragsentwürfe, Entscheidungsrechte, Eigentümer-

rechte und Entscheidungen über Standorte in Franchising-Netzwerken. Ihr Buch schließt Beiträge über Wertschöpfung, Innovation und Wissensmanagement in Bündnissen ein und Erkenntnisse der Verhaltensforschung sowie die Rolle von Sozialkapital in Genossenschaften.

Das Studium der Genossenschaften und der Solidarischen Ökonomie baut auf all diesen Perspektiven auf und macht es erforderlich, interdisziplinäre Einblicke zu entwickeln. So diskutieren Nilsson and Hendrikse (2010) zum Beispiel die Spannungen zwischen Gemeinschaft (die sozialen Normen innerhalb des genossenschaftlichen Unternehmens) und Gesellschaft (die geschäftliche Seite des genossenschaftlichen Unternehmens) in Genossenschaften.

Lang und Roessls Studie von 2010 über einige österreichische Genossenschaften, die aktiv Gemeinschaftsentwicklung betreiben, zeigen die Bedeutung von Granovetters schwachen Beziehungen (*weak ties*) and strukturellen Öffnungen in sozialen Netzwerken, die ihre Struktur flexibel und offen gestalten, Überbrückungen innerhalb und außerhalb der Gesellschaft zulassen und Informations- und Ressourcenflüsse erleichtern. Wie wir im zweiten Teil dieses Kapitels sehen, sind im Falle der Genossenschaften die Netzwerk-Beziehungen schwächer (Granovetter, 1992), was Netzwerke resilienter und dynamischer gestaltet.

Netzwerke und Neue Wachstumstheorie (New Growth Theory, NGT)

Das Interesse an Netzwerken in der Wirtschaftswissenschaft setzt mit der Neuen Wachstumstheorie ein, mit Cluster- und Wertschöpfungsketten-Ansätzen. NGT gibt zu, dass Wachstum endogen ist, dass Wettbewerb unvollständig ist und dass Erlöse auf Grund von Wissen zunehmen, das heißt nicht nur durch die Größenordnung, in der produziert wird (*economies of scale*). NGT entstand in den späten 1980er Jahren und hatte in den 1990er Jahren Erfolg als Romer (1990) und Lucas (1988) technologischen Wandel in Verbindung mit der Akkumulation verschiedener Typen von Kapital durch „*learning-by-doing*“ (Lernen durch Anwendung) brachten.

Unternehmen erreichen diese Ergebnisse durch entschiedene Strategien, und indem sie die Bedingungen des Wissenserwerbs verbessern (nämlich Kreation, Teilen und schließlich Kontrolle), was entscheidend für die Schaffung von Reichtum ist. Schließlich, wird so ein Prozess zur Routine und zu Produktionslinien (Baumol 2002). Kooperationsnetzwerke können formell oder informell sein. Innovation ist aus Sicht der Organisationsweise durch Setzung von Standards durch Private, nach Sektoren auf freiwilliger Basis gekennzeichnet. Kooperation und Kollaboration zwischen Unternehmen ist in

der NGT entscheidend, durch die Cluster und Ketten Wissen internalisieren, Information verbreiten, Kosten für das Monitoring (Überwachen) reduzieren, und zu weiterem Wandel führen (nicht notwendigerweise in Richtung auf Vergrößerung der Firmen). Aus diesem Grunde sind globale Wertschöpfungsketten entstanden.

„Wir befinden uns jetzt in einer Welt der integrierten Versorgungsketten, wo über die Hälfte der angefertigten Warenimporte, und über mehr als 70 Prozent der gesamten Dienstleistungsimporte, Zwischenprodukte oder Dienstleistungen sind. Eine typische Herstellerfirma benötigt heute Inputs von über 35 verschiedenen Unternehmern aus der ganzen Welt ” (Lagarde, 2014).

Gereffi hat den globalen Wertschöpfungsketten-Ansatz (GVC) entwickelt mit begrifflichen und methodischen Instrumenten, um die globale Wirtschaft zu analysieren (Gereffi and Fernandez-Stark 2011, und Gereffi et al 2005). GVC hatte einen Fokus auf transnationalen Unternehmen und Netzwerken zwischen Unternehmen, wobei er verschiedene Typologien der industriellen Governance benutzte. GVC hat auch einen „*bottom up*“-Fokus auf Länder und Regionen gehabt, die in Hinsicht auf das „*upgrading*“ oder „*downgrading*“ von Gebieten in Bezug auf ihre Zustandskurve analysiert wurden.

Aber dort hat Aufmerksamkeit in Bezug auf die sozialen- und Umweltfragen gefehlt. In der letzten Zeit haben Forschungsarbeiten soziale Auswirkungen betrachtet, während Arbeiten in Bezug auf Umweltauswirkungen gerade erst begonnen wurden. Kurz, der Ansatz der globalen Wertschöpfungskette betrachtet: a) die Komplexität der Information für eine Transaktion, b) das Ausmaß, in dem diese Information kodifiziert werden kann und c) die Fähigkeiten der Anbieter in Bezug auf die Erfordernisse der Transaktion. Die Theorie der GVC der Netzwerk-Governance geht der Frage nach, wie sich die Herausforderungen für die Governance im Hinblick auf Markterfordernisse entwickeln, wobei sie es dann mit der Kontrolle von Aktivitäten über vielfältige Links in jeder Wertschöpfungskette zu tun hat.

Um Kontrolle auszuüben, werden Standards entworfen und umgesetzt, um externen Anforderungen zu begegnen und um die Komplexität der Governance-Herausforderungen zu reduzieren, die solche Nachfragen hervorrufen. Zertifizierung in Wertschöpfungsketten im Fairen Handel ist ein Beispiel für Standard-Setzungen.

Der Cluster-Ansatz integriert andere lokale oder regionale Akteure in Netzwerke, so wie Universitäten, Vereine, NROs und öffentliche Verwaltungen. *Diese Netzwerke der in der Produktion stark voneinander abhängigen Unternehmen,*

der Wissen generierenden Beauftragten, mit der Überbrückung Beauftragten und Kunden sind in einer Wertschöpfungskette (value-adding production chain) miteinander verbunden (Roelants und Hertog, 1999)². Dieser klare Trend unterstützt Dunning's Konzept des „alliance capitalism“. Isolation und individualistische Ansätze der Unternehmen sind nicht mehr gefragt. Auch der Unternehmer wird jetzt als ein kontextualisierter, sozialisierter, eingebetteter Akteur gesehen.

Soziale Netzwerke

Mit den Sozialen Medien ist Netzwerken zur Lebenswirklichkeit geworden. Soziale Netzwerk Analyse (SNA) ist eine Forschungsmethode für die Kartierung und Bemessung von Verbindungen und Flüssen zwischen Leuten, Gruppen, Organisationen, Computern, URLs, und miteinander verbundenen Einrichtungen. Sie studiert Knotenpunkte zwischen Einheiten und zentral innerhalb ihrer selbst (Hanneman and Riddle 2005). Hier finden wir auch die Stärke schwacher Bindungen, die suggerieren, dass man offen bleibt und diejenigen, die schon miteinander verbunden sind, mit dem Thema verbindet, aber unverbunden untereinander, was als das „Schließen von Dreiecken“ bezeichnet wird („closing triangles“). Physische Interaktion meint man durch öffentliche Präsentationen herstellen zu können, die später als Instrumente für das Netzwerken im Internet gepostet werden „um dadurch einzuführen, dass die Stärken jedes Punktes beschrieben werden (um sich anzuschließen und für gegenseitigen Nutzen [...]“ (Matin et al., 2015). Jedoch fehlen bei dieser Vorgehensweise strukturelle und dem je spezifischen Kontext gemäße Umweltfaktoren. Ich verstehe diese Vorgehensweise nicht nur als Beschreibung, sondern auch im Sinne einer Veränderung der sozialen Realität, die sie beschreiben. Sie beeinflussen sie.

Gibt es einen Unterschied zwischen Netzwerken im allgemeinen und genossenschaftlichen Netzwerken?

Netzwerken ist wie „das Freigeben“ von Informationen, Ideen, Werten und Visionen. Netzwerken kann bedeuten, Information durch informelle Bezie-

2 „Clusters can be characterised as being networks of production of strongly interdependent firms (including specialised suppliers), knowledge producing agents (universities, research institutes, engineering companies), bridging institutions (brokers, consultants) and customers, linked to each other in a value adding production chain... Successful and innovative firms are seldom alone... There is a clear trend indicating the growth of industrial networks“. – Siehe Roelants und Hertog, 1999, S. 5).

hungen zwischen gleichgearteten Individuen zu teilen. Weiterhin, bauen Netzwerke Gemeinschaften, deren Mitglieder gleiche Werte und Praktiken haben. Das kann zur Institutionalisierung solcher Werte in die Praxis führen, und so können Verträge in endogener, autonomer Weise entstehen, unabhängig von der Kontrolle anderer Mächte – wie denen des Staates, der politischen Parteien und größerer Unternehmen.

Netzwerken ist organische Solidarität, die die Basis für kooperatives Unternehmertum bietet, um zu vertraglichen Beziehungen zu gelangen. Da das Netzwerken langfristig sein wird und auf Vertrauen aufbaut, auf Werten und Normen, die von den kooperierenden Mitgliedern entworfen und über die von ihnen gemeinsam entschieden wird, kann dieser Prozess sich dynamisch entwickeln, um sich den verändernden Bedürfnissen, die extern entstehen oder intern innerhalb des Netzwerkes aufkommen, zu entsprechen.

Was das Schließen von Verträgen betrifft, argumentiert Macneil in seinem dynamischen und Beziehungsansatz, dass ein gemeinsamer Vertrag in ein Netz von Austauschbeziehungen eingebettet und daher weder rein subjektiv noch rein auf das Geschäft bezogen ist. Er ist ein sozialer Akt, der mehrere Ebenen von Beziehungen einschließt: Eigeninteresse, Gegenseitigkeit, Reziprozität und soziale Solidarität. Macneil unterscheidet zehn Normen bei allen Verträgen einschließlich der Solidarität. Laut Macneil (2000) ist Bürokratisierung ein geschlossenes System und die geringe Häufigkeit der Beziehungen wirkt sich negativ auf das Netzwerk aus, während der Aufbau der folgenden zehn Normen sich als nützlich erweist:

- (1) Rechtschaffenheit in der eigenen Rolle;
- (2) Reziprozität (oder „Gegenseitigkeit“);
- (3) Umsetzung der Planung;
- (4) Herbeiführung von Übereinkunft;
- (5) Flexibilität;
- (6) Vertragliche Solidarität;
- (7) die „verbindenden Normen“ (Entschädigung, Vertrauen und erwartete Interessen);
- (8) die „Macht-Norm“ (Schaffung und Beschränkung von Macht);
- (9) Eigentum an Mitteln; und
- (10) Harmonisierung der sozialen Matrix.

Diese Normen sollten in der Praxis beobachtbar sein. Das Ausmaß, in dem sich eine Austauschbeziehung in Harmonie mit den Normen befindet, wird wahrscheinlich den Erfolg der Beziehung in Hinblick auf ihre Resilienz

und auf die Fähigkeit der Teilnehmer, allen Nutzen erzielen zu können, den dieser Austausch potentiell bieten kann, bestimmen. Damit ein kooperativer Vertrag erfolgreich ist, müssen die Beziehungen aktiv in einer gemeinsamen, vertrauensvollen und legitimen Übereinkunft wahrgenommen werden, um die Fähigkeit zu entwickeln, mit einem gewissen Grad von Unsicherheit und Konflikt umgehen zu können.

Wie schon erwähnt, weiten sich Netzwerke von Personen und innerhalb von Unternehmen durch das Netzwerken noch weiter aus, unter anderem in Form von Clustern, Bündnissen, Konsortien und Ketten. Daher ist es sehr wichtig, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie nicht nur als isolierte Einheiten zu sehen, sondern zu beobachten, wie sie zusammen mit anderen Wissen sowie innovative Lösungen aufbauen und weitergeben. Dann sind diese meist kleinen bis mittelgroßen Wirtschaftsunternehmen in der Lage, sich über partizipative, horizontale, formalisierte Netzwerke zu vergrößern. Auf diese Weise können sie Arbeitsplätze schaffen, Finanzierung und Garantien ansammeln, Dienstleistungen, die von allgemeinem Interesse sind, anbieten (Pflege und soziale Dienstleistungen etc.), sich um die Allmenden kümmern (wie das kulturelle Erbe, archäologische Stätten und Wasser-Ressourcen) und innovativer und resilienter Krisen begegnen, so wie in den folgenden vier Genossenschafts-Fallstudien gezeigt wird: in der Genossenschaft Natividad in Mexiko, Desjardins in Quebec, Mondragon im Baskenland, und Ceralep in Frankreich (Sánchez Bajo und Roelants, 2013). Netzwerke befähigen Genossenschaften, Gemeinschaften zu mobilisieren, Spezialisierung zu erreichen, Ressourcen zu sozialisieren und erforderliche Dienstleistungen, wie Forschung, Bildung, Ausbildung, aufzubauen. In formellen Netzwerken arbeiten Genossenschaften mit anderen Anspruchsgruppen (*stakeholders*), Kunden und Nutzern, Gemeinschaften, NROs, lokalen Verwaltungen, wie dies in zwanzig Erfahrungen quer durch Europa aufgezeigt wurde (Roelants, Pellirossi und Biron, 2011). Netzwerke ermöglichen es ihren Anspruchsgruppen (*stakeholders*), zu Akteuren zu werden und ihre Zukunft zu gestalten.

In der Genossenschaftswelt *„haben Institutionen der Meso-Ebene den Zweck – als Institutionen zwischen Einheiten der Mikro-Ebene (hier vor allem Unternehmen) und institutionellen Strukturen auf der Makro-Ebene (Regierung, Ministerien, Parlament, Zentralbank, internationalen Institutionen etc.) – Dienstleistungen für die Einheiten der Mikro-Ebene zur Verfügung zu stellen. Unter Institution verstehen wir eine Struktur, die von ihren Protagonisten und Nutzern als langfristig und etabliert wahrgenommen wird (in den meisten Fällen*

ist es eine registrierte legale Person), anders als ein informelles Netzwerk. Einige Institutionen der Meso-Ebene, wie die Zentren für Forschung und Entwicklung (R&D centres), Entwicklungsbanken oder Universitäten, werden von Regierungen oder anderen Akteuren der Makro-Ebene etabliert, während wieder andere, so wie Unternehmenszusammenschlüsse oder Gewerkschaftsföderationen von Akteuren der Mikro-Ebene etabliert werden; schließlich sind sie auch das Resultat von Kooperationen zwischen Makro und Mikroakteuren, wie beratenden Einrichtungen für Regierungen oder für supranationale Organisationen.“ (Roelants, 1997, S. 3).

Genossenschaften und Solidarische Ökonomie werden von internationalen Politikern meist als kleine Start-Ups für die Gemeinschafts- oder lokale Entwicklung und die Armen wahrgenommen. Wenn sie an Wertschöpfungsketten und Clustern teilnehmen, werden sie als deren Anhängsel gesehen, im äußersten Fall als Exporteure von Rohmaterialien oder von Produkten mit geringer Wertschöpfung. Wie wir jedoch in den Beispielen weiter unten sehen werden, sind sie auch in allen möglichen Segmenten von Wertschöpfungsketten aktiv und haben einen wesentlichen Anteil an Lösungen, die Gleichheit, Demokratie und Nachhaltigkeit für alle anstreben.

Zunächst ist ein genossenschaftliches Unternehmen ein Instrument der Vereinigung von Menschen. Es ist ein Netzwerk und hat eine Rolle für die wirtschaftliche Kooperation, die die Größe von Unternehmen, die von Personen und Haushalten aufgebaut werden, bestimmt. (Bauern etc.). Dann tendieren Genossenschaftsmitglieder dazu, denselben Typ sozioökonomischen Verhaltens zwischen Genossenschaften und in Bezug zu anderen nachzuahmen, indem sie auf der Graswurzel-Logik der Kooperation zwischen Personen und Haushalten aufbauen. Diese aktiven Teilnehmer sind Anspruchsgruppen (stakeholders), die nach tragfähigen nachhaltigen Lösungen suchen. Sie sind keine Finanzinvestoren oder Aktienbesitzer, die primär nach finanziellem Gewinn streben. Die Unternehmen im Besitz von Investoren engagieren sich bei konventionellen Fusionen, um schnell zu wachsen und das Finanzkapital und andere Vermögen quer über den Globus zu bewegen. Genossenschaften sind in lokalen Gemeinschaften eingebettet, da ihre Mitglieder sowohl Eigentümer als auch Entscheider sind und aus der Gemeinschaft selbst kommen.

Der aktuelle Druck der Globalisierung hat einige Genossenschaften dazu gebracht, gewisse Funktionen und Geschäfte auf eine Gruppenebene zu delegieren, deren Intensität variieren kann. Diese Gruppen bilden ebenfalls Matrixorganisationen oder Netzwerke, die mehr oder weniger dezentralisiert sind. Wenn mehrere Funktionen von stärkerer Intensität delegiert werden,

werden die auftraggebenden Genossenschaften des Netzwerks dazu tendieren, vertragliche Garantien und einen entsprechenden gesetzlichen Rahmen anzustreben, da damit legale, wirtschaftliche, finanzielle und unternehmerische Risiken verbunden sind. In den heutigen globalisierten Produktions- und Verteilungsketten, gibt es mehr und mehr genossenschaftliche Gruppen und Konsortien, mit ihren horizontalen oder Gleichstellungsmodellen (peer models). Das schließt den Trend dazu ein, Produktion und Dienstleistungen über virtuelle Plattformen zu organisieren, um die Kosten zu senken und näher an den Nutzern, Kunden, Zulieferern und /oder Monteur-Kollegen zu sein.

Beispiele Kooperativer Netzwerke

Beispiel 1: Kooperatives Wohnen

Wie sieht der Zusammenhang zwischen genossenschaftlichem Wohnen und Netzwerken aus? Wir beginnen mit soziologischen Überlegungen über die Auswirkung der Wohnungsgenossenschaften auf sozialen Zusammenhalt, Sozialkapital und Vertrauen. *Sozialer Zusammenhalt* kennzeichnet das „komplexe Eingebettetsein“ von Wohnungsorganisationen und Mitgliedern in der weiteren institutionellen städtischen Umgebung (Davis, 2006). Gleichzeitig bezieht sich Sozialkapital auf die sozialen Netzwerke, die innerhalb und zwischen Bewohner*innen der Wohnungsgenossenschaften, den Mitgliedern der Gemeinschaften und ihren Anführern, sowie zwischen denen, die mit ihnen und ihrer Organisation kooperieren (*stakeholders*), fest verankert sind (zum Beispiel gemeinnützige Unternehmen).

Die Forschung hat gezeigt, dass die Ebenen sozialen Zusammenhalts und Vertrauens innerhalb der lokalen Gemeinschaft dort größer sind, wo Wohnungsgenossenschaften bestehen; Gemeinschaftsinitiativen fördern bürgerschaftliches Engagement und Inklusion. Sie geben allen sozialen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft eine Stimme (Canadian Cooperatives Secretariat 2004). Das Sozialkapital ist größer in Genossenschaften, die nach professionellen Unternehmensmodellen des begrenzten Profits oder der Gemeinnützigkeit (*non-profit*) funktionieren (Davis, 2006; Lang und Novy, 2014). Durch die Stärkung dieser sozialen Netzwerke, bekommen die Bewohner einen besseren Zugang zu möglicher Bildung, Beschäftigung, und Interaktion mit dem Wohnungsmarkt über die Ressourcen, die Wohnungsgenossenschaften für ihre Bewohner bereithalten (Government of Manitoba, 2008). Eine Studie aus dem Jahr 2013 über die Wohnungsgenossenschaften in Großbritannien vertritt ähnliche Argumente, mit „*bemerkenswertem Beweismaterial aus Fallstudien*,

die aufzeigen, dass auch Vorteile, die nicht mit Wohnung zu tun haben, für Bewohner und die breitere Gemeinschaft von Wohnungsorganisationen, die von ihnen selbst verwaltet werden, entstehen. Diese schließen auch den Umgang mit antisozialem Verhalten, die Förderung des Wohlbefindens der Gemeinschaft, die Entwicklung des Sozialkapitals und das Auffinden von Wegen, aus der Armut herauszukommen, ein.“ (Gulliver, Handy & Morris, 2013, S. 7).

Sie fördern auch die Fähigkeit der Bewohner zur Selbstbestimmung, dadurch dass den Bewohnern mehr Kontrolle und Lenkungsbefugnis in den Wohnungsgenossenschaften überlassen wird. Es scheint so, dass *„mehr Kontrolle über Wohnung und Nachbarschaften, sei es durch Eigentum oder Leitung, den Mietern und Bewohnern einen ‚psychologischen Auftrieb‘ gibt, was erneut den besagten Nutzen des Wohnungseigentums bestätigt.“ (Gulliver, Handy & Morris, 2013, S. 61).*

Im Allgemeinen kommen die Bewohner von Wohnungsgenossenschaften sowohl aus unteren als auch aus mittleren Einkommensgruppen, während einzelne Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus nur Leuten mit niedrigem Einkommen zur Verfügung stehen, die sich als Anspruchsberechtigte für die Nutzung des öffentlichen Wohnungsbaus ausweisen. Aus soziologischer Perspektive wird es notwendig zu überlegen, inwieweit die Bedürfnisse der Bewohner hinlänglich Beachtung finden, die im Sinne der Wohnungsgenossenschaft ausgemacht werden sollten, wenn sie bei einem größeren Wohnprojekt Zustimmung bei der Gemeinschaft finden will.

In Deutschland *„muss man betonen, dass die Gemeinschaften nicht durch die Genossenschaften entstanden sind, vielmehr wurden die Genossenschaften um bestehende Gruppen herum gegründet. Neue Organisationen wurden von Gruppen aus unternehmungslustigen Individuen aufgebaut, die dann weitere Bewohner aufnahmen. Diese Gruppen betonen die Beziehungen zwischen den Bewohnern bevor der erste Backstein für den Aufbau gelegt wurde [...] normalerweise gründen sie eine Form der direkten Demokratie oder der assoziierten Demokratie, über die die Mitglieder in Entscheidungen über Strategie und Management einbezogen werden können. Ältere, größere Genossenschaften wurden meist auf der Basis von indirekter Vertretung geführt. Ihre Identität wird zu einem signifikanten Anteil von ihrer demokratischen Struktur beeinflusst [...] Mitglieder haben das Recht, jene, die sie verwalten, zu entlassen.“ (Brandsen und Helderma, 2012).*

Sehen wir uns wirtschaftliche Argumente an: Zugang zu Land und die Erschwinglichkeit der Wohnung sind große Fragen fast überall auf der Welt. Wohnungsbau wurde genutzt, um Spekulationsblasen zu erzeugen, die – wenn sie zerplatzen – meist Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen schädigen. So sind die Wohnungspreise in Großbritannien zwischen 1994 und 2008

um 250 % gestiegen und „im zweiten Viertel des Jahres 2009 konnten nur 33 % aller erstmaligen Käufer ohne Hilfe kaufen“³.

Fehlende Erschwinglichkeit, verbunden mit Strukturreformen, machten die Sicherheitsnetze ungenügend und unsicher, und Landbesitzer, die ihr Geschäft mit ständigem Kaufen und Verkaufen vorantreiben, um einen Profit zu erzielen, verweigern ihren Mietern eine sichere Bleibe. Zugang zu Wohnungen wird erschwert durch neue Regulierungen als Resultat von Marktanalysen zur Aufnahme von Hypotheken, durch restriktive Darlehensvergabe mit steigendem Verhältnis der Darlehen zu den Einkommen sowie durch die Schließung von Hypotheken-Garantie-Plänen.⁴

Dagegen ist genossenschaftliches Wohnen ein Teil des nicht-spekulativen Wohnungseigentums. Gemeinsames, sozial gerechtes Wohneigentum besitzt drei wichtige Eigenschaften:

1. Eigentümer / Bewohner von Wohneigentum sind ein- und dieselben;
2. Bei der Vergabe besteht soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen, sowie eine Inter-Generationen-Solidarität; und
3. Man nimmt Rechte, Pflichten und Nutzen in Bezug auf das gemeinsame Wohnungseigentum zusammen wahr, was den Interessen der größeren Gemeinschaft entspricht.

Es gibt ein Wiederaufleben genossenschaftlichen Wohnens in vielen Teilen der Welt. Es handelt sich hierbei um Reaktionen mit der Absicht, Spekulation, Verschuldung sowie Weiterverkauf und Vermietung auf dem Wohnungsmarkt zu begrenzen. Warum ist das von Interesse für die Regierungen? Weil beides, sowohl die Wohnungsblasen als auch die angespannten Märkte, die Freizügigkeit von Arbeit und daher die Arbeitskosten erhöhen und das Ausmaß an Gleichheit, Gesundheit und Sicherheit verringern sowie Rückwirkungen auf Nachfrage und Konsum haben.

Wie Ostrom (2012) erklärt, hängt gemeinsames Produzieren, und erfolgreiche Ko-Produktion vor allem von der langfristigen Aufrechterhaltung der Gruppengrenzen und spezifischen Abläufe „*der Organisationsentwicklung ab [...] es gibt Rückschläge: das führt auch zu begrenztem Nutzen von investiertem Kapital und einer innengeleiteten Orientierung*“ (Branden und Helderma, 2012).

Jedoch beweisen Beispiele in der Schweiz und in Deutschland, wie das Miethäuser Syndikat, dass es möglich ist, die Netzwerke offen zu halten und sicher-

3 Siehe „First-time buyers and affordability: a fresh perspective“; – <https://www.cml.org.uk/news/news-and-views/390/> (14.12.2011).

4 Für Großbritannien – siehe <https://www.cml.org.uk/news/news-and-views/712/>

zustellen, dass Ressourcen fließen und einen hohen Grad des Vertrauens aufrecht erhalten. Das deutsche Modell inspiriert weitere in Frankreich, Österreich, der Schweiz und Polen.⁵ Ihr Finanzplan schließt Wohnerverwerb und fällige Renovierungen sowie Aufarbeitung in die Gesamtkosten ein. Das Modell umfasst von Individuen und Banken eingesammelte Darlehen sowie das Erreichen des angestrebten Ziels.

Dieser Plan macht bei mehreren Beratern im Hinblick auf fehlende Konsistenz die Runde. Die Projektgruppe gründet einen Verein, in den alle später als Bewohner und Mitglieder eintreten werden.⁶

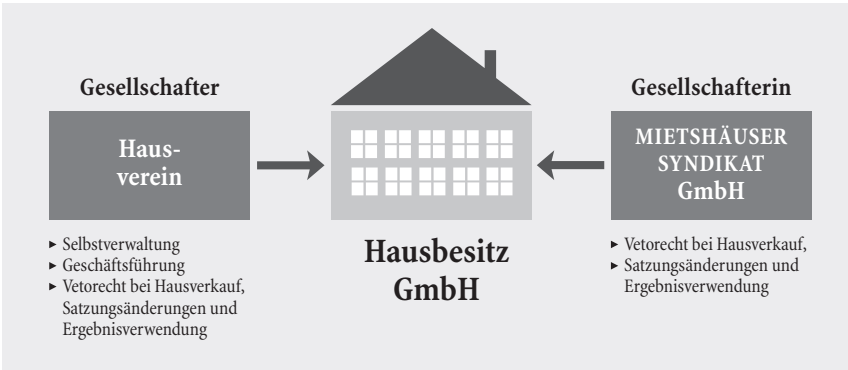
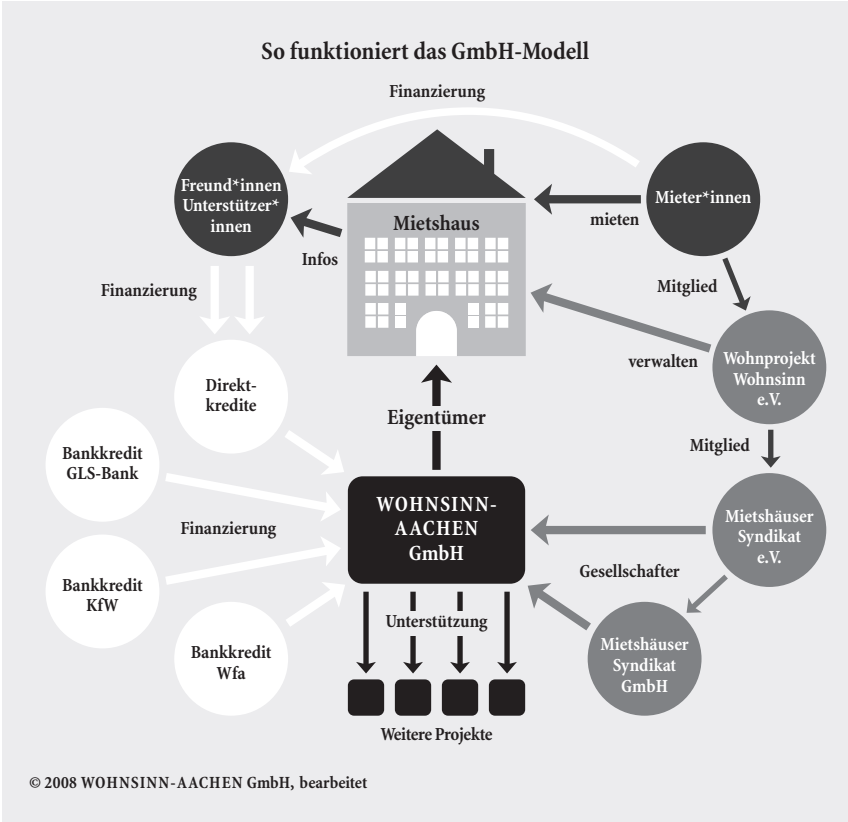
Dieser Verein und daher auch all seine Mitglieder, sind die Mitgliedschaft des Unternehmens, das seinerseits 49 % der Anteile des zweiten einzelnen Unternehmens des Projektes innehat. Die Gruppe muss an den Generalversammlungen aller anderen Gruppen teilnehmen. Diese Treffen werden bundesweit zwei- bis dreimal im Jahr abgehalten. Regionale Treffen der Mitglieder finden häufiger statt, da die Menschen sich über weiteres regionales Netzwerken koordinieren. Bei der Generalversammlung ist ein Quorum erforderlich. Nach einer Frage-Antwort-Sitzung, entscheidet die Versammlung, ob die Wohngruppe in ihr Projekt aufgenommen wird. Dann kann sich die Gruppe Zeit nehmen, bis sie schließlich die Übereinkunft, ein Haus zu kaufen, unterschreibt, da sie zunächst ein Haus finden muss. Sowie die Gruppe das Haus gekauft hat, zahlt sie einen jährlichen Solidaritätsbeitrag. Sowie die Darlehen für das Haus über die Mieten, die der Haus-GmbH gezahlt werden, abbezahlt sind, nimmt der Solidaritätsbeitrag für den Eigentümer mit zunehmendem Einkommen zu. Das erlaubt es, neue Projekte finanziell zu unterstützen. Ein Weiterverkauf des Hauses kann von der Nationalen Vereinigung mit einem Veto gestoppt werden. Die folgenden Grafiken zeigen, wie das System funktioniert.

Die meisten Schweizer sind Mieter, und die Föderale Regierung hat im Jahr 2003 erneut Genossenschaften zusammen mit den lokalen Autoritäten unterstützt, um die städtische Erneuerung voran zu bringen:

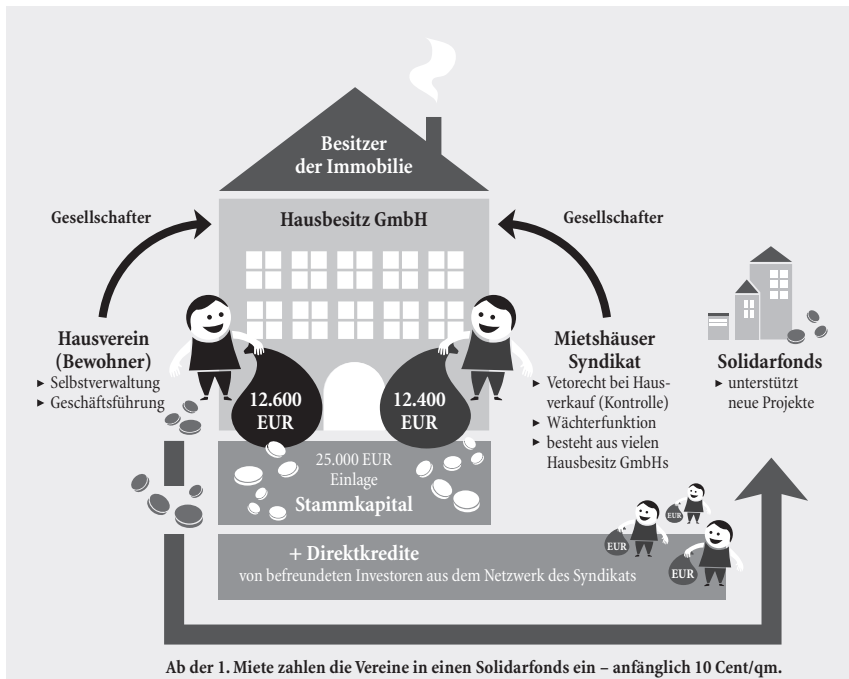
„Städtische Erneuerung ist ein komplexer und meist nicht spontaner Prozess, der eine breite Vielfalt von Akteuren einbezieht (Investoren, Entwickler, Landbesitzer, benachbarte Gemeinschaften, etc.). Um mit dieser Komplexität fertig zu werden, ist ein auf Projekten beruhender Planungsprozess (eher als auf Plänen) und eine gemeinschaftliche Annäherung erforderlich (eher als auf hierarchische

5 S. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article108124733/In-begehrten-Staedten-wird-Wohnraum-zum-Luxus.html>

6 S. Aachen <http://www.wohnsinn-ac.de/index-Dateien/organisation/organisation.htm>



Quelle: www.syndikat.org/de/syndikat/verbundbausteine/



Quelle: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/mietwucher-das-mietshaeeuser-syndikat-unterstuetzt-wohnprojekte-fotostrecke-93538-9.html>

Organisationen) [...] Im Fall der Schweiz, haben lokale Autoritäten Grundstücke ihres Landes zu ausgesprochen günstigen Bedingungen an Stiftungen oder Genossenschaften gegeben. Durch Verzicht auf Profit und das Kalkulieren der Miete gemäß der anfallenden Kosten, bieten diese Institutionen Wohnungen zu niedrigeren Preisen als jene an, die vom freien Markt bestimmt werden.” (Rérat, 2012, S. 131).

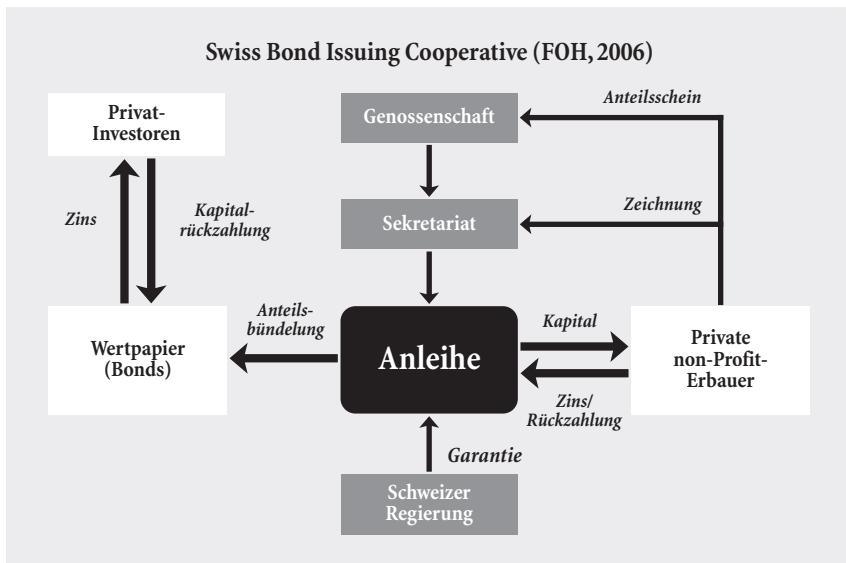
Die Buchhaltung der Genossenschaften basiert auf Kosten, es gibt eine Sozialcharta der Nicht-Spekulation von 2007 und Richtlinien in Bezug auf Qualität, niedrige Kosten und Partizipation am Management.

„Nach der neuen Sozialcharta des Sektors, sollten die Anbieter die Befriedigung der Wohnungsbedürfnisse anstreben und nicht die Maximierung der Profite (über 6 Prozent ist verboten). Im Hinblick auf dieses Ziel, sind sie in der Lage, Land unter Marktpreisen und Darlehen zu niedrigen Zinsen zu nutzen, um niedrigere Mieten anzubieten, die in der Regel 20 Prozent unter denen der Marktebene liegen. Für

etablierte Genossenschaften mit einem großen Portfolio, werden Mieten zwischen alten und neuen Wohnungen ausgeglichen.“ (Lawson, 2009, S. 49).

Dies sind Projektgruppen, die zunächst ihr Kapital und ihren Kredit bereitstellen, und die kleine Darlehen über einen revolvingen Fonds für 5 % der gesamten Projektkosten erhalten. Es gibt ein föderales System von Wertpapieren (bonds) für non-profit-Bauleute. Sie haben also einen staatlichen Rahmen, der Vertrauen, Transparenz und Kontrolle sicherstellt, durch den for-profit-Investoren motiviert werden, non-profit- oder nicht-für-Profit-Wohnungsbau zu unterstützen. So erlauben sie kleineren Erbauern und Gruppen die Existenz, wodurch Konzentration und Spekulation vermieden werden. Zusätzlich haben sie noch andere Solidaritätsfonds. Diese erlauben es kleineren Initiativen, Zugang zu Finanzierung zu besseren Bedingungen für kleine Hausprojekte zu erhalten. Im Jahr 2009 hat dieses System bei der Finanzierung von 877 Projekten und 30.000 non-profit-Wohnungen geholfen. Institutionelle Investoren, wie Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften werden von den BIC-Wertpapieren, aufgrund staatlicher Garantien und hohen Ratings der Kredite angezogen (AAA) (Lawson 2009, Ss 59-60). Unter anderem besitzen die Genossenschaften auch einen Solidaritätsfonds der 10 CHF pro Mitglied pro Wohnung pro Jahr enthält.

Die folgende Grafik von Lawson 2009 zeigt das Wertpapier/Bonds-System:



Beispiel 2: Solidarische Wertschöpfungsketten für nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft

Soziale und Solidarische Ökonomie schließt Fairtrade-Netzwerke und andere Formen solidarischen Kaufens ein. Viele dieser Netzwerke werden von Genossenschaften aufgebaut. „*Solidarische Ketten*“ beziehen sich auf grenzübergreifende Ketten, die sich von dem Management der Versorgungsketten der for-profit-Unternehmen unterscheiden. Sie verlassen sich auf Solidaritätsnetzwerke in Entwicklungsländern, für die drei wesentliche Faktoren maßgebend sind. Sie berücksichtigen Nachhaltigkeitsfragen in Bezug auf soziale, ethische und Umweltaspekte (Kleindorfer et al., 2005).

Ein Vergleich von vier Kaffee-Ketten-Typen in Guatemala in Bezug auf Eigentum, Governance-Praktiken, Nachhaltigkeit und Auswirkungen ihrer Entwicklung zeigt das Engagement der Genossenschaften, ihre Geschäftsperspektiven und die Governance-Mechanismen. Die „Geschäftsperspektive“ ist die Art und Weise, wie ein Unternehmen oder eine Unternehmenskette ihr Einkommen langfristig sichert (Stewart and Zhao, 2000); und „*Governance-Mechanismen*“ sind Strukturen, Verfahren und Politiken, die angewandt werden, um eine Organisation und Transaktionen der Wertschöpfungsketten durchzuführen (Weill and Woodham, 2003). Die betrachteten Fälle sind:

- 1) Coop Norge⁷ (eine Genossenschaft in Norwegen), die eine internationale Partnerschaft mit Fedecocagua⁸ (eine genossenschaftliche Föderation in Guatemala) aufgenommen hat, um einen Solidaritätskaffee zu kreieren, den Café Futuro.
- 2) Pachamama⁹, eine Genossenschaft zweiten Grades aus Genossenschaften ersten Grades aus fünf Ländern, die lokale Gemeinschaften und kleine Bauern unterstützt.
- 3) Starbucks mit einem C.A.F.E. Sie arbeiten (*Practices works*) in Partnerschaft mit Conservation International (CI)¹⁰ und USAID, indem sie Kaffee von Genossenschaften kaufen. Und

7 https://coop.no/Global/Coop_Norge/Varer/Dokumenter/fedecocagua-avtale.pdf

8 <http://www.fedecocagua.com.gt/>

9 <http://www.pacha.coop/2012/12/11/press-release-farm-to-cup-merger/#more-1239>; s. a. <http://www.pacha.coop/videos/>

10 Millard, Edward: Increasing Profitability for Farmers Supplying to the International Coffee Market by Improving Supply Chain Management, including Traceability; – <http://globalfood-chainpartnerships.org/cairo/papers/EdwardMillardCoffee.pdf>

11 <http://coopcoffees.coop>

12 <http://equalexchange.coop>

- 4) Genossenschafts Kaffee (*Cooperatives Coffee*¹¹ – selbst eine Genossenschaft) und Equal Exchange¹² (auch selbst eine Genossenschaft) mit ihren dezentralisierten Geschäftsstrategien und ihren langfristigen Beziehungsnetzwerken ist auf nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren aufgebaut.

Die folgenden Beobachtungen beziehen sich auf die Fälle 1), 2) und 4): Man kann beobachten, dass Solidarische Wertschöpfungsketten von einem Governance-Stil der Entscheidungsfindung ausgehen, der auf eine Reihe von Firmen und Organisationen aufgeteilt ist, der die Anwendung von dialogbasierten Ansätzen sowie gemeinsame Entscheidungsprozesse mit einem dezentralen Governance-Stil einschließt.

Solidarische Wertschöpfungsketten tendieren dazu, auf „Geschäftsperspektiven“ mit den oben genannten drei entscheidenden Faktoren der Geschäftsstrategien aufgebaut zu werden. Sie behalten den Terminus „Geschäftsmodell“ bei, wenn sie sich auf einen Firmen- oder Unternehmenstyp mit einer Reihe von kohärenten Charakteristika in Bezug auf Eigentum und Kontrolle beziehen (so wie jenen, die die Genossenschaften haben). Drei entscheidende Faktoren schließen soziale und Umwelthanliegen ein, wobei „sozial“ sich zunächst und vor allem auf Arbeitsfragen bezieht, Arbeit und Jobs, Gender- und Gemeinschaftsfragen. Beides, soziale und ökologische Kostenlegung, machen einen Betrieb nachhaltig. Wenn sie eine Veränderung vollziehen und nur das geschäftliche Ziel anstreben, dann bedeutet dies, dass sie zunächst und zuallererst auf Effizienz und wirtschaftlich-finanzielle Faktoren schauen.

Obwohl man Genossenschaften in allen möglichen Typen von Wertschöpfungsketten finden kann, ist es der Typ, der durch sein nachhaltiges Wirtschaftsmodell und die dezentralisierten Governance-Mechanismen gekennzeichnet ist, der sich durch seine besondere Auswirkung auf eine nachhaltige Gemeinschaftsentwicklung auszeichnet. In Bezug auf Kaffee stellen Equal Exchange, Cooperatives Coffee and Pachamama interessante Beispiele dar.

Mit der Schaffung von Fairtrade International 1997 in Bonn, kamen die globalen Fair-Trade-Organisationen unter eine einzige Rubrik und ein einziges Labelling-System. Unter diesem Regime bekommen Produzenten in Entwicklungsländern einen minimalen Preis – ein Sicherheitsnetz, um Kleinbauern und Produzenten gegen Marktschwankungen abzufedern – sowie eine Prämie, einschließlich einer separaten Zahlung für Genossenschaften (z. B. 20 Cent pro Pfund Kaffee), die Arbeiter und Kleinbauern in Umwelt-, Bildungs- oder Infrastrukturprojekte investieren können. Das Fair Trade Resource Network schätzt, dass über 1,4 Millionen Menschen in über 70 Ländern direkt partizi-

pieren. Konsumenten haben bei Fair Trade eine Schlüsselrolle gespielt, mit einer wachsenden Vorliebe für Premium-Qualität, z.B. in „entwickelten“ Ländern vor allem erkennbar bei milden Arabica-Kaffeessorten. Als die Preise für Arabica-Kaffee stiegen, haben Kaffeeröstereien von einfachen (privaten) Sorten hingegen begonnen, einen höheren Anteil billigerer und niedrigerwertiger Robusta-Bohnen in ihre Mischungen einzubeziehen.

Genossenschaften beantworten sowohl externe als auch interne Anforderungen, die von ihren Mitgliedern und Gemeinschaften ausgehen – alle Komplexität die von ihnen ausgeht, ist dabei eingeschlossen. Sie tun dies gemäß ihrem Geschäftsmodell und Governancetyp. Nach Siggelkow und Levinthals (2003) Modell der Organisationsstruktur, können die Governance-Mechanismen einer Wertschöpfungskette so aussehen, dass sie von einem einzelnen Unternehmen/einer einzelnen Organisation durchgeführt werden. Die Governance-Mechanismen können auch gemeinsam von allen oder mehreren Unternehmen/Organisationen einer Wertschöpfungskette geplant und gemeinsam umgesetzt werden. Genossenschaften und Solidarische Ökonomie des Fair Trade tendieren dazu, gemeinsam zu verwalten.

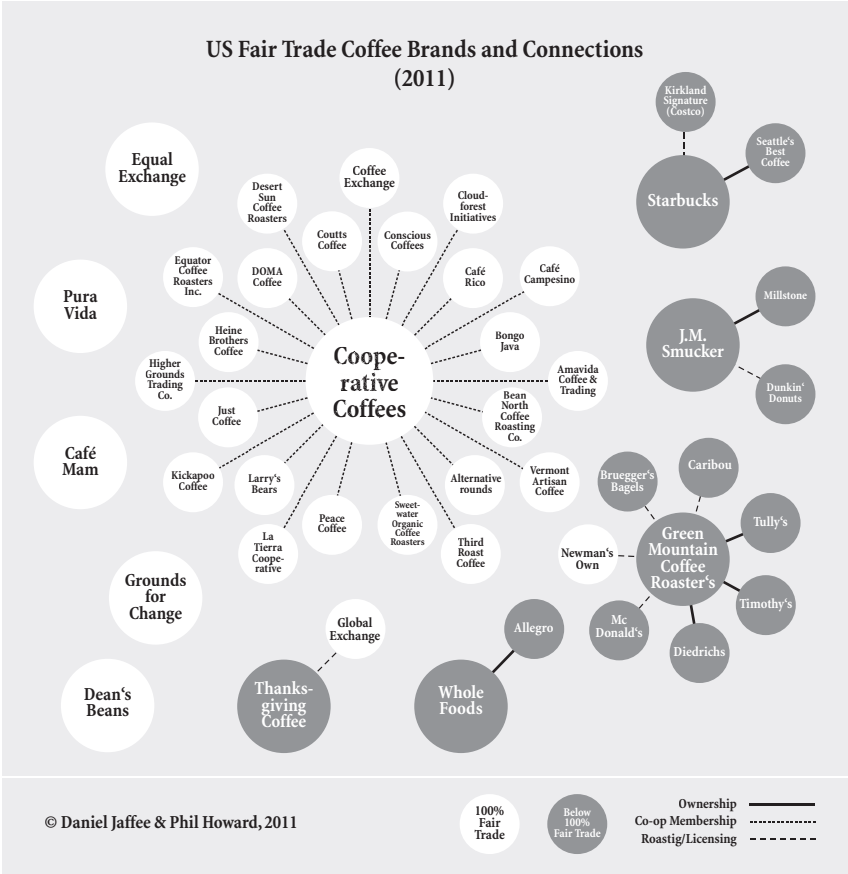
Die folgende Grafik von Jaffee and Howard in Bezug auf die US Fair Trade-Kaffeessorten und Verbindungen von 2011 zeigen den Typ der Netzwerk Governance mit schwächeren Verbindungen in gepunkteten Linien und dezentralisierten Knotenpunkten. Das entspricht Granovetters schwachen Verbindungen, die das Netzwerk resilient, offen und innovativ machen.

Die Grafik mit der Karte zeigt, dass Cooperative Coffees mit sehr vielen Partnern arbeiten.¹³ Equal Exchange arbeitet mit vielen Partnern sowie mit vielen religiösen Organisationen weltweit.

Nach Dempsey (2006) können Genossenschaften eine führende Rolle in dem Wertschöpfungsketten-Ansatz spielen. Fünf Faktoren können Wettbewerbsvorteile in Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt überführen, einem Markt, der Solidaritäts-Charakteristika erzielen kann durch:

1. vertikale Verbindungen und Kooperation,
2. horizontale Verbindungen und Kooperation,
3. unterstützende Märkte,
4. ein befähigendes politisches Umfeld.

13 Karte unter <https://maps.google.ca/maps/ms?ie=UTF8&hl=en&msa=0&msid=110211009363448306540.00048899e4f81b6d4e19a&ll=1.401874,14.446249&spn=174.22778,24.609375&z=1&dg=feature>



Genossenschaften scheinen sich stark in 1 und 2 zu engagieren, und seit kurzem in 3, aber weniger in 4. Sánchez Bajo und Silvestre (2016) haben Verbindungen und Gebiete aufgelistet, in denen Kaffeegenossenschaften in Guatemala arbeiten und diesen solidarischen Wertschöpfungsketten-Herausforderungen begegnen.

Es gab drei Gebiete, auf denen sie Netzwerkverbindungen schufen: Vertikale Verbindungen waren direkter mit wirtschaftlichen Aktivitäten und Maßnahmen verbunden, während horizontale Verbindungen direkter mit Governance zu tun hatten und damit, wo Genossenschaften in der Lage waren, ihre Veränderungen durch gegenseitigen Austausch von Ressourcen, Information, Wissen und Innovation voranzutreiben. Diese horizontalen Verknüpfungen wurden auf zwei Ebenen zum Nutzen aller zusammenarbeitenden Basisgenossenschaften der ersten Ebene und für den institutionellen Aufbau hergestellt. Soziale und Umwelt Werte sowie einbezogene Maßnahmen, müssen über die Verbindungen hinweg, für die Gremien überschaubar sein, um ein kohärentes Gesamt-Netzwerk zu bilden.

Das dritte und letzte Gebiet, auf dem Netzwerk-Verbindungen aufgebaut werden, sind die Geschichten des Netzwerks und seiner Teilnehmer, Bauern, Familien, Genossenschaften und lokaler sowie internationaler Solidarität.

Vertikale Genossenschaftliche Verbindungen

1. Entwicklung von Unternehmens- und Management-Fertigkeiten
2. Effiziente Abläufe – Kaffee-Kauf, Transport zu den Warenhäusern, Trocknen, Mahlen, Internationale Verschiffung
3. Kunden-Dienstleistung und Produktkontrolle
4. Etablierung internationaler Marktverbindungen und Verkauf an höhere Einkommensgruppen
5. Ermöglichung der Teilnahme an Käufertreffen und Märkten weltweit
6. Begleitung von Genossenschaften bei der Zertifizierung von biologischem Anbau, Fair Trade- und anderen Kaffee-Zertifizierungen
7. Unterstützung von Website-Entwicklungen und Kundeninformationen für internationale Kunden
8. Hilfe bei der Erstellung von Broschüren und Flyern und anderen Aktivitäten, um die Vermarktung des Kaffees zu propagieren
9. Unterstützung und Koordinierung eines genossenschaftlichen Kaffees und einer Internet-Auktion zur Förderung der Kaffeevermarktung

Horizontale Genossenschaftliche Verbindungen

Die genossenschaftliche Struktur der Eigentümerschaft und Partizipation der Mitglieder ermöglicht besondere Kooperation:

a) Auf der Basisebene der Genossenschaft (jede Genossenschaft besteht aus kleinen Produzenten, Bauern oder Landarbeitern):

- ▶ Kostenvorteile bei der Vermarktung – Nachverfolgbarkeit
- ▶ Gemeinsamer Lernprozess über die Verbesserungen bei der Weiterverarbeitung – Qualität
- ▶ Training der Bauern – Qualität
- ▶ „Cupping“ – Qualität
- ▶ Geschäftskenntnisse – allgemeine Kenntnisse / praktische Fähigkeiten
- ▶ Transport und Kaufhaus-Teilen
- ▶ Neue Verarbeitungstechnologie „washed coffee“
- ▶ Genossenschaftlich kontrollierte sonnengetrocknete Kaffee-Techniken
- ▶ Allgemeiner Kaffee-Vertrag für Auslieferung
- ▶ Gemeinsame Marktinformation und Kontakte
- ▶ Kooperation, um Probleme der Verschiffung und Logistik zu lösen
- ▶ Gemeinsamer Kaffee-Wettbewerb und internationale Auktion
- ▶ Gemeinsamer internationaler Marktzugang und Instrumente
- ▶ Verbindung der Genossenschaften mit Zuständigen für Darlehen
- ▶ Kurzfristige Kaffee-Finanzierung für Genossenschaften / Föderationen
- ▶ Aufteilung der Kosten, Möglichkeiten Darlehen für Investitionen zu erhalten – Transport, Verkaufsmöglichkeiten, Trockenmühlen

b) Bei einzelnen Genossenschaften Veredelung = d.h. institutioneller Aufbau von Leistungsvermögen:

- ▶ Umfassende und weitgehende Verbesserung des Unternehmens
- ▶ Schaffung von Genossenschaftsföderationen
- ▶ Training und technische Begleitung für alle Akteure der Wertschöpfungskette
- ▶ Kombination des Bildungsprogramms für den Aufbau von Leistungsvermögen mit dem Ansatz der Wertschöpfungskette

c) Die Geschichten:

Wertschöpfung für die Kette durch die Verbindung von Identität und Kontaktaufnahme mit Konsumenten auf der Importseite, die in Genossenschaften engagiert sind, wie von Sheridan vorgeschlagen wurde:

„In Gesprächen mit Röstern und Importeuren habe ich oft die Bauernorganisationen als ‚speziell‘ bezeichnet. Das ist ein sehr ungenauer Begriff, da es so viele Gründe für ‚speziell-sein‘ gibt. Es ist wichtig für Genossenschaften, klar mitzuteilen, was genau sie so besonders macht, da die Röster nicht nur nach Qualitätskaffee suchen, sondern nach Qualitätskaffee mit einer überzeugenden Geschichte¹⁴.“

Diese Geschichte, die den immateriellen Wert genossenschaftlicher Arbeit mitteilt, erhielt nicht immer hinreichende Aufmerksamkeit, aber das ändert sich. Michael Sheridan von den Catholic Relief Services, einer der besten Experten in der Kaffeeindustrie, argumentiert, dass Konsumenten den Wert des Kaffees tatsächlich vergrößern könnten und dass das der sicherste Weg sein könne, die Schlüsselfragen der letzten Jahre in den Kaffeeanbaugebieten in Guatemala anzusprechen: saisonaler Hunger, Kaffee-Blatt-Befall (coffee leaf rust), Wasserressourcen-Management, Anreize für Qualität und Rechte von Landarbeitern:

„Dies ist eine Bemühung die durch Kooperation der ganzen Kette unterstützt werden sollte, nicht nur von verschiedenen Akteuren, die verschiedene Versorgungsketten-Funktionen ausüben, sondern auch von Konkurrenten, die dieselben Funktionen ausführen. Es könnte die letzte prä-konkurrenzlerische Kooperation sein.“ (Sheridan, 5.5.2014).

Schluß

Netzwerke sind in den letzten 20 Jahren zu einem wichtigen Studiengebiet der Soziologie geworden, für die Organisationswirtschaft, Organisationstheorie und das strategische Management. Das schließt eine Vielfalt von Themen ein, inklusive die Genossenschaften. Sie stellen einen vielversprechenden Weg dafür dar, um zu verstehen, wie Genossenschaften solidarische Bindungen aufbauen. Es bleiben Fragen für zukünftige Forschung zu Netzwerk-Prozessen und -Auswirkungen. Genossenschaftliche Netzwerke tendieren dazu, aus schwächeren Bindungen, dezentralisierten Knotenpunkten und horizontaler Governance zusammengesetzt zu sein. Externe und interne Herausforderungen an das Netzwerk entwickeln sich in einer dynamischen und diachronischen Weise und können Genossenschaften und ihre Netzwerke auf die Probe stellen, einschließlich der Möglichkeit, auf sich selbst gestellt zu bleiben oder stärkere und stabilere Routinen zu entwickeln.

14 What makes a cooperative special? (15.4.2011); – <http://coffeelands.crs.org/2011/04/what-makes-a-cooperative-special/>

Beispiele zeigen, dass Genossenschaften aktiv Rollen übernehmen und in Netzwerken mit anderen teilen können. Sie können Führungsrollen in Wertschöpfungsketten übernehmen und bezahlbare Wohnungslösungen anbieten, die die Effizienz und Sicherheit erhöhen. Beide Fälle zeigen, dass es möglich ist, ein ökonomisches System nachhaltiger und fairer zu gestalten. Hier wären vergleichende Studien, Fallstudien sowie die Weiterentwicklung der Theorie und der methodischen Instrumente dringend erforderlich.

Literatur

- ▶ Baumol, W. J. (2002): „The free-market innovation machine: analysing the growth miracle of capitalism”, Princeton University Press.
- ▶ Bourdieu, P. (1983/1986): The forms of capital. In: Richardson JG (Hrsg.): Handbook of theory and research for the sociology of education. Greenwood Press, Westport, CT, S. 241–258.
- ▶ Brandsen, T. und Helderma, J.-K. J. (2012): The Trade-Off Between Capital and Community: The Conditions for Successful Co-production in Housing, Voluntas. DOI 10.1007/s11266-012-9310-0.
- ▶ Burt, R. S. (1992): Structural Holes: The Social Structure of Competition, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- ▶ Canada Cooperatives Secretariat (2004): Co-operatives and the Social Economy, Government of Canada, Co-operatives Secretariat, Ottawa.
- ▶ Davis, J. E. (2006): Shared Equity Homeownership, The Changing Landscape of Resale-restricted, Owner-occupied Housing, study commissioned by the US National Housing Institute, Montclair, NJ – Download von <http://www.nhi.org/pdf/SharedEquityHome.pdf> (2014).
- ▶ Develtere, P. und Pollet, I. (2004): Development Cooperation: How Cooperatives Cope. A survey of cooperative development agencies, Cera Foundation, Leuven; – siehe auch http://www.caledonia.org.uk/papers/Development_Cooperation_2004.pdf
- ▶ Dunning, J. H. (1997): Alliance Capitalism and Global Business. London: Routledge.
- ▶ Gereffi, G. und Fernandez-Stark, K. (2011): Global Value Chain Analysis: A Primer, Center on Globalization, Governance & Competitiveness (CGGC), Duke University, Durham, North Carolina.
- ▶ Gereffi, G., Humphrey, J. und Sturgeon, T. (2005): The governance of global value chains. Review of International Political Economy, 12(1), S. 78–104.

- ▶ Granovetter, M. (1992): Problems of explanation in economic sociology in: Nohria, N. und Eccles, R. (Hrsg.), *Networks and Organizations: Structure, Form and Action*, Harvard: Harvard Business School Press, S. 25–56.
- ▶ Granovetter, M. (1973): The Strength of Weak Ties, *American Journal of Sociology* 78, S. 1360–80.
- ▶ Government of Manitoba (2008): *Homeworks! A housing strategy and policy framework for Manitoba*, Manitoba Housing; – https://www.gov.mb.ca/housing/pubs/homeworks_booklet.pdf.
- ▶ Gulliver, K, Handy, C. und Morris, J. (2013): *More than Markets, Mutual and Co-operative Housing in the UK*, The Human City Institute, Birmingham; – Download von <http://www.humancity.org.uk/publications/Ref20.htm> (in 2014). – Aktualisierungen unter: *Streets ahead: building co-operation in the housing sector*; – <https://www.thenews.coop/85000/sector/streets-ahead-building-co-operation-housing-sector/>
- ▶ Jack S., Rose M. und Johnston L. (2009); *Tracing the Historical Foundations of Social Networks in Entrepreneurship Research*, ISBE Conference contribution.
- ▶ Hanneman, R. und Riddle, M. (2005): *Introduction to social network methods*, free introductory textbook on social network analysis available at <http://faculty.ucr.edu/~hanneman/nettext/>
- ▶ Kleindorfer, P. R., Singhal, K. und Van Wassenhove, L. N. (2005): *Sustainable operations management. Production and Operations Management*, 14 (4), S. 482–492.
- ▶ Lagarde, Christine (2014): *A New Multilateralism for the 21st Century: the Richard Dimbleby Lecture Managing Director of the International Monetary Fund London* (3.2.2017).
- ▶ Lang, R. und Novy, A. (2014): *Cooperative Housing and Social Cohesion: The Role of Linking Social Capital*. *European Planning Studies* Vol 22 (8), S. 1744–1764.
- ▶ Lang, R. und Roessl, D. (2010): *The Role of Social Capital in the Development of Community Based Cooperatives*, in: Windsperger J, Tuunanen M, Cliquet G, Hendrikse G (Hrsg.), Part C, S. 353–370.
- ▶ Lawson, J. (2009): *The Transformation of Social Housing Provision in Switzerland Mediated by Federalism, Direct Democracy and the Urban/rural Divide*, *International Journal of Housing Policy* Vol.9, Issue 1, S. 45–67; – <http://dx.doi.org/10.1080/14616710802693599>
- ▶ Lin, N. (1999): *Building a Network Theory of Social Capital, Connections* Vol. 22, Issue 1, S. 28–51, mimeo.

- ▶ Lucas, R., (1988): On the mechanics of economic development, *Journal of Monetary Economics* (22.7.1988).
- ▶ Macneil, I. R. (2000): Contracting Worlds and Essential Contract Theory, *Social & Legal Studies* Vol.9, Issue 3, S. 431–438. veröffentlicht am 1.9.2000; – <https://doi.org/10.1177/096466390000900307>
- ▶ Matin, N., Taylor, R., Forrester, J., Pedoth, L., Davis, B., Deeming, H. und Fordham, M. (2015): Mapping of social networks as a measure of social resilience of agents, *EMBRACE Report* 31.5.2015, Deliverable 4.2.
- ▶ Nilsson, J. und Hendrikse, G. (2010): Gemeinschaft and Gesellschaft in Cooperatives. In: Windsperger, J., Tuunanen, M., Cliquet, G., Hendrikse, G. (Hrsg.), Part C, S. 339–352.
- ▶ Ostrom, E. (1990): *Governing the commons. The evolution of institutions for collective action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- ▶ Putnam, R. D. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*; N.Y., Simon and Schuster.
- ▶ Putnam, R.D., Robert, L. und Nanetti, R. Y. (1994): *Making Democracy Work. Civic traditions in modern Italy*, Princeton, N.J.: Princeton University Press. 1. Auflage.
- ▶ Rérat, P. (2012): Housing, the Compact City and Sustainable Development: Some Insights from Recent Urban Trends in Switzerland. *International Journal of Housing Policy*, Vol. 12 Issue 2, S. 115–136.
- ▶ Roelandt, T. J. A. und den Hertog, P. (Hrsg.) (1998): *Cluster Analysis and Cluster Based Policy in OECD Countries: Various Approaches, Early Results and Policy Implications*. Draft synthesis report on Phase 1, OECD Focus Group on Industrial Clusters. OECD. s.a. <http://www.oecd.org/sti/inno/2368978.pdf>
- ▶ Roelants, B. (1997): *Employment Creation and Cooperative Systems, The role of meso-level institutions with a focus on financial ones*, M. A. Thesis, November, International Institute of Social Studies, The Hague.
- ▶ Roelants, B., Pellirossi, V. und Biron, O. (Hrsg.) (2011): *Cooperatives, Territories and Jobs, Twenty experiences of cooperatives active in industry and services across Europe*; – http://www.cecop.coop/IMG/pdf/coops_territories_jobs_english_electronic-version-2.pdf
- ▶ Romer, P., (1990): Endogenous Technological Change, *Journal of Political Economy* 98 (5)
- ▶ Sánchez Bajo, C. und Roelants, B. (2013): *Capital and the Debt Crisis, learning from cooperatives in the global crisis*, Palgrave MacMillan.
- ▶ Sánchez Bajo, C. und Silvestre, B. (2016): *Value chains and cooperatives in coffee in Guatemala*, in Spanish. „Las cooperativas en las cadenas de valor

del café en Guatemala: su contribución al logro de objetivos sociales, laborales y ambientales“, Revista del Centro de Estudios de Sociología del Trabajo, Nr. 8 (April), S. 35–74, ISSN 1852–4648; – <http://home.econ.uba.ar/economicas/sites/default/files/u14/Revista%208.pdf>

- ▶ Siggelkow, N. und Levinthal, D. A. (2003): Temporarily divide to conquer: Centralized, decentralized, and reintegrated organizational approaches to exploration and adaptation. *Organization Science*, 14 (6), S. 650–669.
- ▶ Sheridan, M. (2014): Catholic Relief Services Coffeelands Blog.
- ▶ Slotte-Kock, S. und Coviello, N. (2010): Entrepreneurship research on network processes: a review and ways forward. *Entrepreneurship: Theory and Practice*, 34(1), S. 31–57.
- ▶ Windsperger, J., Tuunanen, M., Cliquet, G. und Hendrikse, G. (Hrsg.): *New developments in the theory of networks: franchising, cooperatives and alliances*. Springer, Wien.
- ▶ Windsperger, J. und Tuunanen, M. (2011): *New Developments in the Theory of Networks: Introduction*, S. 1–9.

Sozialgenossenschaften als Teil der Sozialpolitik in Italien

Klaudia Resch

Entstehung der Sozialgenossenschaften

Die Entstehung der Sozialgenossenschaften ist in Italien eng verknüpft mit den sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen nach dem zweiten Weltkrieg.¹ Bereits die italienische Verfassung, die am 1. Januar 1948 in Kraft trat, nimmt im Abschnitt 3 „Wirtschaftliche Beziehungen“ auf das Genossenschaftswesen Bezug: *„Die Republik erkennt die soziale Aufgabe des Genossenschaftswesens an, sofern es nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und ohne Zwecke der Privatspekulation aufgebaut ist. Das Gesetz fördert und begünstigt mit den geeigneten Mitteln seine Entfaltung und sichert durch eine zweckdienliche Aufsicht seine Eigenart und Zielsetzung.“* (Art. 45, Abs. 1 Verfassung der italienischen Republik 1947).

Daraus lässt sich ableiten, dass Genossenschaften in Italien eine sehr wichtige Unternehmensform sind. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern werden Genossenschaften nicht als Teil der Privatwirtschaft, sondern vielmehr als Teil der Sozialwirtschaft gesehen.

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entstanden in der Arbeiterbewegung, im kirchlichen Umfeld und in laizistischen Gruppen Privatinitiativen, Vereine und lose Gruppen, die konkrete Lösungen für soziale Probleme suchten und die sich für mehr Integration und Teilhabe von marginalisierten Menschen in der Gesellschaft engagierten. Diese ersten Vorläufer der Sozialgenossenschaften waren vor allem advocacy-Organisationen, leisteten also Sensibilisierungsarbeit für die Anliegen benachteiligter Gruppen (Marzocchi 2012, S. 7–9).

Als Folge des gesellschaftlichen Drucks und der kulturellen und sozialen Veränderungen wurden wichtige (Sozial-)Gesetze beschlossen: So das Gesetz Nr. 482 von 1968 über die Pflichteinstellung behinderter Menschen und das

¹ Das gesamte Kapitel „Entstehung der Sozialgenossenschaften“ orientiert sich an Marzocchi 2012.

Gesetz Nr. 118 von 1971, das erstmals auch Menschen mit Behinderung unveräußerliche Rechte zusprach.

Ab 1972 gab es für junge Männer die Möglichkeit, den Wehrdienst zu verweigern und statt des Militärdienstes, einen Zivildienst zu leisten. Auch diese Neuerung begünstigte die Entstehung von Sozialgenossenschaften, da Zivildienstleistende eine sehr wichtige Unterstützung für die neu entstehenden sozial engagierten Vereine und Gruppierungen waren.

1977 folgte schließlich die Reform des Schulwesens. Mit dem Legislativdekret 517 wurde das Recht auf Schulbildung für alle Kinder und die allgemeine Schulpflicht festgeschrieben. Auch Kinder mit physischer, psychischer oder sensorieller Behinderung besuchen seither die Regelschule, Sonderschulen wurden geschlossen. Die Inklusion führte zu neuen Herausforderungen in den Schulen (z. B. Ausbildung und Einstellung von Integrationslehrer*innen).

1978 schließlich wurde das Basaglia²-Gesetz (Gesetz Nr. 180 von 1978) verabschiedet, mit dem die geschlossenen psychiatrischen Anstalten abgeschafft und psychisch kranke Menschen nicht mehr von der Gesellschaft weggesperrt wurden. (Marzocchi 2012, S. 11–13). All diese Gesetze waren Meilensteine auf dem Weg zur Anerkennung der Rechte aller Menschen, brachten aber auch neue Herausforderungen für die Sozialpolitik und für die Sozialdienste mit sich. Der Staat reagierte mit neuen Sozialdiensten, mit Neueinstellungen und dem fortschreitenden Ausbau des Wohlfahrtsstaates auf die wachsenden sozialen Bedürfnisse.

Durch die Ölpreiskrisen von 1973 und 1979 fiel Italien in eine tiefe wirtschaftliche Rezession, die auch das Wachstum des Wohlfahrtsstaates abrupt bremste. 1978 wurde das „Dekret Stammati“, benannt nach dem Finanzminister Gaetano Stammati, verabschiedet, das einen Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst vorsah. Da nun keine Neueinstellungen mehr möglich waren, um die wachsende Nachfrage nach Sozial- und Gesundheitsdiensten zu befriedigen, lagerte man Sozialdienste zunehmend durch Direktbeauftragungen oder öffentliche Ausschreibungen aus (Marzocchi, 2012, S. 14–16).

Die bis dahin schon existierenden informellen Gruppen im Sozialbereich organisierten und strukturierten sich besser, neue Gruppen, Vereine und Organisationen entstanden. Viele suchten nach Vorbildern, nach funktionie-

2 Franco Basaglia (1924–1980) war ein italienischer Psychiater, der die menschenunwürdigen Zustände in den geschlossenen psychiatrischen Anstalten Italiens bekannt machte und 1978 deren Schließung erreichte.

renden Beispielen, nach geeigneten Organisationsstrukturen, um ihr zivilgesellschaftliches Engagement strukturierter und wirkungsvoller umsetzen zu können. Man strebte eine geeignete juristische Form an, die mehr Stabilität und Kontinuität garantieren und eine Professionalisierung ermöglichen sollte. Viele der informellen Gruppen und Vereine fanden ihre geeignete Organisationsform in der Genossenschaft. Eine Genossenschaft schien am ehesten kompatibel mit den Idealen der Gründungsmitglieder zu sein: Sie verfügt über eine demokratische Struktur, die der Mitarbeiter*innen werden eingebunden, sie bietet die Möglichkeit, gemeinsame Entscheidungen zu treffen und gemeinsam Verantwortung zu tragen. Gleichzeitig war mit der Gründung eines solchen Unternehmens häufig die Hoffnung verknüpft, das ehrenamtliche gesellschaftspolitische Engagement früher oder später in eine Erwerbsarbeit und einen Beruf umwandeln zu können (Marzocchi, 2012, S. 18).

Die ersten Genossenschaften im Sozialbereich sind also einerseits aus dem Volontariat und Solidaritätsgedanken entstanden, andererseits aus den Arbeitergenossenschaften und dem Selbsthilfegedanken der Arbeiterbewegung. Solidaritätsgenossenschaften entstanden hauptsächlich im kirchlichen Umfeld und richteten sich an Menschen mit Behinderung, vernachlässigte Jugendliche, Waisen und „andere“ Menschen am Rande der Gesellschaft. Anfangs lag ihr Hauptaugenmerk darauf, diesen Gruppen eine Stimme zu geben und Hilfestellungen zu leisten, darauf folgte nach und nach das Angebot von Dienstleistungen.

Demgegenüber sind Arbeitsintegrationsgenossenschaften eher aus laizistischen Gruppen und der Arbeiterbewegung hervorgegangen. Ihr Ziel war es, Arbeitsplätze auch für benachteiligte Menschen zu schaffen, beispielsweise für Zivilinvaliden, Menschen mit schweren körperlichen Beeinträchtigungen, Patienten, die aus den geschlossenen psychiatrischen Anstalten entlassen wurden, für Jugendliche mit Drogenproblemen und Alkoholranke. Diese Arbeitsintegrationsgenossenschaften waren auch für viele nicht-benachteiligte Arbeiterinnen und Arbeiter attraktiv, boten sie doch weit mehr Autonomie und Gestaltungsräume an als Arbeitsplätze in hierarchisch organisierten Betrieben.

Beiden neuen Genossenschaftsformen – Solidaritätsgenossenschaften und Arbeitsintegrationsgenossenschaften – war gemeinsam, dass sie das Gegenseitigkeitsprinzip stark erweiterten: die Genossenschaften arbeiteten nicht mehr ausschließlich im Interesse und zum Nutzen ihrer Mitglieder, sondern für die gesamte Gesellschaft (Marzocchi, 2012, S. 19).

Jedoch gab es in der Anfangszeit noch keine anerkannte juristische Form für Sozialgenossenschaften und daher auch keine Fördermöglichkeiten. So waren die Anfänge von viel Freiwilligenarbeit, Idealismus und Selbstaussbeutung geprägt. Aber es entstanden auch erste Formen von professionellem „Fundraising“, um diese Tätigkeiten zu finanzieren.

Am 18. Dezember 1991 trat schließlich das Gesetz Nr. 381 *„Disciplina delle cooperative sociali“* über Sozialgenossenschaften in Kraft.

1. Wesensmerkmale der Sozialgenossenschaften

Sozialgenossenschaften unterscheiden sich in vieler Hinsicht nicht von anderen italienischen Genossenschaften. Auch für sie gilt das Prinzip der offenen Mitgliedschaft, sie sind ebenfalls demokratisch strukturiert, ermöglichen ein Mitwirken der Mitglieder, garantieren die Solidarität zwischen den Generationen aufgrund unteilbarer Rücklagen, zahlen in den Mutualitätsfonds ein, garantieren Weiterbildung für ihre Mitglieder und stärken durch ihre lokale Verankerung die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Der wesentlichste Unterschied ist, dass Sozialgenossenschaften ein erweitertes Gegenseitigkeitsprinzip haben: alle anderen Genossenschaften arbeiten im Idealfall ausschließlich zum Wohle ihrer Mitglieder, Sozialgenossenschaften hingegen handeln nicht nur im Interesse der eigenen Mitglieder, sondern verfolgen auch *„das allgemeine Interesse der Gemeinschaft und die soziale Integration der Bürger“* (Art. 1, Gesetz Nr. 381 vom 8. November 1991).

Ein weiteres wichtiges Unterscheidungsmerkmal zu anderen Genossenschaft ist, dass Sozialgenossenschaften auch freiwillige Mitarbeiter*innen als Mitglieder aufnehmen können. Maximal die Hälfte aller Mitglieder dürfen Freiwillige sein. Das hat dazu geführt, dass Sozialgenossenschaften in den allermeisten Fällen „Multi-Stakeholder-Unternehmen“ sind.

Das heißt, Menschen mit sehr unterschiedlichen Interessen arbeiten in der Sozialgenossenschaft zusammen, bringen ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen und Befindlichkeiten ein. Mitglied sein können Betroffene und deren Familienangehörige, Sozialarbeiter*innen und andere Mitarbeiter*innen, sozialpolitisch Engagierte, Geldgeber, Interessenverbände und selbst öffentliche Körperschaften oder Kommunen. Multi-Stakeholder-Unternehmen bündeln verschiedene Zugänge und Kompetenzen zu komplexen Fragen und schaffen es so eher, tragbare Kompromisse für unterschiedliche Bedürfnisse zu finden. Durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Interessen können gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen oder neue Bedürfnisse oft frühzeitig

erkannt werden (Lexikon der Nachhaltigkeit, 2015). So haben Sozialgenossenschaften als Multi-Stakeholder-Unternehmen die Möglichkeit, flexibel und schnell auf Veränderungen zu reagieren und innovative Antworten auf neue soziale Bedürfnisse zu finden. Während öffentliche Einrichtungen Standard-Dienste anbieten, können Sozialgenossenschaften auch neue Wege ausprobieren oder unter Einbeziehung der Betroffenen, selbst maßgeschneiderte Dienstleistungen auch für kleine Gruppen anbieten. Dadurch stärken sie die Zivilgesellschaft, ermöglichen Menschen, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten, schaffen soziale Bindungen und gewährleisten eine sinnvolle Bedürfnisbefriedigung der Menschen.

2. Sozialgenossenschaften des Typs a) und des Typs b)

Das Gesetz zu den Sozialgenossenschaften von 1991 unterscheidet in Artikel 1 zwei Typen von Sozialgenossenschaften: Sozialgenossenschaften des Typs a) erbringen soziale, gesundheitsbezogene, kulturelle oder erziehungsbezogene Dienstleistungen (wie die früheren Solidaritätsgenossenschaften), Sozialgenossenschaften des Typs b) üben verschiedenste Tätigkeiten aus, mit dem Ziel „benachteiligte Personen“ in die Arbeitswelt zu integrieren (die früheren Arbeitsintegrationsgenossenschaften).³

Sozialgenossenschaften des Typs a) bieten soziale Dienste an, wie z.B. Kinderbetreuung, Jugendzentren, Seniorenwohnheime und mobile Betreuungsdienste, Tagesstätten für psychisch Kranke, Frauenhäuser, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Nachmittagsbetreuung, Weiterbildung, Beratungsdienste. Dies kann im Auftrag der öffentlichen Sozialdienste, auf dem freien Markt oder in Form akkreditierter Dienste der öffentlichen Sozialdienste erfolgen.

Sozialgenossenschaften des Typs b) hingegen bieten Praktika, Ausbildungsplätze, Trainingsarbeitsplätze und vor allem reguläre Arbeitsplätze für sogenannte „benachteiligte“ Menschen an. Dabei können Sozialgenossenschaften des Typs b) in allen Bereichen tätig sein: im Handel, im Handwerk, in Dienstleistungen, im produzierenden Gewerbe, in der Landwirtschaft. Häufig umfassen sie mehrere Tätigkeitsfelder, um benachteiligten Personen unterschiedliche Arbeitsmöglichkeiten anbieten zu können. Die Kategorien

3 Art. 1 des Gesetzes Nr. 381 vom 8. November 1991 definiert Sozialgenossenschaften folgendermaßen: „Le cooperative sociali hanno lo scopo di perseguire l'interesse generale della comunità alla promozione umana e all'integrazione sociale dei cittadini attraverso:

a) la gestione di servizi socio-sanitari ed educativi;

b) lo svolgimento di attività diverse – agricole, industriali, commerciali o di servizi – finalizzate all'inserimento lavorativo di persone svantaggiate.“

der Benachteiligung sind vom Gesetz her folgendermaßen definiert: Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychischen Krankheiten, Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen, Minderjährige aus schwierigen Familienverhältnissen und Straftlassene oder Menschen im alternativen Strafvollzug. Mindestens 30 % aller regulären Arbeitsverträge müssen mit Menschen einer dieser Kategorien abgeschlossen werden. Regulär angestellt werden sie nach Kollektivvertrag, sie sind unfall- und rentenversichert und haben Anspruch auf denselben Lohn wie alle anderen Mitarbeiter*innen. Um die verminderte Produktivität der Arbeitsintegrationsprojekte auszugleichen, übernimmt der Staat die Sozialabgaben, das Unternehmen zahlt also weniger Lohnnebenkosten.

3. Bedeutung der Sozialgenossenschaften in Italien

Sozialgenossenschaften sind in Italien ein Erfolgsmodell. Die letzten Erhebungen stammen aus dem Jahre 2011. Damals wurden insgesamt 11.264 aktive Sozialgenossenschaften gezählt, mit einem Gesamtumsatz von über 11 Milliarden Euro, mit 365.006 Beschäftigten und 42.368 Freiwilligen (Online-Datenbank des Nationalen Instituts für Statistik ISTAT 2011). Die Sozialgenossenschaften des Typs b) haben 2013 über 30.000 benachteiligten Menschen einen regulären Arbeitsplatz anbieten können (Depedri, 2015, S. 2). 2008 kamen auf je 100.000 Einwohner italienweit durchschnittlich 13 Sozialgenossenschaften des Typs a) mit insgesamt 384 Mitarbeiter*innen und durchschnittlich neun Sozialgenossenschaften des Typs b) mit insgesamt 138 Mitarbeiter*innen (Andreaus, 2012, S. 9).

Im Zeitraum von 2001 bis 2011 ist die Anzahl der Sozialgenossenschaften um 88,5 % gewachsen (von 5.674 im Jahr 2001 auf 11.264 im Jahr 2011), die Anzahl der Beschäftigten hat sich mehr als verdoppelt und zwar von 159.144 im Jahr 2001 auf 365.006 im Jahr 2011. Das entspricht einem Plus von 129,4 % (Borzaga, 2015, S. 22). Im Vergleichszeitraum ist die Unternehmenszahl in Italien insgesamt um 8,5 % gestiegen, der Beschäftigungszuwachs betrug 4,3 % (Borzaga, 2015, S. 14).

Zu beobachten ist auch, dass Genossenschaften und insbesondere Sozialgenossenschaften sehr krisenbeständig sind, da sie nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt ihres wirtschaftlichen Handelns stellen. So gab es in den Krisenjahren 2008 bis 2013 eine antizyklische Entwicklung im Genossenschaftswesen: Die Zahl der Beschäftigten in italienischen Genossenschaften ist in den Krisenjahren um 10 % angestiegen (in Sozialgenossenschaften um 15 %), während sie in den anderen Unternehmen um 5 % gesunken ist (Borzaga, 2015, S. 22). Allerdings ging

diese Entwicklung auf Kosten der Gewinnspanne, die im selben Zeitraum im Genossenschaftswesen drastisch gesunken ist, und zwar von 6 % des Umsatzes im Jahr 2008 auf 1 % des Umsatzes im Jahr 2013 (Borzaga, 2015, S. 16). Das heißt also, Genossenschaften nehmen in Krisenjahren in Kauf, auf Gewinne zu verzichten oder sogar Verluste zu schreiben, um auch weiterhin die Arbeitsplätze, Dienstleistungen oder Produkte für ihre Mitglieder zu garantieren. Davon profitieren nicht nur die Mitglieder, Mitarbeiter*innen und Kunden, sondern auch der öffentliche Haushalt, der durch das Wachstum des Genossenschaftswesens höhere Steuereinkommen verbuchen konnte und weniger für soziale Abfederungsmaßnahmen der Krise ausgeben musste (Borzaga, 2015, S. 14).

4. Zusammenspiel zwischen Sozialgenossenschaften und öffentlichen Einrichtungen

Da Sozialgenossenschaften nicht nur die Interessen der Mitglieder, sondern das allgemeine Interesse der Gemeinschaft im Blickpunkt haben und somit die Leistungen der öffentlichen Hand ergänzen, sind sie gesetzlich anerkannte „Non-Profit-Organisationen“ (ONLUS – *organizzazione non lucrativa di utilità sociale*) und genießen als solche Steuervorteile. Wie erwähnt, übernimmt der Staat zusätzlich zu den Steuervorteilen in den Sozialgenossenschaften des Typs b) einen Teil der Lohnnebenkosten für Menschen, die in die Arbeitswelt integriert werden, um damit die niedrigere Produktivität benachteiligter Menschen auszugleichen.

Eine weitere Förderung besteht darin, dass Spenden und Schenkungen an Sozialgenossenschaften steuerlich absetzbar sind, was das Fundraising erleichtert.

In den 80er und 90er Jahren kam es auch in Italien zu einer Krise des Wohlfahrtsstaates. Bis dahin wurde der Wohlfahrtsstaat kontinuierlich ausgebaut. Durch Neueinstellungen und neue soziale Dienste versuchten die öffentlichen Einrichtungen, auf die wachsenden sozialen Bedürfnisse in der Bevölkerung zu reagieren. Diese zentralistische Form wurde zunehmend aufgeweicht, weil sie nicht mehr finanzierbar war und so entwickelten sich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Der Staat konzentrierte sich zunehmend auf die Grundversorgung der Bevölkerung, Bürger erprobten neue Formen der Selbstorganisation. Durch Ausschreibungen, Akkreditierungen und Direktbeauftragungen lagert die öffentliche Hand Sozialdienste an Sozialgenossenschaften des Typs a) (soziale

Dienstleistungen) aus. Diese sind zum Teil flexibler, innovativer und oft effizienter als öffentliche Sozialdienste. Außerdem können sie durch die Einbeziehung unterschiedlicher Interessenvertreter maßgeschneiderte Dienste auch für kleine Gruppen anbieten. Da Sozialgenossenschaften auf das ehrenamtliche Engagement, auf Freiwilligenarbeit und private Finanzierungen zurückgreifen, können sie ihre Dienstleistungen günstiger anbieten als die öffentlichen Sozialdienste. Außerdem kommen sie dem Wunsch der Bevölkerung entgegen, selbst den Dienst zu wählen, an den man sich wendet.

Sozialgenossenschaften sind eng mit dem Territorium verbunden, in dem sie wirken. Dabei kann sich der Wirkungsraum auf eine Kommune oder ein Tal beschränken oder auch – bei großen Sozialgenossenschaften – mehrere Provinzen oder Regionen einbeziehen. Meist gibt es nicht nur einen engen Kontakt zur Gesellschaft, sondern auch zu den öffentlichen Einrichtungen und Sozial- oder Gesundheitsdiensten. Inwieweit Sozialgenossenschaften aber auch in die Planung der Sozialdienste eingebunden werden, hängt einerseits von den einzelnen Entscheidungsträgern der öffentlichen Einrichtungen ab, andererseits auch von der Größe der Sozialgenossenschaft und vom Grad ihrer Vernetzung und Verankerung in der Gesellschaft. Um ein größeres Gewicht und eine bessere Mitsprachemöglichkeit zu haben, organisieren sich viele Sozialgenossenschaften in Konsortien, also Genossenschaften zweiten Grades. Allerdings gibt es auch öffentliche Einrichtungen, die Sozialgenossenschaften als billige Hilfsdienste betrachten und Auslagerungen ausschließlich unter dem Aspekt der Kosteneinsparung sehen.

Wissenschaftler des Forschungsinstituts euricse (European Research Institute on Cooperative and Social Enterprises) haben 2012 einen klaren Zusammenhang zwischen Sozialausgaben pro Einwohner und Anzahl und Größe der Sozialgenossenschaften in den verschiedenen Regionen Italiens nachgewiesen (Andreaus, 2012): In den Regionen mit hohen Pro-Kopf-Ausgaben für Soziales gibt es einige wenige große Sozialgenossenschaften, während in Regionen mit niedrigen Sozialausgaben eher viele kleine Sozialgenossenschaften arbeiten (Andreaus, 2012, S. 13–16).

Für Sozialgenossenschaften des Typs b) (Arbeitsintegration) sieht das Gesetz Nr. 381 von 1991 in Art. 5 vor, dass öffentliche Aufträge auch in Abweichung der Ausschreibungskriterien vergeben werden können. Bei Aufträgen mit einem Volumen von bis zu 40.000 Euro ist eine Direktvergabe möglich, allerdings immer unter Wahrung eines angemessenen Wettbewerbs und des Grundsatzes der Transparenz. Bei Aufträgen unter dem EU-Schwellenwert

(derzeit liegt dieser für Dienstleistungen bei 209.000 Euro) können Ausschreibungen gemacht werden, die Non-Profit-Organisationen vorbehalten sind. So hat sich z.B. Südtirol mit einem Landesgesetz dazu verpflichtet, einen Anteil von mindestens 2 % des Wertes der jährlichen Lieferungen von Waren und Dienstleistungen von Sozialgenossenschaften des Typs b) zu beziehen (Art. 36 des Landesgesetzes vom 21. Dezember 2011, Nr. 15).

Öffentliche Auftraggeber sind für Sozialgenossenschaften des Typs b) sehr wichtig, auch wenn sie sich zunehmend um private Kunden bemühen, um das Unternehmerrisiko zu streuen und um dem zunehmendem Konkurrenzkampf um öffentliche Aufträge weniger ausgeliefert zu sein.

2005 erwirtschafteten die Sozialgenossenschaften des Typs b) noch 53,1 % aller Einnahmen durch öffentlichen Auftraggeber, 2009 war dieser Anteil bereits auf 47,1 % gesunken (Depedri, 2015, S. 5).

In einigen Regionen Italiens erhalten Sozialgenossenschaften des Typs b) auch öffentliche Subventionen, wobei die Berechnungsgrundlage und Höhe der Subventionen aufgrund der sehr unterschiedlichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in den verschiedenen Regionen erheblich schwankt.

Das Forschungsinstitut euricse (European Research Institute on Cooperative and Social Enterprises) in Trient hat 2015 eine Kosten-Nutzen-Rechnung der Arbeitsintegration durch Sozialgenossenschaften für die öffentliche Hand durchgeführt (Depedri, 2015). Untersucht wurden diese in drei Regionen mit sehr unterschiedlichen Sozial- und Arbeitspolitiken: Eine der drei Regionen subventioniert Sozialgenossenschaften aufgrund der Arbeitsmarktpolitik, eine zweite aufgrund der Sozialpolitik und die dritte sieht keine finanziellen Förderungen für Sozialgenossenschaften vor. In die Berechnung eingeflossen sind einerseits alle zusätzlichen öffentlichen Ausgaben für die Arbeitsintegration (wie z.B. die Steuervorteile der Sozialgenossenschaften, eventuelle Subventionen, die nicht erhobenen Lohnnebenkosten für Arbeitsintegrationsprojekte) sowie alle errechenbaren Einsparungen der öffentlichen Hand (z.B. keine Zahlung von Invalidenrenten, Arbeitslosenunterstützungen, Hilfen zur Wahrung des Existenzminimums, weniger Unterstützung von Personen durch die Sozialdienste) und andererseits die Mehreinnahmen (z.B. durch zusätzlich erwirtschaftete Steuern und Abgaben).

Die Ergebnisse der Studie waren sehr unterschiedlich – nicht nur zwischen den verschiedenen Regionen, sondern auch zwischen den einzelnen Arbeitsintegrationsprojekten. Die durchschnittliche Netto-Einsparung für die öffentliche Verwaltung ist bei Straftentlassenen und Menschen im alterna-

tiven Strafvollzug am höchsten (mit ca. 37.000 Euro Einsparung pro Jahr und Mensch). Werden Menschen mit physischer oder psychischer Behinderung in Sozialgenossenschaften integriert, liegen die Einsparungen zwischen 1.000 und 2.000 Euro pro Jahr und Person und bei Menschen mit Abhängigkeits-erkrankungen ist die Einsparung am niedrigsten mit ca. 200 Euro pro Jahr (Depedri, 2015, S. 12).

Auf lange Sicht sind die Einsparungen allerdings enorm: Im Laufe eines durchschnittlichen Arbeitslebens in einer Sozialgenossenschaft spart die öffentliche Hand mindestens 60.000 Euro pro integriertem Menschen ein (Depedri, 2015, S. 14). In dieser Kalkulation ist noch nicht berücksichtigt, dass die meisten Sozialgenossenschaften nicht nur die von Gesetz definierten Kategorien von benachteiligten Menschen in die Arbeitswelt integrieren, sondern darüber hinaus Menschen einen Arbeitsplatz bieten, die sich auf dem ersten Arbeitsmarkt sehr schwer tun. So haben z.B. rund ein Drittel aller Mitarbeiter*innen der Sozialgenossenschaften vom Typ b) eine sehr geringe formale Bildung. Viele Arbeitslose, die über 50 Jahre alt sind, finden eine Anstellung in Sozialgenossenschaften. Überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund sind in Sozialgenossenschaften beschäftigt (Depedri, 2015, S. 17). Auch die positiven gesellschaftlichen Auswirkungen wurden in dieser Kosten-Nutzen-Rechnung nicht berücksichtigt: die demokratische Struktur der Sozialgenossenschaften, die Demokratie erlebbar macht, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Inklusion und die Förderung der gesellschaftlichen Kohäsion.

Die enge Verknüpfung der Sozialgenossenschaften mit den öffentlichen Sozialdiensten hat jedoch auch Schattenseiten: So sind insbesondere kleine Sozialgenossenschaften häufig stark von der öffentlichen Verwaltung abhängig, da sie einerseits Aufträge und andererseits auch Subventionen von der öffentlichen Hand bekommen. Besonders in Zeiten von Sparmaßnahmen und zunehmendem Konkurrenzdruck bei öffentlichen Ausschreibungen kann diese Abhängigkeit die Autonomie der Sozialgenossenschaften stark einschränken.

Ausschreibungen im Sozialbereich haben ebenfalls Schattenseiten, insbesondere wenn diese von öffentlichen Einrichtungen vor allem als Mittel für Einsparungen und weniger als Möglichkeit zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der direkt Betroffenen verstanden werden. Dann kann es zur Auslagerung vor allem von unattraktiven Diensten (z.B. Wochenenddiensten) kommen oder zu Preisdumping, das auf Kosten der Mitarbeiter*innen der Sozialgenossenschaften gehen kann, da ihr Kollektivvertrag möglicherweise ungünstigere Bedingungen vorsieht als der Kollektivvertrag öffentlich Bediensteter.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Es ist wohl kein Zufall, dass Sozialgenossenschaften ausgerechnet in Italien entstanden sind: Bereits die Verfassung von 1947 nimmt Bezug auf das Genossenschaftswesen, das in Italien eher als Teil der Sozialwirtschaft angesehen wird und weniger als Teil der Privatwirtschaft. Entstanden sind die Sozialgenossenschaften einerseits aus dem (katholischen) Solidaritätsgedanken, andererseits aus dem Selbsthilfegedanken der Arbeitsgenossenschaften.

Sozialgenossenschaften haben ein erweitertes Gegenseitigkeitsprinzip. Sie arbeiten also nicht nur im Interesse ihrer Mitglieder, sondern auch für das Gemeinwohl, für die soziale Integration der Menschen und für mehr soziale Gerechtigkeit. Durch die Einbindung unterschiedlicher Interessenträger sind sie meist Multi-Stakeholder-Unternehmen.

Wegen ihrer demokratischen Struktur tragen sie nicht nur zur Demokratisierung der Wirtschaft bei, sondern sind auch ein Übungsfeld für Demokratie, Mitbestimmung, Teilhabe und Inklusion. Sozialgenossenschaften schaffen es, Menschen in Entscheidungsprozesse einzubinden, die ansonsten wenig oder keine Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe hätten. Sie leisten dadurch einen Beitrag zur gesellschaftlichen Kohäsion und zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Demokratie.

Das Gesetz von 1991 unterscheidet zwischen zwei Typen von Sozialgenossenschaften: Sozialgenossenschaften des Typs a) bieten soziale Dienstleistungen als Ergänzung und in Absprache mit den öffentlichen Sozialdiensten an, Sozialgenossenschaften des Typs b) leisten Arbeitsintegration für benachteiligte Menschen und können in den unterschiedlichsten Bereichen tätig sein.

Die Bedeutung der Sozialgenossenschaften ist seit den 90er Jahren stetig gewachsen. In den Krisenjahren 2008 bis 2013 hat sich gezeigt, dass sie auch sehr krisenbeständig sind und eher auf Gewinne verzichten, als Dienstleistungen abzubauen oder Menschen zu entlassen.

Das Zusammenwirken von öffentlichen Einrichtungen und Sozialgenossenschaften ist sehr vielschichtig: Sozialgenossenschaften können die standardisierte Grundversorgung durch die öffentliche Hand bereichern und erweitern, die Wahlmöglichkeit der NutzerInnen auch bei Sozialdiensten erhöhen und das Empowerment und die Einbindung der Betroffenen fördern. Ausschreibungen und Auslagerungen können von der öffentlichen Verwaltung allerdings auch als reine Kosteneinsparungsmaßnahmen missbraucht werden.

Wie vielfältig und kreativ das Instrument Sozialgenossenschaften angewandt werden kann, zeigt sich z.B. auch in Süditalien, wo Sozialgenossenschaften entstanden sind, die die von der Mafia beschlagnahmten Ländereien bewirtschaften (z.B. Libera Terra). Sie schaffen Arbeitsplätze, Einkommen und Sozialkapital und beweisen täglich, dass ein Leben in Würde und im legalen Rahmen jenseits des organisierten Verbrechens möglich ist.

Sehr interessant ist auch die Weiterentwicklung der Sozialgenossenschaften in Bürgergenossenschaften (*cooperative di comunità*), die sich eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Entwicklung von lokalen Gemeinschaften zum Ziel setzen und Güter oder Dienstleistungen für die Bewohner einer Gegend garantieren, die die öffentliche Hand nicht mehr finanziert und die für profitorientierte Unternehmen nicht attraktiv sind (z. B. Kindergärten, Postämter, Nahversorgungsläden, Kulturzentren, Wasserversorgung und vieles mehr). Bürger*innen engagieren sich auf diese Weise für die Führung und Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, die von allgemeinem Interesse sind. Wo sich der Staat zurückzieht, organisieren sich engagierte Bürger für ihre Gesellschaft.

Literatur

- ▶ M.Andreaus, C. Carini, M. Carpita und E. Costa (2012): La cooperazione sociale in Italia: un' overview, Euricse Working Paper, N. 027 /| 12; – http://www.euricse.eu/wp-content/uploads/2015/03/1331543460_n1984.pdf (28.1.2017).
- ▶ Borzaga, Carlo (Hrsg.) (2015): Terzo Rapporto Euricse. Economia cooperativa. Rilevanza, evoluzione e nuove frontiere della cooperazione italiana. Sintesi dei principali risultati. – <http://www.euricse.eu/wp-content/uploads/2015/09/00-Introduzione-e-sintesi-WEB.pdf> (4.2.2017).
- ▶ Depedri, Sara (2015): Costi e benefici delle cooperative di inserimento lavorativo, in: Borzaga, Carlo (Hrsg.): Terzo Rapporto Euricse. Economia cooperativa. Rilevanza, evoluzione e nuove frontiere della cooperazione italiana. – <http://www.euricse.eu/wp-content/uploads/2015/09/15-Depedri.pdf> (4.2.2017).
- ▶ Legge n. 381 dell' 8 novembre 1991. Disciplina delle cooperative sociali. <http://www.noprofit.org/terzo/legge381.htm> (4.2.2017).
- ▶ Lexikon der Nachhaltigkeit (2015). – https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/multistakeholder_initiativen_1575.htm (2.2.2017).

► Marzocchi, Franco (2012): Storia tascabile della cooperazione sociale in Italia. Con un occhio rivolto al futuro. Quaderni dell'economia civile n. 2, Aiccon cooperazione non profit. – http://www.aiccon.it/file/convdoc/quaderni_delleconomia_civile_2.pdf (2.2.2017).

► Online-Datenbank des Nationalen Instituts für Statistik ISTAT 2011: Istituzioni Non Profit 2011; – <http://dati-censimentoindustriaeservizi.istat.it/Index.aspx> (3.2.2017).

► Verfassung der italienischen Republik vom 27. Dezember 1947, in Kraft getreten am 1. Januar 1948. – <http://www.regione.taa.it/normativa/costituzione.pdf> (30.2.2017).

Das Gesetz vom 31. Juli 2014 in Bezug auf die Soziale Solidarische Ökonomie in Frankreich

Darstellung und in den Zusammenhang gestellt

Jean-François Draperi

Einleitung

Das Gesetz zur Sozialen Solidarischen Ökonomie von 2014 spielt in Frankreich eine sehr wichtige Rolle. Erstmals wird hier der Begriff der Sozialen Solidarischen Ökonomie (SSÖ) definiert. Es wurde nach der Vorbereitung durch einen partizipativen Prozess und nach einem arbeitsreichen Jahr mit sehr vielen Konsultationen verabschiedet.

Mit 100 Seiten und 98 Artikeln ist es in dem Sinne umfassend, dass es Unternehmen einbezieht, die – im Sinne ihrer Förderung in den 1970er Jahren – zunächst nicht zur Sozialen Ökonomie gehörten. Es schließt Vereine, Genossenschaften, Gesundheitsversicherungen, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Stiftungen, Solidarische Unternehmen und das soziale Unternehmertum ein.

Das Gesetz behandelt sehr viele Themen: die Soziale Solidarische Ökonomie (SSÖ), die Genossenschaften, die Vereine, die Versicherungsvereine, die Stiftungen, die gemeinnützigen Einrichtungen, das soziale Unternehmertum, die solidarischen Unternehmen, die sozialen Innovationen, die Regionalwährungen, die Übergabe von Unternehmen, die professionelle Organisation der SSÖ, die nationale und regionale Politik der SSÖ, die öffentliche Subventionierung, die genossenschaftliche Revision, den fairen Handel etc.

Einleitend gehe ich auf die Problematik ein (1), dann unterstreiche ich die essentiellen Aspekte des Gesetzes (2), bevor ich auf den historischen Zusammenhang eingehe (3) und dann zusammenfasse (4).

1. Problematik: ein Unternehmen oder reine Ökonomie?

Die SSÖ stellt 10,5 % der Beschäftigung in Frankreich und 13,9 % der privaten Beschäftigung. Damit sind im Bereich der SSÖ 2,38 Millionen Angestellte in 220.000 Einrichtungen beschäftigt (die Lohnsumme beträgt 54 Milliarden Euro). Die Beschäftigung in der SSÖ hat seit dem Jahr 2000 um 24 % zugenommen.

Zur Situation im Jahr 2013:

- ▶ fast 40 Millionen Franzosen ziehen einen Nutzen aus einer Gesundheitsversicherung auf Gegenseitigkeit,
- ▶ mehr als 22 Millionen Franzosen sind Mitglieder einer Genossenschaftsbank,
- ▶ 20,8 Millionen Bürger sind Mitglieder eines Versicherungsvereins.

Schätzungsweise 12,5 Millionen Freiwillige gibt es in den Vereinen (von denen neun Millionen ordentliche Mitglieder sind), und etwa jeder zweite Franzose ist Mitglied eines Vereins.

Die SSÖ ist der wichtigste Arbeitgeber im sozialen Sektor (62 % der Beschäftigung in diesem Bereich), im Sport und in der Freizeit (55 % der Beschäftigung des Sektors) und im Bereich der Finanzwirtschaft, in Bankgeschäften und bei Versicherungen ist die SSÖ mit rund 30 % der Beschäftigung der zweitwichtigste Arbeitgeber.

Auch in den Künsten und in der darstellenden Kunst (27 % der Beschäftigung des Sektors) sowie im Bildungswesen (19 % der Beschäftigung des Sektors) spielt die SSÖ eine wesentliche Rolle.

Außerdem:

- ▶ 75 % der Bauern sind Mitglieder einer Genossenschaft,
- ▶ 60 % der Bankkonten befinden sich bei Banken der SSÖ,
- ▶ 87 % der Einrichtungen für Behinderte werden in der Form von Verbänden geführt, ebenso 73 % der Einrichtungen, die Erwachsene mit Problemen aufnehmen (Notunterkünfte, soziale Inklusion etc.),
- ▶ 90 % der persönlichen Dienstleistungen werden in einer Struktur der SSÖ geführt,
- ▶ 68 % der Organisationen, die das Gesundheitswesen ergänzen, werden in Form von Vereinen auf Gegenseitigkeit geführt,

Die SSÖ wird vom zuständigen Nationalen Rat der regionalen Kammern wie folgt definiert: „Die SSÖ ist eine Wirtschaftsweise und wirtschaftliche Entwicklung, die an alle Bereiche menschlicher Tätigkeit angepasst ist, die alle juristischen Personen (Unternehmen, Genossenschaften, etc.) ausführen, die die folgenden kumulativen Bedingungen erfüllen:

- ▶ Ziel ist nicht die bloße Verteilung von Profit;
- ▶ eine demokratische Führung, von den Statuten definiert und organisiert, vorausschauende Information und Partizipation [...] der Mitglieder, der Angestellten und derer, die den Aufbau des Unternehmens betreiben;
- ▶ eine Leitung, gemäß der folgenden Prinzipien: Die Gewinne werden zum großen Teil dem Ziel der Aufrechterhaltung oder der Entwicklung der Tätigkeit des Unternehmens gewidmet; die obligatorischen Reserven werden gebildet, sie sind unteilbar, können nicht verteilt werden.“

Wie wir sehen werden, ist die wichtigste, mit der SSÖ verbundene politische Frage die Folgende: Ist die SSÖ eine Wirtschaftsweise oder ist sie „eine wirtschaftliche Entwicklung“, das heißt eine Ökonomie für sich?

Die Antworten sind nicht eindeutig: Manchmal wird bestätigt, dass sie eine Wirtschaft sei, die die Kooperation der Konkurrenz vorziehe, die Solidarität dem Wettbewerb etc., wobei man sogar Anlass hat anzunehmen, dass sie eine mögliche Alternative zur herrschenden Wirtschaft darstellen könnte; zum Teil beschränkt man sich darauf, die Bedingungen des Unternehmertums der SSÖ zu definieren, das soziale Unternehmen der SSÖ zu sehen. In diesen Fällen ist man der Meinung, dass die SSÖ den anderen Unternehmenstypen hinzugefügt werden kann, ohne Trägerin eines politischen und makroökonomischen Projektes zu sein.

Zentrale Zahlen der Kooperation in Frankreich (2014)				
	Anzahl der genossenschaftlichen Unternehmen	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Angestellten	Umfang der Tätigkeiten in Mrd. EUR
Agrar- Genossenschaften	2.750 Genossenschaften, unions et Sica 11.545 Cuma	3/4 Bauern	160.000	84,8
Handwerker- Genossenschaften	424 59.000 Einrichtungen	59.000 Unternehmen	130.000	1,3
Transport- Genossenschaften	23	776 Unternehmen	1.500	(0,145)

Handels- Genossenschaften	89 Genossenschaften 43.870 Einrichtungen 153 Zweigstellen	31.574 Unternehmer	534.308	143,5
Seefahrts- Genossenschaften	(134)	(1.230 Fischerei- Unternehmen)	(1.800)	(1,2)
Konsum- Genossenschaften	35 350 Einrichtungen	750.000 assoziierte Konsumenten	6.200	1,372
HLM- Genossenschaften	175	60.462 Nutzer	1.087	0,649
Schul- genossenschaften	55.000	5.026.832 Mitglieder	115	0,32
SCOP ¹	2.222	25.582 assoziierte Angestellte	47.508	4,2
SCIC ²	408	25.205 Gesellschafter	3.298	0,142
Agrarkredit GROUPE	39 regionale Banken 2.477 lokale Kassen 11.300 Zweigstellen	8.200.000 Gesellschafter	140.000	PBN: 30,2
BPCE (yc Sparkassen, yc Volksbanken)	35 regionale Banken (18 Volksbanken, 17 Sparkassen) 18.000 Zweigstellen	8.200.000 Gesellschafter	108.000	PBN: 23,3
darunter Genossen- schaftsgruppen	12 117 Zweigstellen	85.924 Gesellschafter	2.021	PBN: 0,41
GRUPPE CREDIT MUTUEL	18 regionale Banken 2.131 lokale Kassen 3.1678 Zweigstellen	7.600.000 Gesellschafter	83.650	PBN[1]: 15,4
Gesamt	22.517	26.106.829	1.217.466	306,9

Quelle: Chrystel Giraud Dumaire, CoopFR, 2014.

[1] PNB: Produit Net Bancaire – [2] Außer Schulgenossenschaften, mit der Schätzung der Bauern seit den Daten vom Agrarzensus von 2010: 3/4 von 604.000 = 453.000 – [3] Außer Schulgenossenschaften; einschließlich der lokalen Kassen der Genossenschaftsbanken (Crédit Agricole und Crédit Mutuel), und einschließlich CUMA (hier Daten von 2012 – d. h. in Klammern Daten von 2012).

1 SCOP = Société coopérative ouvrière de production – Produktionsgenossenschaft

2 SCIC = La Société coopérative d'intérêt collectif – Genossenschaftliche Gesellschaft von kollektivem Interesse

2. Das Gesetz von 2014

Ich habe die Beiträge des Gesetzes in vier Punkten zusammengefasst: (I) die Definition der SSÖ, (II) die Organisation der SSÖ, (III) einige Punkte des Gesetzes in Bezug auf die Genossenschaften und die Vereine, (IV) der Beitrag des Gesetzes in Bezug auf einige wichtige Fragen.

Ich habe die Genossenschaftsgesellschaft im kollektiven Interesse hinzugefügt, die 2001 aufgrund der Bedeutung dieser genossenschaftlichen Form geschaffen wurde.

2.1. Definition der SSÖ gemäß dem Gesetz (Artikel 1)

I. Die Soziale Solidarische Ökonomie ist eine Produktionsweise und Wirtschaftsentwicklung, die sich auf alle Bereiche menschlicher Tätigkeit bezieht, zu der alle juristischen Personen, die die folgenden kumulativen Bedingungen erfüllen, gehören, die:

1. ein anderes Ziel haben als die bloße Verteilung von Profit;
2. eine gemäß den Statuten definierte und organisierte demokratische Führung, vorausschauende Information und Partizipation, deren Ausdruck nicht nur mit ihrem Beitrag zum Kapital oder auf die Steigerung der finanziellen Eigenbeiträge der Mitglieder, der Angestellten, derer, die den Aufbau des Unternehmens betreiben, ausgerichtet ist;
3. eine Leitung gemäß den folgenden Prinzipien:
 - a) *die Gewinne sind größtenteils dem Ziel der Aufrechterhaltung oder der Entwicklung der Tätigkeit des Unternehmens gewidmet,*
 - b) *die obligatorischen Reserven werden gebildet, sie sind unteilbar, können nicht verteilt werden.*

II. Die Soziale Solidarische Ökonomie besteht aus Aktivitäten der Produktion, der Transformation, der Verteilung, des Austauschs und des Konsums von Gütern und Dienstleistungen, die durchgeführt werden:

1. Von juristischen Personen in der Form von Genossenschaften, von Versicherungen auf Gegenseitigkeit oder in Zusammenschlüssen, nach der Richtlinie der Versicherungen auf Gegenseitigkeit oder von Versicherungen auf Gegenseitigkeit nach den Richtlinien der Versicherungsgesellschaften, der Stiftungen oder der Vereinigungen, die durch das Gesetz vom 1. Juli 1901 über Vereine geregelt sind [...],
2. Von kommerziellen Gesellschaften, die nach ihren Statuten folgende Bedingungen erfüllen:

- a) *Sie respektieren die Bedingungen, die unter 1 dieses Artikels festgelegt sind;*
- b) *Sie streben einen sozialen Nutzen im Sinne des Artikels 2 dieses Gesetzes an;*
- c) *Sie wenden die folgenden Prinzipien der Geschäftsführung an:*
 - ▶ der Abzug eines bestimmten Anteils durch Verordnung des Ministers für Soziale Solidarische Ökonomie beträgt mindestens 20 % der erwirtschafteten Gewinne, was sich auf die nach den Statuten erforderliche Einrichtung einer obligatorischen Reserve, den sogenannten „Entwicklungsfond“ auswirkt,
 - ▶ der Abzug eines bestimmten Anteils durch Beschluss des Ministers für Soziale Solidarische Ökonomie beträgt mindestens 50 % der erwirtschafteten Gewinne, was sich sowohl auf die Verdienstspanne als auch auf die obligatorischen Reserven auswirkt,
 - ▶ das Verbot der Gesellschaft, Kapital abzuschreiben und eine Kapitalreduktion, die nicht durch Verluste begründet wird, es sei denn diese Maßnahme sichert die Kontinuität seiner Tätigkeit unter den durch das Dekret vorgesehenen Bedingungen.

2.2. Organisation der SSÖ

Der Oberste Rat der Sozialen Solidarischen Ökonomie (Artikel 4)

Der Oberste Rat der SSÖ ist beauftragt, den Dialog zwischen den Akteuren der Sozialen Solidarischen Ökonomie und den staatlichen Instanzen auf nationaler und europäischer Ebene zu sichern. Er ist beim Premierminister angesiedelt und der Minister für Soziale Solidarische Ökonomie ist der Vorsitzende. Er wird in Bezug auf alle Gesetzesprojekte und Regelungen konsultiert, die die Soziale Solidarische Ökonomie betreffen und auch in Bezug auf geplante Verfügungen in Bezug auf das Soziale Unternehmertum. [...] Er beteiligt sich alle drei Jahre an der Definition einer nationalen Strategie der Sozialen Solidarischen Ökonomie.

Die französische Kammer der Sozialen Solidarischen Ökonomie (Artikel 6)

Die Kammer sichert auf nationaler Ebene die Vertretung und die Förderung der Sozialen Solidarischen Ökonomie. So sichert sie die Gewinne der Unternehmen des Sektors, die Interessenvertretung der Sozialen Solidarischen Ökonomie bei den öffentlichen nationalen Instanzen [...].

Die französische Kammer der Sozialen Solidarischen Ökonomie ist als Verein organisiert. Die Mitglieder der nationalen Organisationen, die nach ihren Satzungen die verschiedenen Formen der Sozialen Solidarischen Ökonomie vertreten, sind Mitglieder der Kammer. Dies betrifft auch die Handelsgesellschaften der SSÖ sowie die Repräsentanten des Nationalen Rates der regionalen Kammern der Sozialen Solidarischen Ökonomie.

Die regionalen Kammern der sozialen solidarischen Ökonomie

Die regionalen Kammern sichern auf lokaler Ebene die Förderung und Entwicklung der Sozialen Solidarischen Ökonomie. Sie bestehen aus Unternehmen der Sozialen Solidarischen Ökonomie, die ihre Geschäftsstelle oder eine Niederlassung in ihrem Verantwortungsbereich und entsprechende professionelle regionale Organisationen haben.

Die territorialen Politiken der Sozialen Solidarischen Ökonomie (Artikel 7)

Zusammen mit der regionalen Kammer der Sozialen Solidarischen Ökonomie sowie mit den Organisationen und Unternehmen der Sozialen Solidarischen Ökonomie erarbeitet die Region eine regionale Strategie der Sozialen Solidarischen Ökonomie. Sie kann mit den Departments, den Kommunen und den öffentlichen Einrichtungen der interkommunalen Kooperation mit eigenem Steuersystem über die Umsetzung von gemeinsam beschlossenen Strategien und über die Entfaltung der Sozialen Solidarischen Ökonomie im regionalen Territorium entscheiden.

Die territorialen Pole der wirtschaftlichen Kooperation (PTCE) (Artikel 9)

Die territorialen Pole der wirtschaftlichen Kooperation werden im Sinne des Artikel 1 des Gesetzes durch eine Neugliederung der Unternehmen der Sozialen Solidarischen Ökonomie desselben Territoriums konstituiert, die sich an Unternehmen beteiligen, die mit den Gebietskörperschaften und deren Gruppierungen verbunden sind: Sie kooperieren mit den Forschungszentren, den Hochschulen und der Hochschulforschung, den Bildungseinrichtungen und allen anderen natürlichen oder juristischen Personen, um eine gemeinsame Strategie umzusetzen und weiterhin auf Gegenseitigkeit, in Kooperation oder in Partnerschaft im Dienst der sozial und technologisch innovativen ökonomischen und sozialen Projekte zu arbeiten, die Träger einer nachhaltigen lokalen Entwicklung sind.

2.3. Das Gesetz, die Genossenschaften und die Vereine

Das Gesetz greift das Gesetz von 1947 über die Genossenschaften auf:

- ▶ Art. 1.: Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, die von mehreren Personen gegründet wird, die sich freiwillig zusammenfinden, um ihre wirtschaftlichen oder sozialen Interessen in gemeinsamer Anstrengung anzustreben und zusammen die notwendigen Mittel dafür zusammenzutragen.
- ▶ „Sie [die Genossenschaft] führt ihre Aktivität in allen Branchen menschlicher Tätigkeit durch und respektiert die folgenden Prinzipien eine freiwillige und offene Mitgliedschaft für alle, eine demokratische Führung, die wirtschaftliche Teilhabe ihrer Mitglieder, die Ausbildung der Mitglieder und die Kooperation mit anderen Genossenschaften.“

Das Gesetz erweitert die genossenschaftliche Revision:

- ▶ Art. 25–1.: Wo die Tätigkeit der genossenschaftlichen Gesellschaften und ihrer Zusammenschlüsse die per Dekret des Staatsrates festgelegten Untergrenzen überschreiten, unterwerfen sie sich alle fünf Jahre einer Kontrolle, die „Genossenschaftliche Überprüfung“ genannt wird. Sie hat die Aufgabe zu kontrollieren, ob die Organisation sich an die Prinzipien und Regeln der Kooperation hält, ob die Interessen ihrer Mitglieder gewahrt werden und ob sie gemäß den für sie geltenden spezifischen genossenschaftlichen Regeln arbeitet. Sollte es nötig sein, werden betreffenden Genossenschaften korrigierende Maßnahmen vorgeschlagen.

Das Gesetz erkennt die Beschäftigungsgenossenschaft an:

- ▶ Art. 26–41.: Die Beschäftigungsgenossenschaften (Les coopératives d'activité et d'emploi, CAE) haben vor allem das Ziel, die Schaffung und Entwicklung wirtschaftlicher Tätigkeiten von Unternehmern und natürlichen Personen zu unterstützen. „Diese Genossenschaften leisten eine individuelle Begleitung von Personen und Dienstleistungen auf Gegenseitigkeit“.

Das Gesetz definiert den nicht selbständigen Unternehmer:

- ▶ Art. L. 7331–2.: Nichtselbständige Unternehmer einer Beschäftigungsgenossenschaft sind die natürlichen Personen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit aufbauen und entwickeln, indem sie eine individualisierte Begleitung und gegenseitige Dienstleistungen für die Genossenschaft in Gang bringen. Sie verfolgen damit die Absicht, sich zusammen-

zufinden und schließen mit der Genossenschaft einen schriftlichen Vertrag, der unter anderem folgende Punkte definiert: die zu erreichenden Ziele, die Verpflichtungen einer minimalen Tätigkeit des nicht-selbständigen Unternehmers, die von der Genossenschaft eingesetzten Mittel, die Kalkulation des Beitrags des nicht-selbständigen Unternehmers für die Finanzierung der gegenseitigen von der Genossenschaft ausgeführten Dienstleistungen, der fixe Betrag und die Art der Berechnung des variablen Teils der Vergütung des nicht selbständigen Unternehmers.

Das Gesetz bekräftigt die Finanzierung der Vereine:

- ▶ Die Vereinsfinanzierungen sind im juristischen Plan vielfältig aufgeführt und geschützt. Weitere Maßnahmen werden eingesetzt, um die Entwicklung der Vereine zu ermutigen.
- ▶ Die Unterstützung des gemeinnützigen und freiwilligen Engagements in Vereinen wird bestätigt.
- ▶ Die Regierung wird ermächtigt, über Verordnungen die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen „Schock der Vereinfachung“ in Bezug auf die Vereine zu schaffen.

2.4. Beiträge des Gesetzes in Bezug auf einige wichtige Fragen

Das Gesetz präzisiert die Prinzipien des gerechten Handels und bezieht den Nord-Nord Handel ein.

Dieses neue Gesetz bildet einen rechtlichen Rahmen für die wirtschaftlichen Akteure, die ihre Branche nach den Prinzipien des gerechten Handels im Süden wie im Norden einreihen wollen. De facto modifiziert es das Gesetz vom 2. August 2005, das den gerechten Handel als Handelsbeziehung zwischen Käufern des Nordens und benachteiligten Produzenten aus den Entwicklungsländern definiert, indem es seinen Aktionsradius auf die Produzenten der Länder des Nordens und insbesondere in Frankreich ausweitet. Es greift auf die Arbeiten der Plattform des gerechten Handels für die Schaffung eines gerechten Lokalen Handels zurück.

Die Prinzipien des gerechten Handels sind wie folgt definiert:

- ▶ die Organisation der Produzenten und Arbeiter in demokratischer Führung,
- ▶ die Dauer des Handelsvertrages,

- ▶ die Bezahlung durch den Käufer eines Preises, der die Produzenten, auf der Basis einer Studie der Produktionskosten, entlohnt,
- ▶ die Genehmigung einer Pflichtgebühr durch den Käufer, mit dem Ziel, die kollektiven Projekte zu finanzieren.

Über diese vier größeren Achsen des Vorgehens hinaus wird die Rückverfolgbarkeit und die Erwähnung von Aktionen zur Sensibilisierung über verantwortliche Produktions- und Konsumptionsweisen bekräftigt.

Das solidarische Unternehmen von sozialem Nutzen

Man kann behaupten, dass „*das solidarische Unternehmen von sozialem Nutzen*“ ein Konzept ist, das das Placet des Gesetzes der Sozialen Solidarischen Ökonomie hat und die folgenden kumulativen Bedingungen erfüllt:

1. „Das Unternehmen verfolgt als Hauptziel die Suche nach einem sozialen Nutzen“,
2. „Der durch das Ziel des sozialen Nutzens induzierte Auftrag hat eine wesentliche Auswirkung auf den Bericht über die Resultate oder die finanzielle Rentabilität des Unternehmens“,
3. „Die Politik der Vergütung des Unternehmens begrenzt die Spanne der Arbeitslöhne von eins bis zehn. Bestimmte Unternehmen ziehen einen Nutzen aus diesem erwähnten Konzept. Zu ihnen gehören unter anderem die Unternehmen der Inklusion, die intermediären Vereine, die Ateliers und Baustellen der Eingliederung, die Organisationen der sozialen Eingliederung, die Dienstleistungen der sozialen Kinderhilfe, die Notunterkünfte und die Einrichtungen der Resozialisierung, Bezirksinitiativen, die angepassten Unternehmen, die als gemeinnützig anerkannten Vereine und Stiftungen.“

Die soziale Innovation

Für soziale Innovation wird als relevant angesehen, wenn ein Projekt aus einem oder mehreren Unternehmen besteht, die Produkte oder Dienstleistungen anbieten, die eine der folgenden Produkte oder Dienstleistungen mit einer der folgenden Charakteristika anbieten:

1. Sie antworten auf soziale Bedürfnisse, die gar nicht oder nur ungenügend befriedigt werden. Sie tun dies unter Maßgabe der aktuellen Marktbedingungen oder im Rahmen der staatlichen Politik;

2. Sie antworten auf soziale Bedürfnisse in einer innovativen Unternehmensform, durch einen innovativen Produktionsprozess von Gütern oder Dienstleistungen oder durch eine innovative Organisation der Arbeit.

Die genossenschaftliche Gesellschaft von kollektivem Interesse (Scic)

Wir fügen dieser Übersicht die Definition der genossenschaftlichen Gesellschaft von kollektivem Interesse (Scic) gemäß dem Gesetz aus dem Jahre 2001 hinzu, da es sich bei dieser um eine wichtige genossenschaftliche Innovation in Frankreich handelt. Die genossenschaftliche Gesellschaft von kollektivem Interesse (Scic) wurde per Gesetz 2001-624 vom Juli 2001 geschaffen. Sie hat mehrere Besonderheiten, die es rechtfertigen, sie als eine vollwertige Genossenschaft einzustufen.

„Diese genossenschaftliche Gesellschaft neuen Typs muss durch besondere Regeln der Organisation und der Funktionsfähigkeit betrieben werden, um ‚eine neue Partnerschaftslogik zwischen Nutzern, Nutznießern und Angestellten‘ herzustellen, die als ‚multi-gesellschaftlich‘ bezeichnet wird.“ (Exposé des motifs de la loi, 2001) Die *genossenschaftliche Gesellschaft kollektiven Interesses* (*La Société Coopérative d'Intérêt Collectif, Scic*) ist eine Genossenschaft mit folgendem Eigenschaften:

- ▶ Sie erlaubt es, multiple Akteure um ein und dasselbe Projekt herum zu vereinen: Angestellte, Produzenten, Nutznießer, ehrenamtliche Helfer, Nutzer, Gebietskörperschaften, Unternehmen (Gesellschaften, Handwerker oder Vereine), Privatpersonen und alle Nutznießer und verschiedene interessierte Personen;
- ▶ Sie produziert Güter und Dienstleistungen, die den kollektiven Interessen auf einem Territorium entsprechen, wodurch die bestmögliche Mobilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen erreicht werden kann;
- ▶ Sie respektiert die genossenschaftlichen Regeln: Machtverteilung auf der Basis des Prinzips eine Person = eine Stimme, Einbeziehung aller Mitglieder in das Leben des Unternehmens und in die wichtigsten unternehmerischen Entscheidungen, Aufrechterhaltung der Resultate des Unternehmens in der Form der unteilbaren Reserven, wodurch die Autonomie und der Fortbestand garantiert werden;
- ▶ Sie verschreibt sich der lokalen und nachhaltigen Entwicklung, ist im Territorium verankert, begünstigt die Aktionen in ihrer Nähe und die Vernetzung der Akteure in einem Umkreis oder in einer Branche;

- Sie produziert ein kollektives Interesse, das den Charakter der Gemeinnützigkeit hat.

In einem Scic sind verbunden:

- die Angestellten einer Genossenschaft oder, falls es keine Angestellten gibt, die Produzenten der Güter oder Dienstleistungen, die das Scic verkauft),
- die Nutznießer der Güter und Dienstleistungen, die von der Genossenschaft vorgeschlagen werden,
- andere Typen von Vereinsmitgliedern, natürlichen Personen oder juristischen Personen des privaten oder des öffentlichen Rechts, die auf irgendeine Weise zu den Aktivitäten der Genossenschaft beitragen (z. B. Handwerker, Bauern, ehrenamtliche Mitarbeiter, Gesellschaften oder Vereine, Anwohner, Allmenden, Räte der Departments und der Regionen etc.).

3. Anwendung und Perspektiven

Das Gesetz hat die Aufmerksamkeit der Akteure und Forscher zumindest ein Jahr lang auf sich gezogen. Es ist weiterhin Kern der Anliegen, das mag mit den Debatten zusammenhängen, die über die Bedingungen seiner Umsetzung ausgelöst wurden.

Vom historischen Standpunkt aus gesehen stellt es ein Paradox dar: Die genossenschaftlichen Akteure, diejenigen in Vereinen auf Gegenseitigkeit, Mitglieder in Vereinen, Akteure der Sozialen Solidarischen Ökonomie, jene vom sozialen Unternehmertum haben das Gefühl, verstanden worden zu sein. Sie haben durch diesen Prozess insgesamt etwas gewonnen, indem sie ihr Recht in Bezug auf das, was sie vom Gesetzgeber forderten, durchgesetzt haben.

De facto sind die regionalen Kammern der SSÖ anerkannt und erhalten öffentliche Verantwortung durch die konsularischen Kammern (Landwirtschaftskammer, Handelskammer etc.). Die Vereine sind in wirtschaftlicher Hinsicht und durch ihre Finanzierung gestärkt; die Genossenschaften können leichter gegründet und übertragen werden, ihre Finanzierung ist ebenfalls erleichtert worden, die CAE³ wurden als eine neue genossenschaftliche Form anerkannt. Die solidarischen Unternehmen erhalten ein Plazet; die klassischen sozialen

3 Coopératives d'Activités et d'Emploi (CAE) – Beschäftigungsgenossenschaften

Unternehmen werden unter bestimmten Bedingungen integriert. Alle begrüßen ein wichtiges positives Gesetz. Das ist es ohne Zweifel.

Aber zugleich ziehen die positiven Antworten an alle Akteure der SSÖ die Gefahr nach sich, dass die SSÖ banalisiert werden könnte. Um dies zu verstehen, muss man zweifellos daran erinnern, dass die SSÖ in Frankreich mit der sozialen Wirtschaft, der solidarischen Wirtschaft und dem sozialen Unternehmertum drei unterschiedliche Bewegungen vereint.

3.1. Die Grundlage: die Genossenschaften und die Soziale Ökonomie

Die Tatsache, dass das Gesetz eine inklusive Definition der Sozialen und Solidarischen Ökonomie gibt, bedeutet nicht, dass die Konzepte, die ursprünglich vorherrschten und die Klammer, „sozial“ und „solidarisch“ erklären, ausgelöscht worden sind.

Die Soziale Ökonomie wird heute als eine Gesamtheit besonderer Unternehmen gesehen, die von Personen gegründet wurden, um auf nicht oder ungenügend befriedigte Bedürfnisse zu antworten. Sie ermöglicht eine Zusammenarbeit unter guten Bedingungen, die Wahrnehmung einer sinnvollen Aktivität, einen anderen Konsum wobei biologische Produkte vorgezogen werden, die Vorsorge gegen Risiken durch Mitgliedschaft in Vereinen auf Gegenseitigkeit, die Durchführung sozialer oder kultureller Aktivitäten zum Wohle ausgeschlossener Personen, den Kauf von Material, das gemeinsam genutzt wird, den Bau eines Qualitäts-Habitats und vieles mehr. Für alle Aktivitäten können Männer und Frauen Personengruppen anstelle von Kapitalgesellschaften gründen, mit denen andere Ziele verfolgt werden können. Aus der Bildung von Personengruppierungen vor allem, dass sie nicht von Investoren, die Kapital einbringen, abhängig sind.

Während die Aktiengesellschaft den Aktionären gehört, mit dem Ziel, Gewinne durch das Kapital zu erlangen, das sie in dem Unternehmen angelegt haben, gehört die Genossenschaft, die Versicherung auf Gegenseitigkeit, der Verein seinen Mitgliedern. Sie nennen sich unterschiedslos Mitglieder, Genossen, Gesellschafter, *mutualistes*. Diese Begriffe übersetzen bestens, dass die Begünstigten der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens gleichzeitig diejenigen sind, die über das politische Projekt des Unternehmens entscheiden. Mit dem Terminus „doppelte Qualität“ ist die Aussage dieses Gesetzes bezeichnet, die Ausübung des Rechts (von der wirtschaftlichen Tätigkeit begünstigt zu

werden) und die Pflicht (Teilnahme an der politischen Aktion auf dem Umweg der Partizipation in der Generalversammlung und im Verwaltungsrat). Die doppelte Qualität bedeutet, dass man zugleich wirtschaftlicher und politischer Akteur ist.

Die SSÖ als Denkweise

Die Soziale Ökonomie analysiert die Projekte und Experimente der wirtschaftlichen Demokratie, die unter dem Begriff „Genossenschaftsrepublik“ theoretisch bearbeitet wurden. Sie betont das freiwillige Engagement der Mitglieder, und beruht auf der Konstituierung des demokratischen Lebens der Gruppe, auf Solidarität unter ihren Mitgliedern und darauf, dass es eine Wirtschaft ist, die auf der Autonomie ihrer Ressourcen beruht. Diese Prinzipien setzen ein friedliches Klima voraus und vollziehen sich gewaltlos. Damit bildet die SSÖ ein grundlegend gewaltfreies Fundament sozialen Wandels.

Dieses Modell ist der Ausgangspunkt einer Denktradition der genossenschaftlichen Akteure selbst, die in der Universität wenig bekannt ist. Die Denktradition, der die Akteure der SSÖ sich zugehörig fühlen, beinhaltet mehrere Konzepte, von denen die wichtigsten auf der Kooperation bei der Produktion beruhen (von J.-P. Buchez und J.-B. A. Godin bis zu H. Desroche und F. Espagne), auf der Kooperation beim Konsum (C. Gide, G. Fauquet, C. Vienne) und auf der kollektiven Wirtschaft (B. Laverne, E. Milhaud und ihre Nachfolger im CIRIEC – Centre international de Recherche et d'Information sur l'Economie Collective).⁴

Das wichtigste Merkmal dieser Tradition ist, dass sie sich auf Wissen stützt, das über Erfahrung bei Aktionsforschung gewonnen wurde. Die Studie wurde von den Akteuren selbst durchgeführt und erlaubt die Transformation der Resultate in übertragbares Wissen. Diese Forschung ist von einer besonderen Haltung geprägt, die sich weder der universitäre Bereich noch auswärtige Experten noch engagierte Intellektuelle aneignen können. Es ist die Denktradition, die mit einer Praxistradition verbunden ist, die die Grundlage der Interpretationen in den Termini der Sozialen Ökonomie seit den 70er Jahren darstellt. Das Analysemodell der Sozialen Ökonomie besteht im Kern darin, dass das Unternehmen von einer freiwilligen Personengruppe getragen wird, die gleiche

4 Pour une présentation générale et une mise en perspective contemporaine de cette tradition de pensée et d'action, cf. Draperi J.-F., La république coopérative, Larcier, 2012.

Rechte haben und untereinander solidarisch sind. Was immer die Strömung ist, die man betrachtet, die demokratische Motivation wird als die zentrale Frage gesehen (Desroche, H., 1976).

Im Zentrum des ständigen Kampfes der Genossen stand die Sicherung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit durch die Anerkennung des eigenen Rechtes, ohne – außer in besonderen Fällen – wirtschaftliche Vorteile zu fordern. Die Genossenschaften verbinden ihre politische Unabhängigkeit mit der Autonomie ihres Vorgehens. Das erklärt, dass sie nach einem halben Jahrhundert endogene, autozentrierte, lokale oder territoriale Entwicklungsprozesse gründen.

Der Zugang über die Personengruppen auf der Grundlage ihrer Übereinstimmung in Bezug auf die Bedeutung ihres Rechts und ihres Status hat gewisse Grenzen. Er entspricht kaum den Isomorphismen und Hybridisierungen, die Genossenschaftsgruppen kennen. Dies gilt insbesondere im Lebensmittelsektor, bei Sparkassen und bei Versicherungen. (Cf. es gibt sehr viele Artikel die in Recma⁵ dazu erschienen sind). Die Frage nach der Größe wird regelmäßig gestellt, insbesondere in Bezug auf die Teilnahme der Mitglieder, aber ebenso die in Bezug auf den Markt, das Wachstum oder das „Wirtschaftsmodell“. Man kann die Frage aufgreifen, indem man das angestrebte Ideal den entsprechenden Werten und genossenschaftlichen Praktiken gegenüberstellt. Wie die Werte sich in den Praktiken wiederfinden, wird über Prinzipien und Regeln definiert.

3.2 Die SSÖ – ein gemeinsames Projekt

Die Annäherungen der Sozialen Ökonomie und der Solidarischen Ökonomie unterscheiden sich zweifellos mehr in ihrem Ideal (die Kooperation auf der einen Seite – die Soziale Ökonomie; der Zusammenschluss auf der anderen Seite – die Solidarische Ökonomie) als durch einen Unterschied in ihrer Haltung.

Wenn die Genossenschaft aufgrund der Verzerrungen des Marktes durch Isomorphismen bedroht sind, müssen sich die Zusammenschlüsse den Risiken der institutionellen Isomorphismen aussetzen, die zu Konfrontationen mit der öffentlichen Verwaltung führen. Und wenn die öffentlichen Instanzen ihre Unterstützung verringern oder wenn sie den Tendenzen der Finanzmärkte folgen, verschärft sich dieses Risiko.

5 Revue Internationale de Economie Sociale – Internationale Zeitschrift zur Sozialen Ökonomie, Paris.

**Genossenschaften und Zusammenschlüsse:
zwei Produkte der sozio-ökonomischen Kreativität**

Genossenschaften

- ▶ sehr große Vielfalt von vorwiegend wirtschaftlichen Tätigkeiten
- ▶ im Allgemeinen wirtschaftliche Autonomie
- ▶ sie bemühen sich um eine juristische Anerkennung ihres Unternehmens
- ▶ vorwiegend ausgerichtet auf ihre Mitglieder und ihr kollektives Interesse

Vereine⁶

- ▶ im Wesentlichen gesundheitliche, soziale, kulturelle und sportliche Tätigkeiten
- ▶ oft finanziell unterstützt
- ▶ bemühen sich um die politische Anerkennung ihrer Tätigkeiten
- ▶ vorwiegend auf dritte Personen und das Gemeinwohl hin orientiert

Auf diese Weise stellen die Zusammenschlüsse (von Vereinen), wie man heute beobachten kann (wie früher beim Banken-Gesetz von 1984, bei der Verpflichtung der Rückversicherung durch die Versicherungen auf Gegenseitigkeit, bei der Art und Weise der Evaluierung und Finanzierung der Unternehmen, die in die Wirtschaft eingefügt werden etc.), die betreffenden Organisationen vor ein größeres Risiko des mimetischen oder professionellen Isomorphismus.

Die Vereine, die Genossenschaften und die Versicherungen auf Gegenseitigkeit haben gemeinsam, dass sie Personengruppen sind, die von denselben Prinzipien inspiriert sind, und dass diese sich bei ihrem Streben in Bezug auf die Soziale Solidarische Ökonomie ergänzen.

Die beiden Vorgehensweisen, die sie analysieren, haben ethische Grundlagen, sind sich nah und zeugen von derselben soziologischen Realität, der der Volksklassen und Mittelklassen vieler Länder, die sich in kollektiver Aktion auf der Suche ihrer Emanzipation mit wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zielsetzung befinden. Sie haben noch mehr gemeinsam, wenn wir nicht nur vom Vereinen oder von der Genossenschaft ausgehen, sondern vielmehr deren gemeinsamen Ziele bedenken. Sie stehen für eine Entwicklung, die sowohl auf der Ebene der Person als auch im Milieu ihres Lebenszusammenhangs definiert wird.

⁶ Dies bezieht sich auf die Non-Profit-Vereine – in Frankreich nach dem Gesetz von 1901.

3.3. Das soziale Unternehmertum: Eine Denkströmung – hervorgegangen aus der Philanthropie

Das soziale Unternehmertum hat eine ganz andere Geschichte, eine andere soziale Zusammensetzung und ein ganz anderes Projekt. Seit der Gründung dieser Bewegung ist das Individuum anstelle der kollektiven Aktion Gegenstand der Betrachtung. Infolgedessen stellt das soziale Unternehmertum nicht die Frage nach der Demokratie. Und es stellt im Unterschied zur SSÖ die Frage nach der Kooperation, indem es selbstverständlich auf Konkurrenz und Wettbewerb eingeht, indem es Wettbewerbe zwischen Individuen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene eingeht.

„Die stärkste Kraft des Wandels, ist die neue Idee in den Händen eines wirklichen Unternehmers“ (Olivier Kayser, Leiter von Ashoka Frankreich, 2007).

Wie Olivier Kayser feststellt, ist das soziale Unternehmertum eine Idee, ein politisches Projekt, so wie es auch die Soziale Ökonomie in den Zeiten ihrer Entstehung war. Die Soziale Ökonomie schlägt vor, Personengruppen, die ein bestimmtes Konzept der Wirtschaft gemeinsam haben, zusammenzuführen. Das soziale Unternehmertum ist ein neuer Vorschlag, dass dazu tendiert, eine Gesamtheit von Unternehmen oder genauer gesagt mehrere Unternehmensgruppen, die vor ihm existierten, zu übernehmen.

Es ist entscheidend, sich bewusst zu sein, *dass das soziale Unternehmertum keine Gesamtheit von Praktiken ist* (wie das die sozialen Unternehmen sind, die Vereine, die Genossenschaften, etc.), *es ist eine Denkströmung.*

Die Bewegung des sozialen Unternehmertums ist in den Vereinigten Staaten entstanden. *„Die Initiative des Sozialen Unternehmertums wurde 1993 von der Harvard-Business-School und von großen Stiftungen lanciert, die Programme zur Unterstützung der sozialen Unternehmer aufstellen. So hat Bill Drayton, ein früherer Minister von Jimmy Carter, Ashoka lanciert [...] Bill Drayton stützte sich auf Anhieb auf das Know-how der grossen Unternehmen (via Mac Kinsey) und wollte Projekte mit starken reißerischen Effekten [...]“*

Vor kurzer Zeit entstand in den Vereinigten Staaten das Konzept der Venture-Philanthropie, was das Interesse für die sozialen Unternehmer bestärkt und erneuert. Sie packen das Soziale Unternehmertum mit Methoden an, die für das Risikokapital entworfen wurden und legen den Akzent auf den sozialen Gewinn der Investition (SROI)“ (H. Sibille, 2009, S. 279).

Das soziale Unternehmertum kann im angelsächsischen Sinn durch einige Merkmale definiert werden. Es entsteht aus einem neuen unternehmerischen Bestreben philanthropischen Ursprungs, dem Gemeinwohl mit unternehmerischen Mitteln zu dienen. Durch die Umverteilung erheblicher Profite bei sozialen und Umweltfragen ist es dazu geeignet, eine neue Solidarität zwischen sehr Reichen und den Mittelklassen zum einen als Spender und zum anderen den Armen und den sehr Armen als Nutznießer zu erzeugen. Begleitet von den Staaten stellt diese Solidarität die öffentliche Solidarität dar, sie tendiert allerdings größtenteils dazu, ersetzt zu werden.

Das soziale Unternehmertum benutzt Mittel, die für die großen Unternehmen geschaffen wurden und Techniken, die an der Börse verwandt werden. Während die Soziale und Solidarische Ökonomie ausgehend von ihren Praktiken zum Teil ein ganz neues eigenständiges Wissen produziert, lernt das soziale Unternehmertum in denselben Schulen, die die Kader und Anführer sehr großer Unternehmen ausbilden.

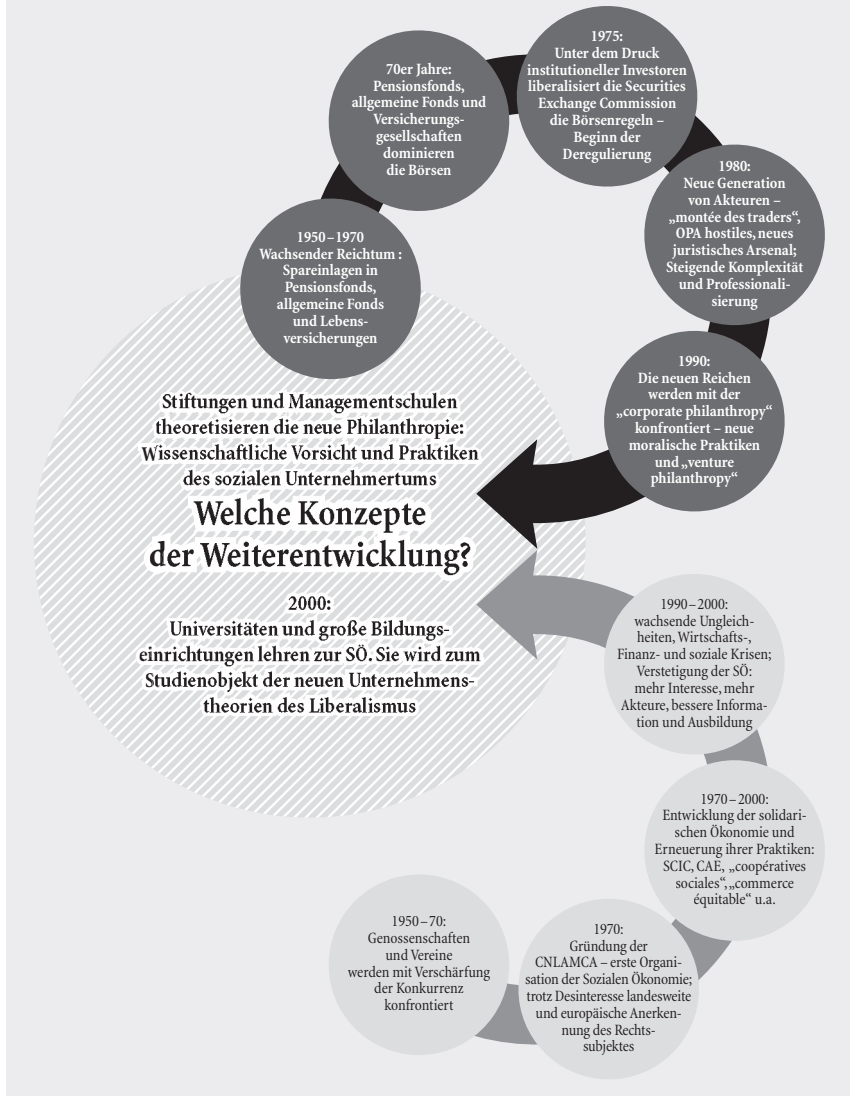
Daher sieht sich die Soziale und Solidarische Ökonomie als eine eigene Ökonomie, da das soziale Unternehmertum nur in seiner Beziehung zu den großen Unternehmen verstanden werden kann, die ihm den Bezugsrahmen liefern, das Vokabular, die Motivationstechniken, die Denkweisen, seine „*venture attitude*“.

Das französische soziale Unternehmertum geht in verschiedenen wichtigen Punkten auf Distanz zum amerikanischen Modell. Die Namen der Stiftungen – und morgen der Spendenfonds – die es unterstützen, kommen von Vereinen, von Einzelpersonen, von Personengruppen, die nicht die gleichen Ziele haben, wie die großen Unternehmen.

Einige dieser Stiftungen platzieren ihre Aktiva in den ethischen Fonds. Sie sehen sich nicht alle in der *venture philanthropy* in dem Maße, in dem sie nicht darauf ausgerichtet sind, eine soziale, kulturelle und Umwelt-Aktion als Business zu konzipieren. So gründet das französische soziale Unternehmertum seine Aktionen zum Teil auf die Kraft öffentlicher Einrichtungen. Dennoch stellt sich die Frage des Entwicklungskonzeptes.

Konzeption und Zusammentreffen des sozialen Unternehmertums und der sozialen Ökonomie

Die Darstellung besitzt zwei Zugänge: oben die Transformation der heutigen kapitalistischen Wirtschaft; unten die Aufwärtsentwicklung der Sozialen Solidarischen Ökonomie. Das Zusammentreffen findet auf dem gerasterten Untergrund statt und ist Gegenstand der aktuellen Debatte (Jean-François Draperi, 2010)



4. Schlussfolgerung: welche Entwicklung?

Die Entwicklung – als Entwicklung von Personen in einem Territorium des Lebens und der Arbeit definiert – ist zweifellos die gemeinsame Zielsetzung der Sozialen Ökonomie, der Solidarischen Ökonomie und des Sozialen Unternehmertums. Wie konzipiert man das beiderseits? Ist es das, was genau unter der „sozialen und Umweltzielsetzung“ verstanden wird?

Zwei Typen von Konzepten stehen sich heute in allen Ländern gegenüber. Auf der einen Seite eine Entwicklung, die vor allem von einer Wirtschaft der Nähe motiviert wird, die sich auf die Macht und Aktivität der Männer und Frauen, die in einem Territorium leben, stützt, über kleine Unternehmen, Genossenschaften, Vereine, lokale und territoriale Gemeinschaften. Auf der anderen Seite eine Entwicklung, die von den großen Unternehmen, die je nachdem mehr oder weniger von den Staaten unterstützt werden, Unternehmen, die die Bevölkerung und die Räume wie Märkte betrachten, die sie aufteilen, indem sie sich auf die Verwaltungsinstanzen (WHO und IWF) oder privaten (IASB) stützen, indem sie die lokalen Akteure die sozialen und Umweltprobleme lösen lassen, die der Ausbeutung folgen.

So formuliert ist diese Opposition ein wenig kurz geschlossen, aber sie ist dennoch real: Was ist mit den Allmenden? Den Böden? Dem Unterboden? Den Bauernhöfen? Von woher kommt das Saatgut? Wer kontrolliert den regionalen Handel? Wie werden Preise der wichtigsten Nahrungsmittel oder der Güter kontrolliert? Wie werden sie bestimmt? Wer verwaltet die Wasserverteilung? Wer produziert Energie? Von woher kommen die Nahrungsmittel, die in den Schulkantinen konsumiert werden? Wer sichert den lokalen Transport? Wer finanziert die Universitäten? Wer leitet die Studien und Forschungen? Wer bestimmt die Gesundheitspolitik? Wer baut die Wohnungen? Wer entscheidet über die private Hilfe im Land und über die internationalen Unterstützungen?

Schon jetzt ist die SSÖ in der Lage, aus ihrer soliden und lebendigen Verankerung Nutzen zu ziehen und mit ihren Verbündeten und Partnern die Wirtschaft und das soziale Leben zu verändern. Die lokalen und territorialen Gemeinschaften stellen zunehmend Forderungen und können in entscheidender Art und Weise mit ihren Angeboten agieren; mit neuen wirtschaftlichen Modellen etablieren sich kleine Unternehmen, Genossenschaften, Vereine, Versicherungen auf Gegenseitigkeit und Gemeinschaften, Gewerkschaften finden sich zusammen, bilden zunehmend Personengruppen; Begegnungen mit den kleinen Unternehmen und mit ihren Gewerkschaften sind möglich;

die internationalen Beziehungen sind noch ungenügend, können und müssen jedoch eine neue Kraft mit noch ungeahnter Perspektive entwickeln.

Noch ist es notwendig, jene kollektive Aktion anzustreben, die einen Wandel über ein Unternehmen oder die Nationen hinaus vorantreibt.

Das Gesetz zur SSÖ in Frankreich erlaubt es, die SSÖ über die üblichen Zirkel der Aktivisten und Spezialisten hinaus bekannt zu machen. Es erlaubt auch jeder Bewegung, die zur SSÖ gehört, sich mithilfe der Entwicklung neuer Instrumente und angesichts einer starken öffentlichen und privaten Vertretung zu stärken. Das Gesetz definiert die Unternehmen der SSÖ konkret als Projekte im Sektor der SSÖ. Auch klassische Unternehmen können unter bestimmten Bedingungen – soziale Orientierung, demokratische Führung und begrenzter Gewinn – als Unternehmen der SSÖ anerkannt werden.

Aber wie will man die Demokratie in einer kapitalistischen Gesellschaft zum Leben erwecken? Denn das Kapitaleigentum ist nicht angetastet worden; eine Kapitalgesellschaft mit sozialer Zielsetzung unter Kontrolle eines multinationalen Unternehmens würde als Unternehmung der SSÖ Anerkennung finden. Große Unternehmensstiftungen gehören zur Sozialen Ökonomie. Die Prinzipien der Konkurrenz, der Wettbewerb, die Normen der Buchhaltung, die Definition der Normen etc. wurden nicht angetastet. Das Gesetz lässt also die Möglichkeit für die Interpretation mehrerer Entwicklungskonzepte zu.

De facto sieht man, wie konkurrierende Projekte die Maximen der SSÖ für sich reklamieren, von denen einige die historischen Werte der Sozialen Ökonomie bewahren, während sich andere den Strategien des Multinationalen verschreiben. Die zentrale Frage ist nicht der Inhalt, auch nicht das Gewinnstreben: es ist die kollektive Aktion, das demokratische Leben, die Stärke derer, die die Nutznießer sind. Entscheidend ist die Beziehung zwischen Konkurrenz und Kooperation, wie schon Robert Owen zu Beginn des 19. Jahrhunderts feststellte. Ist die Soziale und Solidarische Ökonomie nur ein Unternehmenstyp und steht in Konkurrenz mit anderen – oder ist sie ein Ort der Entfaltung des Staatsbürgertums?

Grundsätzlich stellt sich die Frage: Wollen wir vor allem Individuen sein, die miteinander in Konkurrenz um materielle Güter treten oder Personen, die kooperieren und sich im Rahmen einer Gesellschaft, in der der Frieden wieder hergestellt ist, gegenseitig bereichern?

Aus dem Französischen Clarita Müller-Plantenberg und David Spier

**KOOPERATIONSPARTNER –
GESELLSCHAFTLICHE UND
STAATLICHE AKTEURE**

Kritischer Konsum in Europa?

Giuliana Giorgi

Mehr Markt und Wettbewerb sind die einzige Zukunftsvision von Angela Merkel. Sie sind auch erklärte oberste Ziele der EU. Das bedeutet, dass die mächtigsten Player am Markt, die multinationalen Konzerne und Großbanken, freie Hand haben und von den Nationalstaaten keine Regulierung und keine Einschränkung zu befürchten haben – z. B. solche zugunsten der Gesundheit der Verbraucher oder des Gemeinwohls.

Diese Entwicklung prognostizierte der Historiker Karl Polanyi schon 1944, als er in seinem Buch *„The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen“* schrieb, dass die menschliche Gesellschaft im Begriff sei, lediglich zu einem Beiwerk des Wirtschaftssystems zu werden.

Seitdem die Nationalstaaten durch die Globalisierung und die herrschende neoliberale Doktrin ihren Gestaltungsspielraum fast vollständig eingebüßt haben – nach Meinung des Soziologen Ulrich Beck gibt es die Nationalstaaten nicht mehr wirklich¹ – und seitdem die Beschäftigten unter der permanenten Drohung der Abwanderung der Produktionsstätten in Billiglohnländer ihre gewerkschaftliche Verhandlungsmacht fast komplett verloren haben, gewinnt der Widerstand durch die Bürger an Bedeutung. Auch als Endabnehmer für Produkte und Dienstleistungen können die Bürger Macht ausüben. Wenn viele das tun, ist diese Macht durchaus wirksam.

Die Konsumenten haben die Macht, wenn sie sich dessen bewusstwerden, dass sie dem reibungslosen Funktionieren einer Maschinerie, die inzwischen Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, auch Kinder, brutal ausbeutet und die Natur auf dem Planeten ausplündert und zerstört, Einhalt gebieten wollen.

¹ Ulrich Beck meint sogar in „Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter“, dass die Nationalstaaten irreal geworden sind, dass es sie nicht mehr gibt und dass sich eine globale Unregierbarkeit breitmacht.

Denn kein Konzern kann sich leisten, seine Kunden zu entlassen. Am Ende einer noch so weitverzweigten und weltumspannenden Produktionskette stehen die Konsumenten, die immer noch die Wahl haben, ob sie das Produkt kaufen oder nicht.

Viele Verbraucher haben inzwischen verstanden, dass sie mit ihren Kaufentscheidungen etwas bewirken können. Denn auch der Konsum ist politisch.

Das größte Problem dabei ist das Fehlen von Informationen. Miserable Produktionsbedingungen und die zerstörerische Gewinnung von Rohstoffen sind ein sorgfältig gehütetes Geheimnis der Konzerne, die mit ihren Armeen von Lobbyisten dafür sorgen, dass Verbraucherschutzgesetze verwässert werden und dass vieles von dem, was sich hinter dem schönen Schein ihrer Produkte verbirgt, im Dunkeln bleibt.²

Nur ab und zu verschaffen uns Skandale (BSE, Gammelfleisch, Pferdefleisch in Tiefkühllasagne, Dioxin und die dioxinähnlichen PCB in Fleisch, Fisch und Eiern, Textilfabriken in Asien, die für Näherinnen zur tödlichen Falle werden etc.) kurze Einblicke hinter die Kulissen. Aber Skandalmeldungen verschwinden sehr schnell aus den Schlagzeilen und die Konzerne tun alles, um zu verhindern, dass die Konsumenten zu viele Hintergrundinformationen erhalten.

Wenn man sich die von der Tierschutzorganisation PETA heimlich gedrehten kurzen Videos über die Zustände in Tierfabriken anschaut, vergeht einem der Appetit auf Fleisch und Tierprodukte – wenigstens aus konventioneller Produktion. Mit dem Verzicht auf Fleisch und Tierprodukte trifft man ohnehin eine Entscheidung, die uns nicht nur vor vielen Zivilisationskrankheiten schützt, sondern auch wesentlich dazu beiträgt, dass weniger Menschen in der Welt hungern müssen und weniger Regenwald für Soja-Plantagen gerodet wird. „*A life connected*“, ein Aufklärungsvideo dazu, steht im Netz, hier in der deutschen Version (▶ <https://vimeo.com/9470386>).

Wir Menschen sind nicht die auf Eigennutz fixierten Psychopathen, die in allem ausschließlich ihren Vorteil suchen und immer nur das Billigste kaufen wollen, wie die neoliberale Doktrin uns weismachen will.

Wir sind mitfühlende Wesen, die mehrheitlich den Gedanken nicht ertragen können, dass andere Menschen und andere Lebewesen für uns leiden und

2 Allerdings kämpft Foodwatch gerade dagegen an.

dass die Natur zerstört wird. Wenn wir erfahren dürfen, was wir mit unserem Kaufverhalten bewirken, entscheiden wir uns spontan für Produkte, die kein Leiden und keine Zerstörung bewirken. Oft sind ethisch vertretbare Produkte nicht einmal teurer als konventionelle.

Es stimmt allerdings, dass kritischer bzw. politischer Konsum manchmal nicht ganz einfach ist.

Vor allem Informationen über Firmen, die Gammelfleisch oder pestizidbelastete Erdbeeren in den Verkehr bringen, werden von staatlichen Stellen in Deutschland zurückgehalten. Im Unterschied zu Großbritannien, wo ein *name-and-shame-System* für die notwendige Transparenz sorgt, darf ein Lebensmittelüberwacher in Deutschland zwar Proben auf Erdbeerefeldern, in Großmärkten und Supermärkten nehmen und den Verkauf von beanstandeten Lebensmitteln verbieten, „*aber er darf nicht sagen, wo er sie gefunden hat*“ – schreibt Tanja Busse in ihrem Buch *Die Einkaufsrevolution. „Die Konsumenten können erst durch die alternative Lebensmittelüberwachung von Test-Zeitschriften, Greenpeace [und Foodwatch! – A.d.R.] erfahren, wo und durch wen pestizidhaltige Erdbeeren in den Handel gekommen sind.*“

Der Staat schützt die Lebensmittelfälscher durch das Zurückhalten von Informationen. Sozialstandards sind nicht in WTO-Verträgen verankert. Die IAO (Unterorganisation der UNO für die Arbeitnehmerrechte) ist machtlos.

Deswegen müssen wir Konsumenten soziale Standards und Umweltschutz durchsetzen. Es klingt vermessen, aber viele Beispiele zeigen, dass das punktuell funktioniert.

In der solidarischen Landwirtschaft tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. Damit retten Konsumenten die Existenz von Kleinbauern der Region und erhalten im Gegenzug gesunde Lebensmittel.

Diese Praxis ist seit Jahren in vielen Ländern der Welt verbreitet, vor allem in Europa, in Japan und auch in den USA.

In Deutschland kartiert die Organisation *Ernte-Teilen* diese Initiativen:

- ▶ <https://ernte-teilen.org/map#>

Dass die Biobranche in Deutschland, Österreich, in der Schweiz und in vielen anderen Ländern boomt, ist der Beweis für die politische Wirksamkeit des kritischen Konsums.

Eine Geschichte über Biomilch verdeutlicht, wie allein das Vertrauen in Abnehmer, die Qualität schätzen, einen Bauer veranlasste, sich gegen die Glaubenssätze des Bauernverbandes wie: „Wachse oder Weiche“, „Leistungssteigerung durch Masse“ und „Bio ist eine Nische, die Leute kaufen eh das Billigste“ zu stellen und neue Wege zu gehen.

Bauer kauft Molkerei

Der Milchbauer Josef Jacobi produzierte schon in den 1990er Jahren Biomilch, bekam dafür aber keinen Cent mehr als für konventionelle Milch, weil im Warburger Bördeland keine Molkerei die Biomilch als solche vermarktete. Die nächste Molkerei war 250 km entfernt.

Er hörte, dass im sauerländischen Willingen-Usseln, etwa 60 km von seinem Hof entfernt eine Molkerei geschlossen werden sollte. *„Unsere Milch wurde irgendwo in die Zentren gekarrt, da verarbeitet und kam dann zurück in die örtlichen Supermarktfilialen“* erzählt Jacobi. Also beschloss er, die Molkerei in Willingen zu kaufen. Er schaffte es, achtzehn Milchbauern von seiner Idee zu überzeugen und sprach mit der Gemeinde Willingen. Diese kaufte mit Hilfe von Dorferneuerungsmitteln die Molkerei und verpachtete sie dann an die Bauern. Da das Geld der Bauern für die Renovierung und die neuen Maschinen nicht reichte, sammelten sie Geld *„bei Ärzten, Architekten und allen, die Geld hatten und Interesse daran, dass Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden“*. Sie sprachen auch den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) an, der extra für sie einen Fonds auflegte. *„Das war entscheidend“*, sagt Jacobi. Im September 1996 sammelte der erste Tankwagen die nordhessische und Bördeländer Biomilch ein und fuhr sie in die Upländer Bauernmolkerei in Willingen-Usseln.³

2004 begannen die großen Discounter, Milch unter dem Einkaufspreis zu verkaufen. Die Upländer Milcherzeugergemeinschaft rechnete aus, dass es sie 40 Cent kostete, einen Liter Biomilch zu erzeugen. Das waren 5 Cent mehr, als das, was die Supermarktketten zu zahlen bereit waren. Sie operierten mit den Totschlagargumenten „billigere Konkurrenz“ und „Weltmarktpreise“. Josef Jacobi wollte aber den Glauben an den mündigen Verbraucher nicht aufgeben. Es gelang ihm, eine Förderung aus dem Bundesprogramms Ökologischer Landbau für eine Marktanalyse zu bekommen. Ergebnis: 80 Prozent der befragten Kunden von Lebensmittelgeschäften gaben an, sie seien bereit, für eine regionale Biomilch einen Aufschlag von fünf Cent zu bezahlen. Daraufhin klebten

3 Tanja Busse: Die Einkaufsrevolution, S. 117.

die Upländer Bauern auf ihre Milchtüten den Aufkleber „*Erzeuger-fair-Milch 5 Cent direkt*“ und die Naturkostläden informierten ihre Kunden auf Plakaten und mit Broschüren, was „*Erzeuger-fair-Milch*“ bedeutet. Ergebnis: fünf bis zwanzig, sogar dreißig Prozent mehr Absatz!

Die Idee war so erfolgreich, dass sie von anderen Molkereien, auch in den Niederlanden, übernommen wurde.

Bauer Jacobi: „*Solange Milch nur eine weiße Flüssigkeit ist, kauft der Verbraucher die billigste weiße Flüssigkeit. Wenn man ihm aber sagt, warum er mehr zahlen soll und was er dafür bekommt, ist er dazu bereit. Er muss nur den Sinn erkennen*“⁴.

Heute feiert die Upländer Bauernmolkerei ihr 20-jähriges Jubiläum. Sie zahlt den Biobauern einen fairen Preis, beliefert Schulen mit Bio-Schulmilch und hat auch ein *Milch-Museum* eröffnet.⁵

Die Verbreitung von Informationen und die Kartierung der Initiativen im Internet sind wirksame Instrumente, um die Wirkung des kritischen Konsums zu potenzieren und auch andere Initiativen von unten bekannt zu machen. Die Portale der Organisation im Wandel e.V. präsentieren z.B. gute, innovative Praktiken und Initiativen und kartieren sie gleichzeitig. Bisher sind „*Berlin im Wandel*“ und „*Brandenburg in Wandel*“ entstanden.⁶

Der Wandel ist in der Luft

Dort erfährt man unter anderem von einer jungen Frau, Fanny Huth, die in Finkenkrug (bei Falkensee, westlich von Berlin) eine *Finkenfood co-op* organisiert, womit sie Konsumenten ermutigen will, Prosumenten zu werden, d. h., Konsumenten und Produzenten in einem zu sein. Fanny Huth stellte 2016 fest, dass es in Finkenkrug keinen Bioladen gibt, aber viele Leute, die liebevoll und ohne Chemie gutes Obst und Gemüse in ihren Gärten anbauen. Sie wollte, im Sinne dessen, „was global gebraucht wird“, Bedürfnisse und Potentiale zusammenbringen. Deshalb entwarf sie einen Flyer und lud die Einwohner zu einem Treffen ein, mit dem Ziel, einen Laden für vorwiegend regionale, lokale Waren zu eröffnen, aber auch für Lebensmittel und Gegenstände aus solidarischer Wirtschaft aus aller Welt. Sie wollte auch den lokalen Gärtnern, die

4 Tanja Busse: Die Einkaufsrevolution, S. 122.

5 <http://www.bauernmolkerei.de/>

6 <http://berlin.imwandel.net/> und <http://brandenburg.imwandel.net/>

Lebensmittel giffrei erzeugen, die Möglichkeit geben, ihre Produkte einfach zu tauschen. Das Projekt soll also auch ein Versuch sein, teilweise ohne Geld auszukommen. Beim ersten Treffen kamen, so berichtet Fanny Huth, 20 bis 30 Leute und zeitweise kann auch ein Laden für das Projekt benutzt werden.

Fanny: *„Wir wollen etwas verändern und die, die es auch ein bisschen spüren, sollen etwas genauer hinhören und einfach schauen, wo sie mithelfen können [...] oder auch nur bei sich selbst [...] das ist auch gut [...] und Schritt für Schritt vorwärtsgen. Egal ob sie in dem öffentlichen Feld, was sie so bewirtschaften [...] vielleicht etwas ganz anderes machen [...] Dort, wo sie schon können, sollen sie den Wandel unterstützen. Denn wir brauchen die Leute aus allen möglichen Feldern. Das ist wichtig“.*⁷

Italien: Messen für den kritischen Konsum

Dort wo der Staat besonders ineffizient ist und die Politiker mehr mit sich selbst beschäftigt sind als mit dem Wohl der Bevölkerung – wie in Italien – haben viele Bürger inzwischen verstanden, dass sie vom Staat keine Hilfe für ihre alltäglichen Probleme bekommen werden und neigen eher dazu, sich selbst zu organisieren.

Der Ausdruck „*consumo critico*“ (kritischer Konsum) wurde von Francesco Gesualdi, einem Schüler von Don Milani (Scuola di Barbiana) ausgedacht. Mit seiner und zwei anderen Familien lebt er auf einem Bauernhof in Vecchiano in der Toskana und hat die Organisation „*Zentrum neues Entwicklungsmodell*“ gegründet, eine Denkfabrik, die mit Online- und Offline-Veröffentlichungen über kritischen Konsum, Überschuldung und andere brisante Themen aufklärt und Lösungen vorschlägt.

In Mailand wird seit 2004 jedes Jahr Mitte März eine „Messe für den kritischen Konsum und nachhaltige Lebensstile“ ausgerichtet. Die Messe „*Fa' la cosa giusta*“ (*Tue das Richtige*) wird auch in anderen Städten organisiert und ist Treffpunkt für kritische Konsumenten, Produzenten von Bio- und möglichst lokal erzeugten Lebensmitteln, von fair gehandelten und nachhaltigen Produkten, von alternativen Energien und von Open-Source-Software. Dort stellen aber auch Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft aus sowie Sozialgenossenschaften, karitative Organisationen und auch Gebietskörperschaften mit ihren guten Praktiken. Alle Akteure können sich informieren,

⁷ <http://brandenburg.imwandel.net/portraet/bbiw-22-finkenfood-coop-solawi-lebensmittelkooperative-falkensee-finkenkrug-brieselang-dallgow/>

für ihre Aktivitäten werben, voneinander lernen, ins Gespräch kommen und sich vernetzen (► <http://falacosagiusta.org/>).

Die bunten Ausstellungen werden bereichert von einem Rahmenprogramm bestehend aus Vorträgen und Podiumsdiskussionen, in denen Akteure und Besucher miteinander über aktuelle gesellschaftliche Themen diskutieren.

Die Messen sind auch Treffpunkte der solidarischen Einkaufsgruppen (G.A.S.). Diese sind Konsumenten, die in Städten leben und sich in Gruppen von 40 bis 50 Familien zusammentun, um Lebensmittel direkt von Biobauern der Region zu kaufen.

Die Dachorganisation „*Intergas*“ gewinnt auf der Messe neue Anhänger unter Konsumenten und Biobauern der Region und erklärt anhand der vorhandenen Karte der G.A.S. in ganz Italien⁸, wie man eine nahegelegene Initiative findet und wie man eine neue gründet.

Direktvermarktung rettet Orangenbauern

Bei einem Besuch einer dieser Messen vor einigen Jahren entdeckte der sizilianische Bio-Orangenbauer Roberto Li Calzi die Bewegung der Direktvermarktung und begann, seine Orangen direkt an die G.A.S. zu verkaufen, die damals nur in Nord- und Mittelitalien verbreitet waren.

Er konnte sich damit der üblichen Erpressung der mit der Mafia verbundenen Mittler entziehen, die die Landwirte in Sizilien zwingen, die Ernte zu sehr niedrigen Preisen abzugeben. Auch dort wo die Mafia nicht traditionell präsent ist, bieten Einkäufer der großen Supermarket Ketten den Bauern Abnahmepreise an, die die Produktionskosten kaum decken. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich kaum von den „Erben“ der alten feudalistischen Großgrundbesitzer, nämlich den Mafia-Clans. Denn durch Globalisierung und Marktradikalismus können die meisten Erzeuger im Konkurrenzkampf nicht bestehen, verarmen und verlieren ihre Würde.

Sizilianische Orangenbauern geben reihenweise ihre Orangenhaine auf oder bearbeiten sie nur noch im Nebenerwerb, weil sie von den Zitrusfrüchten nicht mehr leben können. Außerdem können sie ihren Erntehelfern – heute oft Flüchtlinge aus Schwarzafrika oder Saisonarbeiter aus Osteuropa – nur beschämend niedrige Löhne bezahlen.

8 <https://www.eventhia.com/it/gas>

Dank der Direktvermarktung an solidarische Einkaufsgruppen (d. h., dank der bewussten Kaufentscheidung vieler kritischen Konsumenten) konnte Li Calzi nun seine Ernte zu einem gerechten Preis verkaufen, der für den Endverbraucher nicht viel mehr kostet als die Orangen im Supermarkt. Die Initiative war so erfolgreich, dass Li Calzi bald weitere Orangenbauern seiner Gegend für diese Art der Vermarktung gewinnen musste, weil sein Angebot allein die Nachfrage nicht decken konnte. So entstand das Konsortium *Le Galline felici*⁹ (*Die glücklichen Hühner*). Die beteiligten Biobauern können seitdem ihr Land in Würde bearbeiten, von ihrer Arbeit leben und auch ihre Erntehelfer anständig entlohnen.

Nachdem Roberto Li Calzi und zwei seiner Kollegen im September 2015 zum Solikon Kongress nach Berlin eingeladen wurden, bildete sich eine Initiative für den Direktimport ihrer Produkte auch nach Berlin.

Ansprechpartner in Sizilien ist Salvatore Grigoli mit seiner Genossenschaft „*L'albero del paradiso*“:

- ▶ <http://www.alberodelparadiso.it/de/>
- ▶ Kontakt: direktimport-italien@riseup.net

Direktvermarktung von Olivenöl aus Griechenland

Ebenfalls nach einer Einladung von Vertretern von griechischen Selbsthilfe-Initiativen zum Solikon Kongress ist eine weitere Initiative für den Direktimport von Olivenöl und anderen Produkten von Kooperativen aus Griechenland entstanden. Ende 2016 wurden 300 Bestellungen gesammelt, 1.900 Liter Olivenöl, Oliven und Olivenpaste wurden nach Berlin geliefert und von den Konsumenten abgeholt. Der Umsatz ging an zwei griechische Genossenschaften: an die Erzeugergemeinschaft Greenland, Teil einer größeren Kooperative in Sterna in der Region Messenien auf der Halbinsel Peloponnes und an die Kooperative Modousa auf Lesbos.

Die fünf Mitglieder von Greenland lebten früher in Athen, wurden im Zuge der Krise arbeitslos und zogen aufs Land, wo sie gutes Olivenöl produzieren, das sie vorwiegend direkt an kleine Läden und Verbrauchergenossenschaften verkaufen.

Die Kooperative Modousa wurde im Jahr 2014 am Golf von Gera im Süden der Insel Lesbos von neun Olivenbauern gegründet. Inzwischen gehören ihr

⁹ <http://www.legallinefelici.it/>

30 Mitglieder an, die nach dem Motto „Förderung der lokalen Entwicklung durch wirtschaftliche Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit“ produzieren. Auch sie versuchen, Zwischenhändler zu umgehen und setzen vor allem auf den Direktverkauf.

Ein Drittel der Einnahmen aus dieser Direktimport-Aktion war für die Unterstützung anderer Initiativen in Griechenland bestimmt. Über die Verwendung konnten die Konsumenten abstimmen und sie stimmten mehrheitlich für die Unterstützung von Pervolarides (Die Gärtner) ab, eine Selbsthilfe-Initiative von und für Arbeitslose und Geflüchtete in Thessaloniki.

Auf der Homepage von „Solioli“ werden die Hintergründe zu dieser Initiative erklärt: *„Seit der Unterzeichnung des aufgezwungenen dritten ‚Memorandums‘ im Sommer 2015 setzt sich dort eine humanitäre Katastrophe fort, vor allem weil die Troika und die deutsche Regierung nicht aufhören, auf weitere Einsparungen und sozialstaatliche Einschnitte zu drängen.*

Hinzu kommt: Die Lage tausender Flüchtlinge in Griechenland wird aufgrund der Grenzsicherungen in Europa und der Drohung, in die Türkei oder ihre Herkunftsländer abgeschoben zu werden, vielerorts immer dramatischer. Orte wie Idomeni und Lesbos stehen zum einen für das Scheitern des offiziellen Europas, anders als repressiv mit der aktuellen Krisensituation umzugehen, aber auch für eine zum Teil großartige Hilfsbereitschaft in der lokalen Bevölkerung.“ (► <http://solioli.de/>)

Die Lage der Flüchtlinge in Italien und SOS Rosarno

Nicht viel besser geht es den Flüchtlingen in Italien. Seit Jahren gelangen Flüchtlinge aus Afrika nach abenteuerlichen Seeüberfahrten nach Italien, werden in Erstaufnahmelager gebracht, wo sie registriert und danach entlassen, d.h. ihrem Schicksal überlassen werden. Oder sie tauchen unter, um der Registrierung zu entgehen. Ob mit gültigen Papieren oder nicht, leben sie von Gelegenheitsjobs oder versuchen, als illegale fliegende Händler Gegenstände auf Plätzen und in U-Bahn-Stationen zu verkaufen. Tausende von ihnen arbeiten als Erntehelfer, z. B. in der Orangensaison (Winter) in Süditalien. Rosarno ist ein Städtchen von ca. 15.000 Einwohnern in Kalabrien. Dort arbeiten afrikanische Flüchtlinge und Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien als saisonale Erntehelfer und leben in improvisierten Behelfsunterkünften, teilweise in den Ruinen ehemaliger Fabriken unter menschenunwürdigen Bedingungen: ohne Wasser, ohne Toiletten, ohne Licht, ohne medizinische Versorgung. Denn der Staat fühlt sich nicht zuständig und die Gemeinden sind überfordert. Sie be-

kommen einen sehr niedrigen Lohn, oft nur 25 Euro pro Tag, von denen sie in der Regel 5 Euro als Provision an den „*Caporale*“ (Vermittler) abgeben müssen. Der „*Caporale*“ ist ein Migrant, der schon etwas länger da ist, der Italienisch spricht, die Erntehelfer täglich rekrutiert, sie früh morgens zu den Feldern transportiert, wo sie gebraucht werden. Oft bekommt der *Caporale* auch den Lohn für die Gruppe und verteilt das Geld nach Abzug seiner Provision, der Transportkosten und des Betrages für eine dürftige Mahlzeit.

Die Beschäftigung von Erntehelfern ohne Vertrag und ohne Sozialversicherung ist illegal. Andererseits bekommen die Orangenbauern selbst extrem niedrige Preise für ihre Zitrusfrüchte: von 5 bis 15 Cent pro Kilo von den Großhändlern – den einzigen Abnehmern – ein Preis, von dem sie selbst kaum leben können.

Rassistische Hetze und der Aufstand der Afrikaner in Rosarno

Die ‘Ndrangheta, die kalabrische Mafia, die die Region beherrscht, schürt rassistische Ressentiments gegen die Migranten mit dem Argument, sie nähmen den Italienern die Arbeit weg. Am 7. Januar 2009 veranstalteten Einwohner von Rosarno, angeführt vom Sohn des örtlichen ‘Ndrangheta-Bosses, ein regelrechtes Pogrom gegen die Afrikaner, wobei ein Migrant mit einem Luftgewehr aus einem vorbeifahrenden Auto heraus angeschossen wurde.

Der Mann wurde ins Krankenhaus der Stadt Gioia Tauro gebracht und dort versorgt. Unter den afrikanischen Migranten verbreitete sich das Gerücht, zwei von ihnen seien getötet worden. Innerhalb von vier Stunden versammelten sich aufgebrachte Afrikaner in Rosarno, die aus Protest parkende Autos und Mülltonnen mit Stöcken und Steinen demolierten.

Polizeikräfte griffen mit Tränengaspatronen ein und verhafteten sieben Personen. Zwei Migranten wurden verletzt. Ein Dialogversuch zwischen einer Delegation von Migranten und einem Sonderausschuss der Stadt Rosarno brachte eine gewisse Beruhigung.

In der Nacht zum 8. Januar 2009 überwachte die Polizei die Unterkünfte der Migranten und konnte am nächsten Tag eine Gruppe von rund hundert Einwohnern von Rosarno von ihrem Vorhaben abbringen, sich an den Afrikanern wegen der Geschehnisse am Vortag zu rächen. Vereinzelt wurden trotzdem weitere Gewalttaten gegen Afrikaner verübt und drei Einwohner von Rosarno wurden wegen Körperverletzung und versuchten Mordes festgenommen, darunter ein dreißigjähriger Mehrfachvorbestrafter, der mit seinem Auto einen Afrikaner angefahren hatte. Schließlich wurden insgesamt ca. 1.100

afrikanische Erntehelfer mit Bussen und Zügen in Aufnahmelager in andere Teile des Landes verbracht.

Nach diesen Geschehnissen, die viel Aufsehen in ganz Italien erregten, bildete sich ein Netzwerk von kleinen Biobauern, die einen Weg aus der Spirale von Ausbeutung der Erzeuger und der Migranten, Illegalität, unmenschliche Lebensbedingungen, Protesten und Gewalt suchten. Sie gründeten die Initiative SOS Rosarno.

Giuseppe Pugliese, der Initiator, erzählt dem Interviewer des Portals „*Italia che cambia*“ („*Italien im Wandel*“):

„Wir haben kleine Erzeuger gesucht, die trotz aller Schwierigkeiten ihrer Arbeit in Würde nachgehen und haben mit ihnen ein Projekt entwickelt. Es basiert auf drei unverzichtbaren Pfeilern: Biolandwirtschaft, gerechte Verteilung der bescheidenen Einnahmen und Würde der Arbeit (d. h. Würde des Erzeugers, der sein Produkt zu einem gerechten Preis verkauft, Würde der Erntehelfer, die bei uns jetzt nach Tarif entlohnt werden, obwohl wir nach Möglichkeit noch mehr zahlen wollen). Außerdem unterstützen wir mit einem Teil des Gewinns andere Genossenschaften und Initiativen, auch solche, die entfernt von uns operieren. SOS Rosarno besteht nicht nur aus Erzeugern von Orangen, sondern auch von Olivenöl. Wir überspringen alle Mittelsmänner und verkaufen direkt an die Konsumenten. Wir arbeiten vorwiegend mit den „G.A.S.“, den solidarischen Einkaufsgruppen, zusammen, aber auch mit Nachbarschaftshäusern, mit anderen Vereinen und auch mit einigen Weltläden. Wir sind sehr klein und arbeiten zwischen unzähligen Schwierigkeiten in einem sehr komplizierten Kontext. Aber wir haben uns selbst und allen anderen gezeigt, dass es funktionieren kann. Wir füllen Paletten mit allen Produkten, die die einzelne Einkaufsgruppe bestellt. Neulich sind wir einen Schritt weitergegangen. Einige Mitglieder der Kampagne SOS Rosarno haben eine Genossenschaft gegründet. Sie heißt „*Mani e terra*“ – d. h. Hände und Land. Die zehn bis elf Gründungsmitglieder sind Italiener und Afrikaner, wir sind alle gleich. Die Genossenschaft ist die operative Einheit, die die Kampagne voranbringt. Der Preis ist transparent, das heißt, alles wird veröffentlicht, sodass die Käufer erfahren, welcher Anteil vom Preis für die Ernte ist, welcher Anteil für die Verarbeitung und wieviel dem Erzeuger übrigbleibt.“

Frage: „Was ist für dich ‚*Italia che cambia*‘?“

Giuseppe: „*Italia che cambia*‘ ist ein Italien, das nach und nach Initiativen kennenlernt und lernt, dass es viele gute Menschen gibt in unserem Land

und das langsam die Notwendigkeit versteht, dass diese guten Menschen sich verbinden. Etwas kann man doch machen. Hauptsache, man glaubt daran und man macht es nicht allein¹⁰.“

Addiopizzo (Schutzgeld adé)

Auch die Allmacht der Mafia können die Konsumenten, wenn sie sich organisieren, zurückdrängen. Die Geschichte von „Addiopizzo“ beweist es.

„Addiopizzo“ ist ein Label, das aus einer Initiative von sieben globalisierungskritischen jungen Leuten 2004 in Palermo entstanden ist. Bei ihrem Versuch, eine alternative Kneipe zu gründen, erfuhren sie, dass sie die Schutzgelderpressung, das „Pizzo“ als festen monatlichen Ausgabeposten mit einkalkulieren mussten. Sie waren damit nicht einverstanden und ließen einen Aufkleber drucken, mit dem sie in einer Nacht jede Ecke der Stadt beklebten. Darauf stand: „Ein ganzes Volk, das Schutzgeld zahlt, hat keine Würde“. Das war eine unerhörte Provokation, die Aufsehen erregte. Nachdem sie sich als Urheber geoutet und eine E-Mail-Adresse als Kontaktmöglichkeit veröffentlicht hatten, bekamen sie die ersten Mails von Opfern der Schutzgelderpressung, die fragten, was sie tun könnten, um sich der Schutzgelderpressung, dem „Pizzo“, zu entziehen. Die Behörden unterstützten die Initiative und so entstand die Organisation, „Libero Futuro“ („Freie Zukunft“).

Sie bietet Laden- und Gaststätteninhabern, die sich weigern, Schutzgeld zu zahlen und die Erpresser anzeigen, die Unterstützung, die sie brauchen, auch in finanzieller und psychologischer Hinsicht. Aber die wirksamste Unterstützung besteht in einer Unterschriftenkampagne, mit der Konsumenten das „*Manifest des kritischen Konsums*“ unterschreiben und damit öffentlich erklären, dass sie die Unternehmer, die sich gegen die Schutzgelderpressung wehren, unterstützen, indem sie bei ihnen einkaufen. Sobald die Initiatoren 4.000 Unterschriften von Konsumenten zusammen hatten, wandten sie sich an die Unternehmer. So entstand die Liste der Unternehmer, die kein Schutzgeld bezahlen. Das Besondere daran: die Liste wird veröffentlicht, auf der Homepage <http://www.addiopizzo.org/> und in einem kleinen Buch, das überall zu kaufen ist. Außerdem werden die Ladengeschäfte, Restaurants, Reisebüros usw., die sich der Initiative anschließen, mit dem „Addiopizzo“-Label im Schaufenster gekennzeichnet. Die Liste erreichte 2010 bereits die Marke von über 500 Unternehmern und 10.000 Konsumenten, die sich der Kampagne angeschlossen hatten. Das öffentliche Bekenntnis ist ein offener Bruch mit dem Gesetz des

10 <https://youtu.be/RM4iLUG3ZKs>

Schweigens und ein Schlag ins Gesicht der organisierten Kriminalität, die mit Einschüchterung und Gewalt operiert.

„Addiopizzo“ hat keinen offiziellen Sprecher und keinen Anführer. Einzelne ergreifen die Initiative und gehen voran. Wie Fabio Massimo, der die Notwendigkeit sah, einen Schutzgeld-freien Supermarkt in Palermo zu eröffnen. Sein Punto Pizzofree in Palermo ist sehr erfolgreich und Fabio bemerkt: „Alles, was man tun muss, ist Konsumenten und Produzenten zusammenzubringen, von denen keiner Schutzgeld bezahlen will. Dann entsteht zwischen ihnen eine Gemeinsamkeit: ethischer Konsum und eine felsenfeste Kundenbindung.“

Für die Konsumenten ist das Einkaufen in „Addiopizzo“-Geschäften eine kleine alltägliche Geste, die keinen besonderen Mut erfordert. Aber zusammen verändern sie das herrschende Klima und zeigen, dass man sich durch kritischen Konsum sogar von der Allmacht der organisierten Kriminalität befreien kann.

„Politischer Konsum“, schreibt Tanja Busse¹¹, „bedeutet die Ausweitung der Politik auf den Markt in einer Zeit der Ausweitung der Märkte und des Rückzugs der Politik.“

Ihr Fazit: *„Politischer Konsum ist eine Glaubenssache: Halten wir Konsumenten uns für machtlos, sind wir es auch. Glauben wir aber, dass unsere Einkäufe politische Entscheidungen sind, ähnlich wie Wahlen oder Volksentscheide, verändern wir die Nachfrage und – schneller als wir glauben – auch das Angebot.“*

Natürlich reicht der kritische Konsum nicht aus, um die Welt zu verändern. Es braucht auch andere Formen der politischen Arbeit. Aber die Erfolge des kritischen Konsums zeigen, dass auch unsere Alltagsentscheidungen zählen, sobald wir nicht allein agieren.

Unabhängige Informationsmedien wie das Greenpeace-Magazin, Foodwatch und andere Internetportale verbreiten Informationen, so dass der kritische Konsum eine Bewegung wird, die an politischer Wirksamkeit gewinnt. Kritischer Konsum ist ein Stück partizipativer Demokratie.

¹¹ Tanja Busse: Die Einkaufsrevoution, S. 242.

Die Bildungsarbeit der ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs) für Solidarische Ökonomie

Markus Blümel

Die ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs) ist eine Akademie für Bildung und Beratung für den gesellschaftlichen Wandel (1). Sozialethisches Denken und Handeln ist dabei leitend – die katholische Sozialethik (bzw. Soziallehre) und die Ökumenische Sozialethik sind wesentliche Bezugspunkte. Als gesamtösterreichische Einrichtung der römisch-katholischen Kirche in Österreich – 1958 errichtet – ist sie in der (politischen) Erwachsenenbildung tätig und erreicht dabei Personen in der Zivilgesellschaft, im Bildungsbereich, in den Kirchen, im Arbeits- und Wirtschaftsleben. Derzeit sind 14 bezahlte Mitarbeiter*innen (die meisten Teilzeit), mehrere freiwillig Engagierte und einige Kooperationspartner*innen für die ksoe tätig.

Erreicht werden jährlich über 5.000 Teilnehmer*innen in über 150 Veranstaltungen: bei Lehrgängen, Vorträgen, Seminaren etc. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Alternatives Wirtschaften (Solidarische Ökonomie, Feministische Ökonomie u.a.), Führung & Partizipation (Führungskräfteentwicklung, neue Arbeitsformen u.a.) und Soziale Gerechtigkeit (Alternativen zum neoliberalen Zeitregime, Energiearmut, Bedingungsloses Grundeinkommen u. a.).

Kurze Vorgeschichte

Bereits der sogenannte „Dreimonatskurs“, der erstmals 1959 durchgeführt wurde, hatte zum Ziel, Menschen für ein qualifiziertes Engagement als Gemeinderat oder als Betriebsrat zu befähigen. Partizipation bzw. Mitbestimmung waren zentrale Anliegen. Dieser Kurs (heute: Lehrgang „Soziale Verantwortung. Gestaltungskompetenz für den gesellschaftlichen Wandel“) war und ist für viele engagierte Menschen in Österreich ein wichtiger Impuls für die Gestaltung von Veränderungen von Lebens- und Produktionsbedingungen. Ein immer wieder zitiertes Beispiel ist die Gründung der Tauernlamm Verwertung reg. Genossenschaft mbH. im Nationalpark Hohe Tauern in Salzburg.

Zur Umsetzung der Soziallehre der Kirche in der Arbeitswelt wurden in den 1970er Jahren Projekte der Demokratisierung und Humanisierung in Betrieben durchgeführt: in damals noch verstaatlichten Betrieben (z. B. Arbeiterbildung in der ÖMV – Österreichische Mineralölverwaltung) oder auch im Genossenschaftsbereich. Die ksoe war in dieser Zeit an der Gründung der *Österreichischen Klein- und BergbäuerInnen-Vereinigung ÖBV-via campesina* beteiligt, die heute eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit Ernährungssouveränität spielt. Nach Jahrzehnten der praktischen Tätigkeit mit Organisationen und Unternehmen, nach Veranstaltungen und Publikationen zu zukunftsfähigem Wirtschaften war der Kongress „*Solidarische Ökonomie*“ 2006 in Berlin ein zentraler Impuls für die Auseinandersetzung mit Solidarischer Ökonomie durch die ksoe.

Der ksoe-Bildungsansatz

1. Demokratie lernen

Die ksoe ist überzeugt: Demokratie braucht Bildung! Demokratie ist die einzige Gesellschaftsform, die immer wieder neu gelernt werden muss. Daher ist die ksoe u.a. in einer sehr heterogenen Vernetzung mit Akteur*innen politischer, emanzipatorischer Erwachsenenbildung (2) engagiert. Dazu zählen Arbeiterkammern, kirchliche Organisationen, der Verband österreichischer Volkshochschulen, feministische Initiativen (wie der Verein Joan Robinson zur Förderung der Wirtschaftsalphabetisierung von Frauen) und das linke Bildungsnetzwerk transform.at.

Unter dem Titel „*Demokratie lernen – wo möglich?*“ wurden Orte beleuchtet, wo Demokratie-Lernen auf den ersten Blick nicht vorzukommen scheint: Schule und Betrieb. Bei einer Konferenz 2016 wurden beispielsweise unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen selbstorganisierter Bildung thematisiert.

2. Alternativen kennen – Differenzierung

Neben der persönlichen und gesellschaftlichen Reflexion kommt bei Bildungsangeboten der ksoe der Expertise von (Vor-)Denker*innen eine zentrale Bedeutung zu. So verschafft der Blick auf alternative Theorien und auf konkrete, gelebte Praktiken demokratischer Partizipation und solidarischer Ökonomie neue Einsichten. Diese ermutigen zum Weiterdenken und zum Beschreiten neuer Wege. Dabei geht es immer um Differenzierung: Die ksoe kann und möchte differenzieren und keine einfachen Antworten geben.

3. Politische Erwachsenenbildung als Entwicklungsraum

Mit ihren Lehrgängen (politischer) Erwachsenenbildung eröffnet die ksoe Entwicklungsräume: persönlich, als Gruppe und in Hinblick auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

4. Orte der Ermächtigung

Bildungsarbeit der ksoe eröffnet Räume, in denen Menschen Wissen und Kompetenzen stärken können, um gegenüber den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen kritik- und handlungsfähig zu sein.

5. Partizipation

Die Teilnehmer*innen werden bei den ksoe-Bildungsangeboten zur Reflexion und zur Weiterentwicklung ihrer Überzeugungen und Gestaltungsmöglichkeiten angeregt. Die jeweilige Lerngruppe ist dabei wichtiger Ort der Erfahrung, des Experimentierens und Einübens.

6. Pädagogik der Befreiung – Feministische Bildungsarbeit

Die ksoe bezieht sich in ihrer Bildungsarbeit auf Traditionen und Weiterentwicklungen der „*Pädagogik der Befreiung*“ und der „*Feministischen Bildungsarbeit*“. Gesucht wird die Kooperation mit gesellschaftlichen Akteur*innen, die das politische Bildungsverständnis der ksoe teilen, um zeitgemäße Bildungsprojekte zu entwickeln und langfristig zu verwirklichen.

Beispiel: Feministisch und geschlechtergerecht

Der Lehrgang „*Geld und Leben. Wirtschaftskompetenz von Frauen*“ hat zum Ziel, Frauen in ihren ökonomischen Kompetenzen zu stärken, systematisch Sichtweisen feministischer Ökonominen und Ethikerinnen einzubeziehen und einen entsprechenden Denk- und Diskussionsraum zu eröffnen wie auch die Veränderungskompetenz von Frauen zu stärken. So wird etwa mit dem *5-Sektoren-Modell* der Wiener Ökonomin Luise Gubitzer gearbeitet, das zu einem erweiterten Wirtschaftsverständnis der Teilnehmer*innen beitragen soll: so werden neben dem not-for-profit-Sektor auch der Haushaltssektor und andere Sektoren – mit ihren unterschiedlichen Rationalitäten – in den Blick genommen. Die Teilnehmer*innen analysieren ökonomische Theorien und

wirtschaftliche Zusammenhänge, sie lernen alternative Ansätze ökonomischen Denkens und wirtschaftlicher Praxis kennen, reflektieren eigene Wertvorstellungen und Handlungsmuster als wirtschaftliche Akteur*innen und führen Praxisprojekte durch.

7. Bildung zur Sozialen Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist nicht gegeben. Sie erfordert aktive Beteiligung und Demokratie. Daher legt die ksoe Wert auf partizipative Strukturen und Prozesse. Menschen werden ermutigt, sich in ihren Lebens- und Arbeitszusammenhängen selbstbestimmt und verantwortungsbewusst zu engagieren. Es geht darum, Gestaltungsräume zu entdecken und auch zu nutzen.

8. Gestaltungskompetenzen

Bildung wird in der ksoe als ganzheitlicher Prozess verstanden. Ziel ist die Entwicklung von Persönlichkeiten, die fähig sind, Verantwortung zu übernehmen und das jeweilige Umfeld mit Lust und Mut zu gestalten. Bildung ist deshalb mehr als Erwerb von Wissen und Fähigkeiten zur beruflichen Verwertbarkeit. Es geht um Gestaltungskompetenzen.

9. „Transformationsrelevante“ Bildung

Das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats globale Umweltveränderungen spricht davon, dass für eine aktive Beteiligung der Gesellschaft im Transformationsprozess eine partizipativ ausgerichtete, „transformationsrelevante“ Bildung unabdingbar sei. Als Akademie für Bildung und Beratung möchte die ksoe mit ihren Angeboten einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten.

10. Bildung zur Sozialethik

Ethik kann – so der Sozialethiker Alois Riedlsperger SJ – als die Frage verstanden werden, ob das, was (in einer Gruppe, Institution, Gesellschaft) vorgegeben oder üblich ist, so sein soll und darum verantwortet werden kann (3):

- ▶ Ethik setzt auf den Menschen als Subjekt, das lernt, sich selbst ein Urteil zu bilden und in Freiheit Verantwortung zu übernehmen
- ▶ Ethik zielt auf Urteilsbildung in der Auseinandersetzung mit Erfahrung

gen: persönliche Erfahrungen des Gelingens und Misslingens, von Möglichkeiten und Grenzen.

- ▶ Im Bewusstsein, dass Wirklichkeit gesellschaftlich konstruiert wird, stellt Ethik konkret die Frage nach Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Gegebenheiten und nach den für Veränderungen erforderlichen Schritten.
- ▶ Ethik lenkt den Blick auf die Entwicklung von Menschen und Organisationen
- ▶ Es geht um das Wecken von Interesse und Prozessen der persönlichen und Organisationsentwicklung – von einem Mängel- zu einem Ressourcen-orientierten Vorgehen.
- ▶ Ethik stellt nicht bloß die Frage nach verantwortlichem Verhalten von Menschen und Gruppen, sondern auch nach den Verhältnissen, d. h. es braucht die Entwicklung entsprechender Strukturen.

Es stellt sich laut Riedlsperger nicht nur die Frage, „*wie zu ethischem Handeln befähigt werden*“ kann, sondern auch die „*Frage nach einer Ethik der Bildung: wie Bildungsprozesse zu gestalten und nach welchen Kriterien Bildungspolitik auszurichten ist*“.

Eine Ethik der Bildung wirft daher zu allererst „*die Frage nach den Zielen gesellschaftlicher Entwicklung auf: Welche Gesellschaft wollen wir?*“ bzw. wie wollen wir wirtschaften?

11. Heterogene Bündnisse

Die ksoe arbeitet in sehr heterogenen Bündnissen und Kooperationen, z.B. bei der Durchführung von Lehrgängen (Universitäten, außeruniversitäre Bildungseinrichtungen, NGOs, Netzwerke etc.)

12. Bildung in Bewegung

Die ksoe versteht sich als Teil sozialer Bewegungen, z.B. der Bewegung der Solidarischen Ökonomie. Bildung für Solidarische Ökonomie der ksoe geschieht daher in einem Bewegungskontext. So hat die ksoe die Kongresse für Solidarische Ökonomie in Wien 2009 und 2013 mitinitiiert und -organisiert. Hier war die ksoe Teil selbstorganisierter Bildungsprozesse. Solche sollen zur Selbstermächtigung beitragen, zur Überwindung der Vereinzelung und zur gemeinsamen Gewinnung von Organisationsfähigkeit. Angeknüpft wird auch an historische Erfahrungen der selbstorganisierten Bildung, etwa in der Arbeiter*innen- oder Frauenbewegung.

Vergleichbar ist auch das Themenfeld „*Entwicklung der Sozialethik*“. Das Ökumenische Sozialwort in Österreich war ein solcher breiter Prozess der Entwicklung einer „*Soziallehre von unten*“, bei dem kirchliche soziale Initiativen und Einrichtungen beteiligt waren, genauso wie Initiativen und NGOs von außerhalb. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Dialog, auch mit Kreisen, die andere inhaltliche Auffassungen vertreten.

13. Erdung in der Praxis

Die ksoe als Organisation entwickelt für sich demokratisch orientierte Strukturen, die sie im Lauf der Zeit auch immer wieder verändert und aktuellen Herausforderungen entsprechend angepasst hat. Auch wird in der Organisation mit neuen Entscheidungsfindungsmodellen experimentiert. Manche Mitarbeiter*innen sind selbst in Projekten der solidarischen Ökonomie engagiert.

14. Methodenvielfalt

Kontinuierliche Begleitung in Lehrgängen

Die kontinuierliche Lehrgangsbegleitung unterstützt den Lern- und Entwicklungsprozess der Teilnehmer*innen (Feedback, Beratung und Begleitung). So werden bei einem dreitägigen Modul des Lehrgangs „*Soziale Verantwortung*“ am dritten und letzten Lehrgangstag keine Inputs mehr gegeben. Dieser Tag dient vielmehr ausschließlich dem Lernprozess.

*Berater*innen*

Referent*innen versteht die ksoe viel mehr als Berater*innen. Auch die Teilnehmer*innen werden als Expertinnen und Experten angesehen, z. B. für Wirtschaftsfragen. Beide Seiten – Teilnehmer*innen und Berater*innen – sind in diesem Prozess Lernende. Fragen und kritische Positionen dienen der Weiterentwicklung der eigenen Inhalte und sind eine willkommene Anregung.

Methodenmix

In Lehrgängen und Seminaren ist die ksoe um einen anregenden Methodenmix bemüht, wobei Beteiligung eine wichtige Rolle spielt. Die jeweiligen Methoden sollen den Lern- und Entwicklungsprozess unterstützen (Exkursionen, Filme, Selbsterarbeitung etc.)

Perspektivenwechsel

Das bewusste Einlassen auf die Logik und Funktionsweise anderer gesellschaftlicher Bereiche erweitert die eigene Perspektive. Durch das In-Kontakt-Treten mit Akteur*innen aus weniger vertrauten gesellschaftlichen Bereichen wächst das Verständnis für das (scheinbar) Fremde und es entstehen Anknüpfungspunkte für bereichsübergreifende Kooperationen für soziale Verantwortung.

Kultur der Gruppe

In der Lehrgangsgruppe findet eine Entwicklung einer Kooperations- und Konfliktkultur statt – eine entsprechende Reflexion findet im Verlauf des gesamten Lehrgangs statt.

Öffentlichkeit

Teilnehmer*innen von verschiedenen ksoe-Lehrgängen treten an die Öffentlichkeit. So finden etwa selbstorganisierte, öffentliche Präsentationen der Teilnehmer*innen statt oder Teilnehmer*innen organisieren eigenständig öffentliche „Diskurscafés“.

Verständnis von Solidarischer Ökonomie

Die ksoe vertritt einen pluralen, offenen Begriff von Solidarischer Ökonomie: Solidarisches Wirtschaften ist vielfältig und wird bewusst nicht eng gefasst. Allerdings legen wir Wert auf begründete Abgrenzungen, etwa gegenüber sozialem Unternehmertum oder der kommerziellen Sharing-Economy.

Beispiele der ksoe-Bildungsarbeit im Bereich „Solidarische Ökonomie“:

- ▶ Mitorganisation der Kongresse Solidarische Ökonomie 2009 und 2013 in Wien,
- ▶ Vorträge und Workshops, z. B. *Gutes Leben für alle – Kongress 2017*,
- ▶ Publikationstätigkeit: *ksoe-Dossiers* (Solidarische Ökonomie 2008, Neue Produktionsweisen 2015),
- ▶ Inhalte bei ksoe-Lehrgängen: Lehrgang „Soziale Verantwortung. Gestaltungskompetenz für den gesellschaftlichen Wandel“,
- ▶ Teilnahme an Podiumsdiskussionen,
- ▶ Studie „Das Ende der Hierarchie in der Arbeitswelt?“ und Dialogkonferenz (2016),

- ▶ Expert*innen-Interviews für Studien, Master- und Bachelorarbeiten,
- ▶ Arbeit mit Betrieben: Förderung von Machtteilung sowie Selbst-/Mitbestimmungsprozesse als Beitrag zur Demokratisierung der Arbeitswelt,
- ▶ Frauenakademie der ksoe: Lehrgang „Geld und Leben. Wirtschaftskompetenz entwickeln“
- ▶ eine Teilnehmerin entwickelte das Projekt „Freda eGen – Genossenschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen im ländlichen Raum“ (3)

Personengruppen, die erreicht werden (Beispiele):

- ▶ Interessierte und Engagierte in sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft, Kirchen (z. B. *attac Sommerakademien*),
- ▶ Finanzverantwortliche in Ordensgemeinschaften,
- ▶ Katholische Arbeitnehmer*innen (Studentage),
- ▶ Studierende der Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsuniversität Wien,
- ▶ Personen in Führungsfunktionen z. B. Vorarbeiter, Schichtarbeiter.

Schasching-Fellowship – Solidarische Landwirtschaft

Die an der ksoe eingerichtete sozioethisch-orientierte Forschungsstelle „*Schasching-Fellowship*“ arbeitet 2016/17 im zweiten Jahr. Dabei liegt der aktuelle Forschungsschwerpunkt auf neuen Produktions- und Lebensweisen, konkret bei Ernährungssouveränität und Solidarischer Landwirtschaft.

Praxisbeispiel: Solidarische Ökonomie-Kongress 2009

Als interessantes Beispiel für die alternative Organisation einer Bildungsveranstaltung zu Solidarischer Ökonomie, an der die ksoe beteiligt war, kann der Vorbereitungsprozess zum Kongress Solidarische Ökonomie 2009 angesehen werden (4):

- ▶ Offenheit der Vorbereitungsgruppe: Die Vorbereitungsgruppe stand stets allen Interessierten offen.
- ▶ Entscheidungen im Konsens: Im Konsens getroffene Entscheidungen konnten wiederum nur im Konsens aufgelöst werden. Dadurch sollte Verlässlichkeit erreicht werden, da sonst jede neue Person den bisher erarbeiteten Charakter des Kongresses wieder in Frage hätte stellen können.
- ▶ Keine inhaltliche Gestaltung: Die Vorbereitungsgruppe verzichtete auf jegliche inhaltliche Gestaltung durch gezielte Einladungen. Sie organisierte ausschließlich den offenen Rahmen für Gruppen und Personen,

Programmpunkte einzubringen, ohne dabei irgendwelche Inhalte zu bevorzugen.

- ▶ Keine Begriffsdefinition: Die Vorbereitungsgruppe bezog keine inhaltlichen Positionen und definierte den Begriff „Solidarische Ökonomie“ nicht. Aus der Notwendigkeit heraus, ein Feld abstecken zu müssen, innerhalb dessen sich Personen angesprochen fühlen, wurde ein eher vage gehaltener Aufruftext verfasst.
- ▶ Offene Einladungspolitik: Es wurde offen dazu eingeladen, inhaltliche Beiträge in den Kongress einzubringen und auch selbst wieder andere einzuladen. Jede*r konnte verschiedenste Formate einbringen, von klassischen Frontalvorträgen bis zu Open Space oder Performances. Es wurde von der Vorbereitungsgruppe ein Zeitplan erstellt, der eineinhalbstündige Einheiten vorsah, wobei allen freistand, für ihre Beiträge mehrere Einheiten zu nutzen.
- ▶ Solidarische Finanzierung: Um zu verhindern, dass Personen aus finanziellen Gründen nicht teilnehmen können, wurden keine fixen Tagungsgebühren erhoben und Solidarbeiträge waren selbst bestimmbar. Verpflegung, Unterbringung in einer Turnhalle und Kinderbetreuung für die drei Tage waren gratis bzw. konnten beim Solidarbeitrag mitbedacht werden. Angeboten wurde auch eine Fahrtkostenrückerstattung, die nicht an konkrete Gegenleistungen, wie die Organisation eines Programmpunktes, gebunden war. Auch hier war die Selbsteinschätzung der Teilnehmer*innen gefragt. Schlussendlich konnten allen, die einen Antrag gestellt hatten, die vollen Fahrtkosten rückerstattet werden – wie überhaupt der Kongress insgesamt kostendeckend abgeschlossen werden konnte.
- ▶ Kongressstruktur – Schaffung eines „*offenen Raumes*“ vs. „*politischer Akteur*“: Mit diesem Kongress wurde ein „*offener Raum*“ geschaffen. Durch das grobe Abstecken eines inhaltlichen Feldes konnten auch Personen mit heterogenen bis unvereinbaren Positionen zusammenkommen, um sich kennen zu lernen, um sich zu vernetzen, zu diskutieren etc. Es gab keinerlei Manifest und politische Kundgebungen – bewusst wurde darauf verzichtet, als „*politischer Akteur*“ in Erscheinung zu treten. (5)

Perspektive

Im Mai 2017 bot die ksoe einen eineinhalbtägigen Workshop „*Solidarisch und geschlechtergerecht wirtschaften*“ an, einen Workshop zu Solidarischer Ökono-

mie und Feministischer Ökonomie. Ausgewählte Praxisfelder und konkrete Beispiele solidarischen Wirtschaftens sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Behandelt wurden folgende Fragen: Welchen Beitrag können diese zu einer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft leisten? Worin zeigen sich Veränderungspotenziale für geschlechtergerechtes Wirtschaften? Was kann aus der feministisch-ethischen und feministisch-ökonomischen Reflexion für die solidar-ökonomische Theoriebildung und Praxis gewonnen werden?

Für das Arbeitsjahr 2017/18 ist ein aus mehreren Modulen bestehender Lehrgang „Solidarische Ökonomie“ in Vorbereitung – eine Art „Basis“-Lehrgang für Personen und Gruppen, die solidar-ökonomische Initiativen bzw. Betriebe starten möchten, aber auch für solidar-ökonomische Betriebe, die in der Pionierphase stecken und weitere Impulse und Handwerkszeug benötigen.

Quellen:

- ▶ (1) ksoe-bericht 2016/17, S. 8.
- ▶ (2) Jahresbericht der ksoe 2016, S. 27, – http://www.ksoe.at/ksoe/images/jb_2016_mit%20logo.pdf
- ▶ (3) Alois Riedlsperger SJ, ksoe-Dossier „Anspruch – Bildung – Widerspruch“ 08/2009, S. 7.
- ▶ (4) Jahresbericht der ksoe 2016, S. 24.
- ▶ (5) vgl. Arno Uhl: Dokumentation „Kongress Solidarische Ökonomie 2013“, S. 105ff; – http://solidarische-oekonomie.at/downloads/Kongress_2013_Dokumentation.pdf
- ▶ siehe auch ksoe-Geschichte,
http://www.ksoe.at/ksoe/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=73&Itemid=215 (3.2.2017)
- ▶ siehe auch ksoe-Leitbild „Politische Erwachsenenbildung“,
http://www.ksoe.at/pb/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=26 (3.2.2017)
- ▶ siehe auch „Gestaltungskompetenz für den gesellschaftlichen Wandel“,
http://www.ksoe.at/pb/images/05_gestaltungskompetenz%20f%FCr%20den%20wandel.pdf (3.2.2017)

Arbeiter übernehmen ihre Unternehmen in genossenschaftlicher Form¹

Das Marcora-Gesetz und CFI – Instrumente einer aktiven Beschäftigungspolitik

Alessandro Viola, CFI

Das Marcora-Gesetz entstand Anfang der 80er Jahre, in einer Krisenzeit für die italienische Wirtschaft. Es gab in einigen Regionen Italiens bereits eine Tradition, wonach Arbeitnehmer in Krisenzeiten versuchten, ihre Arbeitsplätze zu retten. Diese Tradition war ausschlaggebend für diese Erfahrung. Die meisten großen Produktivgenossenschaften, die es in Italien gibt, wenn nicht alle, sind entweder von Arbeitslosen gegründet worden oder von Beschäftigten, die kurz zuvor entlassen worden waren. In den genannten Krisenjahren hatten die Staatsausgaben für Soziales stark zugenommen. Aus der Kombination Wirtschaftskrise, Zunahme der Staatsausgaben und Initiativen der Arbeitnehmer entstand ein Lösungsansatz, der vom damaligen Industrieminister formuliert wurde, der aber Ausdruck der Forderungen der Genossenschaftsbewegung war. Die Idee war: Anstatt möglicherweise für viele Jahre Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, was sowohl für viele Arbeitslose das endgültige Ausscheiden aus der Arbeitswelt zur Folge hätte, als auch die Auflösung und die Vernichtung vieler Unternehmen, die hätten schließen müssen, versuchen wir, den Arbeitnehmern das zu geben, worauf sie zwei oder drei Jahre lang – je nachdem – Anspruch hätten. Wenn sie, zusammen mit ihren Kollegen, einen Teil oder den gesamten insolventen Betrieb übernehmen wollen, oder wenn sie beschließen, eine neue Initiative zu starten, sollten sie die Summe auf einmal erhalten. Wenn sie sich zu einem Unternehmen zusammenschließen, können wir ihnen die gesamte Arbeitslosenunterstützung im Voraus auszahlen. Es ist zwar eine öffentliche Ausgabe, aber eine, die sich sofort in produktive Aktivität verwandelt und bei der Fachkenntnisse und Professionalität nicht verloren gehen.

¹ Bei Unternehmensnachfolge oder nach Insolvenz.

Es wurde beschlossen, das Geld nicht unmittelbar an die Arbeitslosen aus-zuzahlen, sondern an eine ad hoc eingerichtete Finanzgesellschaft, die von bestehenden Produktivgenossenschaften gegründet werden sollte, so dass die Finanzgesellschaft die Erfahrung ihrer Mitglieder – Hunderte von Produktions-genossenschaften – in sich trug.

Die Finanzmittel des Staates sollten also einer spezifischen Genossen-schaft übertragen werden, die Finanzmittel vergibt, die aber gleichzeitig die Erfahrung der anderen Produktionsgenossenschaften vermittelt und die zu gründenden Genossenschaften in der Anfangsphase berät und begleitet. Denn es ist sehr schwer, für eine Gruppe Arbeitnehmer, die nie zuvor einen Betrieb geführt haben, diese Aufgabe zu stemmen.

Also wurde eine Finanzgesellschaft dazwischengeschaltet, die Mitglied der neuen Genossenschaft wurde. So wurde die CFI von 300 Produktiv-genossenschaften gegründet. Sie beteiligt sich am Genossenschaftskapital. Das war eine absolute Neuigkeit auch für das italienische Rechtssystem, weil bis zu dem Zeitpunkt niemand außer den Beschäftigten Mitglied einer Produktiv-genossenschaft sein durfte. Erst zehn Jahre später wurde das allgemeine Gesetz für die Genossenschaften so geändert, dass außer den Mitarbeitern auch juristische Personen Mitglieder der Genossenschaft werden durften. „*Das war zehn Jahre lang eine Ausnahme*“².

Die CFI (*Cooperazione Finanza Impresa*) wurde 1986 auf Initiative der drei größten Genossenschaftsverbände AGCI, *Confcooperative* und *Legacoop* ge-gründet. Sie ist ein staatsnaher Investor mit dem Ziel, Beschäftigung durch die Gründung von Produktivgenossenschaften zu fördern.

Das Marcora-Gesetz wurde seitdem mehrmals novelliert, aber es entfaltet noch die beabsichtigte Wirkung. Die CFI ist die Risikokapital-Beteiligungs-gesellschaft, die die Beschäftigten insolventer Betrieben, die in Form einer Genossenschaft die Produktion oder Dienstleistung in eigener Regie fort-führen wollen, berät, ihren Geschäftsplan prüft und, wenn sie die Operation befürwortet, Finanzmittel investiert, um diese Übernahme – auch als *worker buyout* bekannt – zu ermöglichen.

Die Beschäftigten insolventer Betriebe müssen, wenn sie den Betrieb oder Teile davon nach diesem Gesetz übernehmen wollen, eine Genossen-schaft gründen und eigenes Kapital in diese investieren. Dafür können sie ihre Sozialversicherungsleistungen auf einmal bekommen und als Anteil

2 Prof. Zevi, damals Leiter der CFI, 2009 in Rom.

ins Genossenschaftskapital einzahlen. Da das Arbeitsverhältnis mit der ursprünglichen Firma durch die Insolvenz beendet ist, haben die Beschäftigten außerdem Anspruch auf die gesetzliche Abfindung – einen Monatslohn pro Jahr Betriebszugehörigkeit. Auch diesen Betrag können sie verwenden, um ihre Genossenschaft mit Kapital auszustatten.

Die CFI investiert ihrerseits im Verhältnis 1:1 in die Genossenschaft. Dafür verwendet sie einen Rotationsfonds, der vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung einmalig 2001 der CFI in Form einer Beteiligung zur Verfügung gestellt wurde. Seit 2015 kann die CFI auch Mittel eines zweiten Fonds für Kredite zu günstigen Konditionen verwenden, der mit Ministerialerlass vom 4. Dezember 2014 eingerichtet wurde.

Die Rückzahlung beider Investitionen muss innerhalb von zehn Jahren erfolgen, so dass mit den zurückfließenden Finanzmitteln neue Projekte finanziert werden können.

Seit der Novelle des ursprünglichen Marcora-Gesetzes durch das Gesetz 57/2001 darf die CFI nicht nur neu entstehende Produktivgenossenschaften, sondern auch bereits bestehende Genossenschaften bei Konsolidierungs- und Entwicklungsvorhaben sowie Sozialgenossenschaften beraten, begleiten und finanziell unterstützen.

Durch den vom Ministerium eingerichteten Fonds können sich Beteiligungsgesellschaften wie die CFI:

- ▶ zeitweise mit einer Minderheitsbeteiligung am Risikokapital der Genossenschaft beteiligen und Finanzierungsinstrumente nach Art. 2526 CC³ zeichnen;
- ▶ begünstigte Kredite für Investitionen in Fixkapital gewähren.

Mit dem 2014 vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung eingerichteten Fonds vergibt die CFI begünstigte Kredite für die Gründung und Entwicklung von:

- ▶ Genossenschaften, die von Beschäftigten von Krisenbetrieben gegründet werden;
- ▶ Sozialgenossenschaften;
- ▶ Genossenschaften, die Unternehmen betreiben, die von der organisierten Kriminalität konfisziert wurden;

3 CC = Codice Civile, das italienische Bürgerliche Gesetzbuch.

- für Entwicklung und Konsolidierung von Genossenschaften mit Sitz in Südtalien.

Solche Kredite dürfen maximal in Höhe des Vierfachen der Beteiligung der CFI an der jeweiligen Genossenschaft gewährt werden.

Die CFI beteiligt sich nicht nur an der Genossenschaft und gewährt ihr Kredite, sie berät und begleitet Vorstand und Mitglieder für die Dauer ihrer Beteiligung und sie hilft bereits bei der Ausarbeitung des Geschäftsplans. Sie überwacht die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des neuen Unternehmens von der Anlaufphase an, sie überprüft den Fortschrittstand des Projekts und die betriebliche Leistung, um potentielle Risiken rechtzeitig zu erkennen.

Ein Blick in die Praxis

Beteiligte Akteure der geplanten Übernahme eines Krisenunternehmens durch die Belegschaft sind:

► der Konkursverwalter ► die Eigentümer ► die Gewerkschaft	► die Beschäftigten ► ein Betriebswirt oder ein Beraterunternehmen ► der örtliche Genossenschaftsverband ► die CFI
--	---

Betriebsübernahme-Projekte sind oft erfolgreich, wenn es gelingt, die Interessen mehrerer Akteure zu berücksichtigen. Allerdings kann die Suche nach einer Lösung, die viele Akteure zufriedenstellt, viel Zeit und Engagement erfordern. Die Miteinbeziehung der Gewerkschaft ist fundamental wichtig, um eine akzeptable Lösung für diejenigen Beschäftigten zu finden, die von der neuzugründenden Genossenschaft nicht übernommen werden können.

Auch Teile des früheren Managements oder der Eigentümer können operative Rollen im neuen Unternehmen spielen, ohne dass sie Mitglieder der Genossenschaft werden müssen.

Vorgehensweise

Nach einer ersten Analyse der Lage und der Gründe für die Insolvenz wird die langfristige wirtschaftliche Vitalität der Unternehmensbranche geprüft und

die Anzahl der Beschäftigten geschätzt, die für das erwartete Produktionsvolumen erforderlich und ausreichend ist.

In dieser Phase muss wenigstens eine*r der betroffenen Beschäftigten sich bereit erklären, das Projekt in führender Stellung voran zu bringen.

Anschließend steht die Frage der Bereitschaft der Beschäftigten im Raum, sich finanziell für das Projekt zu engagieren, um die Anfangskapitalisierung zu sichern.

Dann werden die Kosten des Unternehmens auch angesichts der Erwartungen bzw. der Auflagen aus dem Konkursverfahren geschätzt und der anfängliche Finanzbedarf ermittelt.

Wenn die Anfangsanalyse positiv verläuft, arbeiten die Beschäftigten mithilfe eines Betriebswirts ihres Vertrauens und des örtlichen Genossenschaftsverbandes einen Geschäftsplan aus, um die Grundzüge des Projekts zu vertiefen und dessen Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Dabei werden sie von Finanzgenossenschaften – in dieser Phase vor allem von CFI und Coopfond – beraten und unterstützt.

Es gilt, unterschiedliche Kriterien anzuwenden und gegeneinander abzuwägen. Zum Beispiel ist es einerseits wünschenswert, die größtmögliche Anzahl Beschäftigter einzubeziehen, um die Anfangskapitalisierung leichter zusammen zu bekommen und um so viele Arbeitsplätze wie möglich zu retten. Andererseits ist es angebracht, nur die Beschäftigten einzubeziehen, die motiviert und mit dem voraussichtlich erzielbaren Produktionsvolumen kompatibel sind.

Eine weitere Frage ist, ob die kapitalisierten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung als Anteil der Genossenschaftsmitglieder ausreichen, oder ob auch die Abfindung investiert werden muss. Es kann sogar erforderlich werden, den Genossenschaftsanteil durch Lohnabzüge über mehrere Jahre zu erhöhen.

Ein weiterer Konfliktpunkt ist der Wert des Unternehmens bzw. der Anlagen, der vom Konkursverwalter bzw. von dem Eigentümer so hoch wie möglich eingestuft wird, während es für die Beschäftigten wichtig ist, die anfänglichen Ausgaben moderat zu halten, gerade weil das neue Unternehmen versucht, aus einer Krise heraus neu zu starten.

Anschließend wird die neue Genossenschaft mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet, wobei das Risiko auf einem Minimum gehalten werden soll. Denn für die Genossenschaft ist es wichtig, schnell wirtschaftlich Fuß zu

fassen und das Vertrauen der unterschiedlichen Stakeholder zu gewinnen, vor allem der Kreditinstitute und der Lieferanten, die eine wichtige Rolle für das zirkulierende Kapital spielen.

Erst wenn das Ergebnis nach 12 oder 18 Monaten erfolversprechend ist, kann gegebenenfalls eine weitere Finanzierung sinnvoll sein.

Der Kauf der Gebäude und Anlagen des ursprünglichen Unternehmens ist in der Regel drei Jahre nach dem Start vorgesehen. In manchen Fällen muss die Genossenschaft die Anlage vorzeitig erwerben, z.B. wenn das Abkommen nicht akzeptiert wird und das ursprüngliche Unternehmen Konkurs anmeldet. In diesem Fall kann, wenn die erforderlichen finanziellen Mittel der Genossenschaft noch nicht ausreichen, eine weitere Finanzierung erforderlich sein. Die genossenschaftlichen Finanzeinrichtungen teilen sich diese Aufgabe untereinander, sodass das Risiko gleichmäßig verteilt wird.

Rückfluss der Investitionen

Ein Beispiel illustriert die Dimension und die Rückflussdynamik der Investitionen sowohl des Staates als auch der Mitglieder der Genossenschaft.

- ▶ Ein Beschäftigter beteiligt sich an der Übernahme eines insolventen Betriebes nach dem Marcora-Gesetz. Er investiert 15.000 Euro, davon 10.000 Euro als kapitalisierte Leistung aus der Arbeitslosenversicherung und 5.000 Euro als Summe von Abfindung, eigenen Mitteln und längerfristiger Einzahlung durch Lohnabzüge.
- ▶ Die CFI investiert ihrerseits 10/15.000 Euro; COOPFOND weitere 10/15.000 Euro; COOPERFIDI bürgt für Kredite in Höhe von weiteren 10/15.000 Euro.
- ▶ Der durchschnittliche Lohn des mitarbeitenden Mitglieds im ersten Jahr beträgt 30/35.000 Euro.
- ▶ Davon fallen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 12/15.000 Euro an.

Fazit: Der Staat erhält seine Anfangsinvestition nach 12 Monaten zurück.

Das beschäftigte Mitglied erhält seine Investition nach 12 Monaten zurück.

Weitere Auswirkungen durch direkte Steuern und durch den Erhalt der Beschäftigung in der Region bleiben hier unberücksichtigt.

Einige Daten zur Auswirkung der Interventionen der CFI

Die von der Finanzierungsgenossenschaft nach dem Marcora-Gesetz vorgenommenen Interventionen haben sich nicht nur auf die Beschäftigung und das soziale Gefüge ausgewirkt. Sie haben auch dem Staat einen bedeutenden Rückfluss von Finanzmitteln aus dem eingesetztem Kapital in Form von Steuern und Sozialbeiträgen eingebracht, die von den neuen Unternehmen und deren Beschäftigten gezahlt werden, sowie in Form einer Ersparnis von Sozialversicherungsleistungen.

Auswirkung der Investitionen der CFI von 2007–2015		
Die Investitionen haben Rückflüsse an den Staat im Verhältnis 6,8 : 1 – bezogen auf das vom Ministerium eingesetzte Kapital – generiert.		
		in Mio. EUR
► 84 Mio. EUR Rotationsfonds- Ausstattung der CFI	► 576 Mio. EUR vom CFI-Kapital generiert (2007–2015)	► Dividende 4
		► CFI Kapitalvermehrung 15
		► Darlehenszinsen 215
		► von den Genossenschaften zu entrichtende Sozialbeiträge ⁴ 181
		► für die Beschäftigte entrichtete Einkommenssteuer 37
		► von den Genossenschaften entrichtete Steuern 452
		► Ersparnis Sozialversicherungsleistungen ⁵ 124

Quelle: CFI Cooperazione Finanza Impresa Scpa, Rom – www.cfi.it

Auswirkungen des Marcora-Gesetzes auf Beschäftigung und durchschnittliche Investition je Beschäftigter und je Genossenschaft

1. Die als Rotationsfonds für Interventionen nach dem Marcora-Gesetz zur Verfügung gestellten Finanzmittel haben zu Investitionen in Höhe von insgesamt 204 Euro Millionen geführt.

⁴ Daten aus den Bilanzen 2007–2015 der Genossenschaften mit CFI-Beteiligung.

⁵ Geschätzt aufgrund der Anzahl der Beschäftigten im Zeitraum 2007–2015, die das Marcora-Gesetz in Anspruch genommen haben, abzüglich der Beschäftigten, die nach der CFI-Intervention eingestellt wurden.

2. Durchschnittliche Investition je Beschäftigte*ⁿ 13.480 Euro
3. Durchschnittliche Investition in den 5 Jahren 2011–2016 je Genossenschaft 249.743,00 Euro

	CFI	
	Eingesetzte Finanzmittel (Mio. EUR)	Beschäftigte (Anzahl)
► Gesetz 49/1985	85.746.562,00	5.964
► Gesetz 57/2001	118.444.027,00 ⁶	9.184
► Insgesamt	204.190.589,00	15.148

Quelle: CFI – Beschlossene Interventionen zum 31.12.2016

Die meisten Finanzierungen betrafen Projekte zur Unterstützung von Krisenunternehmen und zur Betriebsübernahme durch die Belegschaft, die ein hohes Risiko bargen. Trotzdem wurde die ursprüngliche Investition des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung von 84 Millionen Euro nicht nur bewahrt, sondern vermehrt, denn das Nettovermögen der CFI beträgt zur Zeit 97 Millionen Euro und es wird kontinuierlich für neue Interventionen eingesetzt.

In einem Beschluss des Europäischen Parlaments vom 2. Juli 2013 wurde das italienische Marcora-Gesetz als Interventionsmodell bezeichnet, das in anderen Mitgliedsstaaten übernommen werden soll, um die Übertragung von Unternehmen an die Beschäftigten zu fördern und um deren Schließung abzuwenden, indem die Gründung von neuen Genossenschaften durch den Einsatz der Arbeitslosen-Versicherungsleistungen finanziell unterstützt wird.

Die nach dem Marcora-Gesetz operierenden Finanzgesellschaften⁷ werden außerdem vom italienischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung als eines der Instrumente angegeben, die angewendet werden sollen, um die Ziele des nationalen Programms (PON IC) 2014–2020 für die Förderung der Beschäftigung und Produktion in Krisenregionen zu erreichen.

Als prioritär betrachtet das Ministerium Investitionen mit folgenden Zielen:

- Produktivgenossenschaften unterstützen, die von den Beschäftigten nach Insolvenzen gegründet werden (Hauptmission der CFI);

⁶ Einschließlich der Finanzierungen nach Ministerialbeschluss vom 4.12.2014.

⁷ Nach Auskunft von Alessandro Viola gibt es davon nur die CFI und eine weitere kleinere, unbedeutende – A. d. A.

- Gründung von Genossenschaften durch Beschäftigte von Betrieben, die von der organisierten Kriminalität beschlagnahmt werden;
- Die Unternehmensnachfolge dergestalt zu unterstützen, dass die Mitarbeiter in die Lage versetzt werden, das Unternehmen aufzukaufen, wenn der Inhaber mangels Nachfolger beschließt, den Betrieb aufzugeben. Zu diesem Thema hat die EU die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung solcher Fortführungen zu implementieren. Das ist besonders relevant für Italien, wo es sehr viele KMU gibt;
- Unternehmensneugründungen zu fördern, insbesondere von Beschäftigten, die aus Produktionskreisläufen herausfallen und beschließen, eine neue wirtschaftliche Aktivität zu starten.

Ausblick

Aufgrund dieser nationalen Ziele und der bisherigen Erfahrung hat die CFI am 2. Februar 2017 eine Reihe von Forderungen an das italienische Parlament gestellt, die ihrer Meinung nach geeignet sind, ihre operative Effizienz zu erhöhen.

Zum Beispiel soll die Abfindung steuerfrei gestellt werden, wenn die Beschäftigten in das Kapital der neugegründeten Genossenschaft einzahlen. Ferner möchte die CFI einen runden Tisch mit dem zuständigen Ministerium, mit Genossenschaftsverbänden und mit Gewerkschaftsvertretern einrichten, um die Interventionen zu koordinieren und um alle Synergien nutzen zu können.

Sie möchte auch ihre Arbeit mit der *„Nationalen Agentur für die Verwaltung und die Vergabe der von der organisierten Kriminalität beschlagnahmten Güter“ (ANBSC)* koordinieren, um die Agentur in die Lage zu versetzen, die Kompetenzen und die Ressourcen der CFI zu nutzen, um die Gründung von Produktivgenossenschaften zwecks Übernahme von Betrieben, die von der organisierten Kriminalität beschlagnahmt wurden, zu fördern.

Aus dem Italienischen Giuliana Giorgi

Unterstützungsstrukturen für Solidarisches Wirtschaften in Zeiten des Wandels

Kristina Bayer

Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2010 fordern fast 90 % der deutschen Bevölkerung eine andere Wirtschaftsordnung. Für eine Mehrheit scheint damit der Zusammenhang zwischen der Zerstörung des ökologischen und sozialen Gleichgewichts und dem kapitalgetriebenen Wirtschaften deutlich geworden zu sein (Bender et al., 2012, S. 14). Bislang unklar ist, in welche Richtung sich diese neue Wirtschaftsordnung entwickeln soll. Zurück zum kontrollierten Wachstumsmodell der 1970er Jahre, weiter zum entfesselten Spiel des totalen Marktes oder hin zur Ökosozialen Globalisierung?

So unterschiedlich die Konzepte einer Alternativgesellschaft, so divergierend sind auch die Vorstellungen von einem möglichen Übergang sowie von der Bedeutung der beteiligten Akteure.

Angeichts des großflächigen Versagens von Markt und Staat formuliert Claus Leggewie, Bürgerinnen und Bürger müssten „*nolens volens*“ zur Zivilgesellschaft werden, um die anstehende Transformation in Richtung Zukunftsfähigkeit zu bewältigen (Koch, 2011; Nanz & Leggewie, 2016). Diesbezüglich stimmen Umfragen hoffnungsvoll, nach denen sich 78 % der Bürgerinnen und Bürger mehr aktive Beteiligung an politischen Entscheidungen wünschen (Hierlemann, 2011). Hierbei gewinnen informelle, diskursive Beteiligungsverfahren gegenüber konventionellen Verfahren an Bedeutung.¹

Im Sektor des Solidarischen Wirtschaftens spiegelt sich diese Entwicklung in einem allgemeinen „Gründungsboom“ von Genossenschaften seit dem Jahr 2000 (Stappel, 2016). Besonders deutlich zeichnete dieser sich im Energiesektor ab, so dass die Energiewende in Deutschland mittlerweile übereinstimmend als Bürgerenergiegewende bezeichnet wird (Maron & Maron 2012, Bayer, 2013).

¹ Unter dem Stichwort „Postdemokratie“ spricht Jörke (2011:14) an dieser Stelle von einer „bürgergesellschaftlichen Aneignung“ des Politischen.

Seit ihren Anfängen ist die mit der Industrialisierung verbundene Wirtschaftsordnung mit ihrem Systemwiderspruch konfrontiert. Mit Sägemehl und Urin angereicherte Lebensmittel sind kein modernes Phänomen, sie wurden den Arbeitern bereits während der ersten Phase der Industrialisierung angeboten (Brendel, 2017). Diese versorgten sich daraufhin in selbst gegründeten Konsumgenossenschaften mit hochwertigen Lebensmitteln, bezahlbarem Wohnraum und Bildung. Zu Beginn des Jahrhunderts wurden sie zum Zentrum einer Massenbewegung, die später in der Idee der Gemeinwirtschaft mündete. In Krisenzeiten erfährt diese erhöhte Aufmerksamkeit.

Der sogenannte demokratische Wirtschaftssektor, bestehend aus dem Genossenschaftswesen und verschiedenen Strömungen Solidarischer Ökonomien², verfügt hierbei über vielfältiges Erfahrungswissen, das für die gegenwärtige Aufgabe einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation sehr wertvoll ist. Dieses steht allerdings in wenig systematisierter Form zur Verfügung. Nur mit zeitgemäßen Unterstützungsstrukturen können solidarökonomische Projekte dazu beitragen, im Sinne einer Strategie der „Change Agents“ (WBGU, 2011, S. 254 ff.) zu gesellschaftlichen Leuchttürmen zu werden.

Solidarische Ökonomien im Zeichen des Wandels

Ein zentrales Charakteristikum gegenwärtiger Gesellschaften ist deren steigende Komplexität. Gesellschaftliches Handeln ist immer weniger aus einer Zentralperspektive zu erfassen, sondern eher von Gleichzeitigkeiten und parallelen Denkglogiken geprägt (Nassehi, 2017). Diese Entwicklungen spiegeln sich auch auf der Mikro-Ebene der Gesellschaft wieder: Organisationen finden sich einer steigenden Pluralität und Komplexität gegenüber. Selbstverständlich sind hiervon auch genossenschaftliche Unternehmen betroffen, deren Steuerung aufgrund ihrer Doppelnatur, einerseits einem wirtschaftlichen Zweck und andererseits der Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet zu sein, von jeher komplex ist.³

Da die Mitglieder gleichzeitig Eigentümer und Nutzer des Unternehmens sind, stellt die Mitgliederbindung eine der zentralen Aufgaben der genossenschaftlichen Unternehmensführung dar. Runkel (2003, S. 83ff.) benennt die

² Ein sehr ausführlicher Überblick findet sich bei Voß (2015).

³ „Komplexität bezeichnet in diesem Falle Vielschichtigkeit der Unternehmensstruktur“ (Laurinkari et al., 2014: 709).

Mitgliederpartizipation als Grund für die grundsätzliche Komplexität genossenschaftlicher Unternehmen. Zugleich sei diese nicht ausreichend definiert und führe in Genossenschaften immer wieder zu Problemen (ebda.).

Im Zuge der Entstehung der sogenannten Neuen Genossenschaften (Münkner und Ringle, 2008) befinden sich seit einigen Jahren Multi-Stakeholder-Genossenschaften (Münkner, 2002) auf dem Vormarsch. Mit einer großen Vielfalt von Akteuren und Interessenskonstellationen sind diese zunehmend komplex. Gegenüber anderen Gesellschaftsformen beanspruchen sie die Besonderheit, die beiden Prinzipien Konkurrenz und Kooperation unter einem Dach produktiv zu vereinen. In Form von Dachgenossenschaften oder überregionalen Genossenschaften sind sie zunehmend in der Lage, regionale Ausstrahlungseffekte zu generieren. Demokratisches Wirtschaften besteht also längst nicht mehr nur aus klein- und mittelständischen Betrieben mit relativ übersichtlicher Unternehmensstruktur.

In den neuen Energiegenossenschaften übernehmen Bürger in Kooperation mit Kommunen und Energieversorgern regionale Entwicklungsaufgaben. Die Organisationsformen reichen von Bürgerenergiewerken über Bürgerenergiegenossenschaften mit Beteiligung an kommunalen Stadtwerken (siehe den Beitrag von Hans Martin in diesem Band) bis hin zu Bürgerbeteiligungsverfahren in kommunalen Klimaschutzkonzepten. Im Zuge dieser Entwicklung ergeben sich etwa für die neuen Energiegenossenschaften zusätzlich erhöhte Anforderungen an ihr Komplexitätsmanagement. Gründung und Führung einer Energiegenossenschaft erfordern ein immer höheres Maß an Fach- und Managementwissen. Positionierung auf dem Markt, Finanzierung von Projekten, Führung und Management gestalten sich häufig sehr anspruchsvoll – vielfältigste Kooperations- und Kommunikationsformen müssen beherrscht werden. Für die Beteiligten ist es zunehmend anspruchsvoll so zu agieren, dass produktive Komplexität (Sydow & Windeler, 2001) entsteht, die etwas Neues, Gemeinsames – Kollektives – hervorbringt. Eine passgenaue Unterstützung in Form spezifischer Beratungsangebote ist nur punktuell vorhanden.

Demokratische Wirtschaftsunternehmen wie die Genossenschaft stellen – zumindest in der europäischen Diskussion – weder einen klar definierten Wirtschaftssektor dar (Maron & Maron, 2012, S. 50 ff.), noch genießen sie eine öffentliche Reputation oder verfügen über allgemein zugängliche öffentliche Beratungsstellen. Praktisch bedeutet dies, dass Gründungswillige sich auch Beratung und Unterstützung individuell und meist mühselig zusammensuchen müssen.

Vereinzelt sind im Zuge der jüngeren Gründungswelle von Genossenschaften Beratungsansätze entstanden, die über den bisherigen Nischencharakter der Angebote hinausgehen. Im Bereich der Alternativen Ökonomie und der Neuen Genossenschaften existieren mittlerweile vielfältige Beratungsstrukturen. Diese sind allerdings untereinander wenig vernetzt (Bayer & Embshoff, 2015, S. 131 ff.).

Im Zuge des rasanten Gründungsbooms im Bereich der Energiegenossenschaften ab dem Jahr 2007 wird beispielsweise mit der Weiterbildung *Projektentwickler Energiegenossenschaften* seit einigen Jahren ein professionelles, überwiegend ehrenamtliches Beraternetzwerk aufgebaut (von Blittersdorff, 2017).

Traditionell begleiten die Genossenschaftsverbände Genossenschaften i. Gr. professionell und engmaschig, insbesondere in Bezug auf rechtliche und technische Aspekte des Gründungsvorhabens. Die Beratung ist kostenfrei bzw. in den Mitgliedsbeiträgen enthalten. In erweiterter Form bietet die Beratergenossenschaft Innova eG seit Beginn der 1990iger Jahre zusätzliche Unterstützung im Gruppenfindungsprozess an, orientiert an einem in der Beratungspraxis üblichen *Vier-Phasen-Modell* (Innova eG, o. J.).

Hiermit rückt der Beziehungsaspekt deutlicher in den Vordergrund. Aus dem Sektor der Alternativen Ökonomie stehen ebenfalls einzelne Tools zur Verfügung, die aber kaum verschriftlicht sind (Bayer & Embshoff, 2015, S. 11 ff.). Allgemein gilt, dass Beratungstools und Beratungswissen schwer zugänglich sind, da sie letztlich Unternehmens-Know-how darstellen, das nur in den seltensten Fällen zur Verfügung gestellt wird.

Unterstützungsstrukturen – vereinzelt und wenig vernetzt

Für das Verständnis von Unterstützungsstrukturen im Bereich der Solidarischen Ökonomie erweist sich der brasilianische Ansatz als hilfreich. In den sogenannten „*Incubadoras*“ (Hauer, 2010) ist in jahrelanger Aufbauarbeit ein standardisierter Prozess entwickelt worden, der die Beratung in die drei Phasen *Präinkubation*, *Inkubation* und *Postinkubation* aufteilt.

Interdisziplinäre Gruppen von Studierenden begleiten aus den Universitäten heraus Gründungsinitiativen. In der Phase der Präinkubation werden Konzepte Solidarischer Ökonomie vorgestellt, die Inkubation begleitet konkret Gründungswillige solange professionell, bis sie nach einer Phase der „Abnabelung“ selbständig am Markt bestehen können. Auch in der weiteren Unternehmensentwicklung (Postinkubation) stehen die *Incubadoras* als Ansprechpartner zur Verfügung (Kruppa, 2005.).

Der strategische Ansatz der Incubadoras hat den regionalen Untersuchungen zur Solidarischen Ökonomie in Nordhessen als Vorbild gedient (Müller-Planenberg & Stenzel, 2008). Im Feld der *Präinkubation* wurde in Nordhessen der Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie (VFSOE e.V.) gegründet und weitere unterstützende Organisationen gewonnen. Überregional standen die Genossenschaftsverbände, der ZdK e.V. sowie weitere Organisationen der Solidarischen Ökonomie unterstützend zur Verfügung.⁴

Auf einer wissenschaftlichen Ebene werden für die Inkubation *Wissenselemente* aus verschiedenen Disziplinen benötigt und verwendet. Der VFSOE e.V. greift in der Phase der Prä-Inkubation sehr stark auf die lateinamerikanischen und internationalen Diskussionen der Solidarischen Ökonomien zurück. Er kommuniziert Best-Practice-Beispiele, veranstaltet Informations- und Diskussionsveranstaltungen und koordiniert Anfragen regionaler Initiativen.

Die brasilianische Debatte ist bezüglich ihrer empirischen Datenlage durch die Institution des Staatssekretariats für Solidarische Ökonomie entscheidend vorangeschritten (Exner, 2011). Kartierungen werden ständig aktualisiert und verfeinert, ein interdisziplinärer Beratungsdiskurs etabliert, Erfahrungswissen generiert und theoretisch aufgearbeitet. In Deutschland bzw. Europa liegen solche Zugänge bislang nur stark vereinzelt vor. Zu unterschiedlich sind die theoretischen und institutionellen Hintergründe der Akteure in diesem Feld.

Der nordhessischen Kartierung sind einige weitere Regionen gefolgt (z.B. Wien), aber der Weg ist sehr langwierig und mühsam. Sowohl innerhalb des Genossenschaftssektors als auch der vielfältigen Strömungen Solidarischer Ökonomien herrscht in Bezug auf die Vielzahl der Institutionen große Unübersichtlichkeit. Eine wissenschaftliche Debatte findet in mehr oder weniger geschlossenen Zirkeln statt.

Im Bereich der Inkubation verfügt aktuell beispielsweise der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK e.V.) über eine relative Neutralität, um kostenfreie individuelle Beratungen auch in der Vorgründungsphase anbieten zu können. Die Gründungsunterlagen der Verbände umfassen die Bereiche der Entwicklung der Geschäftsidee bis hin zur Satzungsentwicklung, setzen aber voraus, dass die Gruppe diese Arbeitsschritte allein zu bewältigen vermag. Fallstudien zu Inkubationsprozessen in der Region Nordhessen (Bayer, 2016) zeigen, dass viele für Gründung und Unternehmensentwicklung essentielle Fragestellungen von diesen Angeboten nicht abgedeckt werden. Insbesondere fehlen Beratungseinrichtungen, die neutral sind und „das Ganze“ eines

4 Ein Überblick findet sich bei Bayer & Embshof, 2015, S. 131 ff.

komplexen gemeinschaftlichen Gründungsvorhabens im Blick haben. Auch fehlen für häufig nach erfolgreicher Gründung auftretende Schwierigkeiten bei der Unternehmensentwicklung geeignete Ansprechpartner. Hier existiert weder ein Angebot noch wäre dies von solidarökonomischen Unternehmen überhaupt finanzierbar.

Die Genossenschaftswissenschaft thematisiert diese Schwierigkeiten bereits seit längerem unter dem Stichwort der „Doppelnatur“. Teilweise wird das Problem der Mitgliederbindung gegenüber den betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten als schwerwiegender eingestuft (Kramer, 2004). Auch wird vielfach darauf hingewiesen, dass die Genossenschaften einerseits durch das Prinzip der Selbstverantwortung in der Lage sind, Eigenkapital zu generieren, damit bei der Projektfinanzierung aber andererseits schnell an ihre Grenzen kommen.

In ähnlicher Weise sind im Sektor der Alternativen Ökonomie unter dem Stichwort „chronischer Kapitalmangel“ die Schwierigkeiten von Unternehmensentwicklungen ausführlich analysiert worden. Umso erstaunlicher ist es, dass aus diesen Erkenntnissen relativ wenige handlungsorientierte und -relevante Schlussfolgerungen gezogen werden. Es kann also behauptet werden, dass die derzeit verfügbaren Beratungsansätze der zunehmenden Komplexität der Unternehmen und Initiativen im Sektor der Solidarischen Ökonomien nicht gerecht werden. Wichtiges Entwicklungspotenzial sowohl für die einzelnen Unternehmen als auch für den gesamten Sektor liegt somit brach.

Unterstützungsstrukturen fördern – Beratungsangebote entwickeln

Die Untersuchung von Beratungsprozessen im Energiebereich konnte deutlich machen, dass für die beteiligten Akteure der Weg von einem ökologischen Bewusstsein und dem Willen, dieses im Rahmen der eigenen Möglichkeiten in konkretes Handeln zu überführen, relativ weit ist (Bayer, 2016). Ebenso konnte gezeigt werden, dass für die Erfolgssicherung dieser Prozesse Beratung eine wesentliche Rolle spielt. Angesichts komplexer Projektanforderungen erwies sich eine strukturierende, fachlich unterstützende und moderierende Begleitung als zielführend. Umfragen zeigten, dass Ratsuchende überwiegend punktuell zu technischen und finanziellen Aspekten ihres Projektvorhabens Beratung einholen (ebda.). Die Analyse der Beratungsprozesse macht hingegen deutlich, dass dies nur bedingt zielführend ist, da in solidarökonomischen Projekten immer die Gruppe am Ende eigenverantwortlich entscheiden muss. Um dies angemessen vorzubereiten, muss Beratung auch den Gruppenprozess mitgestalten. Reines Fachwissen zu einzelnen Aspekten des Projekts muss dazu

in den Gruppenprozess rückgeführt und rückgebunden werden. Nur so kann es in konkrete Entscheidungen und Handlungen überführt werden.

Für die Beraterseite bedeutet dies, dass vielfältige Kompetenzen in Bezug auf die Integration fachspezifischen und prozessorientierten Wissens in die Gesamtsteuerung erforderlich sind. Gleichzeitig ist für eine ganzheitliche Prozessberatung wesentlich, dass sie eine *unabhängige* Position vertritt.

Berater sollen nicht konkrete Lösungen favorisieren, sondern die Gruppe maximal in ihrer Entscheidungsfindung unterstützen. Voraussetzung hierfür ist eine offene, vertrauensvolle und sich selbst zurücknehmende Haltung gegenüber den am Prozess beteiligten Akteuren. In Bezug auf die Unabhängigkeit dieser Beratung ist deren Anbindung an unabhängige Institutionen wie Universitäten, Wirtschaftsförderungsgesellschaften o. ä. förderlich.

Zudem konnte gezeigt werden, dass Beratung die kollektive Produktivität besonders dann fördern kann, wenn die Prozesse *reflexiv* und *prozessorientiert* ausgerichtet sind. Unterstützend können hier *Fachnetzwerke* von Beratern wirken, die aus ihrer jeweiligen Disziplin heraus einen ganzheitlichen Beratungsansatz verfolgen, damit „das Ganze“ im Blick haben und untereinander in permanentem Austausch sind. Idealerweise unterliegen sie nur geringen wirtschaftlichen Zwängen.

Für die Generierung neuen Beratungswissens, angesichts zunehmender Komplexität auch in den Solidarischen Ökonomien eine stetige Anforderung, ist hierbei der reflexive Blick entscheidend. Hier kann *anwendungsorientierte Forschung* einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese wiederum kann im Kontext einer Transformationsstrategie die Erfahrungen von Change Agents in die Gesellschaft hinein kommunizieren und multiplizieren.

Professionelle Unterstützungsstrukturen für Solidarisches Wirtschaften

In Bezug auf eine Professionalisierung der Beratung für Solidarisches Wirtschaften sind also folgende Herausforderungen zu nennen:

- ▶ Institutionalisierung unabhängiger Beratungsangebote,
- ▶ Systematisierung von Wissen durch anwendungsorientierte Forschung,
- ▶ Ausbau von Interdisziplinarität,
- ▶ Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten von Beratung,
- ▶ Initiierung eines Beratungsdiskurses,
- ▶ Entwicklung von Leitbildern.

Besonders wichtig für Unterstützung und Begleitung jeglicher Art ist der Aufbau einer Kultur des Vertrauens. Dass achtzig Prozent aller Probleme Kommunikationsprobleme sind, ist nicht nur bei Watzlawick (1983) zu lesen, sondern auch eine häufige Erfahrung in der Durchführung komplexer Projekte, die gerade auch im demokratischen Wirtschaftssektor zutrifft.

In vielen konventionellen Unternehmen führen zunehmende Komplexität und Überforderung des Managements dazu, dass Führungskräfte nach dem Motto agieren „ich habe keine Zeit für Kommunikation“. Im solidarischen Unternehmen sind die Managementanforderungen eher noch höher. Zu chronischem Zeitmangel und Überforderung kommt i. d. R. ein hoher moralischer Anspruch.

Sehr häufig führt dies dazu, dass Kommunikation nicht stattfindet und Beratung nicht eingeholt wird. Der Aufbau einer Kultur des Vertrauens benötigt aber ganz wesentlich Transparenz und Kommunikation. Eine zentrale Beobachtung im nordhessischen Inkubationsprozess besteht darin, dass die Akteure ihre Interessen sehr häufig gar nicht oder erst sehr spät offenlegen. In einer Kultur des Misstrauens ist gemeinsames Handeln aber blockiert.

Ausblick

Genossenschaften und Solidarische Wirtschaftsunternehmen verfügen über das Potenzial, das sich aktuell verstärkt zeigende Bedürfnis nach Demokratie und Teilhabe zu erfüllen. Gerade im Blick auf die dringend notwendige globale Kooperation innerhalb des Transformationsprozesses verfügt der demokratische Wirtschaftssektor über einen Wissensvorsprung, den zu kommunizieren an der Zeit ist. Gelebte ökonomische Teilhabe kann zum Ort der Einübung demokratischer Partizipation werden und über einzelne Initiativen hinaus den Weg in eine eingebettete Ökonomie ebnen, in der das Politische gegenüber dem Ökonomischen Priorität besitzt.

Literatur

- Bayer, Kristina (2016): Beratung als Basis erfolgreicher Partizipation. Partizipative Energiesysteme in Nordhessen. Eine Fallstudie. Kassel: kassel university press.
- Bayer, Kristina (2013): Energiegenossenschaften als Träger der Energiewende? Eine Unternehmensform im Fokus gesellschaftlicher Verände-

rungsprozesse. In: Gawora, Dieter und Kristina Bayer (Hrsg.): Energie und Demokratie: 141–155. Kassel: kassel university press.

- ▶ Bayer, Kristina und Dagmar Embshoff (Hrsg.) (2015): Der Anfang ist gemacht! Kultur der Kooperation. Neu-Ulm: AG SPAK.

- ▶ Bender, Harald, Norbert Bernholt und Bernd Winkelmann (2012): Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation. München, oekom.

- ▶ Brendel, Marvin (2017): Die redlichen Pioniere von Rochdale. – <http://genossenschaftsgeschichte.info/redliche-pioniere-von-rochdale-113> (24.10.2017).

- ▶ Blittersdorff, Dietmar Freiherr von (2017): Energiewende demokratisch: Wolfhagen; – www.energiegenossenschaften-gruenden.de/wolfhagen.html (24.10.2017).

- ▶ Exner, Andreas (2011): Solidarische Ökonomien statt Gemeinwohl-Ökonomie. In: Streifzüge; – www.streifzuege.org/2011/solidarische-oekonomie-statt-gemeinwohl-oekonomie (24.10.2017).

- ▶ Gawora, Dieter und Kristina Bayer (Hrsg.) (2013): Energie und Demokratie, Kassel, Kassel University Press (Entwicklungsperspektiven, 103).

- ▶ Hauer, Michaela (2010): Incubadoras & Solidarökonomie in Brasilien Teil I. – www.pfz.at/article923.htm (24.10.2017).

- ▶ Hierlemann, Dominik (Hrsg.) (2012): Politik beleben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle. Bertelsmann-Stiftung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung

- ▶ Innova eG (o.J.): Gründungsbetreuung für Selbsthilfegenossenschaften: das Phasenmodell der innova eG; – www.innova-eg.de (24.10.2017).

- ▶ Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (2011), H. 1/2, S. 13–18.

- ▶ Koch, Hannes (2011): „Energiewende braucht das Plazet der Bürger. Interview mit Claus Leggewie“; In: Badische Zeitung, 20.05.2011.

- ▶ Kramer, Jost (2004): Der Erfolg einer Genossenschaft. Anmerkungen zu Definition, Operationalisierung, Messfaktoren und Problemen. Hochschule Wismar, Fachbereich Wirtschaft.

- ▶ Kruppa, Sonia (2005): Volkskooperativen - eine neue Perspektive für die Universität. In: Müller-Plantenberg et al. (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland. Wege zur konkreten Utopie: S. 135–159. Kassel, kassel university press.

- ▶ Laurinkari, Johannes, Robert Schediwy und Tode Todev (Hrsg.) (2014): Genossenschaftswissenschaft zwischen Theorie und Geschichte. Festschrift für Prof. Johann Brazda zum 60. Geburtstag, Bremen.

- ▶ Maron, Bernhard; Maron, Helene (2012): Genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen für eine sozialräumlich orientierte Energiewirtschaft. Machbarkeitsstudie. – Unter Mitarbeit von Karsten Strätz und Natalia Dmitriew, Köln, Klaus Novy Institut e.V. (KNi).
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita und Alexandra Stenzel (2008): Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen. Strategie für eine nachhaltige Zukunft. Kassel, kassel university press.
- ▶ Münkner, Hans-H. (2002): Organisierte Selbsthilfe gegen soziale Ausgrenzung. „Multi-Stakeholder Genossenschaften“ in der internationalen Praxis, Berlin, Institut für Genossenschaftswesen.
- ▶ Nanz, Patrizia und Claus Leggewie (2016): Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin, Wagenbach.
- ▶ Nassehi, Armin (2017): Die letzte Stunde der Wahrheit. Kritik der komplexitätsvergessenen Vernunft, Hamburg, Murmann.
- ▶ Runkel, Gunter (2003): Genossenschaft, Repräsentation und Partizipation, Münster, LIT.
- ▶ Stappel, Michael (2016): Neugründungen von Genossenschaften in Deutschland nach der Reform des Genossenschaftsgesetzes. Geht der Boom der „2000er-Genossenschaften“ zu Ende? – In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen: ZfgG: Organ für Forschung und Praxis genossenschaftlicher Kooperation 66 (2), S. 61–78.
- ▶ Sydow, Jörg und Arnold Windeler (2001): Strategisches Management von Unternehmensnetzwerken – Komplexität und Reflexivität. In: Ortmann, Günther und Jörg Sydow (Hrsg.): Strategie und Strukturation. Strategisches Management von Unternehmen, Netzwerken und Konzernen, S. 129–143, Wiesbaden, Gabler.
- ▶ Universität Leipzig Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. (2013): Optionen moderner Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten, Leipzig.
- ▶ Voß, Elisabeth (2015): Anders wirtschaften hat viele Gesichter; In: Oya 34/2015; – http://www.oya-online.de/article/read/2035.html?omit_overlay=574f0b260b807 (24.10.2017).
- ▶ Watzlawick, Paul (1983): Anleitung zum Unglücklichsein, München, Piper.
- ▶ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten, Berlin.

**REGIONALE INITIATIVEN UND UNTERNEHMEN
SOZIALER UND SOLIDARISCHER ÖKONOMIE –
WERKSTATTBERICHTE**

Karibu Welt- und Regioladen Kassel

Gabriele Dumeier

Wer wir sind

Die Genossenschaft „*Karibu Welt- und Regionalladen Kassel eG*“ betreibt seit März 2013 ein Fachgeschäft für fair gehandelte und regionale Waren in der Kasseler Innenstadt. Wir sind als Genossenschaft organisiert, weil wir eine möglichst demokratische Grundlage für unseren Wirtschaftsbetrieb bevorzugen. Der Vorstand besteht aus zwei gleichberechtigt agierenden Personen, unterstützt und kontrolliert durch einen dreiköpfigen Aufsichtsrat. Zum aktiven ehrenamtlichen Team gehören inzwischen 30–35 Personen. Der Laden wird von einer Geschäftsführerin mit halber Stelle geleitet. Weiterhin arbeiten hauptamtlich: ein junger Mann mit eingeschränkter Mobilität ebenfalls in halber Stelle sowie eine Studentin (450-Euro-Job).

Neben dem Verkauf von fair gehandelten Produkten besteht die Aufgabe eines Weltladens in der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit. Dieser Bereich wird durch unseren Verein Karibu Kassel e.V. abgedeckt. Zahlreiche Veranstaltungen, Bildungseinheiten an Schulen, Infostände, Ladenführungen etc. bringen die Anliegen des fairen Handels immer wieder ins Gespräch und ins öffentliche Bewusstsein.

Dank der Genossenschaftsgründung im Oktober 2009 erhielten wir die nötigen Mittel für die Anmietung und Ausstattung eines Ladengeschäftes. In Kassel existierte seit den 80er Jahren ein Weltladen, der aber inzwischen seinen Betrieb eingestellt hat. Karibu hat mit einem Verkaufsstand beim örtlichen CVJM (Christlicher Verein Junger Menschen) angefangen, der in der Innenstadt seine Vereinsräume hat. Dort haben wir einmal pro Woche an zwei Tischen Waren verkauft. Im darauf folgenden Jahr konnten wir in der Kasseler Markthalle einen Innenstand von 15 m² mieten, der die Verkaufszeiten auf drei Tage pro Woche ausweitete. Hier entstand die Idee, auch regionale Produkte ins Sortiment aufzunehmen. Auch hier hatten wir schon eine 450-Euro-Job geschaffen, damit wir die Verkaufszeiten zuverlässig abdecken konnten. Der Kundenzuspruch war ermutigend, viele wünschten sich ein größeres Sorti-

ment, sodass wir im März 2013 den Sprung wagten und in ein Ladenlokal mit 100 m² Verkaufsfläche wechselten, das noch näher am Stadtzentrum liegt.

Das besondere Konzept

Unser besonderes Konzept „*fair und regio*“ ist aufgrund der Überlegung entstanden, dass Fairness keine Grenzen kennt – sie kann nicht in einem Teil der Welt gelten und anderswo fehlen. Deshalb fördert Karibu faire Bedingungen in Produktion und Handel überall – auch direkt vor unserer Haustür. Das spiegelt sich in unserem Angebot an regionalen Waren, die aus Kleinbetrieben in der Region stammen.

FAIR

Die Prinzipien des internationalen fairen Handels kurz und knapp: Ziel des fairen Handels ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen in Entwicklungsländern, von deren Arbeit wir in vielfältiger Weise profitieren (Kaffee- und Kakaoproduzent*innen, Baumwollpflücker*innen, Näher*innen, etc.), durch den fairen Handel positiv zu verändern. Wir beziehen unsere Waren nur von Importeuren, die die Standards des fairen Handels einhalten. Dazu gehören die Zahlung angemessener Löhne, die Wahrung von Arbeitnehmerrechten, langfristige und transparente Handelsbeziehungen, Vorfinanzierungen und Beratung bei der Produktentwicklung sowie Förderung demokratischer Strukturen. Die meist in Genossenschaften zusammengeschlossenen Produzent*innen erhalten für ihre Waren einen Preis, der über dem des Weltmarktes liegt und der zusätzlich eine Fair-Trade-Prämie enthält. Sie können so z.B. für die Schulbildung ihrer Kinder sorgen, Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen und ihre Produktionsbedingungen verbessern.

Karibu ist Mitglied des Weltladen-Dachverbandes und unterliegt somit den dort geltenden Bestimmungen. Seit 2015 ist Karibu außerdem durch die erfolgreiche Durchführung des Monitorings mit dem Emblem der WFTO (World Fair Trade Organisation) als faires Unternehmen zertifiziert.

Weitere Informationen unter:

- www.weltladen.de, www.wfto.com und www.forum-fairer-handel.de

REGIO

Der Handel innerhalb einer Region ist in den letzten Jahren auf ein wachsendes Kundeninteresse gestoßen. Dieses bezieht sich jedoch vorwiegend auf

Lebensmittel. Viele Kunden lehnen lange Transportwege ab, besinnen sich auf heimisch angebaute Waren und zeigen Interesse an der Rückverfolgbarkeit ihrer Einkäufe.

Vorteile von Regio:

- ▶ Stützung ortsnaher Produzent*innen,
- ▶ Bessere Identifikation der Kunden mit dem Produkt und den Produzent*innen,
- ▶ Qualität ist besser nachprüfbar,
- ▶ ökologischer Fußabdruck ist kleiner.

Risiken von Regio:

- ▶ kein klar definierter Begriff – Gefahr von Täuschung,
- ▶ Ausgrenzung internationaler Produzenten,
- ▶ Vereinnahmung durch Großanbieter/Supermärkte.

Diese Kombination fair und regio war auch im Weltladen-Dachverband Neuland und wir haben inzwischen einige Nachahmer.

Das Zusammenspiel von fair und regio

Karibu hat für die regionalen Produkte im Laden klare Kriterien entwickelt, die den Kund*innen größtmögliche Transparenz bieten. Diese Kriterien hängen im Laden deutlich sichtbar aus. Zwei Produkte vereinen unsere Grundsätze von regio und fair in besonderem Maße:

1. Der „Himmelsstürmer“

Mit der Entwicklung eines fair gehandelten Stadtkaffees exklusiv für Kassel, dem „Himmelsstürmer“, haben wir schon bei der Einführung, im März 2012 weitreichende Publicity über die Grenzen Kassels hinaus erreichen können. Die Idee entstand in Kooperation mit der Firma Röstrausch, einem Kaffeeröster aus Gudensberg (ca. 20 km entfernt von Kassel). Röstrausch verarbeitet ausschließlich fair gehandelte und biologisch angebaute Kaffeebohnen. Das documenta-Kunstwerk „Himmelsstürmer“, das bei den Kasseler Bürgern hohe Beliebtheit genießt, war der Namensgeber für den Kaffee.

Faire Städtekaffees gab es zu dieser Zeit schon einige in Deutschland, aber in der Regel sind es Kaffeesorten, die von fairen Großhändlern (GEPA, El Puente) bezogen und mit eigenen Etiketten versehen werden. Unser „Himmelsstürmer“ dagegen ist eine eigens vom Röster neu entwickelte Sorte, bei der die Röstung und Verpackung in der Region erfolgen (es gibt auch einen Espresso und die

Wahl zwischen ganzer Bohne und gemahlen). Diese Gemeinschaftsproduktion hat für den Röster und für Karibu in der Startphase der Unternehmen einen positiven Schub bewirkt. Es ist zu einem Kasseler Identifikationsprodukt mit hohem „Verschenkpotential“ geworden. Auch die Stadt Kassel ordert ihn für Präsentkörbe.

2. Die „Kasselänerin“

In Weiterführung dieses äußerst erfolgreichen Marketinginstruments folgte zwei Jahre später die „Kasselänerin“ als Stadtschokolade. Dazu wurde eine Edelschokolade der Firma Zotter mit einer eigenen Banderole ausgestattet, die die Skyline von Kassels bekanntesten Gebäuden zeigt. Die Österreichische Konfiserie, arbeitet ausschließlich mit fairen und regionalen Zutaten und entspricht damit unseren Ansprüchen in hohem Maße. Optimal wäre natürlich die Entwicklung dieses Produkts mit einer regionalen Konfiserie gewesen, was aber daran scheiterte, dass keine der örtlichen Konfiserien fair gehandelte Zutaten verarbeiten wollte.

Unser Laden

Unser Sortiment besteht zu ca. 60 Prozent aus (verpackten) Lebensmitteln und zu ca. 40 Prozent aus Non-Food-Artikeln: hochwertiges Kunsthandwerk aus aller Welt, Geschenkartikel, Schmuck, Accessoires, Papierwaren und Kosmetik. Unser Ziel ist es, dieses Verhältnis zur Verbesserung der Gewinnspanne umzukehren. Durch ein modernes und ansprechendes Ambiente und dank dieses besonderen Sortiments ziehen wir qualitätsbewusste Kund*innen an und sind damit einzigartig in der Kasseler Innenstadt.

Durch einen kleinen Cafébereich mit zwei Tischen wurde die Aufenthaltsqualität schon zur Eröffnung des Ladens erhöht. Wir haben eine professionelle Kaffeemaschine, die verschiedene Sorten unseres regionalen Kaffeerösters verarbeitet. Daneben bieten wir verschiedene Teesorten sowie Kakao und kalte Getränke an. Ein zusätzliches Gebäckangebot, unsere neue Sitztheke vor dem Schaufenster, zwei verschiedene Tageszeitungen und freies WLAN machen den Bereich jetzt noch attraktiver.

Die Voraussetzungen

Der faire Handel schreibt in Deutschland seit Jahren eine Erfolgsgeschichte. Wachstumszahlen von 18 Prozent und mehr belegen, dass es einer steigenden

Anzahl von Menschen nicht mehr egal ist, wie die von ihnen konsumierten Waren produziert wurden. Ausbeutung von Arbeiter*innen in der Textilproduktion, Kinderarbeit bei der Kakaoernte und Raubbau an der Natur durch riesige Monokulturen akzeptieren diese Kund*innen nicht mehr. Ihnen bietet unser Fachgeschäft ein adäquates Sortiment. Darüber hinaus richtet sich unser Angebot an Kund*innen, die nach ausgefallenen und originellen Waren und Geschenkartikeln suchen – Menschen, die das Besondere lieben und sich gern von den Ideen unserer weltweiten Produzenten faszinieren lassen.

Allerdings belegen Studien auch, dass der Großteil des Wachstums im fairen Handel auf den gestiegenen Konsum fairer Lebensmittel in Supermärkten zurückzuführen ist. Wir als Weltladen können bei vielen Genuss- und Lebensmitteln, die dort angeboten werden, trotz großen ehrenamtlichen Einsatzes, preislich nicht mithalten. Daher legen wir unser Augenmerk auf besondere und individuelle Produkte, wie zum Beispiel Spezialitätenkaffees, Pralinen, besondere Teesorten, ausgefallene Geschenk- sowie Haushaltsartikel etc. Ein weiterer Pluspunkt unserer Arbeit ist die fachkundige Beratung.

Weiterentwicklungen

Im regionalen Bereich bieten wir verschiedenste Honigsorten – auch einen Kasseler Stadthonig – von Familienbetrieben an, Tees und Gewürze aus der Region, Salinensalz, Spirituosen, Säfte und Marmeladen, Brotaufstriche, Kalender, Postkarten und saisonal Kerzen.

Als Verbindung aus international und regional verkaufen wir seit kurzem Taschen, Mäppchen und Geldbörsen aus recycelten Verpackungen aus unserem Lebensmittelsortiment. Die Artikel näht eine örtliche Hobbyschneiderin, die uns diese auf Kommission anbietet (Auftragsarbeiten sind möglich).

Alle Weiterentwicklungen brauchen Menschen, die hinter der Idee stehen und sich dafür engagieren. Gemeint sind einsatzfreudige Ehrenamtliche, die mitmachen und mitdenken. Hier sind wir in Konkurrenz mit vielen anderen gemeinnützigen Organisationen. Daher dauern wünschenswerte Entwicklungen auch oft länger als wir es uns wünschen. Zum Beispiel das Angebot eines Online-Shops oder die Ankurbelung der fairen Beschaffung in der Stadt Kassel. Auch die Bewerbung Kassels als Fair-Trade-Town wurde schon oft angesprochen, konnte aber bisher nicht angegangen werden. Nachdem die Wirtschaftlichkeit unseres relativ neuen Ladens erst einmal im Vordergrund stand, mussten andere Vorhaben warten. Wir sind aber zuversichtlich, dass wir in Zukunft durch die Ausweitung der Vernetzung mit Initiativen und Organisationen, die ähnliche Zielsetzungen haben (Die Kopiloten, Solidarische

Ökonomie, Transition-Town, Gewerkschaften, kirchliche Stellen, Umwelthaus etc.) größere Pläne in Angriff nehmen können und damit mehr Menschen zu bewussterem Konsum und der Unterstützung gerechterer Handelsbeziehungen bewegen können.

Der Anfang wurde mit der Erarbeitung der kommunalen Ziele aus der Agenda 21 gemacht, die die Stadt Kassel als eigene Verpflichtung für die Zukunft unterschrieben hat. Die Weiterentwicklung der MDGs (Millennium Development Goals) wird von den SDGs (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen vorgegeben. Sie sind in besonderem Maße geeignet, auf die regionale und kommunale Ebene heruntergebrochen zu werden und sprechen ganz klar Defizite in den Industrieländern an. Damit hat die engagierte Bürgerschaft eine neue Basis, um die Politik ganz konkret in die Pflicht zu nehmen.

Der faire Handel ist eine Bewegung, die Menschen regional und global Handlungsfelder für den bewussten Konsum bietet und positive Veränderungen an konkreten Produkten erfahrbar macht. Globale Solidarität rutscht so nicht auf die Ebene von Gebern/Experten auf der einen Seite und Nehmern/Unerfahrenen auf der anderen Seite ab, sondern ermöglicht ein gleichwertiges Miteinander von Produzenten und Konsumenten.

Wir sind uns bewusst, dass der faire Handel allein keine weltweite Gerechtigkeit schaffen kann, aber er ist ein Teil der Veränderung, der ständig in Bewegung bleiben muss, um die Gefahren des kapitalistischen Handelssystems nicht überhand nehmen zu lassen und Alternativen aufzuzeigen.



Gabriele Dumeier
© C. Müller-Plantenberg



© Karibu

Solidarische Versorgungsketten in Bürgerhand

Die BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG

Hans Martin

Einführung

Die Gründung der *BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG (BEG)* hatte als ein Hauptziel die Verminderung des CO₂-Ausstoßes zum Klimaschutz durch Erzeugung, Vertrieb und Nutzung erneuerbaren Stroms.

Als zweites Ziel wollte man seitens der Politik die Wolfhager Bürger*innen bei der Energiewende in Wolfhagen mitnehmen, indem eine 25 %-Beteiligung der Bürger*innen an den bis dahin zu 100 % kommunalen Stadtwerken Wolfhagen GmbH vorgesehen wurde.

Betrachtet man die Wertschöpfungskette der Stromerzeugung und -nutzung kann man für jede Stufe dieser Kette Akteure finden, die sich solidarisch zusammenschließen.

In Wolfhagen bündeln sich in der BEG diese Stufen in der Urform eines Solidarischen Unternehmens – der Genossenschaft.

1. Stufe Stromerzeugung

Die BEG sammelte Geld zur Beteiligung an der Stadtwerke Wolfhagen GmbH, um damit die Grundfinanzierung eines Solarparks und eines Windparks zu stemmen.

2. Stufe Stromvertrieb

Die Stadtwerke Wolfhagen GmbH hatte Mitte des ersten Jahrzehnts nach 2000 das Netz im Stadtbezirk von dem damaligen Netzbetreiber E.ON gekauft. Somit wird nun der Vertrieb des erneuerbaren Stroms von dem gleichen Unternehmen betrieben, das den Strom erzeugt.

3. Stufe Stromnutzung

Strom aus erneuerbaren Energiequellen wird sowohl von den Bürger*innen der Stadt Wolfhagen als auch von den Gewerbetreibenden genutzt. Somit sind die Bürger*innen in der BEG gleichzeitig auch Verbraucher und Nutzer des von Ihnen miterzeugten Stroms.

1. Vorgeschichte

Im Jahre 2000 wurden die Stadtwerke Wolfhagen GmbH gegründet, um mehr Selbständigkeit in der Energieversorgung des Wolfhager Gebiets zu erlangen. Mit dem Bau des Verwaltungsgebäudes der Stadtwerke Wolfhagen GmbH als Passivhaus wurde die Wolfhager Energiewende für die Bürger*innen sichtbar eingeleitet. Unterstützt wurde dieser Prozess durch die Gründung eines Vereins *„Energie 2000 e.V. im Landkreis Kassel“* zur Energieberatung der Bürger*innen im Landkreis mit Sitz in Wolfhagen.

2003 entschieden die Stadtverordneten, das Stromnetz vom damaligen Grundversorger E.ON zurückzukaufen. Die Stadtwerke bewarben sich 2004 um die Konzession und verhandelten nach dem Zuschlag mit dem Grundversorger um den Kaufpreis. Erst im Jahr 2006 wechselte das Netz nach zweijährigen Verhandlungen vom Grundversorger zu der Stadtwerke Wolfhagen GmbH.

Der Prozess wurde intensiviert, indem die Stadtwerke 2007 den Privatkunden 100 % Strom aus Wasserkraft anboten. 2007 wurde von 37 Bürger*innen eine *„Klimaausschuss Wolfhagen“* mit dem Ziel gegründet, den Ausstoß von Kohlendioxid im kommunalen Bereich so weit wie möglich zu vermindern. Dies führte 2008 zu einem weitreichenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, bis 2015 im Wolfhager Gebiet die elektrische Energieversorgung zu 100 % aus Erneuerbaren Energiequellen selbst zu erzeugen.

Um die Bürger*innen für die angestrebte Energiewende zu gewinnen, wurde unter den führenden politischen Parteien vereinbart, die Bürger*innen in Form einer Energiegenossenschaft an der Stadtwerke Wolfhagen GmbH zu beteiligen. Die Genossenschaft soll im Wege einer Kapitalerhöhung 33 % des Wertes des Stadtwerkes in die GmbH einzahlen, um künftig zu 25 % Gesellschafterin der GmbH zu werden (siehe Abbildung 1).

Entsprechend soll der Aufsichtsrat der Stadtwerke um zwei Sitze für die Genossenschaft erweitert werden. Manifestiert wurde diese Absicht durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2011.

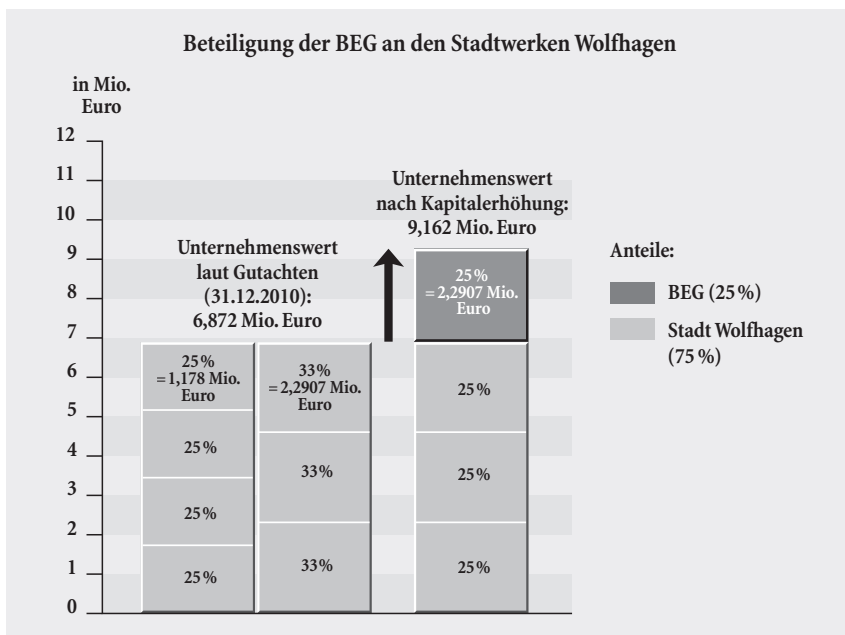


Abb. 1: Beteiligung der BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG an der Stadtwerke Wolfhagen GmbH

2. Gründung der BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG (BEG)

Der Gründungsprozess wurde im Frühjahr 2011 mit zwei öffentlichen Veranstaltungen gestartet, zu denen die Stadtwerke einluden und in denen die Aufgaben und Ziele einer Bürgerenergiegenossenschaft vom Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH und verschiedenen Referenten vorgestellt wurden. Zu beiden Veranstaltungen waren etwa 300 Bürger*innen erschienen. In einer extern moderierten Versammlung von an der Gründung interessierten Bürger*innen wurden drei Arbeitsgruppen gebildet, die die Voraussetzungen zur Gründung erarbeiten sollten: 1. die *Satzungsgruppe*, 2. die *Gründungsgruppe* und 3. die *Fachgruppe*.

Die Satzungsgruppe

Die Satzungsgruppe beriet den beispielhaften Rohentwurf einer Satzung und passte den Entwurf auf die spezifischen Wolfhager Gegebenheiten an. So wurden Änderungen im Zweck und Unternehmensgegenstand, aber auch bei den

Rechten und Pflichten der Mitglieder und der Gremien (Generalversammlung, Aufsichtsrat, Vorstand und Fachbeirat Energieeffizienz) eingearbeitet. Die Änderungen sollten zum einen Klarheit für die Zuständigkeiten innerhalb der Gremien schaffen, aber auch ein ausgewogenes Machtverhältnis der Rechte der Organe untereinander gewährleisten. Neu war die Installation eines „*Fachbeirats Energieeffizienz*“ als fachlich beratendes Organ. Dieser soll neben der Planung von eigenen Projekten zur Erzeugung von Strom aus regenerativen Energien Aktionen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz für die Mitglieder entwickeln. Der „*Fachbeirat Energieeffizienz*“ stellte mit der Gründung ein Alleinstellungsmerkmal der BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen (BEG) dar.

Die Satzungsgruppe erarbeitete in sieben Sitzungen eine Satzung, die dem Genossenschaftsverband e.V. als künftigen Prüfungsverband sowie dem Registergericht vorab zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Die finanzielle Beteiligung der Mitglieder an der BEG und der Stadtwerke Wolfhagen GmbH ist in folgender Abbildung 2 dargestellt.

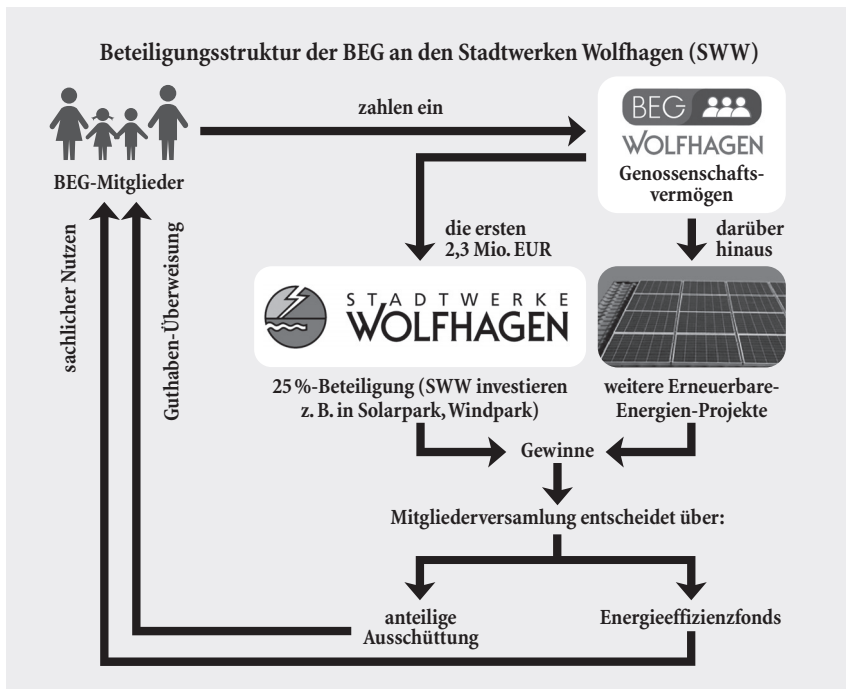


Abb. 2: Verwendung des Genossenschaftsvermögens und die Verteilung der Gewinne

Die Gründungsgruppe

Die Gründungsgruppe beriet und verhandelte die Änderungen des GmbH-Gesellschaftsvertrags und den neu verfassten Beteiligungs- und Zusammenarbeitsvertrag, der zwischen der Stadt Wolfhagen, der Stadtwerke Wolfhagen GmbH und der BEG geschlossen werden sollte. Der Beteiligungs- und Zusammenarbeitsvertrag beschreibt die künftigen energiepolitischen Ziele, die Rechte und Pflichten der drei Akteure, die beiden Gesellschafter Stadt und BEG sowie die Stadtwerke GmbH. Gerade die gegenseitigen Vorkaufsrechte der Gesellschafter und ein gewisses Vetorecht der Minderheitengesellschafterin BEG sind hier hervorzuheben. Das Stadtparlament war durch die Vorstellung der Zwischenergebnisse der Verhandlungen in den Fachausschüssen einbezogen.

Auch die Kontaktaufnahme zum Genossenschaftsverband e.V., der als Prüfungsverband die Satzung und das Geschäftsmodell prüft und genehmigt, wurde von dieser Gründungsgruppe vorangetrieben. Das Geschäftsmodell und die finanzielle Planung in Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Liquiditätsberechnungen für die zukünftigen fünf Jahre wurden erarbeitet. Die durch einen Wirtschaftsprüfer erstellte Bewertung der Stadtwerke Wolfhagen GmbH wurde ausführlich beraten und mit der Stadtwerke GmbH diskutiert.

Die Gründungsgruppe wurde von einem Organisationsbüro unterstützt, das mit seiner Expertise zu Gründungsprozessen von Unternehmen wichtige Arbeitspapiere und Hilfen lieferte. Von diesem Organisationsbüro wurde auch eine Informationsbroschüre erarbeitet, die für die Gewinnung der Genossenschaftsmitglieder konzipiert war.

Die Gespräche beim Genossenschaftsverband lieferten Hinweise zur Überarbeitung der Satzung und der zukünftigen Zusammenarbeit nach Gründung der BEG. Diese bezogen sich auf die gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Prüfungen nach dem Genossenschaftsgesetz (GenG), auf die Hilfe des Verbandes in Rechtskonflikten und die konkrete Unterstützung und Moderation der Gründungsversammlung.

Die Fachgruppe

In der dritten Arbeitsgruppe, der Fachgruppe, wurden die Arbeit und die Zusammensetzung des Fachbeirats Energieeffizienz projiziert. Die Erfahrungen und Interessen der mitarbeitenden Bürger*innen waren sehr unterschiedlich

und erst im Laufe des Jahres vor der Gründung bildete sich ein Konsens heraus. Die Gruppe wählte einen Sprecher und einen Stellvertreter, der die zukünftige Arbeit dieser Gruppe koordinieren sollte.

Nachdem das Stadtparlament Anfang März 2012 die beiden Vertragsentwürfe genehmigt, der Genossenschaftsverband die erarbeitete Satzung, das Geschäftsmodell und den Finanzplan aus rechtlicher Sicht in Ordnung befunden und das Registergericht die Satzung vorgeprüft hatten, wurde der Termin zur Gründung auf den 28. März 2012 festgelegt.

Auf der Gründungsversammlung am 28. März 2012 waren etwa 320 Bürger*innen anwesend, von denen sich 264 als Mitglieder der Genossenschaft in die Mitgliederlisten eintrugen. Diese Gründungsmitglieder zeichneten an diesem Abend 1.700 Anteile von je 500 Euro. Dies war ein Genossenschaftsvermögen von 850.000 Euro.

Aufgrund des starken Widerstandes der Bürgerinitiative gegen den Windpark auf dem Rödeser Berg waren Störaktionen befürchtet worden, die aber ausblieben. Die Gründungsversammlung verlief sehr friedlich mit sachlichen Beiträgen in den Aussprachen. Politisch gewollt war eine „große“ Gründung unter Beteiligung der Öffentlichkeit, um größtmögliche Transparenz zu schaffen und allen interessierten Bürger*innen im Gründungsprozess die Möglichkeit zu eröffnen mitzugestalten.

Nach der Gründungsversammlung wurden die Protokolle der Gründungs- und ersten Generalversammlung und die verabschiedete Satzung dem Registergericht zur Prüfung und Eintragung zugeleitet. Die Genossenschaft wurde Ende August 2012 im Genossenschaftsregister eingetragen. Am 5. September 2012 wurden der Gesellschaftsvertrag und der Beteiligungs- und Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet. Seither ist die BEG mit 25 % an der Stadtwerke Wolfhagen GmbH beteiligt.

Für die Anfangszeit hatte die Stadtwerke GmbH der BEG einen Büroraum zur Verfügung gestellt, in dem die Beratung und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte. Im März 2013 bezog die Genossenschaft ein eigenes Büro, das sie gemeinsam mit der Energie Offensive Wolfhagen nutzt und in dem sie feste Sprechzeiten an einem Tag in der Woche für die Dauer von zwei Stunden anbietet. Mittlerweile (Stand 1.10.2017) hat die BEG 846 Mitglieder und ein Vermögen von 3,93 Mio. Euro.

3. Beteiligung der Bürger*innen als Mitgestalter

Der „Souverän“ der Genossenschaft, die Gründungsversammlung, legte zunächst den Inhalt der Satzung fest. Die Gestaltung der Satzung als „Verfassung“ und Geschäftsgrundlage aller Mitglieder ist der ureigenste Akt demokratischer Mitbestimmung in einer Genossenschaft neben der Ausübung der Rechte in Wahlen und Beschlussfassungen in den jährlichen Generalversammlungen. In der Genossenschaft hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl seiner Geschäftsanteile, was wiederum einen höheren Grad an demokratischer Beteiligung in der solidarischen Willensbildung gewährleistet.

Auf der ersten Generalversammlung am 28. März 2012 haben – nach Vorstellung der Kandidaten aller Gremien – die Mitglieder einen Aufsichtsrat von vier Mitgliedern sowie den Fachbeirat Energieeffizienz mit neun Mitgliedern gewählt. Der Aufsichtsrat hat während einer Sitzungsunterbrechung die vier Mitglieder des Vorstands bestellt und nach der Pause den anwesenden Mitgliedern der Genossenschaft vorgestellt. Mit diesen Wahlen haben die in der Genossenschaft organisierten Bürger*innen einen ersten Schritt bei der Mitgestaltung der zukünftigen Energieproduktion und -versorgung in Wolfhagen vollzogen.

In einem zweiten Schritt haben Aufsichtsrat und Vorstand je eines ihrer Mitglieder für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wolfhagen GmbH ausgewählt, die dann vom Aufsichtsrat der BEG bestellt und der Stadtwerke Wolfhagen GmbH mitgeteilt wurden. Diese beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke GmbH aus der BEG kontrollieren mit den sieben anderen Aufsichtsräten die Geschäftspolitik der Stadtwerke Wolfhagen GmbH.

Davon werden fünf von den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien benannt, ein sachkundiger Bürger sowie ein Vertreter des Betriebsrates der Stadtwerke Wolfhagen GmbH. Diese Zusammensetzung ist in der Abbildung 3 dargestellt.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Wolfhagen GmbH bestellt u. a. den Geschäftsführer der Stadtwerke Wolfhagen GmbH und trifft die grundlegenden geschäftspolitischen Entscheidungen zum Ausbau der Energieversorgung sowie der Gewinnverwendung. Somit können die Bürger*innen neben ihrer Vertretung über die Fraktionen des Stadtparlaments zusätzlich über ihre Vertreter der BEG an der Wolfhager Energiewende mitgestalten.

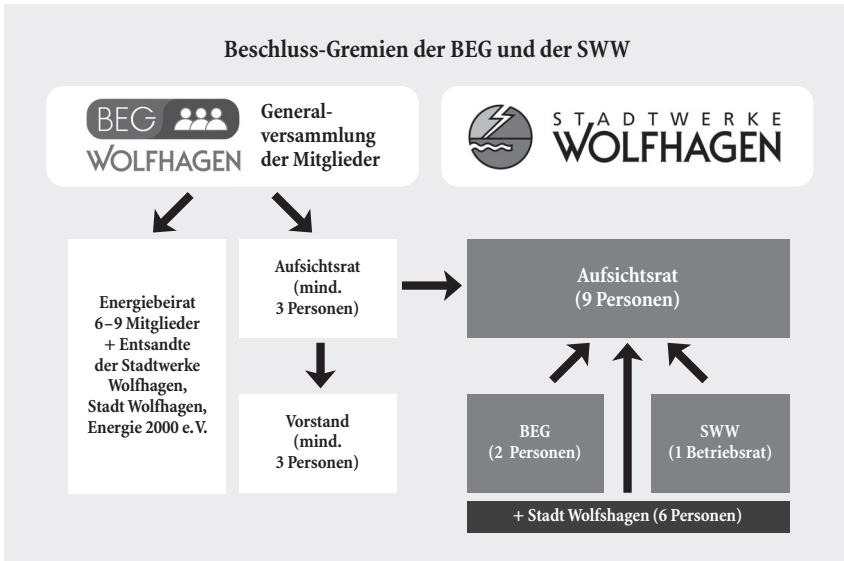


Abb. 3: Beschlussgremien der BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG und der Stadtwerke Wolfhagen GmbH

Über den Fachbeirat Energieeffizienz wurden Aktionen zum Energieeinsparen für die Mitglieder initiiert. So wurde im Winter 2012/13 eine Thermografie-Aktion von der BEG in Kooperation mit der Stadtwerke GmbH durchgeführt, an der sich 240 Bürgerhaushalte beteiligten.

Des Weiteren wurden in den Jahren 2013 und 2014 Verkaufsaktionen von subventionierten LED-Leuchtmitteln organisiert, um den Mitgliedern einen Anstoß zur Nutzung energiesparender Leuchtkörper zu geben.

Seit 2014 wird der Kauf energiesparender Haushaltsgeräte (weiße Ware) gefördert, indem die Anschaffung von bis zu drei Haushaltsgeräten mit der jeweils höchsten Energieeffizienzklasse mit bis zu 50 Euro bezuschusst wird.

Gegenwärtig wird auch der Kauf von programmierbaren Heizungsventilen mit 10 Euro und eines E-Bikes mit bis zu 150 Euro bezuschusst, außerdem eine Energieberatung bei einer Förderung durch die BAFA (Energieberatung für Wohngebäude – www.bafa.de) mit bis zu 150 Euro.

4. Zusammenfassung

Bei der Bewertung des bisherigen Prozesses der Gründung der BürgerEnergie-Genossenschaft eG und deren Arbeit muss man insbesondere das ehrenamtliche Engagement aller Beteiligten und der Gremienmitglieder hervorheben. Hierdurch entstehen geringe Betriebskosten und das Jahresergebnis kommt den Mitgliedern in Form von Dividendenzahlungen und sächlichem Nutzen aus den Aktionen des Fachbeirats zugute.

Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Energiepolitik, die auf zentrale Großkraftwerke – Atomkraft und Kohle – ausgerichtet war, wegen ihres Potenzials der Umweltzerstörung und des tödlichen Risikos von immer mehr Bürger*innen abgelehnt wird. Sie wollen ihren Kindern und Enkeln eine intakte Umwelt hinterlassen. Die zunehmende Klimaveränderung wird immer mehr Bürger*innen in ihrer zerstörerischen Weise bewusst.

Selbstverwaltete Initiativen von Geflüchteten und Deutschen

Inklusion durch Gründungsberatung

Antonia Rösner und Julian Rösner

Der Workshop zielt darauf ab, Potenziale und Entwicklungen selbstorganisierter Projekte und Initiativen näher zu beleuchten und diese im Sinne aller Beteiligten weiterzuentwickeln und zu gestalten. Welche Motivation und Vorgehensweise steht hinter selbstorganisierten Projekten jener Art, wer sind Kooperationspartner*innen und Nutzer*innen des Projektes? Welche Nutzungskonzepte und Planungen können an vorhandene Projekte und Initiativen in der Region Osthessen anknüpfen?

Der *Förderverein Kultur & Umweltbildung e.V.* wurde 1991 im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gegründet und dient als Trägerverein vieler selbstorganisierter Projekte und Initiativen in Nord- und Osthessen. Als Trägerverein zeitlich begrenzter, aber auch kontinuierlich weitergeführter Projekte gibt er als Rechtsträger Initiativen einen formalen Rahmen.

Das Ziel des Fördervereins besteht darin, Menschen zusammenzuführen, in ihrem eigenständigen Handeln zu stärken und zu fördern. Er widmet sich der Bewusstseinsbildung und der Wissensvermittlung. Thematisch ist er auf die Förderung gemeinnütziger Aktivitäten in der Jugendarbeit und der (Jugend-) Bildungsarbeit ausgerichtet. Darüber hinaus ist er im kulturellen und sozialen Bereich tätig.¹

Der Verein soll ein helfendes, nie bremsendes oder regelndes Organ sein, d. h. die einzelnen Projekte sind eigenständig, selbstorganisiert und autonom. Unter ihnen finden sich Projekte im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich,

¹ Vgl. auch die Satzung des Förderverein Kultur & Umweltbildung e.V. – <http://evg-osthessen.de/wp-content/uploads/2012/12/Satzung2015.pdf>

z.B. „Menschen-Mit-Menschen – Für ein Miteinander mit Geflüchteten“, „Welcome In Wohnzimmer“, „Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Gelbe Rübe“, „Zeppelingärten“, „Monatsmagazin printzip“, „Umwelt-Informationsdienst MAUS“, „Umweltbibliothek in Rotenburg“, „Zeitsprünge – Geschichts-AG“ sowie „FREiraum Bad Hersfeld“ als selbstverwaltetes Projekt zwischen Geflüchteten und Deutschen, auf das im nächsten Abschnitt näher eingegangen wird.

FREiraum Bad Hersfeld ²

2015 nahm eine Kleiderkammer für geflüchtete Menschen in Bad Hersfeld im Rahmen des Projektes „*Hand in Hand*“ seine Arbeit auf. Aufgrund der schrumpfenden Anzahl der Personen in der Notunterkunft „*Herkules*“ und des dadurch nachlassenden Bedarfs, wurde auch die Kleiderkammer in einen „Standby“-Modus versetzt. Die Ausstattung sowie Aufteilung und Strukturierung der Räumlichkeiten war sehr gut, wurde jedoch nicht mehr genutzt.

Aus diesem Grund haben sich Menschen in einer Gruppe zusammengeschlossen, um die vorhandenen Räumlichkeiten weiter zu nutzen und die sogenannte „Kleiderkammer“ in eine Art „Umsonst-Laden“ zu erweitern. Hier können alle Menschen Kleidung oder (bedürfnisorientiert) gegebenenfalls weitere Gegenstände nehmen und geben, solange diese noch gut erhalten sind. Bis zu fünf Teile kann man pro Woche mitnehmen, eine Regel, die gemeinsam als sinnvoll erachtet wurde. Nutzungsvereinbarung, Informationen und Beschriftungen in verschiedenen Sprachen sind Komponenten, die zum Funktionieren des offenen Konzeptes des Freiraums beitragen. Menschen, die den Freiraum nutzen, werden selbst zu Mitgestalter*innen, können Angebote initiieren und durchführen und sind für deren Organisation verantwortlich. Alle zwei Wochen findet ein Plenum statt, in dem alle Belange besprochen werden. Es ist immer offen für neue Menschen, die sich einbringen oder Projekte umsetzen möchten.

Das Plenum ist Beschlussorgan für anstehende Entscheidungen. Getroffene Entscheidungen, Vereinbarungen oder Regeln sind dabei jederzeit änder- oder aufhebbar, prinzipiell sollten sich diese an den Bedürfnissen der Aktiven und Nutzer*innen des Freiraums orientieren. Der Freiraum bietet die Möglichkeit, sich selbstorganisiert einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und eigene

2 <https://osthessen-news.de/n11546669/freiraum-eroeffnet-menschen-sollen-selbstorganisiert-aktiv-werden.html>

Ideen umzusetzen. Er entwickelt sich somit mit den Menschen, die sich in ihm einbringen und aktiv sind.

Neben der Idee des Gebens und Nehmens, welche im Umsonst-Laden und in der Klamottenkiste umgesetzt wird, beinhaltet der Freiraum noch weitere Nutzungsmöglichkeiten:

- ▶ Reparaturraum,
- ▶ Nähstube,
- ▶ „Wohnzimmer“ bzw. Begegnungsraum,
- ▶ Bibliothek,
- ▶ Jugendraum,
- ▶ Probe- und Musikraum.

Zu Beginn nutzten viele Geflüchtete und Migrant*innen das Angebot des Umsonst-Ladens und der Klamottenkiste – nach kurzer Zeit wurden diese selbst zu Aktiven im Freiraum und agieren häufig als Dolmetscher*in oder Vermittler*in. Jede*r bringt sich mit seinen bzw. ihren Fähigkeiten ein. Der Freiraum entwickelt sich nach den Bedürfnissen der Menschen, die in ihm aktiv sind.

Wer sind die Nutzer*innen und Aktiven? Es sind Geflüchtete, Migrant*innen, finanziell „Schwache“, aber auch Menschen, die den konsumkritischen Aspekt begrüßen sowie ehemalige Aktive der Kleiderkammer. Durch die verschiedenen Menschen, die den Freiraum mitgestalten, befinden sich Konzept und Angebote in einem stetigen Entwicklungsprozess.

Einzelne Projekte, die mithilfe von Migrant*innen bereits realisiert wurden, sind die *„Beschriftung der einzelnen Räume in verschiedenen Sprachen“* (arabisch, türkisch, englisch und deutsch). Nach demselben Vorbild wurden wichtige Informationen und Regeln, beispielsweise die *„5-Teile-Regel“* für den Umsonst-Laden, transkribiert. Ein weiteres Angebot sind die gemeinsamen *„Arbeitstage“*, die im wöchentlichen Rhythmus (jeweils mittwochs) stattfinden. Diese dienen zur besseren Strukturierung der Angebote sowie für kleine Reparaturarbeiten. Zu den Arbeitseinsätzen ist jede Person eingeladen, die sich engagieren und Vorschläge einbringen möchte.

Die Angebote, die der Freiraum bisher bietet, sind vielfältig. Beispielsweise werden Häkelnachmittage, Spieleabende oder gemeinsames Musizieren ange-

boten. Die Angebote richten sich dabei nach den Fähigkeiten der Beteiligten sowie den Interessenten*innen. Darüber hinaus gibt es im Freiraum spezielle Angebote, die auf Bedürfnisse geflüchteter Menschen eingehen. Insbesondere die soziale Dimension erachten wir als sehr bedeutsam für geflüchtete Menschen: Der Freiraum bietet die Möglichkeit, mit „Einheimischen“ in Kontakt zu kommen, das Sprechen der deutschen Sprache zu praktizieren und die Isolation zu durchbrechen. Neben sozialen Erwartungen an Geflüchtete und dem ständigen Druck, diesen zu entsprechen, besteht im Freiraum die Möglichkeit, eigene Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnisse zu realisieren.

Empathie und die Fähigkeit, seine Perspektive zu wechseln

Selbstorganisierte Projekte und Initiativen zwischen Menschen unterschiedlicher (sozialer und kultureller) Herkunft eröffnen einen Lern- und Entwicklungsprozess auf beiden Seiten, wobei Empathie und die Fähigkeit, die Perspektive zu wechseln, eine bedeutsame Rolle spielen.

Insbesondere das Hinterfragen eigener (Lebens-) Gewohnheiten, des eigenen Konsumverhaltens oder (eurozentrischer) Sichtweisen eröffnet einen Blick über den eigenen Tellerrand.

Das selbstorganisierte Projekt wird zum größten Teil über Spenden sowie über verschiedene Förderanträge bei Stiftungen, Land und Bund finanziert.

Perspektiven und Vernetzung – flächendeckende „Freiräume“

Der Freiraum soll keine Konkurrenz zu anderen kulturellen / sozialen Organisationen und Einrichtungen in der Region darstellen, sondern ein zusätzliches und ergänzendes Angebot zu bereits bestehenden interkulturellen Begegnungsräumen. Die Eröffnung eines hohen Maßes an Handlungsoptionen und der Möglichkeit zur Selbstentfaltung stellt dennoch etwas Spezifisches jenes selbstorganisierten Projektes dar. Der Aufbau von Kooperationen mit anderen kulturellen und sozialen Institutionen sowie karitativen oder städtischen Einrichtungen fördert ebenfalls eine Vielfalt an Nutzungen und Möglichkeiten des Handelns.

Somit dient der Freiraum ebenso als Raumnutzungskonzept für verschiedene Projekte und Netzwerke (*bunt statt braun* Hersfeld-Rotenburg, *AG Zeitsprünge*, *Stadtjugendring* etc.). Der Freiraum diene ebenfalls als Raum für die Ausstellung *„Der Weg der Sinti und Roma. Wie Vorurteile und ‚Zigeuner‘-Bilder einen Völkermord möglich machen konnten“* (16. Februar 2017 bis 16. März 2017) und kann somit auch als alternative Bildungsstätte fungieren.

Als Vernetzungsort für ehrenamtlich Aktive, die Geflüchtete unterstützen sowie für Geflüchtete selbst kann der Freiraum als Ideen- und Zukunftswerkstatt für gesellschaftliche Alternativen genutzt werden und ist somit ein Experimentierfeld für soziale und ökonomische Gegenentwürfe. Ziel ist es, unterschiedliche, flächendeckende „Freiräume“ zu schaffen, die sich untereinander vernetzen und miteinander kooperieren.

In Hinblick auf die heterogenen Lebensentwürfe und -projekte geflüchteter Menschen, die im Landkreis Hersfeld-Rotenburg dezentral untergebracht werden, wurden verschiedene Möglichkeiten von Umsetzungsansätzen Solidarischer Ökonomie diskutiert. Insbesondere der ländliche Raum ermöglicht Perspektiven zum autonomen Bewirtschaften von Höfen und Land, wobei der Erfahrungs- und Wissensschatz geflüchteter Menschen aus entsprechenden Herkunftsländern genutzt und verschiedene Kompetenzen und Fähigkeiten, die sie sich während der Flucht angeeignet haben, eingebracht werden können. Je nach Interessenlagen, Bedürfnissen und Fähigkeiten geflüchteter Menschen können diese in einer Gemeinschaft kleine Höfe, die vor der Auflösung stehen, übernehmen und zusammen mit Interessierten aus der Bevölkerung vor Ort bewirtschaften, woraus beispielsweise die Gründung einer Genossenschaft resultieren kann.

Dieser Ansatz wäre insbesondere für jene Geflüchteten attraktiv, die in kleineren Orten des Landkreises untergebracht und bereits in die jeweiligen Strukturen vor Ort eingebunden sind. Zudem wären Kooperationen und Vernetzungen mit bestehenden Unternehmen und Betrieben, die nach solidarischen Prinzipien wirtschaften – wie beispielsweise die Solidarische Landwirtschaft in Oberellenbach – möglich und wünschenswert.

TATENBANK Osthessen³

In den letzten Jahren stieg die Anzahl der Menschen, die sich für Geflüchtete und Neuzugewanderte einsetzen, deutlich an. Es bildeten sich neue Initiativen, Projekte und Bündnisse, auch in der Region Nord- und Osthessen. Insbesondere bestehende lokale Unterstützer*innenkreise. Interkulturelle Begegnungsorte und -stätten tragen zu einem gelingenden Zusammenleben zwischen Neuzugewanderten und Ortsansässigen bei und fördern Dialogprozesse – so beispielsweise auch das Projekt „*Freiraum Bad Hersfeld*“, welches bereits

³ <https://www.taten-bank.de/mitmachen-in-hersfeld-rotenburg/freiraum/>

beschrieben wurde. Mit Hilfe der TATENBANK (www.taten-bank.de) sollen zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen, politische und soziale Gruppen und Vereine sowie Möglichkeiten, in diesen aktiv zu werden, dargestellt werden. Potenziell Aktive, die sich zusammen mit anderen Menschen engagieren wollen, sollen hier Möglichkeiten finden, sich einzubringen.

Angesprochen werden sollen unter anderem explizit Menschen, die sich zusammen mit anderen Menschen engagieren wollen, um Geflüchteten zu helfen und die gegen Rechtsextremismus und Rassismus eintreten wollen. Dafür sollen unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden, ob eher im direkten Kontakt mit Geflüchteten, in der Informationsarbeit oder in der politischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Die „Taten-Bank“ soll bürgerliches Engagement befördern und dient als Online-Plattform für Austausch, Vernetzung sowie als „Suche-Biete-Portal“ auf rein ehrenamtlicher Basis.

Die TATENBANK besitzt ein großes Potenzial und bietet Möglichkeiten, selbst-organisiert in Gemeinschaft mit anderen aktiv zu werden, lebt jedoch auch von Aktivitäten und Nutzung der Online-Plattform. Daher wäre es wünschenswert, Idee und Nutzung der Taten-Bank zu verbreiten und in der Region bekannter zu machen. Auch solidarisch organisierte Betriebe und Unternehmen der Region können die TATENBANK nutzen, um sich gegenseitig auszutauschen und zu vernetzen und schließlich die Idee der Solidarischen Ökonomie öffentlicher und bekannter zu machen.



FREiraum Eröffnung ©Markus Weber

Schülergenossenschaften als Friedenspotenzial?

Alexandra Stenzel

*„Ich beteilige mich an der Schülergenossenschaft,
weil ich Spaß daran habe, in Gruppen zu arbeiten
und weil die Aufgaben Spaß machen.“
(Schüler*in aus dem Projekt Smoothie Paradise
an der Gesamtschule Gartenstadt in Dortmund)*

Ohnmacht von Jugendlichen in Europa

Die absoluten Verlierer der europäischen Wirtschaftskrise sind die jungen Europäer. Die Prozentzahlen der Jugendarbeitslosigkeit im Januar 2017 in einigen europäischen Ländern (45,7 % in Griechenland, 42,2 % in Spanien, 37,9 % in Italien sowie ein EU-Durchschnitt von 17,7 % ¹) machen die hohe Frustration der betroffenen Generation angesichts ihrer Zukunftsperspektiven durchaus nachvollziehbar. Viele junge und gut ausgebildete Akademiker*innen verlassen deshalb auf der Suche nach Arbeit ihr Heimatland. ² Diese Menschen haben durch die wichtige Ressource „Bildung“ Chancen, in einem anderen Land mit aussichtreicheren Jobangeboten eine berufliche Zukunft zu finden.

Ganz anders sieht das bei jungen Leuten mit einem niedrigeren Bildungsabschluss aus, den sogenannten „Bildungsverlierern“. Oft zählen zu den besonders benachteiligten Personen Jugendliche mit einem Migrationshintergrund. Deutlich wird das u. a. in Frankreichs Großstädten und ihren Banlieues wie Lyons Viertel Mas du Taureau, in dem die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie in der restlichen Stadt. Es reicht schon ein fremdklingender Name oder die falsche Adresse, um auf dem Arbeitsmarkt chancenlos zu sein. ³ Aussichts-

1 Statista: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> (8.3.2017)

2 Vgl.: <http://www.europe-direct-dortmund.de/die-auswirkungen-der-finanzkrise-auf-das-alltagsleben-der-menschen-in-griechenland/> (8.3.2017)

3 Vgl.: Belmessous, Hacène: Träume in der Banlieue; In: Le Monde diplomatique; Deutsche Ausgabe; taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG; Berlin; März 2017; S. 11.

losigkeit und gesellschaftliche Exklusion waren in der Vergangenheit Antriebskräfte für heftige Ausschreitungen, so z.B. 2005 in den Banlieues von Paris. Diese Vororte stehen sinnbildlich für die „*Génération précaire*“.⁴

Auch unter den spanischen Jugendlichen äußerte sich der Unmut über ihre Zukunft 2014 in Massenprotesten gegen die staatliche Politik.⁵

Selbst in Deutschland mit einer relativ niedrigen Jugendarbeitslosenquote geht z.B. der Kinderwunsch innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe zurück, da die Sorge über die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben wächst. Besonders ausgeprägt ist dieser demografische Trend unter jungen Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, weil sie kaum Möglichkeiten zur beruflichen Selbstverwirklichung auf dem Arbeitsmarkt haben.⁶

Die persönlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten einer Person, das eigene Leben selbst zu gestalten und zu kontrollieren, tragen jedoch zum Wohlbefinden der Menschen bei und beugen Frustration vor.⁷

Demnach muss jungen Menschen das „Handwerkszeug“ für die eigene Zukunftsgestaltung adäquat vermittelt werden. In sogenannten Empowerment-Prozessen erwerben Jugendliche die Kompetenzen, komplexe Probleme alleine und mit anderen gemeinsam zu lösen.

Schülergenossenschaften in Deutschland

*„Ich beteilige mich an der Schülergenossenschaft,
um Erfahrungen für das weitere Berufsleben zu sammeln.
Falls ich später in die Selbstständigkeit gehe,
habe ich bereits Erfahrungen.“
(Schüler*in aus dem Projekt Smoothie Paradise
an der Gesamtschule Gartenstadt in Dortmund)*

An dieser Stelle setzt das pädagogische Konzept der Schülergenossenschaften an. Die Schule ist eine Institution, die Kinder und Jugendliche auf ihr späteres Berufsleben vorbereiten soll. Jedoch reicht dafür der vorgeschriebene Unter-

4 Vgl.: <http://www.tagesschau.de/ausland/hintergrundfrankreich100.html> (eingesehen am 08.03.2017).

5 Vgl.: <http://www.europe-direct-dortmund.de/die-auswirkungen-der-finanzkrise-auf-das-alltagsleben-der-menschen-in-griechenland/> (eingesehen am 08.03.2017).

6 Vgl.: <http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/familie-und-beruf.html> (eingesehen am 14.02.2017).

7 Vgl. dazu den salutogenetischen Forschungsansatz.

richt mit seinen oftmals abstrakten Themen nicht aus. Projekte wie Schülergenossenschaften können dem entgegenwirken.

Um praxisbezogenes Wissen zu fördern, wurde 1987 die erste Schülerfirma Deutschlands an der Constantin-Vanotti-Schule, einem Wirtschaftsgymnasium in Überlingen am Bodensee, gegründet.⁸

Seitdem entstanden in Deutschland einige Schülerfirmen mit der Rechtsform GmbH, in denen die wirtschaftlichen „Hard-Skills“ erlangt werden können. Meistens bleibt das Hauptaugenmerk bei diesen Schülerfirmen jedoch auf der ökonomischen Bildung. Diese wirtschaftliche Ausrichtung zieht sich generell durch die Lehrpläne und Lehrbücher der Schulen, in denen Nachhaltiges Wirtschaften und die Genossenschaft als Rechtsform keine Rolle spielen.

Erst seit 2001 steht die Genossenschaft als mögliche Rechtsform einer Schülerfirma im Blickpunkt von Pädagog*innen.⁹

In den Schülergenossenschaften werden vor allem soziale Kompetenzen gefördert und als besonders wichtig herausgestellt, wie Nicole Göler von Ravensburg in ihrer umfassenden Studie über Schülergenossenschaften herausfand.¹⁰

Schülergenossenschaften implizieren die Inklusion schon alleine durch ihren rechtlichen Aufbau und ihre Organisation. Inklusion findet dort auf verschiedenen Ebenen statt. Alle können ihre Talente einbringen und jede einzelne Meinung zählt, da jedes Mitglied bei Entscheidungen ein Stimmrecht hat.

Zu beobachten ist, dass einige Schüler*innen, die im normalen Unterricht unkonzentriert sind und oft wegen störendem Verhalten zeitweise vom Unterricht ausgeschlossen werden, in der Schülergenossenschaft aufmerksam mitarbeiten und sich entsprechend einbringen. Außerdem können Schüler*innen mit noch geringen Deutschkenntnissen aus den internationalen Vorbereitungsklassen bei solchen Projekten mitarbeiten, in Kontakt mit anderen Schüler*innen kommen und mit ihren Fertigkeiten und Fähigkeiten einen großen Beitrag leisten.

8 Vgl.: Liebel, Manfred: Schülerfirmen – mehr als eine Geschäftsidee? – Zwischen Profitorientierung und solidarischer Ökonomie; In: Die deutsche Schule; Nr. 98; Waxmann Verlag; Münster; 2006; S. 214–229.

9 Vgl.: Ravensburg, Nicole Göler von: Schülergenossenschaften, Pädagogische Potenziale genossenschaftlich organisierter Schülerfirmen; Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden; 2014; S. 37.

10 Vgl.: ebda.; S. 95.

Wichtig für die o. a. Schüler*innen ist zudem das Schüler*innen-Lehrer*innen-Verhältnis während der Arbeit in der Genossenschaft, wie dieses Zitat belegt:

*„In der Schülergenossenschaft sind die Lehrer entspannter drauf, und man kann besser mit ihnen reden. Ich habe das Gefühl, man wird nicht nur als Schüler abgestempelt, sondern ist fast auf einem Level, so dass man besser miteinander reden kann.“
(Schüler*in aus dem Projekt Smoothie Paradise
an der Gesamtschule Gartenstadt in Dortmund)*

Durch die gegenseitige Unterstützung und die soziale Interaktion schaffen es die Schüler*innen, zu Erfolgserlebnissen zu kommen, obwohl Projekte wie eine Firmengründung sehr komplex sind. Durch das gemeinsame Arbeiten werden Rückschläge während des Gründungsprozesses besser be- und verarbeitet und die Frustration bei Misserfolgen in Grenzen gehalten. Das ist in unserer heutigen Zeit sehr wichtig, weil viele junge Menschen Probleme von vornherein nicht angehen, da sie diese bereits im Voraus für unüberwindbar halten.

Darüber hinaus lernen Schüler*innen in ihrer eigenen Genossenschaft, dass auch in der Wirtschaft demokratisches Handeln für betriebswirtschaftliche Stabilität sorgt. Entscheidungen werden in der Gruppe auf positive und negative Folgen hin diskutiert und anschließend gemeinsam getroffen.

Dass Genossenschaften Wirtschaftskrisen durch ihre betriebswirtschaftliche Stabilität besser bewältigen können als andere Unternehmensformen, ist allseits bekannt. Von daher ist das Sammeln von Erfahrungen in der vorliegenden Unternehmensform umso wichtiger.

Schülergenossenschaften in Frankreich

Im Gegensatz zu Deutschland hat Frankreich eine lange Tradition, Genossenschaften als pädagogisches Konzept in Schulen zu fördern. Demokratisches Wirtschaften ist in unserem Nachbarland schon seit 1928 institutionalisiert. Personen aus der Bildungsforschung und aus der Genossenschaftsbewegung gründeten zu dieser Zeit das Netzwerk OCCE (*L'Office Central de la Coopération à l'Ecole*).¹¹ Anstoß für die Gründung dieses Netzwerkes waren die reformpädagogischen Ansätze von Célestin Freinet bezüglich der Befreiung von allen unterdrückenden Bedingungen und vom Abbau vom Herrschaftssystemen

11 siehe dazu die Homepage von OCCE: <http://www2.occe.coop>

in den Klassenräumen. Jedes Kind sollte seine eigenen und soziokulturellen Erfahrungen im Klassenverband einbringen und aufarbeiten. Freinets vier pädagogische Grundsätze bestimmen auch heute noch den Alltag der Schülergenossenschaftsbewegung:

- ▶ freie Entfaltung der Persönlichkeit,
- ▶ kritische Auseinandersetzung mit der Umwelt,
- ▶ Selbstverantwortlichkeit des Kindes,
- ▶ Zusammenarbeit und gegenseitige Verantwortung.

In Kooperation mit dem Bildungsministerium fördert die OCCE den Genossenschaftsgedanken in den Schulen in ganz Frankreich, um die jungen Menschen zu handlungsfähigen Bürger*innen auszubilden. Ihren Hauptsitz hat die OCCE in Paris. Mittlerweile gibt es jedoch 102 regionale Verbände in ganz Frankreich. Mehr als zehntausend freiwillige Helfer*innen arbeiten täglich an den verschiedenen Aktivitäten der OCCE mit und unterstützen über 51.000 Genossenschaften im Bildungssektor. Neben den Ehrenamtlichen u.a. aus der Genossenschaftsbewegung hat die OCCE ein sogenanntes Stammpersonal, das z.B. aus abgeordneten Lehrer*innen besteht, die gezielt auf die pädagogischen Fragen der Genossenschaftsmitglieder eingehen können.¹²

In den oben genannten Genossenschaften sind mehr als fünf Millionen Personen Mitglieder, darunter die Kinder bzw. Jugendlichen, die Lehrer*innen und andere Bildungsvertreter*innen. Im Vergleich zu Deutschland ist das eine enorm hohe Zahl.

Die OCCE stellt ein Bindeglied zwischen der Genossenschaftsbewegung und den Schulen dar. Interessierte Schulen können sich an die OCCE wenden und bekommen z.B. Unterrichtsmaterialien, Workshops, Unterstützung bei Rechtsfragen, bei der Buchhaltung und vieles mehr.

Außerdem organisiert die OCCE seit nunmehr 14 Jahren in ganz Frankreich einmal im Jahr an den Schulen die sogenannte „Woche der Sozialwirtschaft und der Solidarischen Ökonomie“ (*La Semaine de l'Economie Sociale et Solidaire à l'Ecole/SESSE*). Während dieser Zeit lernen die Kinder gezielt in unterschiedlichen Projekten, was der Begriff „Solidarität“ bedeutet, warum dieser so wichtig für die Gesellschaft ist und wie man Solidarität umsetzen kann.

12 Vgl.: Sánchez Bajo, Claudia: Schülergenossenschaften an der Primar- und Sekundarstufe; In: Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.): „Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie; Entwicklungsperspektiven Nr. 95; kassel university press GmbH; Kassel; 2008; S. 75–76.

Sie führen eigene Forschungen durch, organisieren Expertenbefragungen, erstellen Filme zum Thema und präsentieren diese und weitere Aktivitäten am Ende der Projektwoche.

Die OCCE begünstigt demnach mit ihren vielen Aktivitäten das Erlangen der Grundprinzipien der Kooperation, nämlich Autonomie und Solidarität. Jedes einzelne Genossenschaftsmitglied soll dadurch in seiner eigenen Entwicklung gestärkt werden. Erreicht wird dieses Ziel durch das praktische Arbeiten in der Genossenschaft, da man nicht nur durch Kooperation mit den anderen Akteuren die Arbeit realisiert und zu Erfolgserlebnissen kommt, sondern auch für sein eigenes Handeln verantwortlich ist.

Es wäre interessant zu erfahren, welchen konkreten Beitrag die Schülergenossenschaften zum sozialen Frieden in den Vororten der französischen Großstädte wie Paris, Marseille oder Lyon leisten.

Schülergenossenschaft in Italien

Zwar hat Italien eine noch nicht so lange Tradition und Erfahrungswerte im Bereich der Schülergenossenschaften wie Frankreich, aber auch auf der Apenninhalbinsel ist das Unterstützungsnetzwerk für die Bildung und Ausbildung junger Menschen in der Solidarischen Ökonomie stark.

In den einzelnen Regionen wird der Aufbau von Schülergenossenschaften nicht nur durch Genossenschaftsverbände wie die Confcooperative Toscana oder die Federazione Trentina della Cooperazione, sondern auch seitens des Staates (z. B. durch die Bildungsministerien) auf regionaler Ebene gefördert. Sicherlich basiert diese Einbindung der staatlichen Ebene auf Artikel 45 der italienischen Verfassung, der ganz klar die Anerkennung der Genossenschaften mit ihren Charakteristika und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung festlegt. Ziel der oben genannten Zusammenarbeit ist es, in den Schulen die Werte „Solidarität“, „Demokratie“ und „soziale Verantwortung“ durch das praktische Arbeiten in einer Schülergenossenschaft zu fördern.

Auf der Internetseite „Educazione Cooperativa“ werden ganz klar die Prinzipien und Werte angegeben, nach denen sich die Arbeit mit und in den Schülergenossenschaften ausrichtet: Autonomie, Freiheit und Subsidiarität, Demokratie, Reziprozität und Gegenseitigkeit, Partizipation, Gleichberechtigung, Solidarität, Generationengerechtigkeit, Gleichheit, Respekt und Vertrauen, Aufmerksamkeit gegenüber den anderen und der Gemeinschaft, Ehrlichkeit, Transparenz, Frieden, soziale Verantwortung, gegenseitige Hilfeleistung und im allgemeinem Nachhaltige Entwicklung.¹³

Neben animierten Kurzfilmen und Unterrichtsmaterialien zur Aufklärung des Genossenschaftswesens unterstützen die Genossenschaftsverbände den Aufbau der Schülergenossenschaften finanziell.

Zukünftige Aufgaben für Deutschland und Europa

Mit Blick auf die europäischen Nachbarländer muss für Deutschland festgestellt werden, dass die Förderung des pädagogischen Konzeptes der Schülergenossenschaften intensiviert werden sollte.

Es wäre gut, wenn es auch in Deutschland für Lehrer*innen verbandsunabhängige Materialien geben würde, die sich nicht an der Rekrutierung neuer Verbandsmitglieder orientieren. Außerdem stellt sich die Frage, inwieweit die obligatorische und regelmäßig durchgeführte Genossenschaftsüberprüfung bei den Schulprojekten seitens eines Verbandes erfolgen sollte.

Bisher wird in einigen Projekten die Kostenfrage dadurch gelöst, dass eine „reale“ Partnergenossenschaft den finanziellen Aufwand der Schülergenossenschaften übernimmt. Es ist jedoch nicht gesichert, dass jede Schule eine Partnergenossenschaft findet. Außerdem ist zu hinterfragen, welche Verbände Schülergenossenschaften überhaupt aufnehmen würden, so dass die Gründung eines eigenen Schülergenossenschaftsverbandes eventuell eine Lösungsmöglichkeit sein könnte.

Ferner müsste das Thema Schülergenossenschaft in der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung verankert werden. Förderlich wären u. a. Seminare über Schülergenossenschaften an den Universitäten. Lehrerfortbildungen seitens der Bezirksregierungen müssten angeboten werden, damit die Lehrkräfte eine Idee von dem Potenzial der Schülergenossenschaften bekommen. Die jeweiligen Bildungsministerien sollten das Thema „Nachhaltiges Wirtschaften“ in den Lehrplänen implementieren.

Auch auf europäischer Ebene müsste das Thema „Schülergenossenschaften“ spezifischer gefördert werden. Exemplarisch wäre dies möglich durch den Aufbau eines europäischen Netzwerkes der Schülergenossenschaftsbewegung zur Unterstützung eines Erfahrungsaustausches und durch Entwicklung von Erasmus-Projekten mit Mitgliedern aus den einzelnen Schülergenossenschaften mit dem thematischen Schwerpunkt „Nachhaltiges Wirtschaften“.

13 Vgl.: <http://www.coopeduca.it/Chi-siamo/Missione> (eingesehen am 05.04.2017)

Förderung des sozialen Friedens durch Schülergenossenschaften

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, entwickeln die jungen Menschen in Schülergenossenschaften auf demokratische Weise Fähigkeiten, Strategien und Ressourcen, um individuelle und gesellschaftliche Ziele erreichen zu können.¹⁴ Dabei spielt der normale Schulalltag keine Rolle. Jedes Mitglied kann sich einbringen und wird inkludiert, egal ob es sprachliche Schwierigkeiten oder sonstige Beeinträchtigungen hat. Durch die Zusammenarbeit aller wird verborgenes, implizites und vielfältiges Wissen gefördert, das zu kreativem Handeln führen kann.¹⁵

Wie eingangs beschrieben gibt es viele junge Menschen in Europa mit geringen beruflichen Zukunftsaussichten. Durch die Empowerment-Prozesse in der Schülergenossenschaft kann diesen Jugendlichen die Ohnmacht hinsichtlich ihrer Zukunft genommen werden. Die mithilfe der Arbeit in der Schülergenossenschaft erlangte Handlungskompetenz stärkt ihr Selbstbewusstsein. Die Schüler*innen erlangen damit die Kontrolle über die eigene Gestaltung ihrer Zukunft. Das wiederum trägt zu einer positiven Sichtweise auf die Gesellschaft und zum persönlichen Wohlbefinden bei.

Die einzelnen Akteure der Genossenschaftsbewegung und Politik sollten erkennen, welches Potenzial für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft in den Schülergenossenschaften zu finden ist.

Literatur

► Belmessous, Hacène: Träume in der Banlieue; In: *Le Monde diplomatique*; Deutsche Ausgabe, taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Berlin, März 2017.

► Liebel, Manfred: Schülerfirmen – mehr als eine Geschäftsidee? – Zwischen Profitorientierung und solidarischer Ökonomie; In: *Die deutsche Schule*, Nr. 98, Waxmann Verlag, Münster, 2006.

14 Vgl.: Starkt, Wolfgang: Kann Nachhaltigkeit gesellschaftlich partizipativ erreicht werden? – Über Partizipation, Bürgerengagement und Zivilgesellschaft; In: Huncke, Wolfram/Kerwer, Jürgen/Röming, Angelika (Hrsg.): „Wege in die Nachhaltigkeit – Die Rolle von Medien, Politik und Wirtschaft bei der Gestaltung unserer Zukunft“; Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden, 2013, S. 144.

15 Vgl.: ebda.; S. 137.

- ▶ Ravensburg, Nicole Göler von: Schülergenossenschaften, Pädagogische Potenziale genossenschaftlich organisierter Schülerfirmen; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2014.
- ▶ Sánchez Bajo, Claudia: Schülergenossenschaften an der Primar- und Sekundarstufe; In: Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.): „Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie; Entwicklungsperspektiven Nr. 95, kassel university press GmbH, Kassel, 2008.
- ▶ Startk, Wolfgang: Kann Nachhaltigkeit gesellschaftlich partizipativ erreicht werden? – Über Partizipation, Bürgerengagement und Zivilgesellschaft; In: Huncke, Wolfram/Kerwer, Jürgen/Röming, Angelika (Hrsg.): „Wege in die Nachhaltigkeit – Die Rolle von Medien, Politik und Wirtschaft bei der Gestaltung unserer Zukunft“; Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden, 2013.

Internetquellen

- ▶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> (eingesehen am 8.3.2017)
- ▶ <http://www.europe-direct-dortmund.de/die-auswirkungen-der-finanzkrise-auf-das-alltagsleben-der-menschen-in-griechenland/> (eingesehen am 8.3.2017)
- ▶ <http://www.tagesschau.de/ausland/hintergrundfrankreich100.html> (eingesehen am 8.3.2017)
- ▶ <http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/familie-und-beruf.html> (eingesehen am 14.2.2017)
- ▶ <http://www2.occe.coop> (eingesehen am 10.3.2017)
- ▶ <http://www.coopeduca.it/Chi-siamo/Missione> (eingesehen am 5.4.2017)

„Ich bin leidenschaftlich gern Kommunalpolitiker. Das ist ein cooles Feld [...] Und ich bin ungeduldig [...] Es muss schneller vorangehen. Wir müssen den Umweltschutz vorantreiben und weg von der Wachstumspolitik. Das müssen wir den Menschen erklären. Und dabei müssen wir ihnen auch etwas zumuten“ (18.2.16 HNA).

*„Mir ist kommunalpolitisches Engagement wichtig, da hier die Handlungszusammenhänge, die Akteure, die Betroffenen überschaubar sind und in Kommunikation miteinander stehen können. Das politische Feld ist noch begreifbar und – wenn sich alle Beteiligten bemühen – auch vermittelbar. Kommunalpolitik ist nah an den Bürger*innen, muss aber auch einiges dafür tun, um so wahrgenommen zu werden. Daher finde ich die Überlegungen zu mehr Bürgerbeteiligung gut und sinnvoll. In Kaufungen erleben ich gerade jetzt im Vorfeld der Jahrtausendfeier ein unglaubliches Potential von Kreativität, von Gestaltungswunsch, von Engagement. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich dies auch in der politischen Gestaltung dieser Gemeinde zeigt. Denn gestalten werden wir müssen¹.“*

Das war Steffen Andraes Motivation für die Kandidatur zum Bürgermeister von Kaufungen. Deshalb baten wir ihn, diese Werkstatt über eine geplante SSÖ-Ausbildung von Mitarbeitern der Stadtverwaltung und notwendige Forschungsstrategien hierzu zu leiten.

Ausbildung von Mitarbeitern der Stadtverwaltung in SSÖ – von Bürgern, die Solidarische Wirtschaftsunternehmen gründen wollen

Welche unterstützenden Forschungsstrategien brauchen wir?

Steffen Andrae

Wir unterscheiden in dieser Werkstatt zwischen „Kommunen“ im Sinne der Gemeinschaft, die zusammenlebt, und „Kommunalen Verwaltungen“.

Kommune – im Sinne der Gemeinschaft, die zusammenlebt

Zunächst habe ich über das Thema Kommune – im Sinne der Gemeinschaft, die zusammenlebt – berichtet und über das, was wir in der Kommune Lossehof und in der Region Kassel in Gemeinschaften und Netzwerken machen.

¹ <https://www.gll-kaufungen.de/kopfe/steffen-andrae/>



© Lossehof e. V.

Ich habe u.a. darauf hingewiesen was da entsteht. Die Kommune Lossehof ist eine von fünf Kommunen in Nordhessen in und um Kassel², die sich im Kommuja-Netzwerk zusammengeschlossen und gemeinsam ein Stück Land gekauft haben.³

In jeder Kommune werden die Fragen der Wohnung und zum Teil auch der Arbeit gemeinsam geregelt. So gibt es z. B. in der Kommune Niederkaufungen neun selbstverwaltete Unternehmen. Alle zwei Jahre organisieren diese Kommunen einen viertägigen Workshop „Los geht's“, ein Treffen für Menschen, „die Teil der Kommune-Szene werden wollen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Neugründung von Kommunen, darüber hinaus gibt es hier auch die Möglichkeit, bestehende Gruppen kennen zu lernen. Menschen aus unterschiedlichsten Kommunen versuchen, ein wenig zu vermitteln, was es bedeutet, in einer Gruppe zu leben. Das jeweilige „Los geht's-Team“ stellt den Rahmen: Zeltplatz, Workshops, Anleitung, Verpflegung und Sanitäre Anlagen.

Den Rahmen füllen können nur die Beteiligten selbst: Es geht darum, dass Menschen andere Menschen finden, mit denen sie sich ganz konkret auf den Weg machen können. So kommen 250 Menschen und mehr zusammen, Manche wissen, was sie wollen, andere nicht. Einige wollen sich einer bestehenden Gruppe anschließen, andere etwas eigenes gründen.“

► <http://www.lossehof.de>

Soziale Solidarische Ökonomie – gefördert von kommunalen Verwaltungen

Wir gliedern unser umfangreiches Werkstatt-Programm mit dem Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. folgendermaßen:

² <http://lebensbogen.org>; <http://www.lossehof.de>; <http://www.gastwerke.de/Wordpress>; <http://www.gastwerke.de/Wordpress>; <http://www.villa-locomuna.de>

³ Inzwischen sind weitere Kommunen hinzugekommen; vgl. <http://www.kommuja.de> Zeitschriften, über die diese Kommunen vernetzt sind, sind u.a. „Contraste – Monatszeitschrift für Selbstorganisation“ und „Oya – anders denken. anders handeln“.

- ▶ Welche Stadtverwaltungen sind ansprechbar?
- ▶ Welche Studien von Universitäten sind erforderlich, um die Soziale Solidarische Ökonomie (SSÖ) zu stärken?
- ▶ Welche Akteure und Partner wären sinnvoll?
- ▶ Welche Bildungs- und Weiterbildungsinhalte für kommunale Mitarbeiter sollten für einen Trainingskurs zur Weiterbildung SSÖ aufgenommen werden?

Die Frage in der Werkstatt lautet: Wie kann – über die Aktivitäten der Kommunen hinaus – auch durch kommunale Verwaltungen solidarisches selbstverwaltetes Zusammenleben gefördert werden? Wie kann dadurch eine lebendige Demokratie entstehen? Wie können Solidarische Unternehmen gegründet und wie können ihre Solidarischen Netzwerke und -ketten durch eine Ausbildung in den kommunalen Rathäusern, Landkreisen bzw. Bundesländern gestärkt werden?

Dabei ist es mir wichtig zu unterscheiden, welche Adressaten man in den Kommunen ansprechen will: welche Hierarchiestufe, welche räumliche Ebene, welche Personen, politischen Einrichtungen und Organisationen (Parteien), welche Ebene staatlicher Verwaltung: Kommune, Kreis oder Land.

- ▶ *Wir haben gehört, dass es unter der letzten Regierung in Nordrhein-Westfalen im Landesparlament eine Verantwortliche für die Solidarische Ökonomie gab.*
- ▶ *Wir haben außerdem gehört, dass es in Frankreich regionale Kammern der Sozialen Solidarischen Ökonomie gibt, in denen die Unternehmen der SSÖ gemeinsam planen können (vgl. Aufsatz von Jean-Francois Draperi in diesem Band).*
- ▶ *Wir haben gehört, dass es in Italien einen staatlichen Fonds gibt, über den Belegschaften gefördert werden, die ihre Unternehmen aus der Insolvenz in Genossenschaften überführen wollen (vgl. Aufsätze von Bruno Roelants und von Alejandro Viola in diesem Band).*
- ▶ *Von anderen Ländern – wie z. B. Brasilien – wissen wir, dass es öffentliche Förderer von staatlicher Politik der Sozialen Solidarischen Ökonomie gibt, d. h. Bürgermeister und Personen aus Bezirken bzw. Landesregierungen, die sich regelmäßig treffen, da ihnen die Erfahrung gezeigt hat, dass sie Probleme ihrer Städte, Bezirke bzw. Bundesstaaten besser in den Griff bekommen, wenn sie eine Inklusionspolitik betreiben und Menschen dabei unterstützen, mit anderen ihre eigenen selbstverwalteten Unter-*

nehmen zu gründen, sie in Arbeit bringen. Denn die Erfahrung zeigte ihnen, je mehr Leute von der Straße wegkommen, umso weniger Menschen landen beim Drogen- oder Waffenhandel bzw. der Kriminalität. (Dokumentation des 1. Internationalen Kongresses Solidarische Ökonomie, Berlin 2006⁴)

Kommunale Förderung von SSÖ über Kurse und Gründungsberatung

Zweifelloos ist es sinnvoll, zunächst alle Daten und Studien in Bezug auf den Ort, an dem man tätig ist, in diesem Fall in Bezug auf Kaufungen, zur Kenntnis zu nehmen. Was sind die Bedürfnisse der Bewohner, inwieweit ist die Kommune in der Lage, diese zu erfüllen?⁵ Welche Institutionen können Partner einer staatlichen Politik der SSÖ sein?⁶ Welche Instrumente besitzt die Kommunale Verwaltung?⁷

Sodann kann nach Beispielen gesucht werden, wie andere Kommunale Verwaltungen unter welchen Bedingungen selbstverwaltete Lösungen für ihre Bürger in Angriff genommen haben. Hier können Besuche bei Kommunen mit ähnlicher Problemlage und Engagement für Solidarische Ökonomie Anregungen bieten über Gespräche mit Bürgern, Stadtverwaltung und Beratern.

Im brasilianischen Beispiel: Eine wachsende Zahl von Bürgermeistern u. a. staatlichen Verantwortlichen tauschen sich aus und haben unter anderem folgende Instrumente staatlicher Politik zugunsten der Sozialen Solidarischen Ökonomie eingesetzt:

- ▶ Kurse für Menschen, die Gemeinschaftsunternehmen gründen wollen,
- ▶ Gründungsberatung (*incubação*) von Gruppen, die ein Gemeinschaftsunternehmen gründen wollen. Dies geschieht durch die Vermittlung von Teams der Universitäten oder kirchlichen Organisationen, die die Gruppen, begleiten und „auf Augenhöhe“ beraten⁷ etc.

4 Giegold, Sven / Embshoff, Dagmar (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus: In Kooperation mit VSA/Bewegungsakademie/die tageszeitung, Hamburg 2008.

5 Lämmerhirt, Sven / Schmitt, Annika: Nachhaltiges Kaufungen, kassel university press, entwicklungsperspektiven Nr. 105, Kassel 2016.

6 Clarita Müller-Plantenberg: Bildung und Weiterbildung für Solidarische Ökonomie an Hochschulen; in: Sven Giegold / Dagmar Embshoff (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus; VSA/Bewegungsakademie/die tageszeitung, Hamburg 2008, S. 57–62.

7 Vgl. Hier wird in der Regel die Pädagogische Methode der Befreienden Pädagogik des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire angewandt.

Zielgruppen

Sehen wir uns das brasilianische Beispiel an.⁸ Ein solcher Prozess hat oft mit einer Ausbildung zu Themen der SÖ mit Mitarbeitern der kommunalen Verwaltungen begonnen.

Sodann geht es darum, dass Personen, die in der öffentlichen Verwaltung Leitungsfunktionen haben, die Bürger*innen ihrer Städte, Landkreise, Länder dabei unterstützen, geeignete Lehrer für Ausbildungskurse zu finden und Teams von Begleitern aus den Universitäten an Gruppen zu vermitteln, die gemeinsam selbstverwaltete Unternehmen aufbauen wollen. Dieser Prozess geschieht in Kooperation mit Partnern aus Universitäten, kirchlichen Organisationen bzw. Gewerkschaften, die Kurse abhalten bzw. die Ausbildung, *incubação*⁹ der Gründergruppe begleiten.

Darüber hinaus ist eine Kartierung schon vorhandener Solidarischer Wirtschaftsunternehmen eine wichtige Hilfestellung für die Kommunalen Verwaltungen, damit sie wissen, wo Beispiele sind, die besucht werden können, bzw. mit denen eine Vernetzung sinnvoll wäre. Schließlich hat in Brasilien eine Herausbildung von regionalen Foren Solidarischer Ökonomie stattgefunden, in denen die Mitglieder solidarischer Wirtschaftsunternehmen, ihre Unterstützer und kommunale Vertreter den Prozess der Solidarischen Ökonomie gemeinsam vorantreiben.¹⁰

Regelmäßig alle drei Jahre stattfindende Kongresse des Brasilianischen Forums der Solidarischen Ökonomie haben nach dezentraler Vorbereitung durch Delegierte aus allen regionalen Foren eine gemeinsame Verständigung über die Prioritäten für die anstehende Planung der nächsten Jahre diskutiert und verabschiedet.

Die Aufgabe des Nationalen Sekretariats für SÖ im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung war es dann, diese von der Bewegung verabschiedete Politik in Kooperation mit anderen Ministerien und allen unterstützenden Akteuren und Einrichtungen umzusetzen.¹¹

In den Kommunen stellte sich heraus, dass die Inklusion der Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten die Kriminalität senkte. Immer mehr Bürgermeister

8 Paul Singer: Die Solidarische Ökonomie in Brasilien; in: Giegold, Sven / Embshoff, Dagmar, a.a.O., S. 152 ff.

9 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Kristina Bayer in diesem Band.

10 Clarita Müller-Plantenberg: Regionale Zusammenschlüsse für Solidarische Ökonomie; in: Sven Giegold, Dagmar Embshoff, a.a.O., S. 94.

11 Paul Singer: SENAES – Eine brasilianische Erfahrung der Politik der Solidarischen Ökonomie; in: S. Giegold, Dagmar Embshoff, a.a.O., S. 215–226.

und staatliche Vertreter aus regionalen Verwaltungen schlossen sich in dem „Netzwerk der öffentlichen Förderer Staatlicher Politik der Solidarischen Ökonomie“¹² zusammen und trafen sich regelmäßig. Auf diesen Treffen tauschten sie sich über sinnvolle Maßnahmen aus. Zuletzt begannen sie, Häuser in ihren Städten als „Öffentliche Zentren“ für Kurse der Solidarischen Ökonomie zur Verfügung zu stellen und dort Flächen für Solidarische Wirtschaftsunternehmen bereit zu halten, wo diese ihre Produkte und Dienstleistungen verkaufen konnten. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass dies auch für die Kommunikation zwischen den Unternehmen und für eine Verständigung untereinander sehr wichtig geworden ist.

Bei uns hier in Deutschland können wir eine Politik zugunsten der Solidarischen Ökonomie in einzelnen Stadtverwaltungen finden, die dort ausprobiert wird, deren Erfolg dann Schule machen kann. So können Akteure auf allen Ebenen mobilisiert und Gründergruppen beraten und begleitet werden, vorausgesetzt eine Verbindung zu Universitäten und anderen Einrichtungen wird hergestellt, um die anstehenden Arbeiten in ihre Feldforschungsstrategien mit der *Methode Paulo Freire, der befreienden Pädagogik*¹³, einzubeziehen.

Inhaltlich wird es auch um die folgenden Fragen gegenüber allen kommunalen Zielgruppen gehen:

- ▶ Nachhaltigkeitsstrategie – nachhaltiger Leben, immer neu verpackt – irgendwann aufmachen!
- ▶ Verbindung zur Regionalentwicklung herstellen – gesellschaftlichen Akteuren, ihr Akteur-Sein klar machen
- ▶ Deutlich machen, welche Regionalentwicklung denkbar wäre;
- ▶ Die Qualität der Enthierarchisierung vermitteln – Veränderung der Gesellschaft in ein egalitäres System, in dem der Bürgermeister Moderator ist;
- ▶ Fortbildung – ökonomische Struktur anders verstehen – *Plus-Effekt*, wenn Gemeinschaften in Gemeinden sind, dann reduzieren sie automatisch CO₂ – z. B. 100 Leute reduzieren automatisch CO₂;

12 Rede de Gestores de Políticas Públicas de Economia Solidária (Ecosol) – <http://www.rededegestoresecosol.org.br/>

13 Peter Schreiner und Norbert Mette: Paulo Freire – Unterdrückung und Befreiung; Münster 2007 (Bd. 1); Peter Schreiner und Norbert Mette: Paulo Freire – Bildung und Hoffnung; Münster 2007 (Bd. 2); Peter Schreiner und Norbert Mette: Paulo Freire – Pädagogik der Autonomie; Notwendiges Wissen für die Bildungspraxis; Münster 2008, (Bd. 3).

- ▶ Bürgerbeteiligung und Selbstentscheidung ist nicht Mehrarbeit, dadurch entsteht ein Entlastungseffekt (Personal, neue Ansätze durchdenken, ...). Durch die Möglichkeit sich selbst zu organisieren und mit anderen, die bereits selbst organisiert sind, in Kontakt zu treten, entsteht ein demokratischer Austausch und Beteiligung an den gemeinsamen Belangen, Gemeinden sollten das schützen und stärken.
- ▶ Der Paragraph 2 der europäischen Verfassung lautet:
Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.
- ▶ Hier kann Bürgerbeteiligung anknüpfen – Bürgermeister trauen sich nicht – da braucht es Unterstützung ... es geht darum den Prozess anzustoßen.
- ▶ Möglich ist ein *Zentrum für Nachhaltigkeit*: Bürgerkonsultative, ein Kongress derer, die Unterstützung bei ihren Initiativen suchen. Wir knüpfen an die Erfahrung internationaler Kongresse der SSÖ an: 2006 in Berlin, 2008 in Kassel, 2015 „Solikon“ in Berlin... An welcher Stelle geht da etwas?

**SOZIALE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE
UND
GLOBALE SOZIALE BEWEGUNGEN**

Solidarische Ökonomie und Klima

Dag Schulze

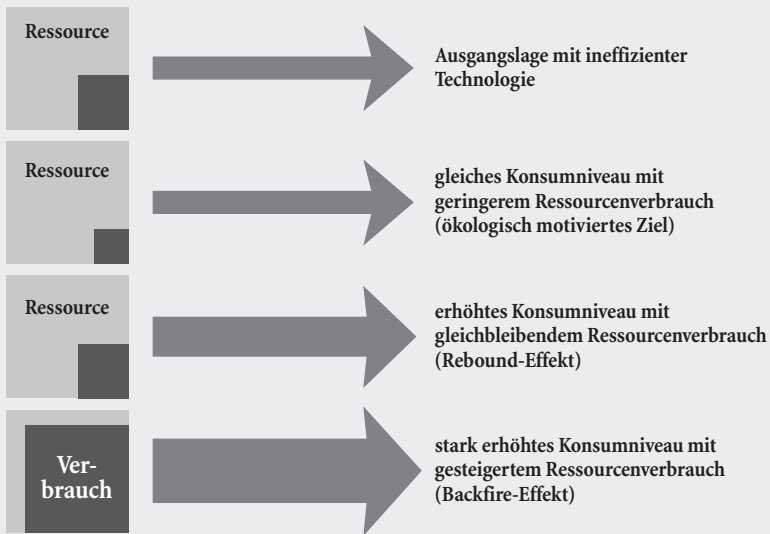
In diesem Beitrag wird der Zusammenhang der Klimafrage mit der Solidarischen Ökonomie thematisiert und das Klima-Bündnis vorgestellt. Seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, die im Juni 1992 in Rio de Janeiro stattfand, und auf der die Klimarahmenkonvention verabschiedet wurde, gibt es insbesondere in Deutschland eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit für den anthropogenen Klimawandel.

In Deutschland bildete sich vergleichsweise schnell ein politischer Konsens darüber heraus, dass die Treibhausgasemissionen weltweit, aber insbesondere auch national, deutlich reduziert werden müssen, um lebensbedrohende Klima-veränderungen abzuwenden. Bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung setzte sich die Erkenntnis durch, dass die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien in Verbindung mit Energieeinsparung der beste Weg zur Erreichung dieses Ziels ist.

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Energieumwandlung in Deutschland seit 1990 fällt nun auf, dass die Nutzung regenerativer Energien insbesondere für die Stromerzeugung vor allem auf Grund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das den Erzeugern einen profitablen Betrieb ihrer Anlagen garantierte, bzw. garantiert, stark angestiegen ist. Gleichzeitig stagniert, trotz Schließung und Abwanderung energieintensiver Industriebetriebe sowie dem Einsatz immer energieeffizienterer Technologien, der Endenergieverbrauch in Deutschland auf hohem Niveau. Wie ist dies zu erklären?

Mögliche Effekte von Effizienztechnologien

Die Abbildung 1 zeigt die möglichen Effekte von Effizienztechnologien. Der ökologisch gewünschte Effekt ist, dass mit dem Ersatz ineffizienter Technologien durch Effizienztechnologien das bestehende Konsumniveau mit einem verringerten Verbrauch an natürlichen Ressourcen befriedigt werden kann.

Abb. 1: Mögliche Effekte von Effizienztechnologien

Allerdings ist es auch möglich, dass durch die Effizienztechnologien trotz Senkung des spezifischen Verbrauchs das absolute Verbrauchsniveau stagniert, da gleichzeitig das Konsumniveau gesteigert wird. Dieses Phänomen wird Rebound-Effekt genannt. Die Steigerung des Ressourcenverbrauchs durch den Einsatz von Effizienztechnologien über das ursprüngliche Maß hinaus wird als Backfire-Effekt bezeichnet.

Wirtschaftliche Effizienztechnologien

Wie können die zunächst widersinnig erscheinenden Rebound- und Backfire-Effekte erklärt werden? Neben verhaltenspsychologischen Effekten spielen die ökonomischen Regeln eine entscheidende Rolle: Effizienztechnologien können sich (massenhaft) nur verbreiten, wenn die Konsumenten sich ihre Anschaffung leisten können und sie „sich rechnen“, also wirtschaftliche Vorteile versprechen. In der Regel heißt dies, dass die Gesamtkosten, auch Vollkosten genannt, also die Investitionskosten plus Finanzierungskosten plus Betriebskosten über die gesamte Nutzungsdauer plus Entsorgungskosten, geringer als bei Einsatz

der ineffizienteren Technologien sind. Das eingesparte Geld kann dann für zusätzlichen Konsum aufgewendet oder zur Vermehrung des Geldvermögens gespart, d.h. als Geldanlage investiert, werden, siehe Abbildung 2.

Am Beispiel der Entwicklung des Computers kann deutlich gemacht werden, dass Effizienz eine wichtige Voraussetzung für Wachstum, d.h. in diesem Fall für die massenhafte Verbreitung einer Technologie, ist: Die Z3, der erste funktionsfähige Digitalrechner, der 1941 von Konrad Zuse und Helmut Schreyer gebaut wurde, hatte mit ihren 2.000 elektromagnetischen Schaltern noch die Ausmaße einer größeren Wohnzimmerschrankwand.

Mehr als 60 Jahre später wurden allein im Jahr 2005 weltweit über 66 Millionen Laptops verkauft, die mit ihren Maßen in Buchgröße deutlich leistungsfähiger als die Z3 waren bzw. sind.

Dies macht deutlich, dass die dramatische Effizienzsteigerung, die bei der Computertechnologie durch den Übergang von der Elektrotechnik zur Mikroelektronik möglich wurde, eine neue Massentechnologie hervorbrachte, die in der Summe deutlich mehr Ressourcen verbraucht als die vorausgegangene wesentlich ineffizientere Technologie.

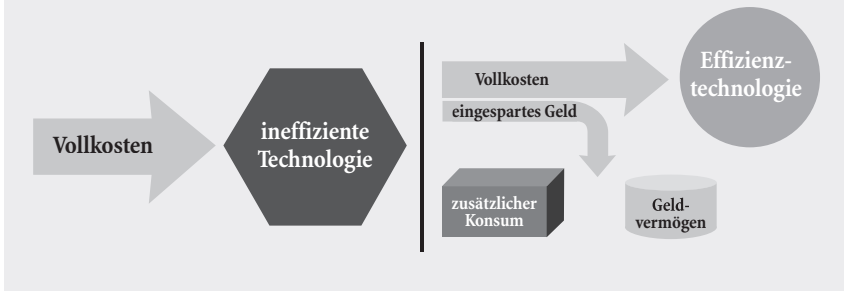
Darüber hinaus ermöglicht der massenhafte Einsatz von Computern und deren Vernetzung die Logistik für die Handhabung unzähliger weltweiter Warenströme. Der massenhafte Einsatz von Computern erfordert also nicht nur direkt den Verbrauch großer Mengen an natürlichen Ressourcen, er ermöglicht auch darüber hinaus eine effizientere Naturausbeutung.

Beim ökologisch motivierten Ersatz von ineffizienten Technologien durch Effizienztechnologien soll der Ressourceneinsatz insgesamt reduziert werden.

Abbildung 2 zeigt die Verhältnisse, wenn ineffiziente Technologien durch wirtschaftliche Effizienztechnologien ersetzt werden. Wirtschaftlichkeit ist heute die wichtigste Voraussetzung für die Verbreitung neuer Technologien, sie wird im herrschenden Wirtschaftssystem durch die Einsparung von Geld realisiert. „Wirtschaftlich“ ist im bestehenden Wirtschaftssystem somit gleichbedeutend mit „renditeerzeugend“.

Offensichtlich ist nun, dass durch die Verwendung des eingesparten Geldes für zusätzlichen Konsum das ökologische Ziel verfehlt wird. Der zusätzliche Konsum kann ökologisch zwar weniger schädlich sein als der vorherige höhere Ressourcenverbrauch. Es kann aber auch das Gegenteil der Fall sein, wenn

Abb. 2: Übliche Verwendung des eingesparten Geldes bei Ersatz ineffizienter Technologien (links) durch wirtschaftliche Effizienztechnologien (rechts)



etwa das eingesparte Geld aus einer energieeffizienteren Ölheizung für eine Flugreise ausgegeben wird. Weniger offensichtlich ist, welche ökologischen Folgen das Sparen, Anlegen oder Investieren von Geld in unserem heutigen Wirtschaftssystem hat. Dazu muss die Funktionsweise des herrschenden Geldsystems betrachtet werden.

Funktionsweise des herrschenden Kreditgeldsystems

Geld ist eine Jahrtausende alte Sozialtechnik, die sich im Laufe der Geschichte immer wieder verändert hat. Wir Menschen benutzen sie meist selbstverständlich, obwohl sie bis heute wissenschaftlich nicht vollständig verstanden wird.

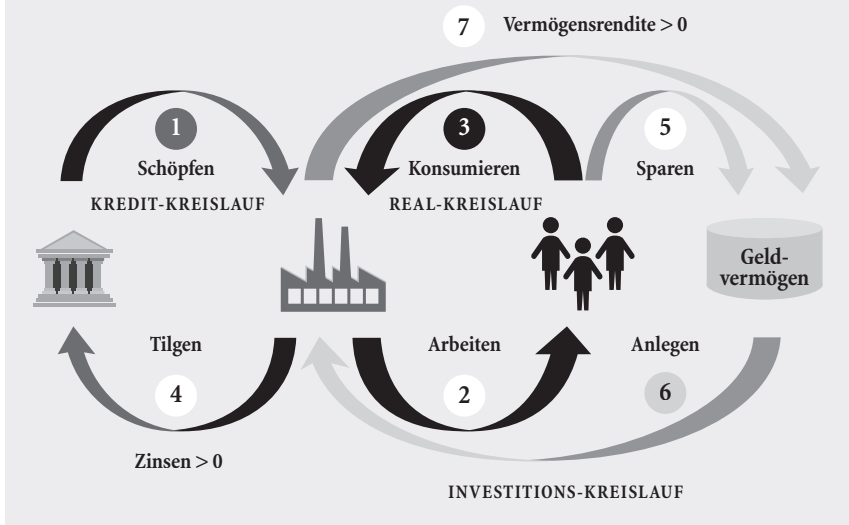
Die Geldversorgung der Realwirtschaft (REAL-KREISLAUF) erfolgt im derzeitigen Wirtschaftssystem primär über die Vergabe von Krediten durch Geschäftsbanken für realwirtschaftliche Aktivitäten von Unternehmen.

Der Pfeil (1) in der Abbildung 3 zeigt exemplarisch die Schöpfung von Buch- bzw. Giralgeld durch eine Geschäftsbank im Zuge einer Kreditgewährung an ein Unternehmen. Durch einen entsprechenden Buchungssatz in der Bankbilanz erzeugt die Geschäftsbank bei einer Kreditvergabe Geld.¹

Der Kreditnehmer, in Abbildung 3 das Unternehmen, bekommt den entsprechenden Kreditbetrag auf seinem Girokonto gutgeschrieben. Im Rahmen des Kreditvertrages haftet der Kreditnehmer gegenüber der finanzierenden Bank bezüglich der Rückzahlung/Tilgung des Kredites und sichert der Geschäfts-

¹ Siehe z.B.: https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQ_Listen/faq_zum_thema_geldschoepfung.html

Abb. 3: Stark vereinfachte Darstellung wesentlicher bankenexterner Geldkreisläufe im herrschenden Wirtschaftssystem



bank für den Fall von Zahlungsschwierigkeiten den Zugriff auf Eigentumsrechte, wie z.B. Immobilien und Patente, zu.

Mit der Kreditsumme kann das Unternehmen Lohn an Arbeitskräfte bezahlen (2), die dafür Waren und Dienstleistungen herstellen. Mit ihrem Lohn können die Arbeitskräfte dann Produkte und Dienstleistungen, die in der Regel in anderen Firmen hergestellt werden, konsumieren (3).

Wenn das Unternehmen mit seinen Produkten erfolgreich ist, kann es den Kredit entsprechend des Tilgungsplans vermehrt um die mit der Geschäftsbank vereinbarten Zinsen zurückzahlen (4).

Nach der kompletten Tilgung ist das ursprünglich bei der Kreditvergabe geschöpfte Geld dann wieder vollständig vernichtet.

Bei entsprechend hohem Verdienst oder geringen Konsumausgaben bspw. auf Grund der Nutzung von Effizienztechnologien haben die Arbeitskräfte die Möglichkeit, Geld zu sparen und so Geldvermögen zu bilden (5). Wenn sie Zinsen bzw. eine Vermögensrendite für ihr gespartes Geld erhalten wollen, muss das Geld z.B. in Form von Unternehmensaktien angelegt werden (6).

Dadurch steht Unternehmen eine weitere Geldquelle neben den Bankkrediten zur Verfügung, mit der sie beispielsweise ihre Produktionsausweitung finanzieren können. Wenn das Unternehmen erfolgreich ist, kann es eine

Aktiendividende auszahlen, so dass die Anleger eine positive Vermögensrendite erhalten (7).

Das Unternehmen steht also auf Grund seiner Finanzierung über den Kredit- oder Investitionskreislauf unter einem Profit- bzw. Renditezwang. Realwirtschaftliche Unternehmen müssen diesen Profit/diese Rendite im Realkreislauf also über entsprechende Verkäufe, d.h. den Konsum ihrer Kunden, realisieren, um nicht in die Pleite zu schlittern. So führt auch durch Effizienztechnologien eingespartes und nicht gleich direkt für Konsum ausgegebenes Geld indirekt über die Funktionsweise des heutigen Geldsystems zu Mehrkonsum und damit in der Regel auch zum Mehrverbrauch von Ressourcen.

Falls die Nutzer von Effizienztechnologien Schulden haben, könnte das eingesparte Geld auch zur Schuldentilgung verwendet werden. Dies kann als nachträgliche Bezahlung von vorgezogenem Konsum betrachtet werden. Insofern wird auch in diesem Fall das durch Effizienztechnologien eingesparte Geld für den Konsum – allerdings für einen Kosumakt, der in der Vergangenheit liegt – verwendet. Für die Zukunft bedeutet die Tilgung von Schulden bzw. eines Kredits, wenn gleichzeitig kein Neukredit aufgenommen wird, eine Reduktion der Geldmenge (Störung des Geldkreislaufes im Teilkreis (1) „Schöpfen“ in Abb. 3).

Schuldenreduktion führt im Kreditgeld, bei dem das Geld als eine Menge von Schuldscheinen betrachtet werden kann, gleichzeitig zur Verminderung von Geldvermögen. Denn die Schulden der einen sind die Vermögen der anderen. Das Kreditgeld erzeugt so systemisch Gewinner-Verlierer-Konstellationen.

Eine Verminderung der Geldmenge führt zu einer Reduktion der Wirtschaftsaktivität und des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs, wenn sie nicht durch schneller umlaufendes Geld kompensiert wird. Falls die Nutzer der Effizienztechnologien keine Schulden haben, können sie einen ähnlichen Effekt erreichen, indem sie ihre Geldeinnahmen z.B. durch Reduzierung ihrer Erwerbsarbeit entsprechend vermindern (Störung des Geldkreislaufes im Teilkreis (2) „Arbeiten“ in Abb. 3).

Allerdings führt dieses ökologische Verhalten, wenn es von vielen Menschen praktiziert würde, im heutigen Wirtschaftssystem zu ökonomischen Problemen: Wenn viele Personen auf Grund der Nutzung von Effizienztechnologien weniger arbeiten und dadurch weniger konsumieren würden, so hätten immer mehr Unternehmen Schwierigkeiten, über den Verkauf ihrer Waren und Dienstleistungen eine positive Rendite zu erzielen. Dadurch käme der Realgeldkreislauf ins Stocken, wodurch früher oder später eine Wirtschaftskrise

entstehen würde, die bei weiter anhaltendem Konsumrückgang letztendlich zum Zusammenbruch des Systems führen würde.

Positive Vermögensrenditen als Voraussetzung für den Geldumlauf

Der vereinfachte Geldkreislauf in Abbildung 3 macht auch deutlich, dass die umlaufende Geldmenge mit wachsenden Geldvermögen ansteigen muss. Denn steigende Geldvermögen erfordern ein ansteigendes Renditevolumen. Ohne Vergabe von Neukrediten durch die Geschäftsbanken würde die Geldmenge immer weiter schrumpfen, weil Kredite nur für eine begrenzte Zeit Geld schöpfen.

Daher müssen im Laufe der Zeit immer mehr Kredite vergeben werden, damit das System nicht zusammenbricht, d.h. der Geldumlauf aufrechterhalten wird. Bei steigender Kreditvergabe muss die betreffende Geschäftsbank auch zusätzliche Geldeinlagen von den Geldvermögensbesitzern akquirieren. Denn auf Grund der Existenz verschiedener im Wettbewerb stehender Geschäftsbanken kann das durch einen Kredit bei der Geschäftsbank A geschöpfte Geld durch dessen Verwendung im Real-Kreislauf zur Geschäftsbank B gelangen. Dies geschieht beispielsweise, wenn der Hauskäufer seinen Kredit bei der Geschäftsbank A aufnimmt und der Bauunternehmer sein Konto bei der Geschäftsbank B hat.

Einem derartigen Ungleichgewicht wirken die Geschäftsbanken durch die Akquise von Geldeinlegern entgegen. Den Geldeinlegern wird für ihre überlassenen Geldvermögen ein positiver Zins, also eine Geldvermögensrendite bezahlt. Diese Kopplung der Geldvermögen mit dem Kreditkreislauf ist in der Abbildung 3 nicht dargestellt.

Die Kopplung der Kreditvergabe an die Geldvermögen ist ein sich selbst verstärkender Prozess, eine positive Rückkopplung, die häufig auch als Schneeballeffekt bezeichnet wird. Ein wachsendes Kreditvolumen führt zu wachsenden Geldvermögen, die wiederum zu einem wachsenden Kreditvolumen führen und so weiter. Dieser Prozess wird durch den Umverteilungseffekt des Kreditgeldes zusätzlich gestützt, denn die Vermögen und insbesondere auch die Geldvermögen konzentrieren sich im Laufe der Zeit im bestehenden System immer mehr.

Dies liegt daran, dass in allen Preiskalkulationen die Vermögensrenditen enthalten sind. Insbesondere auch die Vermögensrendite der Geldeinleger, die als Liquiditätsprämie im Kreditzins eingepreist ist. Allein durch die Geldverwendung werden von den Konsumenten somit ständig Vermögensrenditen

bezahlt. Von den Renditen profitieren allerdings nur die Eigentümer der Vermögen. Da die Vermögen ungleich auf die Menschen verteilt sind, ergibt sich, trotz der im Durchschnitt höheren Konsumausgaben der Vermögenden, nur für die reichsten Teile der Bevölkerung in Deutschland und auf der Welt ein Netto-Gewinn aus diesem Effekt.

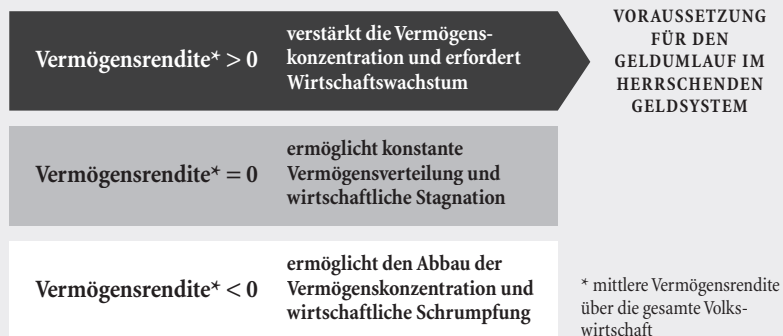
Für diese übersteigen die Einnahmen aus den Vermögensrenditen die Abgaben an die Vermögen, die sie über ihren Konsum leisten. Die Mehrheit der Bevölkerung verliert durch dieses geldsystemische Problem hingegen an Einkommen. Diese Gruppe wird im Laufe der Zeit immer größer. Dadurch öffnet sich die „Vermögensschere“ immer weiter. Dies wird bei der genaueren Betrachtung der ärmsten und reichsten Bevölkerungsteile deutlich. Durch die Betrachtung der gesellschaftlichen Mitte oder von Mittelwerten kann diese Verteilungsproblematik nicht erkannt werden.²

Positive Vermögensrenditen sind im herrschenden Geldsystem also eine Voraussetzung für die erforderliche Zirkulation des Geldes. Aufgrund dieser Konstruktion des Geldsystems stehen im heutigen Wirtschaftssystem Ökonomie und Ökologie im Widerspruch. Wer suffizient mit wenig Konsum leben möchte, stört die Geldzirkulation und schwächt damit die Wirtschaft. Wer umgekehrt viel konsumiert und so das Geld und damit die Wirtschaft am Laufen hält, fördert den zusätzlichen Verbrauch natürlicher Ressourcen. In unterschiedlichem Mischverhältnis nimmt jeder Mensch, der in diesem System lebt, zwangsläufig beide Rollen ein.

Wie könnte das Wirtschaftssystem umgebaut werden, damit sich der Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie auflöst? Da das Problem seine Ursache im Geldsystem hat, wie oben dargestellt wurde, liegt der Schlüssel zu dessen Überwindung in einer geeigneten Reform des Geldsystems. Die Vermögensrendite ist der entscheidende Parameter für die Verteilungs- und Wachstumswirkung des Geldumlaufs, siehe Abbildung 4.

2 Die Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland und auf der Welt stützen sich auf nur wenige Quellen. In Deutschland beruhen die Daten seit Aussetzung der Vermögenssteuer im Jahr 1997 hauptsächlich auf Befragungen. Danach hat etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland praktisch kein Vermögen. Hingegen sind zwei Zehntel der Bevölkerung Eigentümer von rund 80 % des Vermögens. Weltweit konzentriert sich etwa 90 % des Vermögens auf das reichste Zehntel der Menschen, wobei 1 % der Menschen rund die Hälfte des Weltvermögens auf sich vereinen. Weiterführende Informationen können hier gefunden werden: https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland
<https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung>
<https://www.oxfam.de/blog/acht-acht-maenner-besitzen-so-viel-vermoegen-aermere-haelfte-menschheit>

Abb. 4: Verteilungs- und Wachstumswirkung des Geldumlaufs in Abhängigkeit von der mittleren Vermögensrendite in der Volkswirtschaft



Überwindung des Wachstumszwangs durch Gleichgewichtsgeld

Ein monetäres Wirtschaftssystem, das den dynamischen Auf- und Abbau von Vermögen zulässt und keinem Wachstumszwang unterliegt, erfordert ein Geldsystem, das nicht nur positive, sondern auch negative Vermögensrenditen systemisch ermöglicht. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Gewährleistung des Geldumlaufs sowohl bei positiven, neutralen wie auch negativen Vermögensrenditen.

Ein Geldsystem, das diesen Anforderungen entspricht, ist das Gleichgewichtsgeld³, dessen zwei Systemregeln im Grundsatz von Martin Finger⁴ formuliert wurden:

- (1) Tägliche Guthabengeldschöpfung (Basis Einkommen) mit einem festen Betrag pro Kopf für jede teilnehmende natürliche Person
- (2) Geldvernichtung durch tägliche Löschung eines festen Prozentsatzes der Geldmenge

Im Unterschied zur Kreditgeldschöpfung im herrschenden Geldsystem, die u.a. Vermögen bzw. Eigentum und wirtschaftliche Aktivitäten voraussetzt, entsteht das Gleichgewichtsgeld einfach täglich aufgrund der Existenz der

3 Weitere Informationen sind im Hintergrundpapier „Gleichgewichtsgeld-Systematik“ zu finden, das unter <http://www.gleichgewichtsgeld.de/> abgerufen werden kann.

4 Siehe <http://martinfinger.de/> und <http://credere.eu/>

(teilnehmenden) Menschen (exogene statt endogene Geldschöpfung). Die gesamte Geldmenge ist durch die Anzahl der teilnehmenden Personen beschränkt. Eine unbegrenzte Ausweitung der Geldmenge ist, im Gegensatz zum bestehenden Geldsystem, nicht möglich. Die Geldvernichtung durch Löschung eines festen Prozentsatzes der Geldmenge ermöglicht sowohl positive wie auch negative Vermögensrenditen, denn wenn der jährliche Verlust von Geldvermögen auf Grund der festgelegten systemischen Löschrungsrate beispielsweise 12 % beträgt, lohnt sich z.B. eine sichere Geldanlage, die „nur“ 10 % Verlust im Jahr erzeugt, also eine negative Rendite von 10 % hat. Das tägliche prozentuale Schrumpfen des alten Geldes bei gleichzeitiger täglicher Neuschöpfung von Geld für jede natürliche Person hält das Geld bei negativen wie positiven Vermögensrenditen in Umlauf.

Außerdem bewirken diese Systemregeln eine Gleichverteilung des Geldes. Die Gleichverteilungswirkung ist umso größer, je höher die Löschrungsrate ist. Die Löschrungsrate kann daher als Solidaritätsparameter aufgefasst werden. Die Gleichverteilung des Geldes wirkt der Ungleichverteilung des Marktes entgegen, hebt diese aber nicht vollständig auf. Ein monetäres Wirtschaftssystem, das Gleichgewichtsgeld als alleiniges Zahlungsmittel benutzt, kann daher als Solidarische Marktwirtschaft, bezeichnet werden und würde eine spezielle Form der Solidarischen Ökonomie darstellen.

Trotz der Gleichverteilungswirkung des Geldes wären unterschiedliche, marktwirtschaftlich gebildete, Löhne und eine gewisse Ungleichverteilung der Sachvermögen in einer Solidarischen Marktwirtschaft der Normalzustand. Die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen wäre im Vergleich zum herrschenden Wirtschaftssystem aber deutlich geringer.

Im Unterschied zum Kreditgeld ist beim Gleichgewichtsgeld die Geldzirkulation auch ohne positive Vermögensrenditen gewährleistet. Dadurch kann ein monetäres Wirtschaftssystem, das Gleichgewichtsgeld als alleiniges Zahlungsmittel benutzt, sowohl wachsen als auch schrumpfen oder stagnieren (vgl. Abbildung 4).

Ein derartiges Wirtschaftssystem wäre also wachstumsneutral. Der Ersatz von ineffizienten Technologien durch Effizienztechnologien würde dann ermöglichen, dass die Menschen bei konstantem Konsumniveau weniger Erwerbsarbeit leisten müssten und gleichzeitig der Verbrauch natürlicher Ressourcen zurückgeht. Durch Gleichgewichtsgeld können also Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden.

Das Klima-Bündnis

Als Gründungsdatum des Klima-Bündnis gilt ein Arbeitstreffen im August 1990 mit Vertreter*innen aus zwölf Kommunen, Delegierten von sechs indigenen Organisationen sowie VertreterInnen 15 weiterer Organisationen (Unis, NGOs etc.). Die Anwesenden aus den drei europäischen Ländern Österreich, Deutschland und der Schweiz sowie aus Amazonien verabschiedeten bereits ein umfangreiches Arbeitsprogramm, das von Kooperationsprojekten mit den Regenwaldvölkern bis zu kommunalen Klimaschutzprogrammen reichte.

Als formale Organisation wurde das Klima-Bündnis der europäischen Städte erst im März 1992 von Delegierten aus 16 Kommunen aus den Ländern Österreich, Deutschland, Italien und den Niederlanden etabliert. Zu diesem Zeitpunkt wird bereits von 123 Mitgliedern aus den oben genannten vier europäischen Ländern berichtet. Einzige Grundlage des Beitritts war bis dahin die Zustimmung zum „Manifest europäischer Städte zum Bündnis mit den indigenen Völkern Amazoniens“. Zur formalen Gründung wurde das Manifest zu einer Satzung eines gemeinnützigen Vereins umgeschrieben.

Im Manifest verpflichteten sich die Kommunen im Norden in dieser Gründungsphase zum ökologischen Umbau, d.h. dazu, bis zum Jahr 2010 ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Basisjahr 1989 zu halbieren. Die indigenen Völker verpflichteten sich dazu, ihren Wald zu schützen, sodass dieser weiterhin als Senke für CO₂ dienen kann.

Nachdem immer deutlicher wurde, dass die meisten Kommunen die Halbierung ihrer Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2010 nicht erreichen können, wurde auf der Mitgliederversammlung 2007 eine Neufassung des Klima-Bündnis-Ziels beschlossen, die im Wesentlichen vorsieht, dass der CO₂-Ausstoß alle 5 Jahre um 10 % reduziert wird und der wichtige Meilenstein der Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 bis spätestens 2030 erreicht wird.

Inzwischen sind rund 1.700 Kommunen aus 26 europäischen Staaten Mitglied im Klima-Bündnis. Das Klima-Bündnis⁵ ist auf folgenden kommunalen Tätigkeitsfeldern im Bereich des Klimaschutzes, der Anpassung an den Klimawandel und der Klimagerechtigkeit aktiv:

- Erfahrungsaustausch,
- Darstellung guter Beispiele,

5 Weitere Informationen sind hier verfügbar: www.klimabuendnis.org; Wir sind alle Zeugen: Ausstellungen des Klima-Bündnis – <http://overdeveloped.eu/de/inspiration/exhibitions.html>

- Beratung der Mitglieder,
- Entwicklung von methodischen Ansätzen und Instrumenten,
- Entwicklung und Organisation von Kampagnen und gemeinsamen Aktionen,
- Förderung der Zusammenarbeit europäischer Kommunen mit indigenen Völkern,
- Bildungsarbeit,
- Interessenvertretung der Kommunen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Das Klima-Bündnis folgt bei seiner Arbeit *fünf Klimaschutz-Prinzipien* (siehe Abbildung 5), wodurch es sich von anderen Organisationen unterscheidet. Aufgrund dieser Prinzipien sind beispielsweise die Abscheidung von CO₂ und dessen gasförmige Einlagerung unter der Erdoberfläche oder die monetäre Kompensation von Treibhausgasemissionen aus Sicht des Klima-Bündnis ungeeignete Maßnahmen für den Klimaschutz.

Die Arbeit des Klima-Bündnis basiert auf der Einsicht, dass die Herausforderungen des Klimawandels globale Perspektiven und lokale Lösungen erfordern. Deshalb unterstützen wir Klimaschutz in europäischen Kommunen und setzen uns gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern, den indigenen Völkern Amazoniens, für den Erhalt und Schutz der Regenwälder ein.

Abb. 5: Die Klimaschutz-Prinzipien des Klima-Bündnis



Über die Hälfte der weltweit noch verbliebenen tropischen Regenwälder befinden sich im Amazonasgebiet. Sie haben eine besondere Bedeutung für den globalen Klimaschutz. Die indigenen Völker in dieser Region nutzen ihren Wald

nachhaltig und verfügen über tiefgehende Kenntnisse ihrer Umwelt. Obwohl in international anerkannten Vereinbarungen wie der „UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker“ und in der „Konvention Nr. 169“ der Internationalen Arbeitsorganisation festgeschrieben, werden die Rechte Indigener oft nicht respektiert. Indigene Völker setzen sich für den Schutz ihrer Gebiete ein und kämpfen gegen großflächigen Ressourcenabbau und flächendenkende Monokulturen. Auch Megastaudämme oder Kompensationsprogramme – vermeintliche „Lösungen“ gegen Klimawandel, die ohne Rücksicht auf Lebensraum und Kultur implementiert werden – bedrohen ihre Lebensgrundlage.

Wie viele andere Bevölkerungsgruppen, deren Lebensunterhalt direkt von der Nutzung der natürlichen Ressourcen abhängt, sind indigene Völker, die in sensiblen Ökosystemen leben, am stärksten vom Klimawandel bedroht – obwohl sie selbst kaum dazu beitragen. Die Tatsache, dass der Klimawandel nicht nur ein ökologisches, sondern gleichsam ein soziales und wirtschaftliches Problem ist, wird erschreckend deutlich, wenn es um die Rechte indigener Völker geht.

Doch unser gegenwärtiges Sozial- und Wirtschaftssystem bietet hierauf keine Antworten. Stattdessen fördert es die Produktion und die Anhäufung von Gütern in einigen Regionen der Welt auf Kosten natürlicher Ressourcen, Gesundheit und Lebensräume anderer. Die Auswirkungen unserer Konsumkultur sind verheerend.

Wollen wir uns diesen Herausforderungen wirklich stellen, ist ein umfassender Ansatz nötig. Basierend auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung müssen wir globale Beziehungen und gegenseitige Abhängigkeiten anerkennen, und uns verpflichten, die Anstrengungen auf Verteilungsgerechtigkeit und Erneuerung auszurichten. Klimagerechtigkeit fordert nachhaltige, lokale Lösungen, die zu einem guten Leben für alle Menschen weltweit beitragen.

Seit seiner Gründung im Jahr 1990 stehen das Klima-Bündnis und seine Mitgliedskommunen für Klimagerechtigkeit und ganzheitliche, lokale Lösungen. Klimaschutz funktioniert am besten, wenn er auf lokaler Ebene geplant und umgesetzt wird – sei es in europäischen Kommunen oder in den indigenen Territorien Amazoniens. Die Partnerschaft zwischen europäischen Kommunen und indigenen Völkern des Amazonasgebiets spiegelt sich in der Arbeit des Klima-Bündnis in der Kooperation mit dem Dachverband der indigenen Völker des Amazonasbeckens (COICA) wider. Die direkte institutionelle Unterstützung und der Sitz der COICA im Vorstand des Klima-Bündnis tragen

dazu bei, dass die Interessen der indigenen Völker gewahrt und in unserer Strategie repräsentiert werden. Die COICA vertritt neun nationale indigene Organisationen aus dem gesamten Amazonasgebiet, hilft deren politische Aktivitäten zu koordinieren und gibt ihnen eine Stimme auf regionaler und internationaler Ebene. Das Klima-Bündnis unterstützt die politische Arbeit wie auch die rechtliche Anerkennung der indigenen Territorien als einen unerlässlichen Schritt hin zu einer gerechteren Klimapolitik und dem Schutz der Regenwälder.

Um die Idee der Klimagerechtigkeit zu verwirklichen und dem Klimawandel entgegen zu treten, sind starke globale Bündnisse gefragt: Brücken zwischen indigenen Gemeinden und europäischen Kommunen zu bauen, ist deshalb ein wichtiger Aspekt in diesen Bestrebungen. Institutionelle Unterstützung, Stärkung der politischen Einbindung der indigenen Völker in internationale Prozesse und die Förderung von Gemeinde-Projekten im Amazonasgebiet – die Bandbreite der Aktivitäten im Bereich Klimagerechtigkeit ist groß! Wichtig ist uns bei diesen Aktivitäten, dass die Projektideen von den Partnern vor Ort kommen. Die direkten Partnerschaften zwischen indigenen Gemeinden und europäischen Kommunen sind Pfeiler der Brücken zwischen Europa und Amazonien. Wir arbeiten mit Städten und Gemeinden in ganz Europa zusammen und stärken das Bewusstsein für die globalen Herausforderungen, denen sich indigene Völker stellen müssen.

Von Projekten mit indigenen Organisationen bis zu Studienreisen, von direkter Zusammenarbeit mit indigenen Gemeinden zu Informationskampagnen – für die Mitglieder im Klima-Bündnis gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich für Klimagerechtigkeit einzusetzen.

Beispiele direkter Unterstützung der indigenen Völker

Angriffe auf indigene Gemeinden, illegale Abholzungen und Ölbohrungen auf indigenen Territorien – solche Ereignisse sind im Amazonasgebiet leider oft Alltag. Diese Übergriffe zerstören die Lebensgrundlage der dort lebenden Menschen und tragen gleichzeitig zum Klimawandel bei. Für viele indigene Völker ist es oftmals sehr schwierig, rechtlichen Beistand zu finden, um Übergriffe einzudämmen und Verbrechen vor Gericht zu bringen.

Um indigene Rechte zu verteidigen, unterstützen Klima-Bündnis-Mitglieder seit 1996 einen Rechtshilfefonds. Der Fonds finanziert Anwalts- und Verfahrenskosten. So wurde bereits der Freispruch mehrerer indigener Vertreter*in-

nen erreicht, die von Bergbau-Unternehmen verklagt wurden. In vielen Auseinandersetzungen geht es um das Eindringen von Erdölfirmen in indigene Gebiete.

Solarlampen – Peru

Da die meisten indigenen Gemeinden keinen Zugang zum Stromnetz haben, sind sie auf Dieselgeneratoren und Öllampen, z. B. zur Beleuchtung ihrer Häuser, angewiesen. Diese Energie ist nicht nur relativ teuer, sondern aufgrund der Abgase und Rauchentwicklung auch gesundheitsschädlich. In Peru unterstützen Mitglieder des Klima-Bündnis die indigene Bevölkerung mit einem Solarlampen-Projekt. Der Zusammenbau und Vertrieb der Lampen wird durch die Gemeinden vor Ort selbst organisiert. Mit der finanziellen Unterstützung tragen unsere Mitglieder zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei und stärken das lokale Umweltbewusstsein.

Rio Negro

Partnerschaften sind eine gute Möglichkeit für Kommunen, das große Ganze zu erfassen und sich für globale Klimagerechtigkeit einzusetzen. Ein gutes Beispiel ist das Klimabündnis Österreich, das eine besondere Partnerschaft mit der FOIRN, dem Dachverband der indigenen Organisationen am Rio Negro in Brasilien, eingegangen ist. Über diese Kooperation haben Klimabündnis-Mitglieder in Österreich die indigenen Gemeinden am Rio Negro seit 1993 beim Erhalt ihrer Regenwälder politisch und finanziell unterstützt.

München

Seit fast 20 Jahren unterstützt die Stadt München im Rahmen ihrer Klima-Bündnis-Mitgliedschaft aktiv die Asháninka in Peru – eines der größten indigenen Völker im Amazonasgebiet.

VertreterInnen der Asháninka kommen regelmäßig nach München, halten Vorträge bei verschiedenen Veranstaltungen und Bildungseinrichtungen, z. B. zu den Auswirkungen des Klimawandels auf ihr Leben oder den Herausforderungen durch den Rohstoffabbau.

Im Gegenzug fördert die Stadt München die Asháninka durch Öffentlichkeitsarbeit und mit vielen kleineren Nachhaltigkeitsprojekten zur Stärkung ihrer territorialen und kulturellen Rechte.

Diese Beispiele zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der wichtigen Arbeit, die das Klima-Bündnis mit seinen Mitgliedern durch direkte Partnerschaften mit indigenen Völkern leistet.

Erhalt von Vielfalt in solidarischen Ketten – Berglandkräuter aus Hessen¹

Ute Kern und Monika Rehs

Die Entstehung des Unternehmens Berglandkräuter aus Hessen GbR

Gegründet wurde das Unternehmen 1995 von Thomas Kurowski auf dem Tannenhof in Bebra-Imshausen, aus der Betriebsgemeinschaft Tannenhof heraus, wo Kurowski im BIO-Anbau gewirkt hat. Nach seiner beruflichen Umorientierung hat Kurowski seit 2008 Nachfolger für sein eingeführtes Unternehmen gesucht.

Monika Rehs, ehemals Grebe-Schuchhardt, arbeitet seit 2003 unter anderem in der Kommissionierung Bearbeitung von Kundenaufträgen und im Wareneinkauf für das Unternehmen. Zusammen mit ihrer Freundin Ute Kern übernahm sie das Unternehmen Berglandkräuter in der Rechtsform einer GbR im Oktober 2010. Das Unternehmen besteht zurzeit aus den beiden Inhaberinnen und drei Mitarbeiterinnen als geringfügig Beschäftigte.

Da Monika schon gut im Unternehmen eingearbeitet war, gab es im Tagesgeschäft bereits relativ routinierte Abläufe. Trotzdem war vieles für beide Neuland. Verantwortung für damals zunächst eine Mitarbeiterin, Organisation des betrieblichen Alltags, Arbeitsverteilung, Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr. Nicht zuletzt musste auch die zukünftige Ausrichtung geplant und das öffentliche Erscheinungsbild (u. a. ein neues Logo) für die Berglandkräuter gestaltet werden. Das alles erforderte immer wieder neue Diskussionen, Planung, Absprachen, Geduld und viel Toleranz.

Es galt aber auch, als neues Team Vertrauen aufzubauen zu dem bereits vorhanden Kundenstamm und den vielen Lieferanten. Kannten doch die Kräuteranbauer Thomas Kurowski bereits seit Jahren und hatten eine zu ihm

¹ Berglandkräuter aus Hessen GbR · Am Molkenborn 14 · 36179 Bebra-Braunhausen; – <https://www.berglandkraeuter-shop.de>

verlässliche Geschäftsbeziehungen aufgebaut. Uns war es sehr wichtig, diese Beziehungen zu bestätigen, zu stärken und nach den jeweiligen Kapazitäten noch auszubauen. Wir haben feste Lieferanten-Beziehungen und hoffen sehr, dass der Anbau überall weitergeht. Es gibt keine schriftlichen Verträge, aber wir haben feste Kooperationsverhältnisse.

Wir beiden Geschäftsführerinnen sind überzeugt von der Qualität unserer in Hessen und Rheinland-Pfalz, im fränkischen Raum und in Niedersachsen angebauten Kräuter. Schließlich ist der regionale Anbau die Grundlage unserer Geschäftsphilosophie. Wobei für uns „regional“ angesichts der globalen Verfügbarkeit von Bio-Lebensmitteln mittlerweile deutschlandweit heißt.

Mittlerweile kennen wir (Monika Rehs und Ute Kern) ebenfalls viele unserer Zulieferer persönlich und wissen, wo die zu 100 Prozent biologisch aufgezogenen Kräuterpflanzen ökologisch angebaut werden und welche Produktwege sie nehmen. Viele der regionalen Anbauer werden nach strengen Bioland-Verbands Richtlinien zertifiziert. Demzufolge können sie Gentechnikfreiheit und Naturreinheit garantieren. „Bio“ bedeutet für uns aber mehr als nur Marktstrategie. Wir beiden Kräuterfrauen sehen „Bio“ als Lebensphilosophie an – gegründet auf Nachhaltigkeit und Respekt: Es ist eine Einstellung zum Leben, die sich nicht nur in Anbaurichtlinien manifestiert. Es ist die ganzheitliche Betrachtung des Produkts, die Wertschätzung gegenüber den Menschen die sie anbauen und betreuen und nicht zuletzt gegenüber den Mitarbeiterinnen und uns selbst.

Transparenz, Qualität und Offenheit – die Philosophie der Berglandkräuter GbR

Wie wichtig der ständige Austausch im ganzen Vermarktungskreislauf zwischen Anbauer, Händler und Kunden ist, zeigt sich auch in der Abhängigkeit von weiteren Parametern wie Qualitätsunterschieden und Erntemengen durch Wetterbedingungen. Wir bieten den Anbauern eine jährlich garantierte Abnahme der geordneten Kräutermengen an, im Gegenzug benötigen wir unbedingte Rückmeldungen bei Ernteverzug, Ernteaussfällen bzw. Qualitätsmängeln etc.

Da es die hochwertigen Kräuter nicht bei jedem Großhändler gibt, ist es von entscheidender Bedeutung, rechtzeitig zu reagieren und uns weitere Bezugsquellen zu suchen. Hier können wir auf ein Netzwerk von Anbauern und den Ökoplant-Verein zurückgreifen.

Es erfordert schon einiges an Zeit und Geduld, immer wieder Rücksprache zu halten, aber genau diese Nähe und der Austausch mit den Anbauern über



Monika Rehs und Ute Kern © Berglandkräuter

ihre Belange und dieses den Kunden weiterzuvermitteln ist das Wertvolle an unserer täglichen Arbeit.

Zu unserem Kundenkreis zählen u. a.:

- ▶ Weiterverarbeiter wie z. B. Käsereien, Fleischereien, Hofmetzger, Bäckereien und Zulieferer für diese Betriebe,
- ▶ Ernährungsberater, Heilpraktikerinnen, Hebammen, Kräuterberater/Phytotherapeuten,
- ▶ Hofläden, Bioläden, Naturkostläden, Biokisten, Teegeschäfte & Direktkunden.

Unsere Kunden sind an eine hohe Qualität gewöhnt. Daher ist es wichtig, sie über nicht vorhandene Kräuter, oder über Qualitätsschwankungen zu unterrichten. Transparenz versuchen wir auch durch unsere Etikettierung zu vermitteln. Außer dem gesetzlich vorgeschriebenen Standard können wir auch die aktuelle Länderherkunft des jeweiligen Inhaltsstoffes angeben. Ebenso geht

es uns mit der Verpackung: Ganz nach unserem Credo „Der Inhalt ist, was zählt“ verzichten wir auf eine aufwändige Verpackung mit teuer eingekauften, optisch reizvollen Tüten. Viel lieber verwenden wir die schlichten Tee- und Gewürztüten, die entweder komplett aus Papier sind, oder PP-Beutel, die die Sicht auf die schönen bunten Mischungen freigeben. Auch hier ist die Nähe zum Kunden und der Austausch über solche, eher nichtig scheinenden Dinge überaus wichtig. Nur wenn wir den Einzelhändlern und deren Mitarbeiter*innen unsere Intention hinter der schlicht gewählten Verpackung vermitteln können, ist es möglich, die Kundschaft für hochwertige Produkte und nicht für deren Verpackung zu begeistern.

Moderates Wachstum

Seit der Übernahme der Berglandkräuter können wir jedes Jahr ein kleines aber stetiges Wachstum verzeichnen. Wir sagen natürlich gerne Ja zum Wachstum, aber moderat muss es sein und bleiben. Wir möchten hochwertige Produkte vermarkten, das liegt uns am Herzen. Also müssen wir berücksichtigen, was die Anbauer leisten können. Auch ist es für uns wichtig, dass der Betrieb in einer für uns überschaubaren Größe bleibt. Wie bereits erwähnt, haben wir derzeit drei Mitarbeiterinnen auf 450-Euro-Basis beschäftigt, was für uns auch ein gewisses Maß an Verantwortung für diese Frauen bedeutet, die wir nicht überstrapazieren möchten.

Oftmals sind die aus dem Ausland eingeführten Waren billiger im Einkauf, als die im eigenen Land angebauten. Der eingeführte Mindestlohn, die steigenden Energiekosten für die Landwirte und nicht zuletzt der Preisdruck durch importierte Produkte machen es oft schwierig, die Notwendigkeit von Preissteigerungen an die Verbraucher zu vermitteln. Hier können wir nur mit sehr guter Qualität und der Vielfalt unserer heimischen Produkte punkten.

Die aktive Werbung für unsere Produkte in den vergangenen Jahren und das Eingebunden-Sein in unterschiedliche Netzwerke haben unseren Bekanntheitsgrad hierzulande sehr erhöht. Es gibt häufig positive Rückmeldungen bzw. Erstaunen über unseren bislang eher im Verborgenen agierenden Betrieb.

Verschiedene Gruppierungen nehmen gerne die Möglichkeit von Betriebsbesichtigungen sowohl bei uns im Haus, als auch bei unserem Lieferanten Tannenhof im Nachbarort Imshausen wahr. Aus unserer Sicht nimmt das Bewusstsein für regionale Produkte bei einer immer größer werdenden Zahl von Konsumenten an Bedeutung zu. Wir sind immer wieder gerne bereit Besuchergruppen zu empfangen, uns den Fragen und Antworten zu stellen und Anregungen in unsere Zukunftsplanungen einzubeziehen.

Frieden und Genossenschaften

Claudia Sánchez Bajo

Einleitung

Infolge der Häufung von Gewaltausbrüchen in den letzten Jahrzehnten hat die Friedensforschung an Aufmerksamkeit gewonnen. Das Muster der Gewaltausbrüche im 21. Jahrhundert ist nicht das des 20. Jahrhunderts: konfliktträchtige Regionen unterhalb der nationalen Ebene erfahren zyklisch solche Ausbrüche (Weltbank, Entwicklungsreport 2011). Unterschiedliche Konfliktformen struktureller, kultureller und politischer Art bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen haben Millionen Menschen in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr dagewesenen Ausmaß entwurzelt und in die Flucht getrieben. Länder auf dem Weg der Flüchtlinge, wie auch die angestrebten und besonders die hochentwickelten, reichen, konnten sich auf keine Lösung der Flüchtlingsproblematik einigen. In einer Welt die unter den Folgen der globalen Krise von 2007 bis 2008 leidet, in der in vielen Nationalstaaten Strukturreformen und Sparpolitik angesagt sind, dominiert ein Misstrauen in das politische System und die Eliten. Extremisten säen Hass und polarisieren mit allzu vereinfachender Polemik.

Was ist Frieden? Und welcher Zusammenhang besteht zwischen Frieden, Kooperativen und solidarischer Ökonomie? Eine Vielzahl aktueller Untersuchungen haben den „liberalen Frieden“ im Auge, das heißt vertragliche Absprachen im politischen und im Geschäftsleben. Gleichzeitig streben andere im Gedanken an Kooperation und Solidarität nach alternativen Friedensbegriffen.

Dieser Aufsatz besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil liefert uns Johan Galtung die Unterscheidung zwischen *negativem* und *positivem Frieden*¹, um

1 Negativer Frieden ist die Abwesenheit oder Reduktion von Gewalt, Positiver Frieden schafft die Bedingungen dafür, dass die Ursachen für die Gewalt ausgeschaltet werden, einschließlich direkter kultureller oder struktureller Ursachen, später kommen wir darauf zurück (Galtung, Johan (1969) Violence, Peace and Peace Research, Journal of Peace Research 6(3): 167–191).

Frieden von Gewalt zu unterscheiden. Entlang der untersuchten etymologischen Wurzeln, kann man im 12. Jahrhundert eine konzeptionelle Veränderung beobachten, das Wort *Frieden* reist von Frankreich nach England. Es erfährt im 17. Jahrhundert zur Zeit der frühen Aufklärung eine weitere konzeptionelle Veränderung. Diese birgt eine Spannung in sich, die bis heute nicht aufgelöst worden ist. Im zweiten Teil betrachten wir Forschung zu Friedensaufbau, Wirtschaft und Gesellschaft. Hier taucht „*positiver Frieden*“ sowohl theoretisch als auch methodisch wieder auf. Gibt es eine Perspektive für Friedensaufbau als fördernder, lebendiger, schützender, sicherer Raum und Lebensumwelt? Im dritten Teil wird Friedensstiftung im Zusammenhang mit Genossenschaften und Solidarischer Ökonomie diskutiert, aufbauend auf Selbstorganisation, Demokratie, Gleichheit, Solidarität und Bildung.

Teil 1. Das Konzept des Friedens

1.1. Frieden von Gewalt unterscheiden

Was ist Frieden? Frieden ist zentral für Menschen um zu überleben. Auf den ersten Blick ist Frieden eine Situation, die zwei Seiten hat: Einerseits ist er ein sicherer Raum, ein Zufluchtsort, an dem man sich erfreuen kann und andererseits bezieht er sich auf ein Subjekt, das so eingebettet ist, dass es in der Lage ist, das größtmögliche menschliche Potential zu entwickeln, sowohl in Bezug auf Fertigkeiten als auch in Bezug auf ein Bewusstsein und das Streben danach, erkannte Bedürfnisse zu befriedigen. So kann man Frieden wie eine Art Kontinuum begreifen, danach gehört er sowohl zur individuellen als auch zur sozialen Sphäre.

Schlägt man im Wörterbüchern nach, so ist Frieden der Gegensatz zu gewaltsamem Konflikt oder Krieg. Nach dieser Sichtweise sollte man sich auf den Krieg vorbereiten, um andere zu besiegen. Nach Thomas Hobbes, ist Frieden die Abwesenheit von Krieg. Krieg ist die natürliche Situation für menschliche Wesen. Für eine andere Denkrichtung, nach Hugo Grotius, wird Krieg geführt, um Frieden zu erreichen, und daher ist es besser in Bezug auf die Rechte zur Regulierung des Krieges übereinzustimmen (Grotius Book 1, Art.1²). Die erste Schule hat die Grundlage für Polemology, nämlich das Studium von Krieg, gelegt. Die zweite Schule, die Irenisten (von *eirene*, Frieden auf Griechisch), einschließlich Erasmus und Grotius, hat zugunsten von Ökumene, Gerech-

2 Hugo Grotius: On the Law of War and Peace (*De Jure Belli ac Pacis*), Paris, 1625; Amsterdam, 1631.

tigkeit und Gesetz argumentiert. Für Erasmus von Rotterdam bedeutete Frieden beides: die Voraussetzung für persönliche Entfaltung und die für ein Rechtssystem.³ Für Jean-Jacques Rousseau bedeutete Frieden zwischen Vertragspartnern nicht mehr als eine zeitweilige Übereinkunft, die nach einer übergeordneten Organisation verlangt: *„einigen wir uns also darauf, dass die Mächte Europas sich in andauerndem Kriegszustand mit einander befinden und die einzelnen Verträge zwischen ihnen ihrer Natur nach eher flüchtige Übereinkünfte bedeuten als wirklichen Frieden. Weil selten andere als die Vertragspartner eine Garantie für solche Verträge übernehmen oder weil die Vertragsrechte die jeweiligen Kontrahenten nie hinreichend bindend festlegen oder auch weil Mächte, die keine übergeordnete irdische Instanz anerkennen, ihre Ansprüche für Recht halten, kommt es unweigerlich zu neuen Kriegen sobald veränderte Umstände den Ansprüchen entgegen kommen“*.⁴

Immanuel Kant erweitert das Recht eines Volkes (*ius gentium*) durch eine bürgerliche Verfassung, die universelle Bürgerrechte definiert. Auf die ganze Welt übertragen, bedeutet das die Idee einer Föderation freier Republiken, die nicht vom Nationalgedanken ausgeht.⁵ Viel später wird Albert Einstein 1946 einen Aufruf zum Frieden unterzeichnen: Frieden bedeutet nicht einfach keinen Krieg, erst durch Recht und Gesetz kann es zum Frieden kommen.⁶

Überlegungen zum Frieden bringen zum Ausdruck, dass man sich auf Frieden vorbereiten muss (nicht auf Krieg) und dies in erster Linie ohne Gewalt. Gewalt und Frieden sind zweierlei. Der Gegensatz von Gewalt ist Gewaltlo-

3 Erasmus, D. The Complaint of Peace, 1521, Art 17: „Again, the prophet Isaiah calls the work of righteousness, peace“.

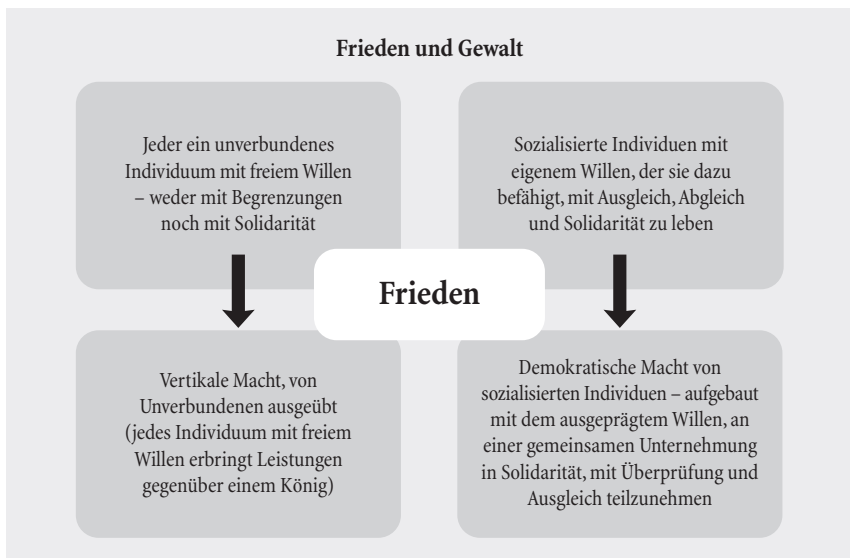
4 (d. Ü.) <http://perpetualpeaceprojekt.org/resource/rousseau.php>. Rousseaus „Der Plan für Ewigen Frieden“ (1761) war eine veröffentlichte Version des Abbé Saint-Pierre Planes, der eine Föderation der Europäischen Staaten favorisierte.

5 „Der Friedenszustand unter Menschen, die neben einander leben, ist kein Naturstand (status naturalis), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d. i. wenn gleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muss also gestiftet werden; denn die Unterlassung der letzteren ist noch nicht Sicherheit dafür, und, ohne dass sie einem Nachbar von dem andern geleistet wird (welches aber nur in einem gesetzlichen Zustande geschehen kann), kann jener diesen, welchen er dazu aufgefordert hat, als einen Feind behandeln.“ – Immanuel Kant, 1795, Ewiger Frieden: Ein philosophischer Entwurf, Sektion II, Enthält die entscheidenden Artikel für den Ewigen Frieden zwischen Staaten. Siehe <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Zweiter+Abschnitt,+welcher+die+Definitivartikel+zu+m+ewigen+Frieden+unter+Staaten+enth%C3%A4lt>

6 „Frieden ist nicht die bloße Abwesenheit von Krieg, sondern die Anwesenheit von Gerechtigkeit und Gesetz von Ordnung – kurz, von Regierung“, in: Einstein on Peace, 2017, Kapitel 12, Militancy 1946, von Albert Einstein, Otto Nathan und Heinz Norden (Hrsg.). Simon and Schuster, New York, 1960.

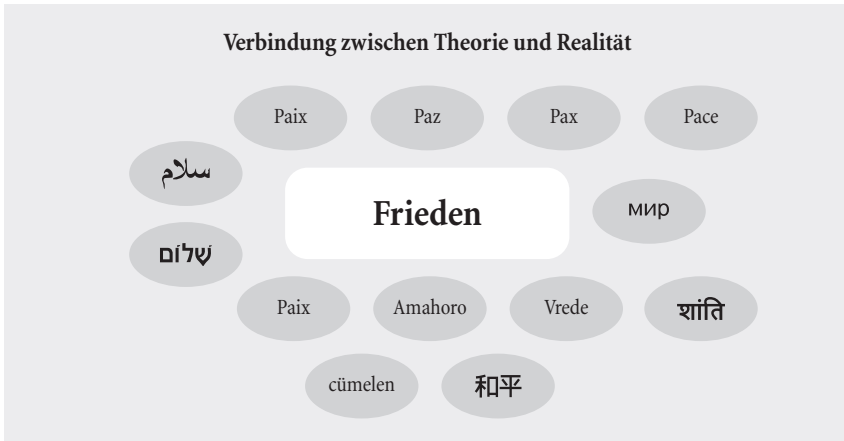
sigkeit, Leben ohne Gewalttätigkeiten. Frieden bedeutet Gewaltverzicht und steht damit auch für Vergebung. Das Gegenteil von Frieden kann Gewalt bedeuten, ist aber nicht von vornherein Gewalt. Es ist eher das Nicht-Anerkennen des Anderen auf gleicher Ebene und/oder die Unfähigkeit sich in der Welt zurechtzufinden und sich zum Ausdruck zu bringen. Das kann in Gewalttätigkeit münden und führt zum Krieg.

In den Überlegungen zum Frieden scheinen sich zwei Hauptstränge abzuzeichnen: a) einer, der auf einer dualistischen Sicht von Machtverhältnissen beruht mit dem Gedanken, dass ein Gewinner und ein Verlierer vertraglich übereinkommen; b) ein zweiter, der eine Verbreiterung und Verteilung der Machtverhältnisse auf solidarischer Grundlage vorsieht, die in der Praxis durch Überprüfung und Umverteilung entsteht. Im ersten Fall kommen vertikale Leitungsstrukturen zum Zug in denen abweichende Ansichten im Rahmen bleiben oder unterdrückt werden. Im zweiten Fall müssen Gleich und Ungleich, Abweichung und Übereinstimmung in verteilten Machtverhältnissen miteinander auskommen. Diese beiden Sichtweisen in ihrer unterschiedlichen Auffassung von Individuum und Gesellschaft, dargestellt im nachfolgenden Schema, kommen weiter unten mit Bezug auf geschäftliche Betriebsorganisation wieder zur Sprache.



© Dr. Claudia Sánchez Bajo

1.2. Etymologische Wurzeln und konzeptionelle Veränderungen



© Dr. Claudia Sánchez Bajo

In den meisten Sprachen bedeutet Frieden etymologisch in einer „Weltsicht“ zu leben, was den Menschen ermöglicht zu sehen, wie sie sich in einer Welt oder einem Kosmos befinden. Frieden ist ein Zufluchtsraum dafür, dass Leben stattfinden kann. Zusätzlich, da Menschen zusammenleben, ist es ein Raum, der geteilt wird. Das heißt, es geht um Zusammenleben in einer freundlichen oder harmonischen Weise, die aber auch notwendigerweise einige Differenzen der Sichtweisen enthält, welche einen Dialog und eine Aussöhnung erfordern. Das ist die Voraussetzung, um zusammen zu entscheiden und um möglicherweise konfligierende Auffassungen regeln zu können.

Diese Bedeutung von Frieden kann man in vielen Sprachen finden und es war wahrscheinlich dieses Verständnis von Frieden, das bis in das Spätmittelalter von den meisten Menschen geteilt wurde. Nachdem das Wort Frieden in die englische Sprache aufgenommen wurde, wurde seine Bedeutung vorwiegend eine der dualistischen Beziehung zwischen dem Gewinner und dem Verlierer. Er bedeutete nun eine Dominanz über alle anderen, einschließlich der Idee für Schutz oder Verzicht auf Gewalt zu bezahlen (in der Form eines Lösegeldes, aber auch eines Beitrags in Sachwerten, Steuern etc.). Frieden bedeutete nun einen Vertrag oder Pakt zwischen zwei Seiten, einschließlich des Ergebnisses. Zwischen dem 14. und 17. Jahrhundert, gab es eine neue Denkrichtung, die Frieden als lebendigen Frieden sah, wo Menschen soziale Wesen waren, daher rational in einem gemeinsamen Raum angesiedelt, wo es die Notwendigkeit für Solidarität und gemeinsames Wohlergehen gab.

Schauen wir uns Beispiele aus verschiedenen Sprachen an: In germanischen Sprachen, bedeutet „Frieden“ Frieden und Stabilität aber auch Frieden der Seele und Ruhe, davon kommt Zufriedenheit (*fem.*) (*genitive Zufriedenheit, pl.*) Behagen und Befriedigung.⁷ Auf Schwedisch heißt *fred* Frieden als Gegenteil von Krieg, während *frid* für religiösen oder legalen Frieden benutzt wird, wie ein höherer Frieden, der für bestimmte Personen, Zeiten, Orte oder Bedingungen angewandt wird, wenn man über Zufluchtsort spricht.⁸ Genau dieses germanische Wort **fribuz* bedeutet beides: Frieden und Ruhe, aber auch Heilige Stätte und Zufluchtsort.^{9,10}

Das chinesische Wort für Frieden, 和平 (*heping*), führt zwei Konzepte von Zusammengehörigkeit und Gleichheit zusammen. *He* bedeutet „zusammen mit“, „Summe“, „harmonischer Bund“, „sich vermischen“ und *Ping* bedeutet „gleich“, „ausgewogen“. Wir können sehen, dass Frieden mehr bedeutet als die Idee von Vertrag oder Pakt als Resultat von Krieg oder Vermeidung von Konflikt und Krieg. Es bedeutet Zusammenleben und Teilen, Gleichheit, Zuflucht, Integrität, Ruhe, Sinnhaftigkeit und Ganzheitlichkeit. In Swahili, einer Bantu Sprache, kann *amahoro* nicht ins „Englische“ als Frieden übersetzt werden.¹¹ Das Hebräische Wort *shalom* bedeutet wie *amahoro* alles, was in Bezug zu Ganzheitlichkeit zu tun ist. *Shalom* schließt „Gesundheit“, „Wohlergehen“, „Heilung“, aber auch „Integrität“ und „Harmonie“ ein.¹² In Mapuche, in Südamerika, bedeutet *cümelen* „glücklich zu sein“, „in Frieden“, aber auch „was gut ist“. Die drei Elemente von Glück, was gut ist und Frieden passen zusammen.¹³ Das russische Wort für Frieden, мир, *mir*, bedeutet beides: „Frieden“ und „Welt“. Wie wir sehen, weltweite Friedensverständnisse eröffnen ein tieferes Verständnis von Frieden in Bezug zur menschlichen Verfassung, einschließlich zum inneren Frieden.

Schauen wir die erste konzeptionelle Veränderung genauer an. Frieden wurde Mitte des 12. Jahrhunderts in die englische Sprache als „Freiheit von ziviler Unordnung“ aufgenommen. Es kam vom modernen Französisch des 11. Jahrhunderts *paix*, und lateinischen *pax* als „Pakt, Übereinkunft, Friedensertrag, Ruhe, Abwesenheit von Krieg“. Indo-Europäische Wurzeln von Frieden kom-

7 <http://www.wordsense.eu/Zufriedenheit/>

8 <http://www.wordsense.eu/frid/>

9 <https://en.wiktionary.org/wiki/Reconstruction:Proto-Germanic/fri%C3%BEuz>

10 Webster's New World College Dictionary, 4. Auflage, 2010, Houghton Mifflin Harcourt.

11 <http://www.everydaypics.com/2011/02/03/amahoro-means-more-than-peace/>

12 <https://www.mennohealth.org/wp-content/uploads/2013/02/MHJ-2013.01.pdf>

13 <http://sanmartinandes.com/diccionariomapuche.htm>

men von **pag* und **pak*, weisen den Weg für die heute dominante Idee eines Vertrages, bei der es um eine dualistische Beziehung von Dominanz oder ausgeübter Macht gegen eine Zahlung, Steuer oder Abgabe geht.

Frieden ist einerseits von der Idee der Stabilität von Ordnung abgeleitet (**pak* bedeutet festmachen, festlegen). Auf der anderen Seite führt die andere Wurzel **pag* zur Idee der Zahlung und des festen Platzes. Das Wort *pago* bezieht sich also auf eine Dorfgemeinde, in der die Menschen festgesetzt wurden. *Pago* bedeutet auf Spanisch ländliches Dorf oder Siedlung und später *pais* (country auf Englisch). Das russische мир (*mir*) bedeutet, wie oben gesagt, Frieden und Welt, aber auch die zaristische russische Dorfgemeinschaft der Kleinbauern.

Um 1300, in Zeiten großer Revolten, veränderte sich das Konzept, das man in Europa vom Frieden hatte. Ab dem 12. Jahrhundert, nachdem das Wort Frieden über das Französische *paix* ins Englische übernommen wurde, wurde die Vorstellung von Pakt im Austausch für Abwesenheit von Störung dominant, während auf Altenglisch *frithu* Frieden als Sicherheit verstanden wurde.¹⁴

Diese Veränderung kam durch den historischen Machtwechsel in Europa zustande. Im Mittelalter (und in der beginnenden Renaissance) verlagerte sich die Macht nach Nordeuropa, während die italienischen Städte die Idee guter säkularer Regierung verfolgten, die am besten durch die berühmten Fresken im Palast von Siena, genauer in dem *Raum des Friedens* (*Sala della Pace*), dargestellt werden.¹⁵

Sehen wir uns an, wie sich dieser Übergang vollzog: Im Europa des 14. Jahrhunderts gab es von 1310 bis 1320 die Große Hungersnot, 1340 den Schwarzen Tod und Revolten wie die der Ciompi in Florenz, der Bauern in England, 1358 der Jacquerie in Frankreich und der Matins de Bruges in den Niederlanden. Es gab tiefe Konflikte in säkularen und religiösen Fragen, besonders in der katholischen Kirche mit dem Papsttum von Avignon von 1309 bis 1377, das sich auf das Ende des Templerordens auswirkte und zur katholischen Kirchenspaltung führte.

Konflikte gab es von 1337 bis 1453 auch zwischen England und Frankreich mit dem Hundertjährigen Krieg, der die beiden Länder in einen überzeugten Nationalstaatsaufbau führte, in dem nur der König Steuern erheben und eine Armee aufbauen konnte.

14 Oxford Dictionary of English, 2015, Seiten 28 und 1306 – siehe auch <https://e.oxforddictionaries.com/definition/us/peace>

15 Das Gleichnis Guter und Schlechter Regierung, Fresken in der Sala Dei Nove, wurden von Lorenzetti zwischen 1338 und 1339 erstellt.

Am Ende der ersten konzeptionellen Veränderung schloss die Idee des Friedens den Begriff der Solidarität, der Empathie und des ganzheitlichen Verständnisses der menschlichen Verfassung aus. Hobbes' *Leviathan* ist der bekannteste Verfechter für Frieden unter dem Machtmonopol zwischen dem Herrn und seinen Dienern. Dieses Argument führte zu Theorien unter anderem zu imperialen Mächten und Krieg, Abschreckung und *belle époque*, wo Frieden die Abwesenheit von Krieg oder von massiver organisierter, kollektiver Gewalt ist; vorausgesetzt die Subjekte sind dem Herrn vollkommen untertan. Gewaltsame Konflikte mussten durch bewaffneten Konflikt oder durch irgendein ideales mechanisches Gleichgewicht gelöst werden. George Washingtons „*auf Krieg vorbereitet zu sein ist eine der effektivsten Mittel, Frieden zu wahren*“, Grotius „*Aber weil Krieg um des Friedens willen geführt wird*“ (Book1 Seite 1), und Hegels „*Krieg ist Fortschritt, Frieden ist Stagnation*“, all das sind Beispiele dieses Friedensverständnisses.

Es ist kein Zufall, dass Petrarch der erste war, der 1330 von einem „*Dunklen Zeitalter*“ sprach im Vergleich zu dem Licht der griechischen und römischen Kultur.¹⁶ Diese Idee sollte dann zu der der „*Aufklärung*“ führen. Aber auf der anderen Seite erinnerten Catherine von Siena¹⁷, Franziskus von Assisi¹⁸ und Wycliffe¹⁹ in aller Demut und Bescheidenheit an die Notwendigkeit einer breiten Solidarität und Empathie füreinander und für die Natur durch Wohltätigkeit, soziale Aktion, politische Forderungen und Selbstorganisation.

Wir sehen, dass diese Ideen im 17. Jahrhundert mit Spinoza (1632–1677) und Plockhoy (mit seinem schriftlichen Aufruf und der Ansiedlung einer genossen-

16 Mommsen, Theodore (1942): Petrarch's Conception of the Dark Ages; *Speculum*, Cambridge MA, Medieval Academy of America, 17 (2): 227–228, DOI: 10.2307/2856364. JSTOR 2856364. – Thompson, Bard (1996): *Humanists and Reformers: A History of the Renaissance and Reformation*. Grand Rapids.

17 Sie schrieb: „to take the hatred out of his heart and bring him to peace with Christ crucified and his neighbor“ (cf. Letter CXXII, ed. Cit. II, 235) und „to make reforms not with war, but with peace and quiet, with the humble and continuous prayers“ (cf. Dialogue, chapters XV, LXXXVI, ed. Cit., pp. 44, 197). Nach Boland, ist ihre „attitude ... sustained by her frequent discussions of charity and tolerance, constantly urging her disciples and friends to put the highest possible construction on their neighbours' actions“, und sie unterstützte die Vielfalt: „...many characters, temperaments and practices coexist in the house of God“. Siehe Boland, Vivian (2012): Catherine of Siena as Spiritual Director and Pastoral Theologian. – Auch <http://vivianbolandop.blogspot.fr/search?q=siena> – Boland ist der Vikar des Leiters des Dominikanischen Ordens.

18 Siehe Franziskus von Assisis Zitate unter https://www.goodreads.com/author/quotes/149151.Francis_of_Assisi

19 Nach Rory Cox, 1014, kann John Wyclif als erster mittelalterliche Pazifist gesehen werden, der die Gewaltlosigkeit achtete. Siehe Rory Cox, John Wycliffe on War and Peace, *Studies in History*, New Series, Rochester, NY; The Boydell Press for the Historical Society, S. 159.

schaftlichen Allmende 1660–1664) wieder auftauchen, womit der Weg für die Akteure der Aufklärung und später für die Solidarische Ökonomie bereitet wird. Daran sollten wir uns erinnern, wenn heute die Friedensforschung Galtungen *positiven Frieden* zur Kenntnis nimmt. Spinozas Gedanken zum Frieden kann man in all seinen Texten finden; verbunden mit der Erklärung, dass Menschen soziale Wesen sind, die kooperieren und Mechanismen entwickeln müssen, um verschiedene Meinungen und Lebensformen zu bewältigen und dass dies am besten mit demokratischen Mitteln geschieht, mit Überprüfung und Ausgleich wie in einer Republik.

Menschen können dies am besten tun, wenn es eine Harmonie der Gemüter gibt: *„Also, wenn wir sagen, dass es die beste Situation ist, wenn Menschen ihr Leben in Harmonie verbringen. Ich spreche von menschlichem Leben, das nicht nur durch die Zirkulation charakterisiert werden kann [...] aber insbesondere durch Vernunft, die wirkliche Tugend und Leben des Geistes“* (Spinoza, Theologisch-Politische Schriften, Paragraph 5, S. 699). Die Verbundenheit aller Dinge und das Gefühlsleben allen Denkens erscheint in Spinozas *connexio rerum* mit dem Gedanken, dass es keinen „freien Willen“ gibt, solange es menschliche Freiheit *und* menschlichen Willen gibt, weil alles interdependent ist, auch wenn wir uns dessen nicht bewusst sind. Nach Spinoza steckt hinter unserem Glauben an den „freien Willen“ ein Versagen des Wissens als bloße Abwesenheit von Entschlossenheit oder Einfluss.

Gegen Hobbes' Vorstellung erklärt Spinoza, dass Frieden zu mehr Frieden führe: *„Denn Frieden ist nicht einfach kein Krieg, sondern eine Tugend, die ihren Ursprung in seelischer Stärke hat“* (Spinoza, Politische Schriften, Kapitel 5, S. 4). Der innere (seelische d. Ü.) Frieden wächst in einer Umgebung, in der sowohl Angstfreiheit herrscht als auch gegenseitige Hilfe gedeiht. Für Spinoza ist Freiheit ein Naturrecht der Menschen, sie müssen sich frei äußern können. Die Menschen sind soziale, sowohl rational als auch emotional veranlagte Wesen. Jeder Mensch erfährt, dass er lebt und ist sich seiner eigenen Existenz bewusst (Ethics siehe Teil 3, S. 9 und Teil 4, S. 8), aber ein klarer Verstand, gestärkt durch innere Ruhe, erzeugt Wissen und Selbsterkenntnis. Weisen und kenntnisreichen Menschen mag der Weg zu Frieden als seelische Stärke näherliegen. Wissen kennzeichnet die mächtigsten und besten, wirklich gewissenhaften Menschen (Ethics siehe Teil 5). Aber innerer Frieden sollte nicht eine rein innere persönliche Stärke sein, sondern sollte kohärentes Handeln in der Welt nach sich ziehen, *„in Wachsamkeit, mit richtigen Aktionen und Gedanken“* (Spinoza, Theologisch-Politische Schriften, Kapitel 4, S. 34).

Menschen irren sich und neigen zu negativen Emotionen und Abneigungen, aber sie sind soziale Wesen und müssen kooperativ sein, um zu leben und

Erfolg zu haben. *„Dennoch, sie finden einsames Leben selten erträglich, sodass für die meisten Menschen die Definition des Menschen als ein soziales Wesen auf große Zustimmung trifft. Und de facto führt die soziale Organisation von Menschen zu einem Ausgleich mit viel mehr Erfolg als Verlust [...] Menschen werden aus Erfahrung entdecken, dass sie viel leichter ihre Bedürfnisse durch gegenseitige Hilfe befriedigen können und dass sie ständig drohende Gefahren nur durch gemeinsame Anstrengungen abwehren können.“* (Spinoza, Ethics. Part IV, Of Human Bondage, or the Strength of the Emotions. AXIOM There is no individual thing in nature, Prop. 35, Corollary 2, Scholium, S. 338).

Spinozas ontologische Position, die er im Gemeinwesen entfaltet, führt zu gegenseitiger Hilfe und Übereinkunft durch Vernunft, um das Leben in Frieden und Gleichberechtigung, mit der Menschen von Natur aus ausgestattet sind, zu genießen.

Das bringt die ausnahmslose Anwendung des Rechts für alle und die Verteidigung derselben Rechte für alle: *„Wenn wir darüber reflektieren, dass Menschen ohne gegenseitige Hilfe oder die Hilfe der Vernunft sehr elend leben müssen, wie wir in Kapitel 5 klar nachgewiesen haben, werden wir ganz einfach sehen, dass Menschen notwendigerweise zu einer Übereinkunft zum Zusammenleben kommen müssen – so sicher und gut wie möglich; wenn sie die Rechte, die natürlich auf sie als Individuen zutreffen, voll genießen können wollen, und ihr Leben sollte [...] von der Kraft und dem Wissen des ganzen Körpers bestimmt sein [...] und dass sie das Recht ihrer Nachbarn wie ihr eigenes schützen.“* (Spinoza, Theologisch-Politische Schriften, Kapitel 16, S. 8).

Aus seiner Sicht waren Demokratie und Republik die besten Systeme, auf denen Frieden basieren konnte: *„Dann ist es Sklaverei, nicht Frieden, die gefördert wird, wenn alle Macht auf eine Person für den Frieden transferiert wird, wie wir schon sagten, er besteht nicht in der Abwesenheit von Krieg sondern in dem Bund oder Harmonie der Gemüter“* (Spinoza, Politische Schriften, Kapitel 6 Monarchie, Punkt 4).

Seine aufklärerische Sicht führte, in starkem Kontrast zu der Leviathan Hobbes', zu Pieter Cornelisz Plockhoys sozialem und ökonomischem Genossenschaftsprojekt, das für Demokratie und Gleichheit – die wirtschaftliche Tätigkeit eingeschlossen – stand: Mennoniten haben Genossenschaften aufgebaut und sich in Friedensarbeit und Friedensstudien und für die Idee des Gemeineigentums engagiert. Im 17. Jahrhundert organisierte der Mennonit Pieter Cornelisz Plockhoy, der in engem Kontakt zu Spinoza und van den Ende stand (Israel 2002, Teil II, Kapitel 9), ein Projekt, das auf genossenschaftlichen Prinzipien aufbaute (Plockhoy 1660). Er gründete 1663 eine Gemeinschaft in

der Nähe des heutigen Lewes in Delaware, die von den Engländern ein Jahr später zerstört wurde.

Spinoza lieferte die ontologische Basis für eine Vision, die Demokratie und gemeinschaftlichen Reichtum anderen Typen souveräner Autorität – wie dem König Hobbes' – vorzog. In ihr war Kooperation möglich, praktisch und wünschenswert. Mennoniten und Quäker sind mit ihrem Engagement zum Friedensaufbau, zu dem Ploekhoys Pioniertat die praktische Verbindung zwischen der Aufklärung und den Genossenschaften lieferte, weiter vorangeschritten.

Frieden gedeiht am besten in einem sicheren und dynamischen Gemeinwesen, am besten in einer Demokratie und Republik, wo die Menschen Gleichheit und Gewissensfreiheit mit gleichem Zugang zu öffentlichen Ämtern genießen (wobei Spinoza fand, dass Frauen letztere nicht so gut bekleiden konnten). Spinoza wies Despotismus und Knechtschaft scharf zurück. *„Nein, das Ziel von Regierung ist es nicht, Menschen als rationale Wesen in Bestien oder Marionetten zu verwandeln, sondern sie zu befähigen, ihre Gedanken und ihre Körper in Sicherheit zu entwickeln und ihre befreite Vernunft anzuwenden; indem sie weder Hass, Ärger, oder Täuschung zeigen und auch nicht mit Neid und Ungerechtigkeit betrachtet werden. De facto besteht das wirkliche Ziel von Regierung in Freiheit.“* (Spinoza, Theologisch-Politische Schriften Teil 1, Kapitel 20, S. 7, The best organization for freedom and peace to thrive is her republic).

„De facto sind die wahren Störer von Frieden jene, die in einem freien Staat danach trachten, die Meinungsfreiheit derer einzugrenzen, die sie nicht tyrannisieren können“ (Spinoza, Theologisch-Politische Schriften Teil 1, Kapitel 20, S. 24), wobei eine klare Unterscheidung zwischen despotischem und tyrannischem Verhalten und dem Widerstand dagegen gemacht wird.

Wie kann man der Eingrenzung eigener Fähigkeiten begegnen?

Handlungsmacht resultiert aus gesichertem Bewusstsein eigener Fähigkeiten, wenn dem entgegenstehende Hindernisse, einschließlich Diskriminierung, überwunden oder abgewendet sind. Martha Nussbaums Liste der zehn Kernfähigkeiten beginnt mit Leben, Gesundheit und Unversehrtheit und endet mit Arbeitsfähigkeit und der Fähigkeit, in gegenseitiger Anerkennung sinnvolle Beziehungen mit anderen einzugehen (Nussbaum 2000).

Nach Bourdieu tragen Überbrückung und Begrenzung, die Fähigkeiten in andere Formen transferieren, zum Überleben sowie zu Gesundheit und Wohlergehen bei. Bourdieu (2004). Amartya Sen (1983) und Martha Nussbaum (2003) verbinden das Wirken aus eigener Fähigkeit mit dem Ausdruck

von Freiheit sowie damit, dass menschliche Wesen fähig sind, ein gesundes Leben zu führen.

Neurobiologen graben Spinoza wieder aus.²⁰ Jüngste neurobiologische Forschungen (Bauer, 2008) argumentieren, dass menschliche Wesen aktive Akteure von Evolution seien, gegründet auf Kooperation, Kommunikation und Kreativität. Moore, Gruber, Derosé und Malinowski (Moore et al. 2012) erläutern, wie neuronale Mechanismen der Aufmerksamkeitskontrolle nicht-urteilendes Bewusstsein mit einhergehender emotionaler und kognitiver Flexibilität erzeugen, was zu zielführendem Handeln und zu Wohlbefinden führt.

Diese Art von innerem Frieden hilft menschlichen Wesen, sich kenntnisreicher in ihrer Umgebung zu verorten. Ravvens *„The self beyond itself“* diskutiert Neurowissenschaft, Philosophie und Psychologie im Zusammenhang mit Spinoza (Ravven, 2013, siehe z.B. S. 414 bis 420), auf der Suche nach Hoffnung in der Ethik, um das schlechteste menschliche Verhalten zu vermeiden, wobei *„der Punkt der Intervention für Ethik nicht in einer Auswahlaktion (schlecht oder gut) durch (mythischen) freien Willen liegt, sondern stattdessen bereits früher in dem Prozess, in der kognitiven Interpretation der Situation besteht“*. Erkennen beinhaltet Verantwortung und Offenheit, das Bewusstsein davon, Teil des Ganzen zu sein (Ravven, 2013, S. 130)

„Intellektuelle Intervention ist sozial und nach der jeweiligen Situation bestimmt; nicht gewollt, sondern ermöglicht durch soziale Strukturen auf Gruppenebene“ (ebda.). Ravven schlägt vor, Spinoza als Systemtheorie des moralischen Handels zu verstehen *„wo unsere Antworten an eine transformierte erwünschte Situation appellieren, frei zu sein, ganzheitlich zu sein, in Frieden zu sein, mit anderen zu sein und darüber hinaus das Beste aus der Welt zu machen. Sich zu öffnen, um breiter mit der Welt in Berührung zu kommen, um sich selbst in ihr zu entdecken [...] ist ein paradoxer Weg zur Freiheit“* (Ravven 2013, S. 418).

Ein *„situated self“* ist ein menschliches Wesen, das in der Lage ist, ein Selbst jenseits seiner selbst zu sein, in seiner/ihrer bestmöglichen Kenntnis, mit bestmöglichem Bewusstsein der Umgebung und aller anderen Wesen, in Empathie, die es ermöglicht, eine Situation zu erfassen und ihr gemäß zu handeln. Sich selbst in seine Lage einfinden und tätig werden, Offenheit und freies Denken sind essentiell, beide erfordern Aufmerksamkeit.

20 2016 gewann Peter Hagoort den „Golden Dolphin“ in Cannes mit dem Dokumentarfilm *„Spinoza een vrije denker“* (Spinoza, ein freier Denker), in dem Neurobiologie und Spinoza diskutiert werden.

Plockhoy, der Spinoza und van den Ende nahestand, benannte bereits in seinem Aufruf von 1660 die Schlüsselcharakteristiken moderner Genossenschaften. Dabei zog er ähnliche Begründungen für die Beteiligung an Genossenschaften heran, wie wir sie heute bei vielen Genossenschaftsmitgliedern finden können: Aufbau eines gemeinsamen sicheren Ortes, an dem das eigene Leben in Kooperation und Freiheit, mit Solidarität, Bildung und Wohlfahrt in einer friedlichen Wirtschaft geführt werden kann. Solche Maximen zielen auf positiven Frieden, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie. Ein Teil von Plockhoys Projekt war die Gemeinschaft, in der die Mitglieder gleiche wirtschaftliche Beteiligungen für ihre Mitgliedschaft gezeichnet hatten, für eine Gemeinschaft ohne Diskriminierung, wo Mädchen genauso wie Jungen in der Schule gleiche Bildung bekamen und alle in das Gemeinwohl eingeschlossen waren. Ein anderer Teil war privat – Familien hatten ihr eigenes privates Zuhause ebenso wie einen privaten Bereich der betrieblichen oder handwerklichen Betätigung. Alle hatten eine Stimme und konnten nach gesetzlichen Regeln, die für alle gleich galten, in Ämter gewählt werden. Es war daher – gemäß der Allmende – eine demokratische, republikanische und kooperative Unternehmung, nach Prinzipien, die dieselben sind wie heutzutage.

1.3. Moderne Friedensforschung

Johan Galtung wird als der Gründer der modernen Friedensforschung angesehen, wobei er von Frieden nicht nur als von der Abwesenheit direkter offener Gewalt zwischen Staaten und/oder Menschen spricht, sondern auch von struktureller und kultureller Gewalt. So unterscheidet er zwischen negativem und positivem Frieden (Galtung, 2011). Positiver Frieden hängt von Gemeinwohl ab, einem Trend in Richtung Gleichheit der Rechte und Anspruchsberechtigung bei friedlicher Anerkennung der Unterschiede, transkulturellen/interkulturellen Humanisierungseffekten sowie einer erprobten Fähigkeit zu kooperieren und Vertrauen, Sicherheit und gemeinsamen Wohlstand zu erzeugen. Frieden unterscheidet sich von Gerechtigkeit und Resilienz, obwohl die drei interagieren. Er wird auch als ein Typ von Kultur angesehen, im Unterschied zu Gesellschaften und Wirtschaften, in denen die Gewalt dominiert.

Strukturelle Gewalt ist verbunden mit Ungleichheit, Fragen der Armut, Reichtum und Landkonzentration, Macht oder institutionellen Strukturen, die ungerecht, unfair und beliebig sind. Galtung begann damit, auf positiven Frieden zu schauen als einer Freiheit von Leiden durch wirtschaftliche Entwicklung und auf soziale Gerechtigkeit. Er schlug vor kurzem vor, dass Kooperation und Genossenschaften ein wesentlicher Weg sind, um „positiven

Frieden“ zu erreichen. Durch letzteren, hat das Konzept des Friedensaufbaus als Brücke Momentum gewonnen, aber im Unterschied zu Friedenswahrung und Friedensaufbau, geht es dabei zentral um das Konzept des positiven Friedens. Galtung gründete eine Zeitschrift für Friedensforschung, was zu Studien über Gewalt von und über Individuen und/oder Gruppen führte. Diese Studien wurden auf Makro- und Mikroebene erstellt, einschließlich über direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt, für die große Datenmengen zusammengetragen wurden.

Galtung schlägt vor, Frieden als
$$= \frac{\text{Soziale Gerechtigkeit und Empathie}}{\text{Trauma und Konflikt}}$$

zu betrachten. Er setzt Soziale Gerechtigkeit und Empathie zu Trauma und Konflikt ins Verhältnis, genauer den „Quotienten“ Soziale Gerechtigkeit „mal“ Empathie über Trauma „mal“ Konflikt. Gerechtigkeit bedeutet Gegenseitigkeit, gleicher Nutzen in der Kooperation. Empathie heißt Freude, Leid und Schmerz des anderen zu fühlen, auch zu sehen, wie andere die Lage beurteilen.

Traumata entstehen durch Gewalt. Konflikt heißt nicht Gewalt, sondern Unvereinbarkeit von angestrebten Zielen. Den Nenner klein zu halten heißt, nach Versöhnung zu streben und Konfliktlösungen zu suchen. Dies und mehr soziale Gerechtigkeit und Empathie bringen Frieden.²¹

Raimon Pannikar spricht von „*kultureller Entwaffnung*“, die den Frieden ermöglicht.²² Für Pannikar, „*besteht eine der Ursachen des modernen Unbehagens vielleicht darin, für Frieden zu kämpfen ohne die Inspiration einer wirklichen Philosophie des Friedens*“²³. In einem Brief definiert er Frieden zusammen mit Nicht-Gewalt. Frieden ist nicht nur passiv oder fehlende Stärke und Macht, sondern Respekt für die innerste Würde jedes Lebewesens. Wie Spinoza erklärt, hängen innerer und äußerer Frieden miteinander zusammen. Frieden kann nicht erobert oder verhängt werden; er muss entdeckt, genährt und sogar geschaffen werden. Aus Pannikars Sicht gibt es keinen Frieden durch die Vorbereitung von Krieg. Stattdessen müssen wir uns zunächst dafür

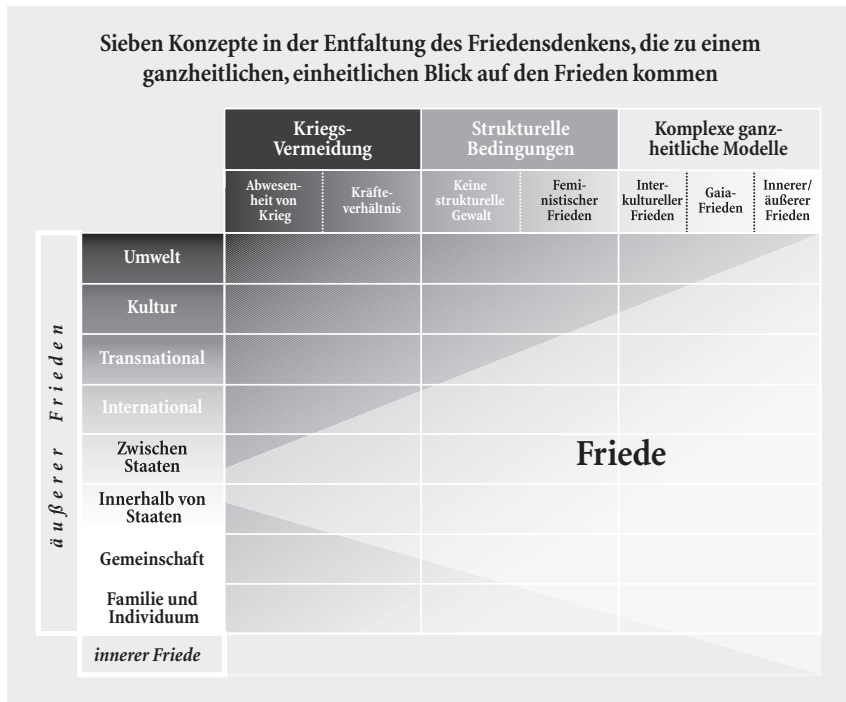
21 <http://www.basquepeaceprocess.info/2015/05/11/interview-with-johan-galtung-by-eldiario-es/>

22 Für eine kurze gute Einführung zu Raimon Pannikar siehe den Blog unter: <https://icsamy.wordpress.com/tag/raimon-pannikkar/>

23 Pannikar schlägt diese Ideen erstmalig in einem Brief vor, in dem er den Autoren des Buches „*Philosophia Pacis homenaje a Raimon Pannikar*“ (Simbolo Editorial, Madrid, 1989) antwortet. In diesem Buch ist Frieden „*Paz y desarme cultural*“. (Sal Terrae, Santander, 1993). Auf Englisch „*Cultural Disarmament. The Way to Peace*“, Louisville, Westminster/John Knox, 1995.

vorbereiten, Frieden zu erzielen. Es gibt kein einziges Konzept, Rezept oder Programm dafür. Frieden ist mehr als Gerechtigkeit oder Balance; es ist letztlich der Wert des Lebens. Pannikar schlägt vor, Kulturen zu entwaffnen, das setzt eine Kritik von Kultur mit einer Perspektive eines genuinen interkulturellen Zugangs zu Pluralismus voraus. Er spricht von Frieden als Mythos, nicht von einem Ideal. Ersteres erlaubt es, konfligierende Auffassungen zu haben. Der Weg zum Frieden geht über Vergeben als *Transzendenz des Herzens* (nicht des Willens) und fährt mit dem Dialog fort, nicht mit der Restauration. „*Der einzige Weg zum Frieden ist der Weg nach vorn*“, über den Dialog als Gleiche, da nur Aussöhnung zu Frieden führt. Dialog entsteht nicht, um bei einer Lösung anzukommen, aber ein Prozess des Dialogs findet statt, *um zu sein*.

Hannah Arendt trug die Idee des „*guten Friedens*“ in die Politik, als das unmittelbare Ergebnis gegenseitiger Kompromisse und Verständigung. Sie weist darauf hin, dass Frieden als ein Prozess begriffen werden muss und dass darin



Groff, Linda (2008): *Contributions of Different Cultural-Religious Traditions to Different Aspects of Peace – Leading to a Holistic, Integrative View of Peace for a 21st Century Interdependent World, Future Takes, Vol. 7, no. 1, Spring/Summer.*

der Unterschied besteht. Arendt stellt pragmatisch fest, dass „*Macht in der kollektiveren Aktion und Solidarität liegt*“ (Enns, 20–21). In jedem Fall erfordert Frieden weitere Qualifikation, und wir sollten ihn nicht als ein eindeutiges Konzept sehen. Die folgende Abbildung zeigt die Entfaltung des Friedens-Denkens, vom *negativen Frieden* hin zu ganzheitlichen, umfassenden Ansätzen.

Studenten können jetzt in verschiedenen Universitäten der Welt Abschlüsse in Friedensstudien machen. Es gab jedoch Kritik, dass es diesem Studienggebiet an Präzision und Methodik mangle. Akademische Kritik verspottet umfassende Makrokonzepte wie „Hybride Friedens Governance“ (Belloni, 2012), „Liberaler Frieden“ (Richmond, 2006) und „Bürokratischer eindimensionaler Frieden“ (Goetschel und Hagmann, 2009).

Inzwischen weist die Kluft zwischen Makro- und Mikroansätzen stärker auf die dazwischenliegende aus Organisationen und Strukturen bestehende meso-Ebene hin, da diese kaum berührt wurde. Die Mikroansätze haben ihr Augenmerk auf Gruppen von Individuen und ihre Sicherheit gelegt. Obwohl das Themengebiet und seine Literatur sehr breit gefächert sind, liegt der Fokus vieler Friedensstudien auf Gewalt und ihren negativen Auswirkungen, auf Sicherheitsfragen und politischen Verhandlungen.

In Europa, wo die Wurzeln bis ins 18. Jahrhundert zurückgehen, bestimmen die nördlichen Länder mit Instituten wie dem *International Peace Research Institute, Oslo (PRIO)*, und dem *Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)* Forschung und Diskurs. Weitere Netzwerke schließen *IPRA (International Peace Research Association)* und *EPS (Economists for Peace and Security)* zusammen.

Offenbar können wir auf der Praxisebene verfolgen, wie ein systematischeres Denken entsteht, das auf ganzheitliche, vielschichtige, transkulturelle oder Matrix-Ansätze abzielt. Dieser Trend schaut auf jede spezifische Situation sowohl in einer deskriptiven als auch in einer analytischen Weise, einschließlich der Hauptakteure, Ebenen und mit dem System verbundenen Einstellungen, Werte, Wahrnehmungen und Überzeugungen, Verhalten und Strategien. Lederach und andere haben die Werkzeuge zusammengetragen, die Friedensaufbau-Praktiker insbesondere das *Programm-Team des Catholic Relief Service (CRS) in Südostasien* gemeinsam mit Akademikern für die Veränderungen auf der Gemeinschaftsebene entworfen haben (Lederach et al. 2007). Dietrich hat ein Konflikt-Kartierungsinstrument zur Wahrheitsfindung für Friedens-Arbeiter entwickelt, das die Antworten der Anspruchsgruppen zusammenträgt (Echavarria, 2014).

Inzwischen hat die CDA (*Collaborative Learning Projects*) eine nordamerikanische non-profit-Organisation, die Konzepte „Peace Writ large“ und „Peace Writ Little“²⁴ veröffentlicht, des Weiteren Fallstudien zu ihren Reflektionen über Friedenspraktiken (RPP), um den Einfluss von Veränderungen auf Grade und Breite der Auswirkungen auszuwerten:

- ▶ Haben Veränderungen eine Auswirkung auf mehr Leute, auf Schlüsselakteure?
- ▶ Finden die Veränderungen auf persönlichen, sozialen, politischen Ebenen statt?
- ▶ Verändern sich Einstellungen, Werte, Wahrnehmungen oder Institutionen und Systeme?²⁵

Auswertungen wurden zu einem Erfordernis im Rahmen der ansonsten vorgeschriebenen Empfehlungen für Friedensaufbau (zum Beispiel der *Development Assistance Committee of the Organization for Economic Cooperation and Development – OECD DAC*).²⁶

Teil II Friedensaufbau mit Genossenschaften und Solidarischer Ökonomie

2.1. Unternehmen und Friedensaufbau: der neueste Stand

Das Studium unternehmerischer Tätigkeit in Bezug auf Friedensaufbau weitet sich schnell aus, hauptsächlich verbunden mit freiwilliger sozialer

24 „Peace Writ Large is concerned with the ‚bigger picture‘ of a conflict rather than any specific single element of a conflict situation [...] It often refers to national level conflict dynamics, but can include relevant sub-national or regional dynamics as well. Being accountable to Peace Writ Large means ensuring that initiatives address key drivers of conflict and make a contribution to this bigger picture [...] Not all programs can be expected to produce concrete changes at the larger societal level. Many programs are successful at smaller scale interventions, e.g. operating at community level, or with small groups of people, thus contributing to ‚peace writ little.‘“ – Siehe CDA Collaborative Learning Projects paper „Business for Peace: Understanding and Assessing Corporate Contributions to Peace“. – A discussion paper presented at the UN Global Compact’s Business for Peace (B4P) conference Istanbul, Türkei. 29.9.2014, S. 10.

25 Anderson, Mary B. und Olson, Lara (2003): *Confronting War: Critical Lessons for Peace Practitioners*. 2003, Cambridge, MA: CDA;. – <http://www.cdacollaborative.org/media/60894/Confronting-War-Critical-Lessons-for-Peace-Practitioners.pdf> und: The RPP I participant training manual (2013); – <http://www.cdacollaborative.org/media/94317/rpp-i-participant-training-manual.pdf>

26 OECD DAC (2007): *Encouraging effective evaluation of conflict prevention and peace-building activities: towards DAC guidance*. OECD Journal on Development Vol. 8, No. 3, off-print; – <https://www.oecd.org/dac/evaluation/dcdndep/39660852.pdf>

Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility, CSR*), Verhaltenskodizes während und/oder nach Konflikten, zunächst und zuallererst in gewalttätigen Umgebungen. Heutzutage ist die vorwiegende Annäherung an Friedensdenken normativ, gegründet auf das Konzept des „liberalen Friedens“²⁷, wobei man annimmt, dass Unternehmen zum Frieden beitragen indem sie investieren, Arbeit schaffen oder Infrastruktur ausbauen. Dem können sie freiwillige Verhaltensregeln hinzufügen, um – aufbauend auf CSR-Richtlinien und /oder auf Unternehmens-Philanthropie – Konflikte in sensiblen Gebieten oder Regionen zu verringern oder zu zähmen. Damit wollen sie den Auswirkungen von Maßnahmen auf Menschenrechte begegnen. Im 21. Jahrhundert haben akademische Publikationen über Frieden und Unternehmen eine Reihe von Praktiken gefördert, die Gewalt zu reduzieren scheinen (Fort und Schipani. 2007), was sie manchmal als „*transformierendes Unternehmertum*“ bezeichnen, meist mit dem Fokus auf die großen ausländischen Firmen, die in einem „chaosland“ aktiv sind, und den Blick darauf, wie sie zu der Wahrung lokaler Rechte beitragen können.²⁸

Das Interesse an Unternehmensmanagement und Frieden weist drei Haupttrends auf:

- a) Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR),
- b) Einwirken auf den Privatsektor, Entwicklung und Politik zu fördern angesichts von öffentlichen Schulden und Austeritätspolitik oder strukturellen Reformen. Und
- c) Entwerfen von Versorgungsketten und Geschäftsbereichen in neu entstehenden Märkten und grenzübergreifend (Ford, 2015, S. 451–452).

In den Vereinten Nationen wurde der Begriff Friedensaufbau 1992 von Boutros Boutros-Ghali „*Agenda für Frieden*“ eingeführt und stand im Kontrast zu Friedenserhalt, Friedensförderung und Diplomatie. Die UN-Friedensagenda bestand darin, „*Strukturen zu identifizieren und zu unterstützen, die dazu*

27 Liberaler Friedensaufbau bedeutet die Förderung von Demokratie, marktbasierten Wirtschaftsreformen und einigen Institutionen, verbunden mit der Idee des „modernen“ Staates. – Siehe Newman, Paris und Richmond (Hrsg.) (2009): „New perspectives on liberal peacebuilding“, United Nations University Press.

28 Transformational Entrepreneurship Panel Session with Tan Sri Tony Fernandes, CEO of Air Asia Group, and Zev Siegl, cofounder of Starbucks. Moderator Magdy Martínez-Solimán, UN Assistant Secretary-General, UNDP Assistant Administrator and Director for Bureau for Policy and Programme Support. – <http://globaltransformaton.com/#home>

tendieren würden, den Frieden und das zunehmende Vertrauen unter den Menschen zu konsolidieren²⁹. 2005 installierten die Vereinten Nationen die Friedensarchitektur mit einer Peacebuilding Commission, einem Peacebuilding Fund, und einem Peacebuilding Support Office. Der UN Global Compact setzte mit seinem *Business for Peace (B4P)* die Bemühungen fort, nachdem er das Thema als ein großes CSR-Thema identifiziert hatte.³⁰

Unternehmen wurden zur freiwilligen Teilnahme eingeladen, mit der Idee, dass es Anreize zur Wahrnehmung von Rollen geben würde, die jenseits von rein kommerziellen Interessen liegen. Im Sinne von Effektivität wurde die Unternehmerschaft motiviert, aus Gründen einer „Verringerung der Betriebskosten“ mitzumachen³¹. 2007 wurde in Oslo eine *Business for Peace-Stiftung* gegründet, die jährlich *Business for Peace*-Auszeichnungen vergibt.³²

Liberaler Frieden ist gekennzeichnet von der Verschiebung der Vorgehensweise bei derzeitigen Friedensbemühungen: vom Friedenserhalt *zwischen* Staaten zum Friedenserhalt *innerhalb* eines Staates. Er ist Ausdruck des Denkens in „modernen Standards“, für den auch Nicht-Regierungsorganisationen um Beiträge gebeten werden. Diese Art von vorgeschriebenem und normativen Frieden scheint besser innerhalb der Reichweite bürokratischer Mittel zu liegen. Durch Staatsaufbau von oben nach unten oder Unterstützung lokaler Machtstrukturen, die im Wirtschaftsliberalismus engagiert sind, verfehlen diese Mittel aber weitestgehend ihre Wirkung (Richmond, 2006 und 2012).

29 United Nations, Repertoire of the Practice of the Security Council, 29. An agenda for peace: Preventive diplomacy, peacemaking and peacekeeping Initial proceedings. S. 824. Siehe http://www.un.org/en/sc/repertoire/89-92/Chapter%208/GENERAL%20ISSUES/Item%2029_Agenda%20for%20peace_.pdf

30 United Nations Global Compact, (2015): Advancing the Sustainable Development Goals by Supporting Peace: How Business Can Contribute

31 Gemäß dem UN Global Compact. „Durch die Beteiligung in dem Prozess „Business for Peace“ werden die Unternehmen in der Lage sein:

- Unternehmensrisiken und -möglichkeiten besser zu identifizieren und zu managen und dabei Betriebskosten einzusparen.
- sich im öffentlich-privaten (public-private) Dialog zu engagieren, um lokale Prioritäten festzulegen und Projekte umzusetzen.
- Unternehmensstrategien und -abläufe nach guten Praktiken aus der ganzen Welt auszurichten.
- die besten und neuen Vorgehensweisen mit anderen zu teilen und von den Erfahrungen von Kollegen zu lernen.
- Führungsqualitäten zu zeigen und Anerkennung zu erhalten für das Voranbringen von praktischen Lösungen.

(siehe <http://www.unglobalcompact.org/take-action/action/peace>)

32 <http://www.businessforpeace.org/>

Ein Bericht über dieses Vorgehen, das in vielen Ländern angewandt wurde, räumt ein, dass es nicht gerade „liberal“ war, da es sowohl die Gemeinschaft, die Entmachteten, die Moderaten als auch traditionelle Dialogformen und/oder Recht und abweichende Meinungen ignoriert habe (Newman et al., 2009, S. 13, 14, 139, 324). Lederach (1997) argumentiert, dass es vonnöten sei, Wählerschaften, die sich in Konflikt befinden, zu versöhnen. Aber wenn beim Vorgehen im Sinne des „liberalen Friedens“ lokale Fähigkeiten oder Friedenswahlkreise erwähnt werden, erwartet man lediglich, dass sie die „schlechte“ Seite beeinflussen oder in die Schranken weisen lässt. Wie Newman schreibt: *„Internationaler Friedensaufbau, der darauf ausgerichtet ist, starke Staaten zu schaffen, scheint eher das Vermächtnis Hobbes' widerzuspiegeln als – wie allgemein beansprucht wird – das von Wilson oder Kant“* (Newman et al., 2012, S. 27). Andere unterstreichen, wie das Streben nach „liberalem Frieden“ die Verbriefung des Friedens begünstigt hat (in Bezug auf Intervention, Expertise und Industrie): in der Post-Konflikt-Phase durch Investitionen in Wiederaufbau und Demobilisierung sowie bei der Suche nach Veränderungen in Bezug auf Identität, verstanden als *soziale Anomie* (Goetschel und Hagmann, 2011).

Den aktuellen Stand betrachtend stellt Ford einige Fragen in Bezug auf das Fehlen von kritischer Forschung und Theorie, verweist aber auch auf ungenaue Terminologie. Unter anderem äußert er, dass es notwendig sei, die Wirkungen von Unternehmertum innerhalb der gesellschaftlichen Gegebenheiten und entlang der Wertschöpfungsketten zu beschreiben, und nicht nur in Bezug auf einzelne Fabriken oder Unternehmen (Ford, 2015).

Im Sinne eines kleinen Exkurses in frühere Zeiten ist es nicht neu zu sagen, dass nicht jeder Handel den Frieden begünstigt. Wie es Aristophanes im Jahr 421 v. Chr. in seiner Komödie „Frieden“ vorführt, zieht nicht jeder Akteur das Seil in dieselbe Richtung.³³ Ehemänner und Arbeiter ziehen das Seil im Einvernehmen, vom ersehnten Frieden zu profitieren, während andere sie daran hindern, indem sie in die entgegengesetzte Richtung ziehen. Außerdem machen erstere nur dann wirklich einen Fortschritt, wenn sie kooperieren.³⁴

33 „It is now, oh Greeks! ...we should rescue sweet Peace ... Come, labourers, merchants, workmen, artisans, strangers, whether you be domiciled or not, islanders, come here, Greeks of all countries, come hurrying here with picks and levers and ropes! ...'Chorus: But there are some who prevent us'. In Aristofanes, Peace, 421 BC.

34 Chorus: „Come then, come, and all together! Hah! hah! at last there is some unanimity in the work. Don't let us give up, let us redouble our efforts. There! now we have it! Come then, all together! Heave away, heave! Heave away, heave! Heave away, heave! Heave away, heave! Heave away, heave! All together! (Peace is drawn out of the pit.) In Aristofanes, Peace, 421 BC.

Ein Dokument der *CDA – Collaborative Learning Projekts for the UN Global Compacts Business for Peace Meeting* in der Türkei von 2014 wertet Auswirkungen von Unternehmensengagements in Konfliktsituationen innerhalb ihrer eigenen betrieblichen Umgebungen aus. Es gliedert sich folgendermaßen:

- a) negative Auswirkungen vermeiden,
- b) einiges Gutes tun, bis zum
- c) Friedensaufbau in Bezug auf die wesentlichen Konfliktverursacher; mit der Betonung, dass es nicht ausreiche, Arbeitsplätze zu schaffen oder individuelle Lebenssituationen zu verbessern (CDA Collaborative Learning Projects paper, 2014).

CDA-Kriterien für die Effektivität des Friedensschaffens sind folgende vier Argumente:

- a) weitergehende Rahmenbedingungen für Veränderungen sind erforderlich, um Friedensaufbau nachhaltig zu gestalten, legale und politische;
- b) autonome Gemeinschaften sollten in der Lage sein, auf sich selbst gestellt ihre eigenen Initiativen und ihr kritisches Denken zu entwickeln;
- c) Menschen sollten ganz allgemein gegenüber Provokationen resilient werden, indem sie sich sicherer fühlen, und
- d) Inter-Gruppen-Beziehungen sollten sinnvolle und nachhaltige Verbesserungen anstreben (Anderson und Olson, 2003).

Ein UN-Bericht von 2016 über ihre eigene Arbeit beim Friedensaufbau forderte u. a. mehr betriebliche und politische Kohärenz, bessere Finanzierung und Berücksichtigung von Entwicklungs- und Genderüberlegungen.³⁵ Einige Monate zuvor hatte eine kritische Mitteilung eine noch genauere Beschreibung in derselben Richtung vorgenommen.³⁶ Die Berichte zeigen, dass die Lösungen bisher nicht erfolgreich waren. Daher gibt es einen immer stärkeren Ruf nach Forschung, die einen kritischen Standpunkt einnimmt, nach emanzipatorischen Zielen schaut, Autonomie begünstigt, vor Ort agiert, lokale Sprachen lernt anstatt sie zu ignorieren, Machtrelationen als Regelsysteme analysiert, und zu recherchieren, wie sich Macht institutionell organisiert und sozial reproduziert (Korf, 2004); beides auf einer lokalen, Makro- sowie globalen Ebene.

35 UN Resolution A/RES/70/262, am 27. April 2016 von der Generalversammlung angenommen. – Review of the United Nations Peacebuilding architecture.

36 Brief und Anhang vom 1. Februar 2016, vom Permanenten Vertreter der Bolivarianischen Republik Venezuela an die Vereinten Nationen, adressiert an den Generalsekretär. – Mitteilung für die offene Debatte des Sicherheitsrates über die „Den Friedensaufbau nach Konflikten: Auswertung der Friedensaufbau-Architektur“.

2.2. Zivile Gesellschaft und Friedensaufbau

Die Zivilgesellschaft wurde einerseits gesucht, um Frieden aufzubauen, um gewalttätigen Konflikt zu verhindern und um Frühwarnungen zu liefern. Auf der anderen Seite, um Konflikte zu regeln und Frieden nach Konflikten wiederherzustellen. Verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft können Friedensschlichter, Vermittler und Verhandler werden. Wir können bei den zivilgesellschaftlichen Bemühungen um Friedensaufbau das vertraute Aufgebot vielfältiger Konzepte auf breiter gesellschaftlicher Basis finden: von religiösen Gruppen, Entwicklungs-NROs bis hin zu Rechtsanwälten von Gemeinschaftsorganisationen einschließlich Genossenschaften.

Eine 2006 erstellte Weltbankstudie über Friedensaufbau und zivilgesellschaftliches Potential ist in Bezug auf die gefundenen Widersprüche aufschlussreich. Zunächst wollten die zivilgesellschaftlichen Akteure keine Unternehmen mit einbeziehen, was bedauerlich ist.

Die Studie will die Zivilgesellschaft vor Kontrolle und oder Dienstleistungen schützen, argumentiert, ohne sich auf Autoren oder Literatur zu beziehen: *„Dienstleistungen sind daher keine Funktionen der Zivilgesellschaft, sondern eher eine Aufgabe des Staates, des Marktes oder des Dritten Sektors.“* (S. 18). Jedoch gibt es im Anhang 2 *„Philosophische Wurzeln und theoretische Konzepte der Zivilgesellschaft“* (S. 42) keine Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft, Markt und dem sogenannten *Dritten Sektor* (die Studie nimmt Solidarische Ökonomie nicht zur Kenntnis), sondern nur zwischen Zivilgesellschaft und Staat oder zentraler Autorität, was in der Tat korrekt ist.

Der Studie zufolge besitzt die Zivilgesellschaft folgende Rollen:

- 1) Versöhnung,
- 2) Konfliktbearbeitung und Transformation,
- 3) Verhinderung von Gewalt,
- 4) Vertrauensaufbau und Überbrückung,
- 5) Kontrolle und Verteidigung,

wobei das Hauptziel für *„Integrationsaufbau der Gemeinschaft“* darin besteht, *„Bindungen und Zugehörigkeit“* zu vermitteln. (S. 43).

In einer funktionalistischen Herangehensweise werden Kostenvoranschläge und Finanzierung, Partnerschaften und Unterstützung von internationalen und lokalen NROs unter der Zielsetzung im Rahmen des Projektes erwähnt, wobei gleichzeitig festgestellt wird, dass die mit Kapital ausgestatteten nationalen NROs die meiste Unterstützung erhalten.

Ein Dokument zu Zivilgesellschaft und Friedensaufbau des *International Peace Research Institute* (PRIO) von 2004, das von der Norwegian Agency for Development Cooperation in Auftrag gegeben worden war, erinnert daran, dass Konflikt die Zivilgesellschaft verändert und dass „eine inhärente Gefahr besteht, dass nicht-westliche Gesellschaften gezwungen werden, eine Organisationsweise anzunehmen, die aus westlicher Sicht erkennbar ist“, womit Zivilgesellschaft nur auf NROs reduziert wird, insbesondere jene, die auswärtige Finanzierung oder transnationale Unterstützung erhält und die „zunehmend Verantwortung für viele der Staatsfunktionen im Gesundheitswesen und in der Bildung übernommen hat. Während diese NROs sicherlich eine vitale Komponente der Zivilgesellschaft ausmachen, stellen sie nicht den Staat von unten in Frage, sie sind stattdessen horizontale Zeitgenossen breiterer Institutionen einer transnationalen Lenkung“.

Um es klar zu machen, Zivilgesellschaft gehört zur privaten Sphäre (sie ist kein Sektor, sondern eine Sphäre). Sie schließt den sogenannten Dritten Sektor, Organisationen der Gemeinschaft, lokale Gemeinschaften und Mitgliederorganisationen ein. Auf der Unternehmensseite argumentierte das *World Economic Forum* ebenfalls zugunsten eines breiteren Begriffs der zivilen Gesellschaft.³⁷

Teil III Friedensaufbau durch Genossenschaften und Solidarische Ökonomie

Angesichts der wiederholten Gewaltzyklen in vielen Teilen der Welt im 21. Jahrhundert³⁸, und angesichts der Tatsache, dass alte Ideen und Politiken keine friedlichen, stabilen Lösungen bieten, besteht ein immer größeres Interesse daran, wie die Zivilgesellschaft und nicht nur Unternehmen jenseits individueller Anstrengungen helfen können, Frieden zu schaffen. Zum Beispiel spezialisierte sich die UN-Organisation, UNHCR, 2005 auf Flüchtlinge und gewaltsam vertriebene Personen. Sie definierte Kapazitäts-Aufbau nicht nur als individuelle, sondern auch als *kollektive Aktion*.³⁹ Gegenseitige Hilfe und

37 Salamon und Anheier (1997): The Civil Society Sector, in: Society Jan/Feb 1997, S. 63–64, conclusions, and World Economic Forum (2013) The Future Role of Civil Society, World Economic Forum, January 2013.

38 Die wiederholten Gewaltzyklen des 21. Jahrhunderts mit deutlich mehr konfliktgeplagten Regionen unterhalb der nationalen Ebene unterscheiden sich tiefgreifend von den bekannten Gewaltmustern des 20. Jahrhunderts (Welt Bank Development Report 2011).

39 Kapazitäts-Aufbau: „Ein Prozess, durch den Individuen, Institutionen und Gesellschaften Fähigkeiten entwickeln, individuell und kollektiv Funktionen auszuüben, Probleme zu lösen und sich Ziele zu setzen und zu erreichen“. (d. Ü.) – UNHCR (2005) Handbook for Self-Reliance, Glossary and abbreviations, Geneva: – <http://www.unhcr.org/44bf7b012.pdf>

Kooperation sind Teil des Prozesses, bei dem Wiederaufbau von Identität und Gemeinschaft gelingen kann.

Wenn zivile Vermittlung involviert ist, kann die Zivilgesellschaft spontan Solidarität bereitstellen. Deutschland hatte Wellen sozialer Bewegungen, die Solidarität und Genossenschaften nach den Kriegen und in Krisenzeiten aufgebaut haben, sodass Leute kommunizieren, spielen, voneinander lernen und sich gegenseitig helfen konnten, Freunde und Unterstützungsnetzwerke fanden, die Frieden ermöglichten (Müller-Plantenberg, 2015).

Es mag Grenzen geben für das, was Zivilgesellschaft im Sinne aller Akteure in der Privatsphäre tun kann. Es mag helfen, individuelle und Gruppenbeziehungen wiederherzustellen und zu verbessern, aber es mag keine Auswirkungen auf die gegenwärtige Situation haben, die die Gewalt hervorgerufen hat. Es mag notwendig sein, ein Training für Friedensverhandlungen von anderen, wie der *Sant' Egidio Community*, zu erhalten. In diesem Sinne hat Lederach (1997) Ebenen des Friedensaufbau-Trainings für Akteure vorgeschlagen: je nach Ebene der Führung, von institutionellen Anführern (Regierung, Militär, Religion) bis hin zu solchen auf der Graswurzel-Ebene.

Um Frieden, der auf *Kooperationsmustern* beruht (Galtung, 2011), im umfassendsten Sinne voran zu bringen, muss man sich mit struktureller Gewalt befassen, die mit Ungleichheit, Fragen der Armut, des Reichtums und der Konzentration an Landbesitz, mit Macht oder institutionellen Strukturen, die ungerecht sind, unfair und beliebig, zu tun hat. Galtung sieht als eine *„Erfahrung auf der Grundlage von Empathie und Gesundheit, als Freiheit von Leiden, durch wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, nachdem vor kurzem vorgeschlagen wurde, Kooperation und Genossenschaften als einen wichtigen Weg zum ‚positiven Frieden‘ vorzuschlagen“*⁴⁰. Eine Polarisierung könnte dadurch stärker abgebaut werden. Wenn mehr gesellschaftliche Kommunikation über gemeinsame Werte stattfindet, wird gesetzlichen Regeln mehr Bedeutung beigemessen.

Welche Rolle Frieden für Kulturen jenseits der westlichen spielt, ist Gegenstand von Debatten: In Bezug auf Religion und Frieden gibt es in Ruanda das *Ubuntu-Konzept*, während wir in Spanisch sprechenden Ländern die *comunidades de base* (Basisgemeinschaften) und jesuitisches Denken finden. Jede Kultur hat ein Verständnis in Bezug auf das, was friedlich ist und daher sind

40 Johann Galtung (2012): Peace economics: from a killing to a living economy. Transcend University Press.

interkultureller Dialog, Hybridität und gemeinsame Erfahrungen sinnvoll, das heißt Pannikars „kulturelle Entwaffnung“ („*cultural disarmament*“) sollte in Richtung eines offenen Dialogs vorangetrieben werden.

Robert Putnams „*soziales Kapital*“ entsteht da, wo sich gesellschaftliche Organisation Regeln gibt und Eigennutzstrategien sich mit Demokratie und Gemeinnutz verbinden: „*Sozialkapital entsteht aus Beziehungen zwischen Individuen – in sozialen Netzen und durch geregelte, Vertrauenswürdigkeit erzeugende Gegenseitigkeit. In diesem Sinn steht ‚soziales Kapital‘ in engem Zusammenhang mit den sogenannten ‚Bürgertugenden‘*“ (Putnam, 2000, S. 19). Sozialkapital bedeutet aber nicht unmittelbar effektive öffentliche Wirkung, es ist vielmehr eine Voraussetzung für diese und teilweise auch eine Folge (Putnam, 1996). In *Making Democracy Work: Civic traditions in modern Italy* wird erläutert, dass Genossenschaften, die aus Gesellschaften für gegenseitige Hilfe entstanden, stark zu Demokratie und ziviler Kultur beitragen (Putnam, Leonardi und Nanetti, 1994, S. 139, 142, 148). Norditalien war ein wichtiger Geburtsort für Arbeiter- und Handwerker-genossenschaften (zusammen mit Frankreich), von Kreditgenossenschaften (zusammen mit Deutschland), von Konsumgenossenschaften (die erste 1854 in Turin, auch die allererste „moderne“ Genossenschaft in Italien) und von Wohnungsgenossenschaften (eine der ersten Wohnungsgenossenschaften datiert zurück auf 1884 in Bologna).

Genossenschaften⁴¹ sind eine *Mischung* aus Verein (der bürgerlichen Gesellschaft) und Unternehmen (der Geschäftswelt) und verdienen, wie Ian MacPherson und Yehuda Paz (2015) gezeigt haben, Anerkennung als wesentlicher Beitrag zur Friedensarbeit. Sie stellen ein beträchtliches Potential dar: Die Genossenschaftsbewegung vereint über 650 Millionen Menschen in aller Welt (wenn wir eine mögliche Doppelzählung zur Kenntnis nehmen, da viele Menschen Mitglieder von mehr als einer Genossenschaft sind, siehe Sánchez Bajo und Roelants 2013, Kapitel 4). Ein genossenschaftliches Unternehmen

41 „ILO Recommendation No. 193 on the Promotion of Cooperatives“ schließt eine klare Definition davon, was eine Genossenschaft ist, ein, mit der Definition, die von der Global Cooperative Movement in der International Cooperative Alliance (ICA) 1995 abgestimmt worden ist. Genossenschaften sind Unternehmen in der formalen Ökonomie mit eigenen Werten, Standards und Vertretungskörperschaften, während ein breiterer Bereich von Initiativen Soziale und Solidarische Ökonomie Unternehmen genannt wird (SSÖ). Der Begriff „Genossenschaft“ bedeutet „eine autonome Vereinigung von Personen, die sich freiwillig treffen, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Wünsche durch ein in gemeinsamem Eigentum befindliches und demokratisch kontrolliertes Unternehmen zu befriedigen,“ – siehe <http://ica.coop/en/whats-co-op/cooperative-identity-values-principles>

ist „eine autonome Vereinigung von Personen, die sich freiwillig treffen, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Wünsche durch ein in gemeinsamen Eigentum befindliches und demokratisch kontrolliertes Unternehmen zu befriedigen“.

Genossenschaften folgen einem international anerkannten Geschäftsmodell, sie befinden sich unter regionaler oder nationaler Gesetzgebung und besitzen Ähnlichkeiten sowohl zu non-profit- als auch zu privaten, konventionellen Unternehmen (insbesondere kleine und mittlere Unternehmen). Sie existieren in nahezu allen Geschäftsbereichen mit einer Schätzung von mindestens 650 Millionen Mitgliedern weltweit (siehe Sánchez Bajo und Roelants, 2013, Kapitel 4, für die Information über Zahlen und Sektoren). Genossenschaften sind „in gemeinsamem Eigentum und demokratisch kontrolliert“, das heißt, sie werden durch ein System geleitet, in dem jedes Mitglied eine Stimme hat, unabhängig von der Art des Geschäfts mit Investitionen in das Unternehmen und sie sind Teil der breiteren Sozialen Solidarischen Ökonomie.

Jedoch werden Genossenschaften in politischen Debatten und in der theoretische Perspektive des Friedensaufbaus durch genossenschaftliche Geschäfte trotz der vielen Zeitschriftenartikel über individuelle Fallstudien kaum wahrgenommen und wurden bisher nicht angemessen behandelt. Genossenschaften wurden vor allem als gemeinschaftlich verankerte Organisationen zur Versorgung menschlicher Bedürfnisse oder zur Arbeitsbeschaffung, zum Abbau von Post-Konflikt-Spannungen, Demobilisierung von Soldaten und den Neustart von Landwirtschaft gesehen.

Solidarische Ökonomie-Initiativen und gemeinschaftlich verankerte Organisationen werden in den ersten Stadien des Friedensaufbaus meist für sehr wichtig erachtet. Aber man erwartet, dass sie wieder verschwinden, wenn sich die Wirtschaft erholt hat. Dies ist so, weil die Geschäftsrollen bei dem Friedensaufbau als normatives Ziel gesehen werden und suggerieren, dass Rezepte vorgeschrieben werden, die vom „liberalen Frieden“ ausgehen. Dieser geht von der Annahme aus, dass das Management Frieden über Handel fördern kann, von dem – wie man annimmt – Wohlfahrt ausgeht (Forrer und Katsos, 2015).

Stattdessen sind Genossenschaften für Bourdieu Gruppen und Kollektive, denen die Werte der Solidarität und Humanität zugrunde liegen und die in der Lage sind, Demokratie von verschiedenen Formen struktureller Gewalt zurückzugewinnen (Bourdieu, 1998). Wie Galtung haben auch andere Denker Genossenschaften als Instrument für Friedensaufbau gesehen, vor allem Elise Boulding (2000), Mahatma Gandhi mit seiner Tolstoi-Farm (Bhana, 1975) und Martin Luther King (1966 und 1967). Es gibt eine Dokumentation, dass Tolstojs

Idee von gemeinsamem Eigentum jüdische Genossenschaften ebenso wie die Genossenschaftsbewegung in Argentinien stark inspirierte (Plotinsky, 2015).⁴²

Auch Mennoniten haben Genossenschaften aufgebaut und waren in Friedensaufbau und Friedensstudien sowie in Bezug auf die Idee des gemeinsamen Eigentums engagiert. Früher, im 17. Jahrhundert, waren Spinoza und van den Ende in engem Kontakt mit dem Mennoniten Pieter Cornelisz Plockhoy, der ausgehend von den genossenschaftlichen Prinzipien einen offenen Aufruf organisierte und „*New Netherland*“ als eine Gemeinschaft mit gemeinsamem Eigentum gründete (die von den Engländern ein Jahr später zerstört wurde). Wie bereits ausgeführt, lieferte Spinoza die ontologische Basis für eine andere Vision als die von Hobbes, eine, in der Demokratie und gemeinsames Eigentum anderen Typen souveräner Autorität vorzuziehen waren und wo Kooperation möglich, praktisch und erstrebenswert war.

Es würde hier zu weit führen, noch weitere Beispiel aufzuführen. Sentama (2009) berichtet über Ruandas zweite Fallstudie einer Genossenschaft mit über 50 % weiblichen Mitgliedern. Die Genossenschaft stellt zwischenmenschliche Beziehungen beim Friedensaufbau nach Konflikten in einer privaten Art wieder her, wodurch vorherige negative und entmenslichende Beziehungen überwunden und positive und humanisierende Beziehungen gefördert werden (Sentama, 2009, S. 164). Nach der „*Kontakt-Theorie*“ engagieren sich Konfliktparteien, die für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeiten, in positiver Kommunikation. Sie erlaubt es, dass die Wahrheit zutage tritt, während reziproke Anerkennung von Fehlern und Ausdruck von Vergebung stattfinden (dasselbst S. 166).

„In vielen Ländern, einschließlich Bosnien, Ost-Timor, El Salvador, Guatemala, Libanon, Mazedonien, Mozambique, Ruanda, Sri Lanka und Nepal haben Genossenschaften eine kritische Rolle in der Zeit nach dem Konflikt und dem Wiederaufbau durch Arbeitsbeschaffung für zurückkehrende Minderheiten und ehemalige Kämpfer gespielt, indem sie Geschäfte und Wohnungen wieder aufbauten, indem sie Flüchtlingen und Internen Vertriebenen (IDPs) Zugang zu Märkten verschafften und eine Aussöhnung und einen Friedensaufbau ermöglichten. In Sri Lanka arbeitete der World Council of Credit Unions (WOCCU) mit Finanz-Genossenschaften, um den Zugang zu Finanzen für Leute in ländlichen und vom Konflikt betroffenen Gebieten herzustellen.

42 Siehe <http://www.annefrankguide.net/es-AR/bronnenbank.asp?aid=283252> und <http://cgcy.org.ar/2014/09/19/pioneros-del-mutualismo-y-cooperativismo-agrario-entrerriano-ing-miguel-sajarooff/>

*Sri Lanka Women's Cooperative Society, ein Netzwerk von mehr als 120 Unterorganisationen im Besitz und unter Führung von Frauen, hat von einer Unterstützung profitiert, die neben Gruppen-Darlehen und Versicherungen auch Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen einschloss*⁴³.

Im Südsudan waren Genossenschaften Teil des Friedensprozesses, aber sie waren auch der Schlüssel für ein friedliches Leben und Wirtschaften. „Während der sogenannten ‚Hungermonate‘ kann es im Handel zwischen Genossenschaften und Händlern sehr starke Preisunterschiede geben. Die Hauptaufgabe landwirtschaftlicher Genossenschaften besteht darin, diese Unterschiede zu reduzieren. Händler kommen meist vorbei und kaufen eine große Menge der Ernte [...] wenn der Erzeuger keine Lagerbestände mehr hat, kommt der Händler wieder und verkauft das Getreide zum viel höheren Preis zurück an die Bauern. Die Genossenschaft kauft deshalb auch vom Bauern, lagert es und verkauft es dann zum ursprünglichen Preis an den Bauern zurück. Also ist es die Hauptfunktion dieser Genossenschaften, die saisonalen Preisunterschiede auszugleichen“ (Havers, 2007). Und wir können hinzuzufügen, die Rolle der Genossenschaften ist es ebenfalls, die Nahrungsmittelsicherheit zu verbessern. Dies ist möglich, weil Genossenschaften aus Menschen bestehen, nicht aus Anteilen oder investierten Kapitalsummen. Wenn sie ausschließlich Kapitalinvestoren wären, dann wären sie keine Genossenschaften.

Die Ziele des Trainings sollten sein:

- 1) Das *Verständnis für Frieden und Friedensaufbau* stärken und dafür, wie Genossenschaften und Solidarische Ökonomie zum Friedensaufbau beitragen.
- 2) *Weiterführung von Studien der Solidarischen Ökonomie* als Teil eines breiteren systemischen Denkens, das hilft, die wichtigsten Faktoren zu identifizieren, die ihren Erfolg oder Misserfolg beim Friedensaufbau beeinflusst.
- 3) *Weiterführung von Friedensstudien* dadurch, dass Konzepte überwunden werden, die *alles* ansprechen, damit eine *bessere Konzeptualisierung und Kategorisierung* gefunden wird.

Aktivitäten können einschließen: 1. Literaturrecherche, 2. Fallstudien, 3. Erstellung von Instrumenten und 4. Dialog und Gruppenarbeit

43 (d. Ü.) How workers' cooperatives can help tackle the refugee crisis, 9.11.2015, ILO-News feature; – http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/feature/WCMS_418992/lang--en/index.htm

Schluss

Frieden ist ein vieldeutiger Begriff, er muss gewissenhaft präzisiert werden, wenn im 21. Jahrhundert Friedensarbeiter und -forscher ein neues Denken und eine neue Politik fordern. Solidarische Ökonomie und Genossenschaften liefern Antworten, die ein wesentliches Einflusspotential auf den Friedensaufbau und dessen Nachhaltigkeit ausüben.

Aber in Bezug auf Forschung und Ausbildung mit angemessenen Instrumenten ist mehr erforderlich. Genossenschaften und Solidarische Ökonomie Initiativen bieten einen besonderen Vorteil, da beide Zusammenschlüsse von Menschen und Unternehmen sind, die wirtschaftliche Tätigkeiten ausführen. Sie können zum Friedensaufbau beitragen, genau wie andere zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Einrichtungen. Aber ihre Besonderheit besteht darin, dass sie einen Lernprozess in Demokratie eröffnen und darin, wie Überprüfung und Ausgleich vorgenommen werden können. In Genossenschaften und in der Solidarischen Ökonomie, kommt Arbeit beim Wiederaufbau von Tätigkeiten sowie Menschlichkeit während und nach Konflikten wieder als ein Schlüsselaspekt zu Vorschein. Die Fähigkeit, eine Aktivität von unten nach oben in Gang zu setzen, schafft autonome Handlungsmacht sowie Führungsqualitäten. Zusammenzuleben lernen in kooperativer Weise ist unabdingbar für nachhaltigen Frieden. Jedoch ist der Druck auf jede Gruppe, sich abzuschotten, immer vorhanden. Daher kann eine breitere genossenschaftliche Umgebung Offenheit und Scharfsinn beim Friedensaufbau sichern.

Johan Galtungs Konzept des Friedensaufbaus erinnert daran, dass Gleichheit gegenseitigen gleichen Nutzen bedeutet, dass Empathie heißt zu fühlen, was andere fühlen. Beide sollten mehr sein als Trauma und Konflikt. Frieden kann nicht erobert oder auferlegt werden. Es gibt weder ein immer gültiges Konzept noch ein Rezept für ihn. Er ist mehr als Gerechtigkeit oder Ausgleich, er ist der wichtigste Wert des Lebens. Zusammenleben bedeutet notwendigerweise, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Solche Unterschiede erfordern Dialog und Gleichheit, um sich in einem Dialog zu engagieren, und zwar um zusammen zu entscheiden sowie um mögliche konfligierende Anschauungen in nicht gewalttätiger Art und Weise in einem Rahmen zu verarbeiten, der beliebige Machtausübung verhindert.

Um Frieden im besten Sinne voranzubringen, müssen alle Formen von Gewalt (direkte, kulturelle und strukturelle) berücksichtigt und ihre wichtigsten Förderer einbezogen werden. Auf diese Weise können wir uns Frieden vorstellen als einen gemeinsamen Zufluchtsort an dem Leben möglich ist.

Literatur

- ▶ Anderson, Mary B. und Olson, Lara (2003): *Confronting War: Critical Lessons for Peace Practitioners*. 2003. Cambridge, MA: CDA. – <http://www.cdacollaborative.org/media/60894/Confronting-War-Critical-Lessons-for-Peace-Practitioners.pdf>
- ▶ Barash, David und Webel, Charles (2008): *Peace and Conflict Studies*. London, SAGE.
- ▶ Belloni, Roberto (2012): *Hybrid Peace Governance: Its Emergence and Significance*, *Global Governance*, 18, 1, S. 21–38.
- ▶ Bhana, Surendra (1975): *The Tolstoy Farm: Gandhi's Experiment in 'Co-operative Commonwealth'*, *South African Historical Journal*, No. 7, November 1975; – <http://www.mkgandhi.org/articles/surendrabhana.htm>
- ▶ Boulding, Elise (2000): *Cultures of Peace: The Hidden Side of History*, Syracuse University Press
- ▶ Bourdieu, P. (2004): *The forms of capital*, in: S. Ball (Ed.) *Reader in sociology of education*, Routledge Falmer, London, S. 15–29.
- ▶ Bourdieu, P. (1998): *Acts of resistance: Against the new myths of our time*, Polity Press and the New Press, Translated by Richard Nice.
- ▶ CDA Collaborative Learning Projects paper (2014): *Business for Peace: Understanding and Assessing Corporate Contributions to Peace*. A discussion paper presented at the UN Global Compact's Business for Peace (B4P) conference Istanbul, Türkei, 29. September, S. 10
- ▶ Echavarria Alvarez, Josefina (2014): *Elicitive Conflict Mapping: a practical tool for peacework*, *Journal of Conflictology*, Vol. 5, Issue 2, S. 58–71.
- ▶ Emmanuel, Joy and Ian MacPherson (2007): *Co-operatives and the pursuit of peace*, New Rochdale Press; – bcics.uvic.ca
- ▶ Enns, Dianne (2015): *Hannah Arendt on Peace as a Means to Politics; in The Question of Peace in Modern Political Thought*, Toivo Koivukoski and Edward Tabachnick, (Hrsg.). Wilfrid Laurier University Press, Waterloo, Ontario, Kapitel 12: S. 20–21.
- ▶ Ford, Jolyon (2015): *Perspectives on the evolving „Business and Peace“*, *Academy of Management Perspectives* 2015, Vol. 29, No. 4, S. 451–460.
- ▶ Fort, Timothy und Cindy Schipani (2007): *An Action Plan for the Role of Business in Fostering Peace*, *American Business Law Journal*, Vol. 44, Issue 2, S. 359–377, Summer.
- ▶ Galtung, J. (2012): *Peace economics: from a killing to a living economy*. TRANSCEND University Press.

- ▶ Galtung, Johan (2011): Peace, Positive and Negative in: Daniel J. Christie, The Encyclopedia of Peace Psychology, Wiley-Blackwell, Malden, MA.
- ▶ Galtung, Johan (1990): Cultural Violence. Journal of Peace Research, 27(3), S. 291–305.
- ▶ Galtung, Johan (1969): Violence, Peace, and Peace Research. Journal of Peace Research, 6(3), S. 167–191.
- ▶ Goetschel, Laurent und Tobias Hagmann (2011): Rethinking peace, peace research and peacebuilding, 10.5167/uzh-59598. Frühere Fassung erschienen in: Civilian Peacebuilding: Peace by Bureaucratic Means?; in: Conflict, Security and Development 9(1) 2009, S. 55–73. Civilian Peacebuilding: Peace by Bureaucratic Means? in Conflict, Security and Development, 9, 1, S. 55–73.
- ▶ Groff, Linda (2008): Contributions of Different Cultural-Religious Traditions to Different Aspects of Peace – Leading to a Holistic, Integrative View of Peace for a 21st Century Interdependent World, Future Takes, Vol. 7, Nr. 1, Spring-Summer.
- ▶ Kraft, Kenneth (Hrsg.) (1992): Inner Peace, World Peace: Essays on Buddhism and Nonviolence. Albany, State University of New York Press.
- ▶ Kolk, Ans und Francois Lenfant (2016): Hybrid business models for peace and reconciliations; 2016, Business Horizons, online 19.05.2016, Kelley School of Business, Indiana University, Published by Elsevier Inc.
- ▶ King, Martin Luther Jr. (1967): Where do we go from here? Speech delivered at the 11th Annual SCLC Convention, 16.8.1967.
- ▶ King, Martin Luther Jr. (1966): Nonviolence: The Only Road to Freedom, Rede vom 4.5.1966.
- ▶ Lederach, John Paul, Neufeldt, Reina und Culbertson, Hal (2007): Reflective Peacebuilding, a planning, monitoring and learning toolkit; The Joan B. Kroc Institute for International Peace Studies, University of Notre Dame.
- ▶ Lederach, John Paul (1997): Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington D.C., United States Institute of Peace Press.
- ▶ Moore, A., Gruber, T., Derose, J. und Malinowski, P. (2012): Regular, brief mindfulness meditation practice improves electrophysiological markers of attentional control; Front. Hum. Neurosci., 6:18., DOI: 10.3389/fn-hum.2012.00018; – <http://journal.frontiersin.org/article/10.3389/fnins.2013.00008/full>
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita (2015): Social Solidarity Economy enterprises and cooperatives Perspectives for refugees' solidarity economy enterprises in Germany, mimeo.

- ▶ Newman, Edward, Roland, Paris und Richmond, Oliver (2009): *New perspectives on liberal peacebuilding*, UNU Press, Tokyo.
- ▶ Newman, Edward (2009): „Liberal“ peacebuilding debates, Kapitel 2, in Newman, Edward, Roland Paris und Oliver Richmond.
- ▶ Nussbaum, M., 2000, *Women and Human Development: The Capabilities Approach*, Cambridge: Cambridge University Press.
- ▶ Nussbaum, M. (2003): *Capabilities as Fundamental Entitlements: Sen and Social Justice*, in *Feminist Economics*, Vol 9 (2/3), S. 33–59.
- ▶ Okem, Emmanuel Andrew (Hrsg.) (2016): *Theoretical and empirical studies on cooperatives, lessons for cooperatives in South Africa*, Springer.
- ▶ Pannikar, Raimon; – <http://raimon-pannikar.org/english/XXXV-2-Cultural-Disarmament.html>
- ▶ Parnell, E. (2001): *The Role of Cooperatives and other Self-Help Organizations in Crisis Resolution and Socio-Economic Recovery*. Report prepared for ILO Cooperative Branch and IFP/Crisis (In Focus Programme on Crisis Response and Reconstruction), ILO, Geneva.
- ▶ Parnell, E. (2003): *The role of cooperatives and other self-help organizations (SHOs)*, in E. Date-Bah, Chapter 13, S. 285–308.
- ▶ Plotinsky, D. (2015): *Orígenes y consolidación del cooperativismo en Argentina*. *Revista Idelcoop* No. 215, March, S. 157–178.
- ▶ Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, NY: Simon and Schuster.
- ▶ Putnam, Robert D (1996): *Unsolved Mysteries: The Tocqueville Files*, Robert Putnam Responds, in *The American Prospect* March–April 1996, <http://prospect.org/article/unsolved-mysteries-tocqueville-files-0>
- ▶ Putnam, Robert D., Leonardi, Robert und Nanetti, Raffaella Y. (1994): *Making Democracy Work. Civic traditions in modern Italy*, Princeton, NJ, Princeton University Press, 1. Ausgabe.
- ▶ Ravven, Heidi M. (2013): *The self beyond itself, an alternative history of ethics, the new brain sciences and the myth of free will*, The New Press, New York.
- ▶ Richmond, Oliver P. (2012): *Missing Links: Peace Infrastructures and Peace Formation*, in: Barbara Unger, Stina Lundström, Katrin Planta and Beatrix Austin (Hrsg.). *Peace Infrastructures – Assessing Concept and Practice*. Berghof Handbook Dialogue Series No. 10. Berlin, Berghof Foundation; – http://www.berghof-handbook.net/documents/publications/dialogue10_richmond_comm.pdf
- ▶ Richmond, Oliver P. (2006): *The Problem of Peace: Understanding the ‚Liberal Peace‘*, *Conflict, Security and Development*, 6, 3, S. 291–314.

- ▶ Sánchez Bajo, Claudia (2016): Cooperatives and refugees; Studie für ILO COOP, Endfassung.
- ▶ Sánchez Bajo, Claudia and Roelants, Bruno (2013): Capital and the Debt trap, learning from cooperatives in the global crisis, Palgrave MacMillan, 2. Auflage.
- ▶ Sentama, Ezechiel (2009): Peacebuilding in Post-Genocide Rwanda: The Role of Cooperatives in the Restoration of Interpersonal Relationships, PhD thesis, Department of Peace and Development Research, School of Global Studies, University of Gothenburg, Övre Husargatan 36, Box 700, SE 405 30, Göteborg, Sweden.
- ▶ Spinoza, Baruch: Theological-Political Treatise, in: Complete Works, edited with Introduction and Notes by Morgan, Michael L. (Hrsg.): Complete Works, edited with Introduction and Notes, Translations by Samuel Shirley, Hacker Publishing Inc., Indianapolis / Cambridge, 2002. (hier zitiert als *Theologisch-Politische Schriften*).
- ▶ Spinoza, Baruch: Ethics, in: a. a. O. (hier zitiert als *Ethik*).
- ▶ Spinoza, Baruch: Political Treatise, in: a. a. O. (hier zitiert als *Politische Schriften*).
- ▶ Utting, Peter, Chamorro, A. und Bacon, C. (2014): Post-conflict reconciliation and development in Nicaragua: The role of cooperatives and collective action. United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) Working Paper 2014–22.
- ▶ World Bank (2011): Development Report.
- ▶ World Bank (2006): Civil Society and Peacebuilding, Potential, Limitations and Critical Factors Report No. 36445 – GLB.

Aus dem Englischen Clarita Müller-Plantenberg

- Steffen Andrae

Politologe, Mitglied der Kommune Lossehof e.V.,
2016 Kandidatur für den Bürgermeisterposten in Kaufungen, Nordhessen
steffen.andrae@lossehof.de

- Dr. Kristina Bayer

Sozialwissenschaftlerin und Beraterin mit Schwerpunkt Solidarisches
Wirtschaften. Promotion an der Universität Kassel zu Beratungskonzepten
für Solidarisches Wirtschaften, Mitglied der bundesweiten Beratergenossen-
schaft innova eG.

kristina.bayer@uni-kassel.de

- Markus Blümel

Politischer Erwachsenenbildner mit Schwerpunkt Solidarische Ökonomie,
Öffentlichkeitsarbeiter, koordinierender Redakteur des ksoe-blog

<http://blog.ksoe.at> und der ksoe-Dossiers,

Mitarbeiter der ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs), Wien

markus.bluemel@ksoe.at

- Prof. Dr. Jean-Francois Draperi

Soziologe, Direktor des Centre d'Économie Sociale Travail et Société
(CESTES) im CNAM und Chefredakteur der Internationalen Zeitschrift
zur Sozialen Ökonomie (Recma), Paris

draperi@cnam.fr

- Gabriele Dumeier

Vorstand Karibu Welt- und Regioladen Kassel eG

gabriele.dumeier@freenet.de

- Giuliana Giorgi

Forum Solidarische Ökonomie e.V., ATTAC, Berlin

g.giorgi@t-online.de

- Ute Kern

Gesellschafterin der im Bebraer Stadtteil Braunhausen angesiedelten

Firma „Berglandkräuter aus Hessen“ GbR

info@berglandkraeuter.de

- Prof. Dr.-Ing. Hans Martin

Universität Kassel, Arbeitswissenschaftler, BürgerEnergieGenossenschaft
Wolfhagen eG (BEG)

hans.martin45@web.de

- Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg

Universität Kassel, Soziologin, Verein zur Förderung der Solidarischen
Ökonomie e.V. (VFSOE), Forum Solidarische Ökonomie e.V.

muellerp@uni-kassel.de

- Klaudia Resch

Präsidentin der Sozialgenossenschaft OASIS eG/Bozen, Italien

klaudia.resch@rolmail.net

- Monika Rehs

Gesellschafterin der im Bebraer Stadtteil Braunhausen angesiedelten

Firma „Berglandkräuter aus Hessen“ GbR

info@berglandkraeuter.de

- Bruno Roelants

Generalsekretär von CECOP/CICOPA (European confederation of industrial and service cooperatives / Sectoral organisation for industry and services of the International Cooperative Alliance, ICA)

bruno.roelants@cicopa.coop

- Antonia Rösner

Tatenbank für Osthessen – Plattform für bürgerschaftliches Engagement
Geflüchtetenhilfe

antonia.roesner@gmx.de

- Julian Rösner

Projekt FREIraum, Nordhessen

julianroesner@gmx.de

- Claudia Sánchez Bajo

Politologin, PhD in Entwicklungsstudien, Professorenstellen in Deutschland und Kanada, zuletzt Professur an der University of Texas at Austin

claudia.Sanchezbajo@ymail.com

- Dr. Dag Schulze

Experimentalphysiker, heute als Koordinator für die Arbeit des Klima-Bündnis in Deutschland und als Bereichsleiter Energie in der Europäischen Geschäftsstelle des Klima-Bündnis tätig

d.schulze@klimabuendnis.org

- Alexandra Stenzel

Politische Wissenschaften, Italienisch-Lehrerin, Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. (VFSOE), Forum Solidarische Ökonomie e.V.

stenzel@vfsoe.de

- Alessandro Viola

CFI (COOPERAZIONE FINANZA IMPRESA), Rom, Italien

a.viola@cfi.it

Publikationen des Vereins zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. (VFSOE)

- ▶ VFSOE (Hrsg.): Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie, kassel university press GmbH, Kassel, 2010. – Diagonale 10, 34127 Kassel *info@upress.uni-kassel.de*
- ▶ Klimagerechtigkeit Jetzt! (ASW, FDCL, GRÜNE LIGA, Kobra, LAF Berlin, VFSOE): In Zeiten des Klimawandels Lernen von Amazonien, Berlin, 2014, Ausstellung; 21 Rollups, 85 x 200 cm.
Anfragen zur Ausleihe – für Berlin: *material@asw.net*, für Thüringen: *info@vfsoe.de*
- ▶ Engagement Global (Außenstelle Berlin): In Zeiten des Klimawandels Lernen von Amazonien – Klimagerechtigkeit Jetzt! (ASW, FDCL, GRÜNE LIGA, Kobra, LAF Berlin, VFSOE), Berlin, 2015, Begleitheft zur Ausstellung *info@engagement-global.de*

Schriftenreihe Entwicklungsperspektiven¹

- ▶ Klima-Bündnis/ONIC/CECOIN (Hrsg.): Erdöl-, Erdgas-, Bauxit-, Kohle- und Goldförderung auf indigenen Territorien, kassel university press, Entwicklungsperspektiven 73/74, Kassel, 2005.
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita: Zukunft für alle ist möglich, Soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen, kassel university press, Entwicklungsperspektiven 77/78, Kassel, 2003.
- ▶ Deutscher Akademischer Austauschdienst, Universität Kassel (Hrsg.): Paths to sustainability in the regions, an interdisciplinary challenge, kassel university press, Entwicklungsperspektiven 79, Kassel, 2003.
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita; Nitsch, Wolfgang; Schlosser, Irmtraud; Loccumer Initiative (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland – Wege zur konkreten Utopie, Internationale Sommerschule in Imshausen, Entwicklungsperspektiven 83/84, kassel university press, Kassel, 2005.

1 <http://www.upress.uni-kassel.de/katalog/schriftenreihe.php?entw.html>

- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und regionale Entwicklung, Internationale Sommerschule Imshausen, Entwicklungsperspektiven 85/86, Kassel, 2007.
- ▶ Uriona, Viviana Inés: Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001, Strategische Debatten und Praktische Erfahrungen, Entwicklungsperspektiven 87, Kassel, 2008.
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita / Perels, Joachim (Hrsg.): Kritik eines technokratischen Europa, Der politische Widerstand und die Konzeption einer europäischen Verfassung, Band 91/92, Kassel, 2008.
- ▶ Bernardi, Jacqueline: Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland, Entwicklungsperspektiven 93, Kassel, 2008.
- ▶ Projektgruppe Solidarische Ökonomie der Universität Kassel (Hrsg.): Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen, Strategie für eine nachhaltige Zukunft, Entwicklungsperspektiven 94, Kassel, 2008.
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.): Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie, Entwicklungsperspektiven 95, Kassel, 2009.
- ▶ Sánchez Bajo, Claudia (Hrsg.): Solidarische Ökonomie als Motor regionaler Ökonomie, Ardelaïne in der Ardèche, Frankreich, Entwicklungsperspektiven 97, Kassel, 2009.
- ▶ Müller-Plantenberg, Clarita / Gawora, Dieter (Hrsg.): Solidarische Netze und solidarische Ketten, Komplexe solidarische Wirtschaftsunternehmen, Entwicklungsperspektiven 98, Kassel, 2009.
- ▶ Feldt, Heidi / Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.): Gesellschaftliche Bündnisse zur Gewinnung des Naturbezuges, 20 Jahre Klima-Bündnis, Entwicklungsperspektiven 99, Kassel, 2009.

Nachruf auf Michael Held (1941 – 2017)



Michael Held © Struthoff

Trauer um Michael Held: Friedensaktivist starb bei einem Unfall Der Dresdner Feuersturm hat ihn geprägt

Die prominenteste Stimme der Friedensbewegung im Kreis Hersfeld-Rotenburg ist für immer verstummt: Der Bad Hersfelder Friedensaktivist Michael Held ist am 7. August 2017 bei einem tragischen Unfall ums Leben gekommen.

Michael Held wurde 1941 in Dresden geboren. Als kleines Kind erlebte er dort den Bombenkrieg und den Feuersturm – eine traumatische Erfahrung, die ihn für sein ganzes Leben prägt. In Frankfurt studierte Held Sozialwissenschaften und Philosophie bei Adorno, Horkheimer und Habermas. Die Studentenbewegung brachte ihn nach Berlin, wo er in der evangelischen Studentengemeinde aktiv wurde. Für die evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck baute Held später einen Friedensdienst für Kriegsdienstverweigerer auf und kam so nach Bad Hersfeld. Gemeinsam mit seiner Frau gründete er hier zudem pädagogisch-therapeutische Wohngruppen für Jugendliche und engagierte sich mit ihr im Weltladen für den fairen Handel.

Michael Held gehörte zu den Gründern der Grünen in Hessen und saß für die Partei im Magistrat von Bad Hersfeld und im Kreistag. Bis zuletzt war er als Organisator der Mahnwachen am

Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und zum Gedenken an das Atomunglück in Fukushima ein engagierter Kämpfer gegen Atomwaffen und für Friedenspolitik.

Unermüdliches Engagement

Noch im Frühjahr bewarb er sich bei den Grünen als Bundestagskandidat. Auch bundesweit war er in der kirchlichen Friedensbewegung aktiv. Für das Ökumenische Netz in Deutschland gehörte er der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland an.

„Sein unermüdliches und hartnäckiges Engagement für eine friedliche Welt hat viele Menschen ermutigt und bestärkt, seine Ideen und seine Initiativen waren wichtig für die Friedensarbeit. Sein so früher Tod wird eine große Lücke hinterlassen“, betont der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm.

Auch die Friedensinitiative Hersfeld-Rotenburg, mit der er zusammen am vergangenen Sonntag eine Mahnwache zum Hiroshima-Gedenken abgehalten hatten äußerte sich tief betroffen: „Wir können den Verlust unseres so aktiven Freundes und Vorkämpfers nicht fassen“, erklärt Dr. Wolfgang Thon.

Auch der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen trauert um sein Gründungsmitglied. Michael Held habe durch seine Mitarbeit bei den Grünen und seine Kandidatur für die nächste Bundestagswahl deutliche Akzente für eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik gesetzt. Er habe sich hartnäckig, konsequent und ausdauernd immer wieder für Pazifismus und globale Gerechtigkeit eingesetzt hat wie kaum ein anderer. „Sein Lebenswerk verdient allergrößten Respekt. Er wird uns fehlen!“

(kai) · 9. August 2017 · Hersfelder Zeitung

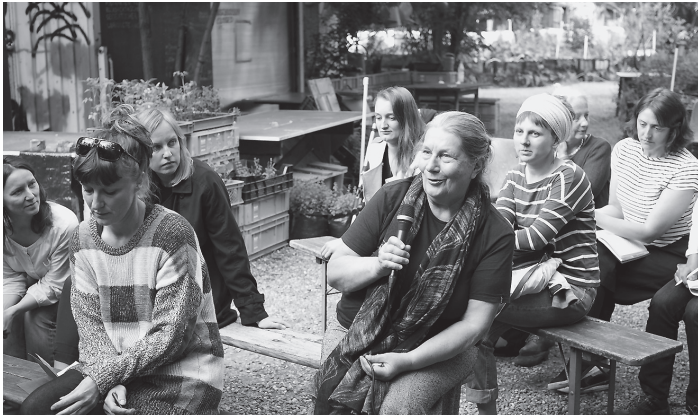
Michael Held war Mitte Februar auf unserem Colloquium „Die ökonomische Dimension des Friedens: Soziale Solidarische Ökonomie“.

Er verunglückte kurz bevor er nach Büchel aufbrechen wollte, um dort mit der Antiatom- und Friedensbewegung gegen die Stationierung von Atomwaffen zu protestieren.

Wir können es noch nicht fassen. Michael – ein sehr belesener und erfahrener Soziologe – war ein organischer Intellektueller, der immer auch als Pionier seine Aufgabe im solidarischen Eintreten für Frieden gegen Bedrohung aller Art beherzt und begeistert wahrnahm. Er war oft derjenige, der sehr früh verstand, dass es wichtig ist, gemeinsame Ziele in Bewegungen voran zu bringen. Gleichzeitig trat er auch dafür ein, diese Ziele in den existierenden politischen Strukturen zu vertreten. Er hatte eine große Gabe der Freundschaft. Zusammen mit seiner Frau Heide Schumann-Held betrieb er aktiv gesellschaftliche Inklusion und weltweite Solidarität durch den gerechten fairen Handel. Michael Held war offen für die Wege, die zu Klimagerechtigkeit und Sozialer Solidarischer Ökonomie führen. Er verkörperte auf diese Weise in seiner Person die Einheit der Bewegungen, die sich für das Leben einsetzen.

Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.

Nachruf auf Gerda Münnich (1939 – 2017)



Gerda bei einer Veranstaltung in der Nachbarschaftsakademie in den Prinzessinnengärten im August 2015 ©Marco Clausen

Gerda Münnich ist am 12. April von uns gegangen. Die Lücke, die ihr unerwarteter Tod in die Berliner Gartenbewegung reißt, wird nicht zu schliessen sein. Gerda wird uns schmerzhaft fehlen.

„Mutter der Berliner Interkulturellen und Gemeinschaftsgärten“ hat sie sich manchmal mit einem Augenzwinkern genannt. Doch das war sie wirklich. Vor 14 Jahren hat sie den ersten Interkulturellen Garten in Berlin aus der Taufe gehoben, den Wuhlegarten in Köpenick, und damit in dieser Stadt den ersten Keim einer Idee gepflanzt, die sich nicht zuletzt durch Gerda's eigenes unermüdliches Wirken schnell verbreiten sollte. Heute gibt es in Berlin über 100 Interkulturelle und Gemeinschaftsgärten. 2010 gehörte Gerda Münnich zu der dreizehnköpfigen Gründungsgruppe des Allmende-Kontors auf dem Tempelhofer Feld, das Gemeinschaftsgarten und Vernetzungsstelle zugleich ist. Und niemand hat die Idee des Verbindens so sehr verkörpert wie Gerda Münnich.

Nach ihrem beruflichen Wirken, sie war im Bankwesen der DDR Pionierin bei der Entwicklung offener EDV-Systeme, hatte sie es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Sache des gemeinsamen Gärten und ihren verbindenden Charakter in die Welt zu tragen.

Ressentiments und Berührungsängste waren ihr dabei fremd. Ost und West, alt und jung, Kreuzberger Hipster oder der Arbeitslose aus Köpenick, Universitätsprofessor oder Aussiedlerfamilie aus Rußland, es war Gerdas gelebte Utopie, im gemeinsamen Gärtnern die unterschiedlichen Erfahrungen, Herkunftsn und Biographien zusammenzubringen, um eine gemeinsame Sprache zu sprechen.

„Ganz Berlin ein Garten“ war die Vision, für die sich sich von Morgens bis oft spät Abends engagierte. Keine Veranstaltung zu Gemeinschaftsgärten oder Grün in der Stadt, in der sie nicht irgendwann zur Tür rein kam; nicht selten etwas verspätet, weil sie gerade noch einem anderen Termin bei der Verwaltung, einem Netzwerktreffen, einem Workshop zum selben Thema hatte. Eine Veranstaltung, ein Film- oder Diskussionsabend zum Thema Gärten in der Stadt war ohne sie nicht denkbar. Selbst an den unerwartetsten Orten, bei Tagungen in München oder Dortmund, stand sie plötzlich aus dem Publikum auf, nahm das Mikrophon und teilte ihren unschätzbaren Schatz an Erfahrungen.

Gerdas Einsatz galt nicht nur dem Bestellen des eigenen Beetes, sondern allen Gärten gleichermaßen. So half sie die Berliner Gartenkarte zu erstellen und organisierte Bustouren zu den bedrohten Gärten dieser Stadt. Ihr Wunsch, mit den Gärten zu verbinden, betraf die unterschiedlichen Herkunftn der Menschen ebenso wie das Verbinden der Menschen mit der Natur, mit der Erde, mit Wasser und den Pflanzen. Damit schloss sich in Gerdas Leben der Kreis zu ihrer Kindheit.

Bei Kriegsende war sie 6 Jahre alt und lebte auf dem Hof ihrer Großeltern im Spreewald. Noch aus eigener Anschauung kannte sie den Krieg und seine Folgen. Diese Erfahrung prägte sie und ihren Einsatz für jene Menschen, die in den Gärten nach traumatischen Erfahrungen von Gewalt und Flucht neue Wurzeln schlagen. Sprach man mit ihr über die unmittelbare Nachkriegszeit, dann tauchte aber noch eine andere Erinnerung auf, eine Erinnerung an Freiheit und die Kraft der Menschen, sich auch unter widrigen Bedingungen solidarisch zu verhalten.

In einem Interview der taz nach ihrer Lieblingspflanze befragt, antwortete Gerda: „Jasmin. Falscher Jasmin, um genau zu sein. Dieser Duft weckt Kindheitserinnerungen. Sommer auf dem Dorf, Freizeit und Freiheit.“ Aus diesen Kindheitstagen berichtete Gerda, wie die Alten, die Frauen und Kinder die Felder ohne Maschinen und Treibstoff bestellen mussten, um das Essen auf den Tisch zu bringen; für sich, aber auch für die Verwandten in der Stadt.

Aus ihren Worten sprach nicht nur die Erfahrung harter Arbeit und Entbehrung, es leuchtete in ihnen auch etwas wie Stolz und die Erfahrung von Freiheit auf.

*Urbane Gartenbewegung
Prinzenstraße 35-38
10969 Berlin
kontakt@prinzessinnengarten.net
Tel.: 0176 24332297*

Marco Clausen

15. April 2017

Gerda Münnich war auf unserem Colloquium „Die ökonomische Dimension des Friedens: Soziale Solidarische Ökonomie“ Mitte Februar. Giuliana Giorgi von dem Forum Solidarische Ökonomie e.V./ attac hatte sie nach Nordhessen mitgebracht.

Wir freuten uns über Gerdas Anwesenheit und hofften auf spätere Beratung der Flüchtlings-Gartenarbeit von ihr. Sie war sehr präsent, fühlte sich wohl, teilte ihre Erfahrung mit und war aufgeschlossen gegenüber den europäischen Erfahrungen Sozialer Solidarischer Ökonomie (SSÖ).

Ihr Tod betrifft auch uns und wir werden ihr Andenken als aktive Pionierin, Arbeiterin und Beraterin vieler Gemeinschaften in unserer Bewegung der SSÖ bewahren.

*Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.
Oktober 2017*

Die ökonomische Dimension des Friedens

Mitglieder von Genossenschaften und anderen solidarischen Wirtschaftsunternehmen bzw. Gemeinschaften, die ebenfalls nach den Prinzipien der Selbstverwaltung, Kooperation, des ökologischen Handelns und der Gemeinwohlorientierung wirtschaften, zählen wir zur Sozialen Solidarischen Ökonomie (SSÖ). Selbstbestimmte Lernprozesse unzähliger Gemeinschaften, die nach einem gesunden und produktiven solidarischen Leben und Arbeiten im Einklang mit Natur und Gesellschaft suchen, sind „im Kern Bewegungen für die Einlösung von Bürger- und Menschenrechten.“

In diesem Buch wird „Friedensstiftung im Zusammenhang mit Genossenschaften und Solidarischer Ökonomie aufbauend auf Selbstverwaltung, Demokratie, Gleichheit, Solidarität und Bildung“ diskutiert. Das Friedenspotential solidarischer Gesellschaften und Wirtschaften wird in Zeiten der Aufrüstung gegen Mensch und Natur zu einer Perspektive des Humanismus der Praxis.

Aus dieser europäischen Praxis berichten Personen. Es geht um den neuesten Stand der SSÖ, um „the state of the art“ der fortschrittlichsten Gesetze, finanziellen Instrumente und Ausbildungs- sowie Begleitprogramme: für Neugründungen, Unternehmensnachfolgen, Belegschaftsübernahmen und Solidarische Wertschöpfungsketten. Dazu kommt ein Überblick über Akteure der SSÖ, ihre Organisationsformen, Bündnisse und Methoden. Der Erfolg der SSÖ in Europa inspiriert uns. Werkstattberichte aus Nordhessen geben einen Einblick in die vielfältigen fruchtbaren Ansätze der SSÖ Nordhessens.

Das Buch ist ein Auftakt für SSÖ Programme in Bildungsinstitutionen und kommunalen Verwaltungen.

ISBN 978-3-7376-0394-2



9 783737 603942 >